

(Abg. Zinkanell: „Bösartige Unterstellungen! Er wird für die Arbeit bezahlt, genauso wie der Agrarverlag der ÖVP für die Arbeit bezahlt wird!“) Habe ich überhaupt nicht gesagt, das ist eine Tatsache, eine Feststellung. (Abg. Ing. Turek: „Laßt es im Österreichischen Verlag machen, dann ist eine Ruhe!“ — Abg. Ofner: „Die ‚Tagespost‘ wird auch bei der Leykam gedruckt!“) Wir sind großzügig, wir lassen Euch auch etwas zukommen im Leykamverlag.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Herr Dr. Horvatek hat sehr überzeugend den Wunsch nach Weltgerechtigkeit in seiner Einleitung deponiert. Hat dann im rosaroten Blickwinkel die sozialistische Bundesregierung gelobt und auch ausgesagt, daß es keine Arbeitslosigkeit gibt. Nur warum es keine Arbeitslosigkeit in der Steiermark gibt, möchte ich dazu sagen. Weil 10.000 Pendler und vor allem Wochenpendler von der Steiermark in den Zentralräumen ihren Arbeitsplatz finden müssen. Es nehmen diese Pendlerfamilien eine Last auf sich, die wir uns, die wir nicht direkt als Wochenpendler tätig sind, kaum vorstellen können, aber durch unseren Beruf es oft erahnen, welche Probleme es im familiären Bereich gibt und welche Belastung in dieser Hinsicht gegeben ist. Meine Damen und Herren, man müßte effektiv die Frage stellen, was ist mit der nationalen Gerechtigkeit in Österreich. Wenn Pendler laufend provoziert werden mit Großprojekten in Wien, nach dem Motto: „Wir alle bezahlen Steuern und in Wien wird investiert!“. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist eine Provozierung solcher Arbeitnehmer. Meine Damen und Herren, dann kommt ein Antrag der sozialistischen Partei um eine Pendlerbeihilfe, ja selbstverständlich, uns braucht niemand zu überzeugen, daß die Pendler eine Hilfe brauchen. Ich kann mich noch sehr gut erinnern, daß gerade im Bereich der Strukturpolitik die Sozialisten immer eine gewisse Schwäche gehabt haben. Denken wir an das Problem Nebenerwerbslandwirtschaft. Hier hat man gedacht, hier gibt es ein tolles Konzept. Ich brauche nur den Namen Manshold zu sagen, da hätte es keine Nebenerwerbsbauern gegeben. (Abg. Brandl: „Da kennt Ihr mich nicht!“) Großbetriebe, große Industriebetriebe, und bei der Bildung sind wir gerade dabei, die Bildungszentren, das ist das komplette System. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte aber auch sagen, dieser Antrag ist aber auch eine Rüge an die sozialistische Bundesregierung. Eine Rüge deshalb — und man kann fast sagen, auch an die sozialistischen Abgeordneten der Steiermark —, weil wir von der ÖVP einen Antrag auf Pendlerbeihilfe am 19. Juni 1979 im Parlament eingereicht haben, der am 20. Juni dem Finanzausschuß zugewiesen wurde und seither — Schweigen im Walde. Meine Damen und Herren! Wir werden gemeinsam versuchen, diesen Antrag aufzuwärmen und zu einer positiven Beschlußfassung im Parlament auch zuzuführen, meine sehr verehrten Damen und Herren! (Beifall bei der ÖVP.) Ich bin überhaupt überzeugt, daß man Macht und Verantwortung nicht auseinander geben kann. Und selbstverständlich hat die Arbeitsmarkt-

verwaltung auch die Pflicht (Abg. Brandl: „Tut sie ja auch!“), selbstverständlich hier eine gemeinsame Lösung in dieser Pendlerfrage zu unterstützen und damit wäre auch dieser Bundeszuschuß im Grunde gerechtfertigt. (Abg. Brandl: „Das Land darf auch etwas tun!“) Meine sehr verehrten Damen und Herren! Denken wir vor allem, was diese Pendlerfamilien im Grunde für unsere ländlichen Lebensräume tatsächlich bieten. Sie sind eigentlich für die Wirtschaftsstruktur und für die Wirtschaftskraft jene Garanten, die diese praktische Entwicklungshilfe real verwirklichen. Es ist vor allem für uns alle eine moralische Pflicht, diesen Menschen nicht die Hoffnung zu nehmen. Ich möchte auf eine Frage des Kollegen Hammerl antworten, der hingeworfen hat, was hat die Landesregierung für die Pendler so quasi gemacht. Ganz konkret: Eine Grenzlandförderung, eine aktive Agrarpolitik, wie es Kollege Neuhold gesagt hat, mit Spezialkulturen, Ausbau des Telefones, in weiterer Folge die steirische Wirtschaftsförderung. Vor kurzem waren wir in Hartberg bei der Firma Safental, wo 180 Arbeiter beschäftigt sind, die sonst sicherlich zu 80 % nach Wien fahren müßten, ein guter, gesunder Betrieb mit einem soliden intelligenten Produkt des HTG-Kessels, eine moderne Erfindung. Das ist ein Familienbetrieb in der ländlichen Region. Auch die Fremdenverkehrsförderung geht in jene konkrete Richtung. Ich möchte noch einmal zurückkommen und sagen, daß in diesem Antrag steht, daß diese Pendlerbeihilfe nicht nur ein Ausgleich für die Erschwernisse dieser Pendler sein soll, sondern auch die Verlagerung von Arbeitsplätzen erleichtern soll. Wir sind hier gebrannte Kinder, meine verehrten Damen und Herren. Jetzt erleben wir wieder, Straßen werden versprochen, der Semmeringtunnel wird versprochen. Wir bekommen die Südautobahn, aber die nächste Phase soll sein, daß Betriebe herkommen und wir nicht in den Zentralräumen unseren Arbeitsplatz suchen müssen. (Abg. Ileschitz: „Du drehst es ja um. Wir brauchen die Straßen, die Infrastruktur, um die Betriebe hinzubringen!“) Ja, das ist eine Voraussetzung. Ich habe das klar deponiert, Herr Präsident! Die zweite Phase muß eingeleitet werden, und ich deponiere diese Überzeugung. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor allem auch die Extremförderung bei General Motors mit einem Sondervertrag für Gastarbeiter ist wirklich eine Superleistung der Bundeswirtschaftsförderung. Und ich bin in der Richtung nicht überzeugt, daß das das Vorbild der Wirtschaftsförderung sein soll, wo wir alle genau wissen, wenn wir unsere Gewerbetreibenden fragen und ihnen eine Million Schilling pro Arbeitsplatz geben, daß sie einen langfristigen und einen soliden Arbeitsplatz zur Verfügung stellen. Wir werden in unseren ländlichen Regionen — wie bisher — im verstärktem Ausmaß vor allem versuchen, das Bewußtsein in unseren Regionen zu stärken, zum Teil Problembereiche der gewerblichen Betriebe mit solchen Entwicklungsförderungsverbänden stärken und versuchen, daß unsere jungen Menschen im Grunde die Möglichkeit haben, auch in Zukunft in diesen ländlichen Lebensräumen

zu leben, aber auch zu arbeiten. (Beifall bei der OVP.)

Ich möchte abschließen und bitten, daß die Ergebnisse der österreichischen Raumordnungskonferenz kein Papier bleiben sollen. Die sollen auch eine Unterlage für Entscheidungen der Bundesregierung sein, und ich hoffe, daß wir als Vorbild mit unserer Wirtschaftsförderung, aber auch mit unserer Einstellung für jene Bereiche in unserer Demokratie, wo man messen kann, ob man wirklich eine demokratische Einstellung hat, denn eine demokratische Einstellung kann man daran prüfen, wie man mit Minderheiten umgeht, mit schwachen Gruppen umgeht. Und ich bin überzeugt, wenn wir diese Grenzregionen, diese strukturschwachen Regionen, nicht unterstützen und nicht verstehen, dann darf es uns auch nicht verwundern, daß Demokratieverdrossenheit einzieht. Unsere Aufgabe als Politiker und als Partei- und Interessensvertretung muß es sein, in besonderem Ausmaß diese Grenzgebiete auch im menschlichen Bereich miteinzubinden. Ich hoffe und bin überzeugt, daß unser Budget mit seinen Prioritäten hier eine gute Voraussetzung ist und glaube vor allem, daß unser ländlicher Raum in seiner Wirtschaftsstruktur, aber vor allem in seiner Qualität, was die Menschen und deren Einstellung betrifft, eine gute und aussichtsreiche Zukunft haben wird. (Beifall bei der OVP und FPÖ.)

**Präsident:** Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Schwab. Ich erteile es ihm.

**Abg. Schwab:** Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Österreich und vor allem die Steiermark ist ein Land, das von der bäuerlichen Landwirtschaft geprägt ist. Im Mittelpunkt unserer Agrarverfassung steht der bäuerliche Familienbetrieb. Dieser Begriff, wie ich ihn hier verstehe, umfaßt den Vollerwerbsbetrieb genauso wie den Nebenerwerbsbetrieb, ebenso den Gutsbetrieb und den Großbetrieb, die allerdings in unserer Agrarordnung eine zahlenmäßig kleinere Position einnehmen. Im krassen Gegensatz — und das möchte ich hiermit in aller Deutlichkeit festhalten — zu diesen bäuerlichen Betriebsformen sehe ich das industrielle Agrarunternehmen oder die Agrarfabrik. Das sind Produktionsstätten im wahrsten Sinne des Wortes, die die Bestandesgrößen unserer bäuerlichen Familienbetriebe um ein Vielfaches übersteigen, und die ohne nennenswerte eigene Flächen und Futterbasis produzieren. Diesen Weg, der verschiedentlich spürbar ist, muß man entschieden verhindern, das möchte ich ganz klar feststellen. Das Leitbild für unser Bundesland Steiermark ist der bäuerliche Familienbetrieb, weil nur er sich als leistungsfähigste und anpassungsfähigste Wirtschaftsform erweist. Ohne in eine falsche Verklärung unseres Berufsstandes hineinzuverfallen, muß man feststellen, daß diese Lebensform zunehmend auch für nichtbäuerliche Menschen an Anziehungskraft gewinnt. Entscheidend dabei ist, daß die Verbindung von körperlicher und unternehmerischer Tätigkeit, das Erlebnis des Erfolges der eigenen Arbeit und

damit auch die Sinnhaftigkeit der Tätigkeit im Gegensatz zu vielen arbeitsteiligen Abläufen in anderen Fertigungsprozessen, die unmittelbare Verbindung mit der Natur, das Eingebundensein in eine intakte Nachbarschaft, alles positive Werte sind, die in vielen Menschen den Beruf des Bauern, und ich sage bewußt den Beruf des Bauern, mit einer gänzlich neuen Wertschätzung sehen lassen. Allerdings, und das muß man im gleichen Atemzug dazusagen, gibt es noch sehr vieles zu verbessern. Vor allem in sozialer Hinsicht, in der gesundheitlichen Betreuung, im Urlaub und in der Entlastung der Bäuerinnen. All das sind Aufgaben, die neben den in vielen Betrieben bestehenden Einkommensproblemen vor uns liegen. Herr Kollege Sepp Zinkanell, ich schätze dich persönlich, und ich hoffe, daß das umgekehrt auch der Fall ist, wir hatten ja viele Berührungspunkte echt positiver Natur, wenn ich an meine Landjugendzeit zurückdenke, aber eines muß ich dir sagen, wenn du die Leistung oder die Bergbauernzuschüsse des Bundes so sehr herausgestrichen hast, wir danken dafür. Ich möchte das wirklich festhalten, aber man muß zugleich auch erwähnen, der Bergbauernzuschuß des Bundes in Gemeinsamkeit mit den Zuschüssen des Landes machen einkommensmäßig nicht einmal drei Prozent aus. (Abg. Zinkanell: „Sicher!“) Also die Einkommenswirksamkeit ist bei weitem nicht in dem Ausmaß gegeben, wie du das festgestellt hast. Und einen Unterschied möchte ich auch herausstreichen. Der Bundesbergbauernzuschuß wird so darübergestreut, gleichmäßig verteilt. Ist an sich nichts dagegen einzuwenden, aber der große Unterschied ist, daß die Landesförderung flächenbezogen und leistungsbezogen ausbezahlt wird. (Abg. Zinkanell: „Aber Kollege Schwab, darf ich dazu folgendes sagen. Dadurch kommen die Kleinen zu weniger Geld. Das ist der Nachteil dabei!“) Man kann sicherlich darüber reden, auch darüber verschiedener Meinung sein. Aber eines auch. Der politische und wirtschaftliche Druck, wenn man die Gesamtsituation sieht, der von Bundesebene her auf die Landwirtschaft ausgeübt wird, stellt eine brutale Ausbeutung des Leistungswillens unserer bäuerlichen Familienbetriebe und damit die billigste Form der Nahrungsmittelproduktion dar. Das muß man auch dazu erwähnen. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Das ist das System!“)

Abschließend möchte ich sagen, nicht nur Mobilität, sondern auch Verwurzelung — das ist besonders wichtig —, nicht nur Konsumgut, sondern auch echtes Heimatgefühl und nicht nur Passivität und Warten auf den Staat, sondern eigene unternehmerische Initiative sind notwendig, um den ländlichen Raum zu stärken, und das wollen wir in der Steiermark in einem besonderen Ausmaß tun. (Allgemeiner Beifall.) Auf der gleichen Linie liegt das Bemühen um die Verstärkung der kleinen Einheiten gegenüber den großen, den Gemeinden, aber auch der Länder gegenüber den Zentralen, nach dem Grundsatz, daß eine größere Einheit nur jene Aufgaben übernehmen kann, die die kleinere nicht lösen kann. Das Wissen um die Stetigkeit und das Verantwortungsbewußtsein der

Bauern über Generationen hinweg hat uns immer ausgezeichnet und sollte auch Beispiel für die gesamte Gesellschaft werden. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Der Herr Abgeordnete Karrer hat sich zum Worte gemeldet. Ich erteile es ihm.

**Abg. Karrer:** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich weiß schon, wenn ich mich als Industriearbeiter zum Kapitel Landwirtschaft melde, ist es für viele vielleicht etwas vermessen, aber ich habe schon einmal hier in diesem Haus zum Kapitel Nebenerwerbslandwirte gesprochen, und das tue ich heute wieder. Aber vorweg. Ich habe mir die Mühe genommen, nachdem wir das zugeteilt bekommen haben, den Grünen Bericht einmal etwas genauer durchzulesen. Bitte gleich vorweg, ich maße mir nicht an, daß ich hier Fachmann bin, ich verstehe, was aus diesem Bericht herauszulesen ist, aber ich muß doch sagen, daß der Bericht ein hervorragendes Werk ist, das die Landwirtschaft zur Verfügung gestellt bekommt. Hier sind alle Leistungen aufgezeigt, auch die Leistungen des Bundes und des Landes. Wenn sie so gelesen werden, wie sie geschrieben sind, dann bin ich überzeugt, daß viele, viele österreichische und steirische Bauern, wenn sie das Buch in die Hand bekämen, anders urteilen würden, als sie es vielleicht durch ihre Funktionäre auf Grund des Berichtes interpretiert bekommen. Davon bin ich überzeugt, denn da steht auch drinnen, daß eine Statistik nicht immer hundertprozentig ist. Meine Damen und Herren, das ist ja bei uns im Land auch nicht anders. Man muß nur den positiven Willen haben, das Gute herauszulesen. Man muß aber auch die Ehrlichkeit besitzen, anzuerkennen, daß sehr schöne, stolze Leistungen für alle Berufsgruppen, auch für die bäuerliche Bevölkerung und für die Landwirtschaft Österreichs hier in diesem Staate geleistet werden. Der Herr Kollege Pränck hat gesagt, wir betreiben so quasi penetrante Forderungen. Meine Damen und Herren, ich frage mich dabei, ist eine Forderung, wenn sie Vertreter für ihre Mitmenschen stellen, eine Penetrantheit oder ist das nicht unsere Aufgabe? Ich frage, ist dies penetrant, wenn der Antrag gestellt worden ist, für die Pendler eine Hilfe zustandezubringen. Ja, meine Damen und Herren, über das Pendlerproblem wird ja sicher noch in diesem Hause gesprochen werden. Ich will das heute nicht verbreitern, aber gerade wir von der Industrie, wir haben schon Jahrzehnte lang mit diesem Problem zu tun, haben, wenn auch nicht ausreichend, aber doch innerbetrieblich Abhilfen geschaffen, und wenn nun durch den Antrag der sozialistischen Abgeordneten hier in diesem Hause etwas weiter, etwas moderner gegangen worden ist, dann kann man nicht sagen, daß solche Forderungen penetrant sind, denn die Leistungen, meine Damen und Herren, sind immer ein stolzer Ausweis und eine Aktivität jener Funktionäre, die das verantworten.

Ich darf zu meinem ursprünglichen Gedanken, warum ich mich heute gemeldet habe, den Doppelberufstyp der Nebenerwerbslandwirte reden. Es ist

wirklich eine stolze Leistung, wenn man bedenkt, welche Arbeitszeit sie auf sich nehmen, wenn sie beide Berufe ausführen. Wenn der Mann, und ich sage das vielleicht von der Warte des Industriearbeiters aus, weil wir acht Stunden täglich mit ihnen verbunden sind, seiner Arbeit im Betrieb nachgeht, dann fällt die gesamte landwirtschaftliche Arbeit auf die Frau in der Hauptverantwortung oder eben auf die übrigen Familienmitglieder. Der Tagesablauf, meine Damen und Herren, gestaltet sich so, daß der Mann zum Teil bedingt durch den Dreischichtbetrieb, wenn er so eingeteilt ist, für die Hauptbelastung des landwirtschaftlichen Betriebes nicht zur Verfügung steht. Das ist meines Erachtens eine solche gigantische Leistung, die auch gewürdigt gehört. Der Acht-Stunden-Tag, wenn ich so sagen darf, gilt für den Mann nicht, denn er muß ja acht Stunden im Betrieb arbeiten, und dann beginnt seine stundenlange Tätigkeit, seine Mithilfe am Bauernhof. Es liegt mir fern, hier allzu tief hineinzugehen, denn wir wissen ja, wie ein solcher Tagesablauf aussieht. Ich darf doch sagen, daß die Frage des Nebenerwerbslandwirtes oder Bauern und des Industriearbeiters eng verbunden ist. Heute ist gesagt worden, die Sicherung der Arbeitsplätze, die Schaffung von Arbeitsplätzen, das Pendlertum und so weiter gehören mit dazu. Meine Damen und Herren! Nebenerwerbslandwirte hat es schon immer gegeben. Wenn ich zurückblicke und forsche in unserer Betriebschronik und mit der ländlichen Bevölkerung in Kindberg — Kollege Eichtinger wird mir beipflichten — spreche, dann können wir nachweisen, daß bereits die Großeltern, Urgroßeltern in unserem Betrieb gearbeitet haben. Das geht zurück bis weit in die Jahrhundertwende. Natürlich mit einer ganz anderen Betreuung, einer ganz anderen menschlichen Auffassung, als dies heute geschieht. Und so kann ich sagen, daß der Landwirt, der gezwungen ist, auf Grund der Größe seines Hofes, auf Grund seiner Eigenschaften, wenn er noch in den Betrieb geht, daß er hier doch auch etwas Persönliches mitbringt. Das verstehe ich unter der ethischen Eigenschaft, die ein solcher Mann oder eine solche Person mitbringen muß. Etwas anderes noch, er nimmt die kolossale Belastung auf sich, nämlich die Liebe zur Landwirtschaft, die Liebe zu seinem Haus, zu seinem Heim, damit er das, was er ererbt hat, auch seinen Kindern weitergeben kann und daß dies erhalten wird. Und wenn durch den Doppelberuf vielleicht etwas mehr Geld herein kommt — ich will heute nicht reden über die Einkommensverhältnisse, sei es in der Landwirtschaft oder bei den Industriearbeitern. Sie liegen zum Teil nur richtig, da heute die Zahlen genannt worden sind. Wenn Sie andere Statistiken hernehmen, nämlich konkrete aus der Sozialversicherung, dann werden Sie zu anderen Summen kommen und nicht zu so unterschiedlichen. Die einen bewußt hinaufgetragen und die anderen bewußt erniedrigt. So geht das nicht. Und wenn aber trotzdem mehr Geld im Haushalt ist, dann, meine Damen und Herren, ja wem kommt das zugute, der Wirtschaft. Es wird ausgegeben, es wird modernisiert. Es wird der Haushalt modernisiert, es wird die Arbeit für die Frau erleichtert. Es wird auch inve-

stiert für die Bearbeitung der Landwirtschaft. Vielleicht noch ein wesentlicher Punkt, der auch dazu geführt hat — heute vielleicht nicht mehr so wie früher —, das ist die Stellung in der Sozialversicherung. Die Arbeit war früher so, daß keine Sozialversicherung damit verbunden war. Die Bauern waren auf diesem Sektor fast schutzlos. Und noch nicht vor allzu langer Zeit, denn die Krankenversicherung ist ja keine jahrzehntelange Errungenschaft, ist es durch die Sozialisten doch gelungen, sie in das Gesetz einzubinden, wenn auch anfänglich große Schwierigkeiten waren. Das ist nachzulesen in verschiedenen Protokollen der gesetzgebenden Körperschaften, wo dies beschlossen wurde, wo dies auch verwirklicht worden ist. (Abg. Pöttl: „1969!“) Und so darf ich sagen, daß auch dieser Punkt, die soziale Sicherheit, eine sehr große Rolle bei den Nebenerwerbslandwirten gespielt hat, in den Betrieb zu gehen, damit sie nicht nur für sich, für die Frau, sondern auch für die gesamte Familie hier einen Schutz erhalten. (Beifall bei der SPO.)

Daß natürlich, meine Damen und Herren, dies für diese Berufsgruppe — wenn Sie so wollen — zusätzlich ein kolossaler Aufstieg war gegenüber ihren anderen Branchenkollegen, die dies nicht hatten, ist verständlich. Und daß hier auch gewisse Neidkomplexe Platz gegriffen haben, werden Sie auch verstehen. Aber etwas anderes. Wenn die Leute in den Betrieb kommen, dann kommen sie zum Teil als Nichtfachleute für eisenverarbeitende Tätigkeit oder für Hüttentätigkeit. Gewisse Eigenschaften bringen sie mit, meistens sind sie ausgezeichnete Improvisationsmänner, das heißt, sie passen sich sehr schnell den Gegebenheiten an, haben die herrliche Gabe sich einzufügen, aber bei Fachplätzen sind sie doch im Hintertreffen. Und da wollten sie Abhilfe schaffen. Und so, meine Damen und Herren — das darf ich in Erinnerung bringen —, hat das steirische Landvolk am 17. Feber 1979 bei seiner Konferenz in Bruck beschlossen, daß hier Abhilfe geschaffen wird in Form einer besseren und zielführenden Ausbildung für die Nebenerwerbslandwirte. Eine Untersuchung hat gezeigt, daß 35 Prozent der im Betrieb Tätigen Hilfsarbeiten verrichten, und 31 Prozent sind Facharbeiter, die nur zum Teil eingesetzt werden. Hier ist die Forderung auf eine bessere zielführende Ausbildung erhoben worden, die dann sicher Hand in Hand mit der Arbeitsmarktförderung, mit allen zuständigen Stellen zu verwirklichen ist. Es kommt auch jedem einzelnen zugute. Und daß dies notwendig ist, meine Damen und Herren, kann ich auch hier an Hand eines Beispiels aus meinem Betrieb bringen. Wenn heute so viel gesprochen worden ist von Betriebsansiedlungen und von Umstrukturierungen, von Gestaltung, es wird sicher noch in einem anderen Kapitel darüber gesprochen werden. Wir in Kindberg sind momentan in der glücklichen Lage, daß wir im Konzert der industriellen Umstrukturierung nicht nur in Österreich sondern auch in Europa ein sogenanntes Nahtlosrohrwerk bekommen haben, das eines der modernsten — wenn ich so sagen darf — in der Welt überhaupt in seiner Ausführung und Produk-

tionsmöglichkeit ist. Es war notwendig, daß wir die Leute rechtzeitig einschulen und daß wir auch geeignete Menschen dazu heranziehen. Sie wurden in die Tschechoslowakei zur Einschulung und in andere Staaten in Europa geschickt. Und siehe da, meine Damen und Herren, es sind sehr viele Nebenerwerbslandwirte dabei, die persönlich die Eigenschaft mitgebracht haben, zu denen wir das Vertrauen haben, daß sie diese Arbeit, diese Präzisionsarbeit verrichten, und es ist erfreulich, und wir fahren auf diesem Sektor weiter. Schauen Sie, im Bezirk Mürzzuschlag gibt es ungefähr 1000 Nebenerwerbslandwirte, und alle sind mit der Industrie verbunden. Es ist bei uns keine Frage, auch nicht in Krisenzeiten, das möchte ich sagen. Auch in Krisenzeiten sind für diese Leute die Arbeitsplätze sicher, weil wir wissen, daß sie erkannt haben, daß letzten Endes ihre Tätigkeit in den Betrieben und ihr Leben auf dem Lande auch von ihren Arbeitskollegen, ihren Mitmenschen Anerkennung findet. Und wenn ich heute sagen kann, daß sie voll integriert sind, dann deshalb, weil sie sehr gute Hüttenarbeiter geworden sind, weil sie gute Facharbeiter in der Eisenhütte geworden sind, weil sie gute Gewerkschafter geworden sind. Sie wissen genau, wo ihre Erfolge errungen werden. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Das Wort hat der Herr Landesrat Koiner. Ich erteile es ihm.

**Landesrat Ing. Koiner:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich glaube, Sie empfinden es nicht als Übertreibung, wenn ich mit einigem Stolz sage, daß am Ende über das Kapitel „Landwirtschaft und Förderung“ der Eindruck allgemein so ist, daß wir ein Bild der Vielfalt als Abbild der Steiermark, als Land, erhalten haben, in der Darstellung durch die verschiedenen Regionen, der Verschiedenart der Menschen in den Regionen. Auch das ist sehr deutlich zum Ausdruck gekommen. Ein quicklebendiger Kollege Zinkanell, ein sehr emotioneller und fast uriger Kollege Pranchh, ein ruhiger Neuhold, und so könnte man das fortsetzen. Ich empfinde das fast auch als eine Darstellung der Verschiedenheit unserer Regionen in der Steiermark, der bäuerlichen Art, ihrer Sorgen, ihrer Hoffnungen — Gott sei Dank auch sehr deutlich zum Ausdruck gekommen — und natürlich auch der Verschiedenheiten in der Auffassung, wie man am besten an die Lösung dieser Probleme herangeht. Auch das gehört dazu. Ich bin eigentlich überzeugt davon, daß das eine umfassende Darstellung war. Nachdem wir mit der Zeit auch etwas in Verzug sind, und so sehr mir das eigentlich immer Vergnügen bereitet hat und mich gereizt hat, auf all die Probleme einzugehen, möchte ich heute darauf verzichten. Ich glaube, es ist von allen Seiten dargestellt worden. Um eines darf ich Sie bitten, vielleicht ist das von mir überheblich, aber billigen Sie mir das zu. Was mir wirklich ein bißchen Sorge macht ist, unter anderem auch ausgelöst durch einen Zeitungsartikel in der jüngsten Zeit, der unter der Überschrift gestan-

den ist: „Kommen die dreißiger Jahre wieder?“ (Abg. Zinkanell: „Hoffentlich nicht!“) Ich weiß schon, daß es viele Kollegen hier noch gibt, die sich daran zurückerinnern können (Abg. Premsberger: „Sehr gut und sehr negativ!“), mit all den Problemen, auf der Seite, auf der Seite und daß, Gott sei Dank, nicht in diesem Kapitel, aber doch auch bei uns im steirischen Landtag, vielleicht nicht zu übersehen ist, in anderen Bereichen sicher nicht zu übersehen, meine Damen und Herren, daß die partielle Sicht und daß das Überbewerten auch dieser partiellen Sicht, von mir aus auch der eigenen Parteisicht, doch Anlaß ist, sich darüber Gedanken zu machen. Ich weiß schon, daß das jetzt vielleicht überheblich klingt, aber ich bitte Sie vielmals, meine Damen und Herren, und das ist eigentlich das, was ich Sie bitte, mir nachzusehen, daß ich das unter dem Schlußwort des Kapitels Landwirtschaft bringe, vor allem, weil wir bei all diesen harten Gegensätzen, und es wird am 17. mit dem Herrn Landwirtschaftsminister eine sicher sehr harte, aber sachliche Auseinandersetzung bevorstehen. Herr Kollege Chibidziura, was mir aufgefallen ist dabei, daß Sie gemeint haben, es könnten sich der Herr Minister Haiden und der Herr Landesrat Koiner trotz dieser Gegensätze die Hand geben. Ich sage Ihnen eines, solange ich irgendwie in politischer Funktion bin, werde ich großen Wert darauf legen bei allen sachlichen Gegensätzen, daß wir uns die Hand geben. (Allgemeiner Beifall. — Abg. Laurich: „Jawohl!“ — Abg. Zinkanell: „Richtig!“) Und weil gerade diese dreißiger Jahre in einer Zeitung angeschnitten worden sind, ja was ist denn dort wirklich passiert? Was ist denn dort passiert, daß wir nicht mehr miteinander reden haben können? Daß sich niemand mehr die Hand gegeben hat? Und was ist denn dann die Folge daraus gewesen, meine Damen und Herren? (Abg. Ing. Turek: „Sie wissen genau, daß er das nicht so gemeint hat. Nicht in menschlicher Hinsicht, sondern was die Landwirtschaftspolitik angeht! Das soll nicht verdreht werden!“) Ich habe es so aufgefaßt. (Abg. Brandl: „Er hat schon recht!“) Es ist nichts verdreht worden. Mir geht es sicher um etwas anderes hier, als etwas verdrehen zu wollen. Ich bitte Sie vielmals, denken wir doch ab und zu auch einmal konkret, selbst wenn es uns selber einen Vorteil bringt, darüber nach, ob wir nicht wirklich einen gefährlichen Weg gehen in der Beziehung. Warum? Letzten Endes hat es dazu geführt, ich gebe schon zu, in einer Lernphase der Demokratie, so alt waren sie noch nicht die Dreißigerjahre, daß die unerbittliche Waage der Geschichte uns damals nicht für reif befunden hat, dabei zu bleiben, und daß uns erst danach die Erkenntnisse gekommen sind (Abg. Premsberger: „Als es zu spät war!“), daß es vielleicht doch gescheiter wäre, den einen oder anderen partiellen Vorteil aufzugeben. Da ist auch einiges geschehen. Einiges geschehen an Aufbauleistung, wie immer man das interpretiert. Ich sage das immer wieder. Ich bin im fünfundvierziger Jahr zurückgekommen, und ich hätte mir nie zu träumen gewagt, wie groß die Probleme in allen Bereichen heute sind, daß wir gemeinsam einen Lebensstandard erreicht haben, wie wir ihn heute

haben. Nicht zu träumen hätte ich mir das gewagt. (Allgemeiner Beifall.)

Bei all diesen Gegensätzen, die wir haben, die wir weiter austragen werden, meine Bitte, zu bedenken, daß wir mehr zu verlieren haben als einen Teil. Denken wir daran, vor allem auch angeregt durch diesen Artikel „Kommen die dreißiger Jahre wieder?“, dann werden wir schon gemeinsam Lösungen finden, in der Landwirtschaft und in allen übrigen Teilen. Danke vielmals. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Wir beginnen mit dem zweiten Teil der Gruppe 7, Fremdenverkehr. Als erster Redner hat sich der Herr Abgeordnete Lind gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Lind:** Herr Präsident, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Fremdenverkehr, Erholungs- und Wirtschaftsfaktor ersten Ranges, eine Einrichtung für die Völkerverständigung, aber auch eine brisante währungspolitische Frage. Wenn wir bei der Völkerverständigung beginnen wollen, so kann ich zum Ausdruck bringen, hätten diese Völkerverständigung und dieser Fremdenverkehr vor mehr als vierzig Jahren so funktioniert wie heute, dann wäre uns vielleicht der Zweite Weltkrieg erspart geblieben. Ich kann das immer wieder feststellen, vielleicht von der kleinen Basis her gesehen. Ich denke an unsere Stadt Hartberg, die Stadt der internationalen Begegnungen, welche Kontakte gerade durch diese Völkerverständigung über den Fremdenverkehr angeknüpft werden, und die sicherlich im kleinen auch eine besondere Bedeutung hat. Wenn man das weltweit sieht, dann glaube ich, daß meine Behauptung die richtige ist. Nun zur Wirtschaft. Es sind hunderttausende von Arbeitsplätzen damit gesichert, und es gäbe weit mehr Pendler, wenn es diese gut funktionierende Fremdenverkehrswirtschaft nicht geben würde. Darum auch unsere Aufgabe. Es gibt noch unbegrenzte Möglichkeiten, hier weitere Arbeitsplätze zu schaffen. Wenn das Wort Pendler heute schon so oft in den Mund genommen wurde, ich habe ja selbst gestern auch hiezu gesprochen, so muß ich immer wieder zum Ausdruck bringen, und heute ist es in den Raum geklungen, das Wort Pendlerbeihilfe, sicherlich Bundesaufgabe, aber wir bekennen uns hundertprozentig dazu. Ich muß aber trotzdem sagen, daß mit dieser beantragten Pendlerbeihilfe das Problem nicht gelöst werden kann, daß das eine familienpolitische Frage ersten Ranges ist, daß eine Reihe von Dingen damit verbunden sind, bis zur energiepolitischen Frage. Würde man diesen Pendlern im Monat diese 83 Schilling oder 85 Schilling geben, mehr als 50 Schilling nimmt der Finanzminister schon wieder weg durch die Erhöhung der Treibstoffkosten. Also glaube ich, ist das nicht das richtige, und ich bin fest davon überzeugt, daß meine gestrige Aussage richtig ist, daß doch die Ohnmacht der Regierungspartei zum Ausdruck gebracht wird.

Zur Arbeitsmarktförderung selbst noch einige Sätze. Es ist sehr interessant, daß hier mit zwei Maßstäben gemessen wird. Es gibt Betriebe, die die Arbeitsmarktförderung ohne weiteres erhalten, ich muß das auch im Zusammenhang mit der Arbeitsplatzschaffung, den Pendlern und so weiter, zum Ausdruck bringen. Ich kann Ihnen ein klassisches Beispiel bringen. Man soll nicht nur diesen Betrieben, die schon so weit sind, daß die Arbeitsmarktförderung auch nichts mehr hilft, diese gewähren, sondern auch diesen Betrieben, die in der Lage sind, zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen, wie es in Hartberg passiert bei der Firma Durmont, auch bei der Kleiderfabrik, daß die Arbeitsmarktförderung verwehrt wurde. Ich weiß nicht, vielleicht sind dort die verkehrten Betriebsräte tätig. Diese Betriebe haben Betriebsratsobmänner und Betriebsräte, die dem ÖAAB und der Fraktion christlicher Gewerkschafter angehören, ich kann mir keine andere Erklärung geben. Stärkung der Wirtschaft, aber auch vor allem Stärkung der Landwirtschaft, vor allen Dingen durch den Fremdenverkehr, Urlaub am Bauernhof. Die währungspolitische Frage. Sie wissen ganz genau, daß ein Großteil des Außenhandelsdefizits durch die Währungseinnahmen über den Fremdenverkehr zu uns kommt. Es sind noch viele, viele Möglichkeiten offen. Und Österreich ist Erholungsland für In- und Ausländer. Was bieten wir an? Eine schöne Landschaft, eine schöne Umwelt, aber auch schöne Bauten. Ich darf hier sagen, daß es unsere Aufgabe sein muß, gerade diese Landschaft zu erhalten. Daß hier gesetzliche Maßnahmen erforderlich waren, das können wir nur begrüßen. Die Umwelt ist überfordert, wir brauchen reines Wasser und so verschiedenes mehr. Zum Baustil selbst, hier möchte ich vor allen Dingen an die Architekten die Bitte richten, unsere alte Bauform im wesentlichen im ländlichen Raum zu erhalten. Es hat sich auch der Mensch in den vielen Jahrtausenden nicht geändert, obwohl er modern geworden ist. Es hat sich die Natur nicht geändert, es war auch nicht möglich, den Bäumen eine andere Form zu geben und so weiter. Darum sollte auch der Baustil in altgebrachter Herkunft in den ländlichen Räumen erhalten bleiben. Es sind nicht nur die Unternehmer und die Privatzimmervermieter die Träger des Fremdenverkehrs, sicherlich zur Hauptsache, es sind die vielen Fremdenverkehrs- und Verschönerungsvereine, es sind die Gemeinden und eine Reihe Organisationen, die Einrichtungen geschaffen haben, die Wanderwege errichtet haben. Bis zum Alpenverein, und wie sie alle heißen. Aber auch unsere Vereine, die Blasmusikvereine, unsere Sing- und Spielgruppen. Hier muß ich im Zuge der Budgetkürzungen auch feststellen, man hätte dies nicht unbedingt linear machen dürfen. Hier hat man gerade für eine Gruppe — wenn es um die Blaskapellen geht, ich war immer der Sprecher vom Dienst, heute nicht — vielleicht doch durch die lineare Handlung nicht das richtige getan. Das darf ich von dieser Stelle aus zum Ausdruck bringen. (Abg. Ing. Turek: „Das ist für die Regierung am bequemsten. Sie braucht sich keine Gedanken darüber zu machen, welche Schwerpunkte sie setzt!“) Gut, bitte, ich würde mich nicht 100prozentig dieser

Meinung anschließen. Das bequemste ist es sicher, aber man muß auch differenzieren, wo kann man es machen. Im Gesamtvolumen bin ich der Meinung, aber linear — ich weiß nicht, ob dies richtig ist. Nun die Bilanz des steirischen Fremdenverkehrs in den siebziger Jahren, sehr eindrucksvoll. Im Fremdenverkehrsjahr 1969/70 wurden im Bundesland Steiermark 6,9 Millionen Übernachtungen erzielt, davon entfielen auf den Sommer 5,1 Millionen, auf den Winter 1,8 Millionen. Von den Gesamtübernachtungen waren 4,8 Millionen Inländer- und 2,1 Millionen Ausländernachtungen zu verzeichnen. Zehn Jahre später, am Ende der siebziger Jahre, im Fremdenverkehrsjahr 1978/79, ist unser Bundesland neben Tirol, Salzburg und Kärnten unter die großen vier Fremdenverkehrsländer Österreichs aufgerückt und kann auf insgesamt 9,4 Millionen Übernachtungen verweisen, also auf eine Steigerung von 36,6 Prozent, wovon auf die Sommersaison 6 Millionen und auf die Wintersaison 3,4 Millionen zu verbuchen sind. Inländerübernachtungen wurden 5,9 Millionen, beziehungsweise um 25,2 Prozent mehr erzielt. Der Ausländeranteil stieg auf 3,4 Millionen beziehungsweise um 62,1 Prozent. Man sieht hier deutlich, daß es hier noch unbegrenzte Möglichkeiten gibt. Erfreulich ist der Umstand, daß unsere Bemühungen, den Winterfremdenverkehr auszurüsten, von durchschlagendem Erfolg begleitet waren. Im Winterhalbjahr 1969/70 hatten wir — wie bereits erwähnt — 1,8 und im Winterhalbjahr 1978/79 3,4 Millionen Übernachtungen zu verzeichnen. Das bedeutet eine Zunahme um 90 Prozent beziehungsweise eine jährliche durchschnittliche Steigerungsrate von 9 Prozent. Allerdings bitte, wie Sie alle aus Ihrer Erfahrung wissen, an der Meldedisziplin fehlt es da und dort noch und würden diese Ziffern wahrscheinlich noch besser aussehen, wenn keine Dunkelziffern gegeben wären. Wenn wir Winter- und Sommerhalbjahr zusammenrechnen, beträgt die durchschnittliche jährliche Steigerungsrate in den Jahren 1969 bis 1979 3,6 Prozent. In bezug auf die Bettenkapazität ist zu sagen, daß hier eine enorme Ausweitung stattgefunden hat und daß man künftig vor allen Dingen auf die Qualität noch mehr Rücksicht zu nehmen hat. Das Motto also, die Verbesserung der Qualität. Ich appelliere an alle Verantwortlichen in der Fremdenverkehrswirtschaft, an alle Bürgermeister als Baubehörde I. Instanz und an alle Fremdenverkehrsobmänner, diesem Grundsatz der Veredelung unseres Produktes auch in den nächsten Jahren ein besonderes Augenmerk zu schenken. Wie schon gesagt, haben die steirische Fremdenverkehrswirtschaft, die Fremdenverkehrsvereine und Fremdenverkehrsverbände sowie die Fremdenverkehrsgemeinden eine imponierende Aufbauarbeit geleistet. Dafür ist besonders zu danken. Nur voller Einsatz und große Tatkraft aller im Fremdenverkehr Tätigen konnten dieses markante Ergebnis sicherstellen. Es wurde erzielt unter maßgeblicher Unterstützung von seiten des Landes. Im Zeitraum von 1969 bis 1979 wurden aus Fremdenverkehrsförderungsmitteln des Landes Steiermark insgesamt 540 Millionen Schilling, also eine halbe Milliarde, an Förderungsbeiträgen für Frem-

denverkehrsinfrastrukturvorhaben in steirischen Gemeinden bereitgestellt. Das ist zirka ein Drittel des Investitionsvolumens. Wenn man die zwei Drittel dazugibt, die die Gemeinden getragen haben, so wurden auf diesem Wege der Fremdenverkehrswirtschaft 1,5 Milliarden Schilling zur Verfügung gestellt. In diesem Zeitraum von zehn Jahren konnten großartige Fremdenverkehrsvorhaben in allen Landesteilen fertiggestellt werden. Es waren dies unter anderem 82 Schwimmbäder, 25 Hallenbäder, 20 Badeseen, 80 Tennisplätze mit einem oder mehr Plätzen, 12 Tennishallen, 23 Mehrzweckhallen, von denen die meisten auch für Tennis geeignet sind. Des weiteren auch zahlreiche Campingplätze, drei hervorragende international anerkannte Golfplätze und so weiter. Für den Winterfremdenverkehr wurden in den Bergregionen unserer Heimat viele Aufstieghilfen für den Wintersport errichtet und die unbedingt erforderliche Pistenpräparierung nachhaltig unterstützt. Mit insgesamt 600 Schleppliften, Sesselliften und Seilbahnen ist die Steiermark in diesen Jahren an die dritte Stelle unter den österreichischen Wintersportbundesländern gerückt. Ich möchte aber auch besonders darauf hinweisen, daß wir damit die Erschließung für den Winterfremdenverkehr im großen und ganzen als abgeschlossen betrachten dürfen. Nicht zuletzt auch im Hinblick darauf, daß gleich hohe Zuwachsraten im Winterfremdenverkehr in Zukunft nicht zu erwarten sein werden und daß nicht zu verantworten wäre, eine sinnlose Konkurrenzierung aufzubauen, welche die bestehenden Einrichtungen wirtschaftlich in Frage stellt. Auch hier gilt der Grundsatz der Verbesserung und Veredelung bestehenden Angebotes. Wobei Fragen der Sicherheit der Anlagen, der Pistengeräte und somit der Sicherheit bei der Ausübung des Schisports vorrangige Bedeutung haben müssen. Von 1969 bis 1970 wurden 2061 Fremdenverkehrsinvestitionskredite mit 381.600.000 Schilling gewährt. Wenn man hier wieder die weiteren zwei Drittel der Investitionen betrachtet, so wurden auf diesem Wege wieder eine Milliarde Schilling an Förderungs- und Investitionsmitteln der Fremdenverkehrswirtschaft zur Verfügung gestellt.

Eine der größten Bürgerinitiativen, die es bisher in der Steiermark gegeben hat, ist der Blumenschmuckwettbewerb. Es haben sich 30.000 Personen daran beteiligt. Was wäre die Steiermark ohne Blumen, was wären unsere Fremdenverkehrsbetriebe ohne den Blumenschmuck, was wären die Gemeinden ohne diesen Schmuck?

Sehr verehrte Damen und Herren! Nach diesem Rückblick auf das letzte Jahrzehnt wende ich mich dem abgelaufenen Fremdenverkehrsjahr 1979/80 zu. Im Fremdenverkehrsjahr 1979/80 konnten wir 9,4 Millionen Übernachtungen erreichen, das ist ein Plus von 38.000 Nächtigungen und immer noch 0,4 Prozent. Wenn wir Winter- und Sommernächtigungen einer eingehenden und kritischen Überprüfung unterziehen, kommen sicherlich mehrere Tendenzen eindeutig zum Vorschein. Auch im Winter 1979/80 hielt der seit mehreren Jahren feststellbare Aufwärtstrend an. Im letzten Winter betrug dieser bei den Inländern 1,6 Prozent und bei den

Ausländern 2,3 Prozent. Besonders erfreulich ist, daß die so wichtige Frequenz bundesdeutscher Gäste im abgelaufenen Winter wieder um 3,7 Prozent gestiegen ist. Daß aber auch aus dem jugoslawischen Nachbarlande der Fremdenverkehrszustrom noch immer steigt.

Der Urlaub am Bauernhof, eine ganz besondere und wesentliche Einrichtung, hat sich bewährt. Ich muß auch sagen, daß der Inländergast Gast Nummer eins in unserem Lande ist. Daß er auch einen ganz besonderen Wert hat, denn man weiß nicht, was die Energiefrage in Zukunft bringt und wie weit man sich auf den Ausländerfremdenverkehr verlassen kann. Um unsere bisherige Krisenfestigkeit zu erhalten, gilt es daher, die steirische Fremdenverkehrsinfrastruktur weiter zu veredeln. Reine Seen, schönes Wasser, Tennisplätze und verschiedene Einrichtungen, wie schon erwähnt noch dort und da, wo die Möglichkeiten und die Notwendigkeiten geboten sind, zu geben. Die steirischen Fremdenverkehrsgemeinden müssen aber über eine solide und gediegene Fremdenverkehrsinfrastruktur verfügen, um im immer härter werdenden Konkurrenzkampf bestehen zu können. Hier ist auch die Werbung von ganz besonderer Bedeutung und Wichtigkeit, die weitgehend funktioniert. Wenn auch Einsparungen im Voranschlag zu verzeichnen sind, so wird es trotzdem möglich sein, die zur Verfügung stehenden Mittel gewissenhaft und überlegt einzusetzen sowie die Werbemaßnahmen im In- und Ausland verstärkt fortzusetzen und Schwerpunkte herauszustellen. Immer näher rückt der Zeitpunkt der Durchführung der alpinen Schiweltmeisterschaft 1982 in der Dachstein-Tauern-Region und der Nordischen Juniorenweltmeisterschaft 1982 in Murau. Beide Weltmeisterschaften werden die Steiermark über eine lange Zeit vor, während und nach den Veranstaltungen in den Brennpunkt des Wintersports der gesamten Welt rücken. Die damit verbundene Werbewirkung wird mit Sicherheit für das ganze Bundesland reiche Früchte tragen. Das muß hier zum Ausdruck gebracht werden. Auch der Tagestourismus hat gerade für unser Bundesland besondere Bedeutung. Es kommen über diesen Weg viele Millionen Menschen in unser schönes Land, die nicht registriert werden, und über die keine Ziffern vorliegen. Die Eckpfeiler der steirischen Fremdenverkehrswirtschaft und -politik müssen weiterhin sein: Ganz besonders hervorzuheben wäre hier die Stärkung der Fremdenverkehrsgesinnung und des Heimat- und damit des Steiermarkbewußtseins. Die Stärkung des Umweltbewußtseins wie eingangs schon erwähnt, damit unsere Heimat in ihrer unvergleichlichen landschaftlichen Schönheit intakt bleibt. Nachhaltige Stärkung und weiterer Ausbau der steirischen Fremdenverkehrsinfrastruktur. Erhaltung und Verbesserung der steirischen Fremdenverkehrswerbung im In- und Ausland. Aber die gedeihliche Zusammenarbeit zwischen gewerblicher Fremdenverkehrswirtschaft, Fremdenverkehrsvereinen, Fremdenverkehrsgemeinden, Fremdenverkehrsverbänden und dem Lande Steiermark, um nur einige wichtige Dinge herauszustellen. Wir haben in der bereits schwierigen Periode der ablaufenden siebziger Jahre unser

Fremdenverkehrsniveau nicht nur halten, sondern kontinuierlich weiter ausbauen können. Dieses erreichte hohe Niveau zu halten, auszugestalten und überlegt zu verbessern ist unser großer Auftrag für die Zukunft und bleibt Gebot der Stunde. Unsere gesamte Arbeit muß darauf ausgerichtet sein, die achtziger Jahre erfolgreich zu bestehen. Es gilt, die Steiermark auch in Zukunft lebens- und liebenswert zu gestalten und zu erhalten. Millionen Erholungsbedürftige sollen bei uns die Möglichkeit der Erholung finden, auch wir selbst. Viele Arbeitskräfte mögen dadurch eine gesicherte Existenz haben. Dem Bauern soll mit dem Urlaub am Bauernhof der Verbleib auf der Scholle gesichert bleiben. Der Bauer ist schließlich auch der Pfleger und Erhalter unserer Landschaft. Gedankt sei allen, die zur Aufrechterhaltung eines erstklassigen Fremdenverkehrsangebotes beigetragen haben, vor allem Landeshauptmannstellvertreter Wegart mit seinen Mitarbeitern. Verbringen auch Sie Ihren Urlaub in Österreich und in der Steiermark. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall. — Abg. Ing. Turek: „Hier und da darf der Fremdenverkehrsreferent auch nach Amerika und das übrige Ausland fahren, um sich die Konkurrenz anzuschauen!“ — Landeshauptmannstellvertreter Wegart: „Ich habe meinen Urlaub im Inland verbracht!“)

**Präsident:** Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Laurich. Ich erteile es ihm.

**Abg. Laurich:** Herr Präsident, Hohes Haus!

Zum Unterschied von anderen Sparten in unserer heimischen Wirtschaft können wir auch in diesem Jahr wieder mit der Entwicklung im Fremdenverkehr zufrieden sein. Wir können, wenn auch auf eine kleine, aber doch auf eine Steigerung unserer Nächtigungszahl hinweisen. Die fetten Jahre, lieber Freund, Herr Kollege Turek, wo wir mehrprozentige Zuwachsraten im Fremdenverkehr erhofft haben und sie auch bekommen haben, sind vorerst einmal nicht gegeben. Aber es sind letzten Endes nicht die Nächtigungsziffern allein, die den wirtschaftlichen Niederschlag aus dem Fremdenverkehr bestimmen. Gesamt gesehen also war das Fremdenverkehrsjahr 1979/80 zufriedenstellend und erfreulich.

Nicht erfreulich aber, meine Damen und Herren, ist die Tatsache, daß wir auch im Jahre 1980 keinen Entwurf des von den Sozialisten, aber auch von Fremdenverkehrsfachleuten geforderten Fremdenverkehrsgesetzes zur Beratung vorgelegt bekommen haben und daß auch das angekündigte Privatzimmervermietungsgesetz weiter auf sich warten läßt. Die Forderung nach diesem Gesetz, und das möchte ich ausdrücklich unterstreichen, hat keinerlei politische Motive, sondern sind echte Erfordernisse der Fremdenverkehrswirtschaft.

Ich kann mir zwar vorstellen, daß von bestimmten Gruppen oder von bestimmten Seiten aus Bedenken gegen dieses Gesetz bestehen, aber man müßte doch, wenn man sich bemüht, erreichen können, daß man in grundsätzlichen Fragen eine Übereinstimmung und eine Einigung erzielt, weil

ich der Auffassung bin, daß sich Gruppeninteressen Gesamtinteressen des Fremdenverkehrs unterzuordnen haben. Es ist nämlich nicht einzusehen, daß ein Teil die vollen Lasten zu tragen hat und der andere Teil sehr erfolgreich am Produkt des Fremdenverkehrs mitnascht. Das ebenfalls geforderte Fremdenverkehrsförderungsgesetz soll Richtlinien zur Förderung bestimmter Fremdenverkehrsvorhaben enthalten.

Meine Damen und Herren, es ist bekannt, daß es in der Steiermark Gebiete gibt, daß es Betriebe gibt, aber auch infrastrukturelle Einrichtungen gibt, die den Standard des Westens bereits erreicht oder schon überschritten haben. Wir freuen uns natürlich darüber, weil durch das Zusammenwirken privater Initiative, durch Unterstützung des Landes Steiermark und des Bundes Leistungen erbracht wurden, die einen ganz beachtlichen wirtschaftlichen Niederschlag bringen. Der Abgeordnete Schwab aus meiner Nachbargemeinde Haus hat gestern bereits hingewiesen, welche Bedeutung der Fremdenverkehr für die Beschaffung von Arbeitsplätzen bringt. Ich habe das im Vorjahr sehr deutlich anhand verschiedener Beispiele gebracht. Es ist richtig, daß die Vorbereitungen zur WM 1982 vielen Dutzend Arbeitern neue Arbeitsplätze gesichert haben, Arbeitsplätze, die auch wintersicher sind. Wir freuen uns darüber, daß dadurch ein kleiner Beitrag zur Arbeitsplatzsicherung in der Steiermark erbracht werden konnte. (Allgemeiner Beifall. — Landeshauptmannstellvertreter Wegart: „Ein großer Beitrag!“) Ein großer Beitrag, das möchte der Herr Landeshauptmannstellvertreter hier festgestellt haben. Ich möchte aber in diesem Zusammenhang darauf verweisen, daß die Vorbereitungen für die WM 1982, die eine Reihe großer Schwierigkeiten schon in der Planung gebracht haben, daß diese Vorbereitungen planmäßig vor sich gehen und daß in allen Gemeinden, ob das nun Pichl ist, ob Schladming oder Haus, für diese WM 1982 gearbeitet wird.

Aber, meine Damen und Herren, vergessen wir gerade in einer Zeit, die für manche Gebiete der Steiermark wirtschaftliche Schwierigkeiten und den Verlust von Arbeitsplätzen gebracht hat, nicht, daß für solche Gebiete besonders dann, wenn sie sich für den Fremdenverkehr eignen, zusätzliche Förderungsmaßnahmen geschaffen werden müssen. Ich denke da ganz besonders an das Gebiet der unteren Enns, den Raum Weißenbach, St. Gallen, Altenmarkt, wo durch das Schließen der Zellstofffabrik in Weißenbach 170 Arbeitsplätze verloren gegangen sind, in einem Gebiet also, das sich für den Winter- und Sommerfremdenverkehr ganz besonders anbietet. Für die jungen Menschen in diesem Raum ist es fast unmöglich, einen Lehrplatz oder einen Arbeitsplatz zu bekommen. Ich bin aber der Überzeugung, daß dann, wenn eine Sonderförderung des Landes mit Hilfe des Bundes möglich ist, und wenn eine Studie ausgearbeitet wird, wie man dort den Fremdenverkehr ankurbeln kann, ein wertvoller Beitrag für neue Arbeitsplätze und für die Sicherung vorhandener Arbeitsplätze in den Fremdenverkehrsbetrieben geleistet werden könnte. Meine Damen und Herren, trotz einer



überaus zufriedenstellenden Bilanz im steirischen Fremdenverkehr gibt es natürlich auch verschiedene Probleme, die die Wirtschaftstreibenden, die Gewerbetreibenden immer wieder bei Sprechtagen und bei anderen Gelegenheiten äußern. Ich darf darauf hinweisen, daß besonders die mangelnde Kapitalausstattung mancher Betriebe und die Notwendigkeit, dazu dann hohe Kredite aufzunehmen, durch die große Zinsenbelastung, durch die relativ geringen Laufzeiten große Schwierigkeiten für diese Betriebe bringen und daß dadurch manche sehr, sehr dringend notwendige Investition einfach nicht durchgeführt werden kann. Auch Investitionen nicht, die mit dazu beitragen könnten, die Rentabilität dieser Betriebe zu heben.

Ich möchte auch auf eine weitere Schwierigkeit und Sorge hinweisen, nämlich, daß die Ertragslage für Restaurations- und Ausspeisungsbetriebe vielfach so angespannt ist, daß auch in großen Fremdenverkehrsarten mancher Betrieb die Absicht hat, die Ausspeisung einzustellen, oder, wie das bekannt ist, in einigen Orten schon eingestellt hat.

Ein dringendes Anliegen der Fremdenverkehrswirtschaft, und das wird immer wieder gesagt, wäre auch, die Abgabenverrechnung zu vereinfachen.

Zum Unterschied von anderen Bundesländern aber etwas Positives. Die Besorgung von Arbeitskräften im Fremdenverkehr bereitet in der Steiermark abgesehen vielleicht von einigen engpaßbedingten Saisonen keine Schwierigkeiten. Nur in bezug auf die Arbeitszeit, auf die Einhaltung der 40-Stunden-Woche in diesen Betrieben, gibt es da und dort echte Schwierigkeiten, und ich bin der Auffassung, daß man auch hier gewisse Toleranzen in irgendeiner Form gelten lassen sollte. Es ist dabei auch interessant, daß die überwiegende Zahl der Stellenbewerbungen und der Vermittlung von Arbeitskräften im Fremdenverkehr nicht über die Arbeitsmarktverwaltung erfolgt, sondern durch Kontaktanzeigen, durch Zeitungsanzeigen, aber auch durch persönliche Vermittlungen.

Und nun, meine Damen und Herren, zu einem anderen Kapitel, das aber sehr eng auch mit der Fremdenverkehrswirtschaft zusammenhängt. Die Schullandwochen und die Schülerschikurse sind auch in der Steiermark für die Fremdenverkehrswirtschaft von ganz, ganz großer Bedeutung. Ich möchte feststellen — das geht aus einem Bericht des Unterrichtsministeriums hervor — daß allein für die Schülerschikurse in ganz Österreich 250.000 Schüler in Frage kommen. Das ist die Ziffer des abgelaufenen Jahres. Und wir wissen ganz genau, daß gerade in den Zwischensaisonen, in den saisonschwächeren Zeiten, so mancher Fremdenverkehrsbetrieb, ob das nun ein Gasthof, eine Privatpension, eine Jugendherberge oder ein Jugendheim ist, nur durch diese Schülerschikurse den Betrieb aufrechterhalten können und daß diese Schülerschikurse abgesehen von dem Geld, das man für die Unterkunft bezahlt, die Infrastruktur beleben, die Lifte beleben, die Hallenbäder beleben, daß also diese Schikurse einfach nicht aus unserer Wirtschaft wegzudenken sind. Und für uns Steirer ganz

besonders interessant sind die vielen anderen Schüler, die aus anderen Bundesländern zu uns kommen und hier mithelfen, die steirischen Quartiere zu füllen. Der Landesschulrat für Steiermark hat einen Erlaß herausgegeben, daß alle steirischen Schulen in der Steiermark sowohl die Schullandwochen als auch die Schulschikurse abzuhalten haben. (Abg. Ing. Turek: „Die Pflichtschulen!“) Bitte, das gilt auch für die Mittelschulen, für die mittleren und höheren Schulen. (Landeshauptmannstellvertreter Wegart: „Vor allem für die!“) Dieser Erlaß hat natürlich seine Richtigkeit und ist natürlich zu beachten. Daß es aber dabei Ausnahmen gibt, gegeben hat und geben muß, ist an sich eine Selbstverständlichkeit. Und zwar deswegen, weil es vielen Schulen, den Verantwortlichen dieser Schikurse und Schullandwochen nicht möglich ist, in der Steiermark geeignete Quartiere zu finden. Quartiere zu finden, die genau in der Zeit, wo im Einvernehmen mit den Schulgemeinschaftsausschüssen die Abhaltung geplant ist, frei sind. (Abg. Ing. Turek: „Meinst du nicht, daß die Lehrer etwas Neues sehen wollen?“) Ich komme auf das zurück, sehr geehrter Herr Kollege! Nun haben einige Klassen einer höheren Schule in Graz die Vermessenheit besessen, weil sie in der Steiermark kein Quartier bekommen haben, von dem Gebrauch zu machen, was auch andere Bundesländer tun, nämlich ein bewährtes Quartier im Lande Salzburg, in Mittersill, zu bestellen, und im Einvernehmen mit dem Schulgemeinschaftsausschuß wurde dann durch eine Zweidrittelmehrheit das Fahren nach Mittersill beschlossen. Nun haben sich aber auf Grund einer Aussendung eines offenen Briefes die Presse und auch andere hohe Persönlichkeiten eingeschaltet.

Meine Damen und Herren, ich möchte dazu sagen, daß der Landesschulrat für diese Abhaltung des Kurses in Mittersill nach reichlicher Prüfung und nach sorgfältiger Prüfung — davon bin ich überzeugt — die Zustimmung gegeben hat. Und ich hoffe nur, daß die steirischen Buben und Mädchen dort in Mittersill nicht nur schönen Aufenthalt haben, sondern auch ihr Ausbildungsziel, so wie es der österreichische Schullehrplan vorschreibt, absolvieren können. Ich möchte auch wünschen, daß dieser Kurs in Mittersill unfallfrei verläuft. Und nun zu einer Äußerung, zum Zwischenruf des Herrn Kollegen Turek: „Die Lehrer natürlich möchten etwas anderes kennenlernen.“ (Abg. Ing. Turek: „Ich habe nur gefragt!“) Gefragt, ich kenne deine unerschwerlichen Fragen und auf eine unerschwerliche Frage eine sehr deutliche Antwort. Ich weiß genau, daß in vielen Kreisen die Meinung vorherrscht, daß diese Schullandwochen und diese Schulschikurse ein direkter oder indirekter Urlaub für die Lehrer und die Professoren sind. (Abg. Ing. Turek: „Das stimmt nicht!“) Meine Damen und Herren, ich stelle fest! Die Verantwortung, die die Lehrer zu tragen haben, den Eltern und den Kindern gegenüber, ist ungeheuer groß. (Abg. Ing. Turek: „Eine ganz große Plage für die Lehrer!“) Die Tätigkeit der Lehrer reicht von früh bis spät (Allgemeiner Beifall.), und die Lehrer haben neben der Beaufsichtigung — und alle Schüler und auch ihre eigenen Kinder sind bei-

leibe Gott sei Dank keine Engel — die Aufgabe, daß der Lehrplan erfüllt wird. Das möchte ich dazu sagen. Ich möchte aber einen Vorschlag, den die Frau Fachinspektor Dr. Kinzler gemacht hat, ausdrücklich deponieren und den Herrn Landeshauptmannstellvertreter Wegart höflich ersuchen, diesen Vorschlag zu überprüfen und wenn es irgendwie geht, auch im Interesse der Schulen, aber auch im Interesse der Fremdenverkehrswirtschaft, zu realisieren. Ich möchte nämlich den Antrag stellen oder die Forderung erheben, den Wunsch äußern, daß man auch in der Steiermark, wie in anderen Bundesländern, eine zentrale Quartierstelle einrichtet in Zusammenarbeit mit dem Landesfremdenverkehrsamt, in Zusammenarbeit mit der Handelskammer und selbstverständlich auch mit dem steirischen Landesschulrat. An diese zentrale Stelle sollen alle Quartiere gemeldet werden mit einer Beschreibung. Ort, Art des Quartiers, Bettenzahl, Zimmerzahl, ob ein Arzt im Ort ist oder ein Rotes Kreuz vorhanden ist, die Verkehrsverhältnisse, wie man dort hinkommt, das Gelände, nachdem auch im Lehrplan verschiedene Ausbildungsstufen und Ausbildungsgrade vorgesehen sind, und diese Ausbildung hängt sehr eng zusammen mit den jeweiligen Aufstiegsmöglichkeiten. Es wäre unverantwortlich, große Schülergruppen von 60 und noch mehr stundenlang bei Liften warten zu lassen, wenn in solchen Orten die Frequenz nicht gegeben wäre. Herr Landeshauptmann, ich darf Sie ersuchen, das zu überprüfen, und ich bin der Auffassung, daß man dann doch der Schule und der Wirtschaft dienen könnte.

Zum Abschluß, meine Damen und Herren, wollen wir alle gemeinsam hoffen, daß die Entwicklung im Fremdenverkehr, wie sie sich in den letzten Jahren gezeigt hat, auch weiterhin positiv erfolgen kann, mit dem Fremdenverkehr, der also mit gewissen Bedürfnissen Ruhe, Erholung, Ausspannen, Erleben, Reisen verbunden ist.

Ich möchte hoffen, daß die gemeinsamen Anstrengungen, die von den heimischen Fremdenverkehrsbetrieben in Zusammenarbeit mit den Gemeinden, mit dem Land und mit dem Bund gemacht wurden, auch diese Entwicklung sichern. Mit dem Dank an alle, die im Fremdenverkehr tätig sind, wünsche ich für das kommende Jahr alles Gute, vor allen Dingen aber das Erreichen der Traumgrenze von zehn Millionen Nächtigungen in der Steiermark. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident: Feldgrill:** Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Dorfer. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dr. Dorfer:** Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Es haben schon meine Vorredner darauf hingewiesen, daß die Fremdenverkehrswirtschaft in diesem Jahr, das nunmehr bald zu Ende geht, recht gut verlaufen ist. Ich kann mich diesen grundlegenden Feststellungen nur anschließen, insbesondere kann ich mir jede Ziffer ersparen, weil Kollege Lind schon alle wesentlichen Ziffern, die man zur Entwicklung des steirischen Fremdenverkehrs in letzter Zeit wissen sollte, genannt hat. Trotzdem

möchte ich nur auf einen Aspekt hinweisen, das ist der, daß trotz dieser günstigen Entwicklungen die Deviseneinnahmen aus dem Fremdenverkehr zu wenig waren, um das hohe Handelsbilanzdefizit zu kompensieren. Die Zahlungsbilanz unseres Landes ist weiterhin und auch heuer wieder leider hoch passiv. Sicher spielen hier den Hauptanteil die gestiegenen Energiekosten, aber nicht nur. Es sind hier nicht die Zeit und der Platz, um jene Aspekte zu beleuchten, die ihr Zusätzliches dazu beigetragen haben, diese Zahlungsbilanz in so hohe rote Ziffern hineinzumanövrieren. Unsere Chance im steirischen Fremdenverkehr, und hier kann man sagen, auch im österreichischen, war in diesem Jahre, ähnlich übrigens wie voriges Jahr, im wesentlichen in drei, glaube ich, Umständen gelegen. Erstens einmal darin, daß wir ein Land mit einer geradezu einmalig hohen politischen Stabilität haben, mit einer Sicherheit, die einfach gegeben ist, daß wir uns hier haushoch unterscheiden von Konkurrenzländern, insbesondere im Süden. Daß wir ein Land sind, das geographisch näher zur großen Masse der Gäste, die zu uns kommen, gelegen ist, vor allem zu den Gästen aus dem Nordwesten. Daß hier eben auch für diese Gäste die Steigerung der Treibstoffpreise, der Reisekosten und dergleichen mehr eine gewisse Rolle spielt und es dadurch, trotz gewisser erhöhter Kosten und Preise bei uns, sinnvoll war, bei uns den Urlaub zu verbringen. Immer ist es vor allem auch unsere landschaftliche Schönheit und Vielfalt, man kann sagen in allen Jahreszeiten. Erfreulich ist auch eine Entwicklung in unserem Fremdenverkehr, daß die Ausgaben, die wir Österreicher im Ausland tätigen, die über vierzig Milliarden Schilling leider schon sind, aber Gott sei Dank in diesem Jahr zumindest stagnieren.

Jetzt Hohes Haus, muß ich auf eine Angelegenheit hinweisen, von der ich weiß, daß unser hochverehrter und um den Fremdenverkehr so verdienter Landeshauptmannstellvertreter Wegart das gar nicht gerne hört. Und hier muß ich mich an Laurich anschließen. Ich glaube, wir kommen und können nicht umhin, so etwas wie ein Steiermärkisches Fremdenverkehrsgesetz zu fordern. (Beifall bei der SPO.) Es ist einfach notwendig zur verbesserten Finanzierung unserer Fremdenverkehrsorganisationen, der Vereine und Verbände, damit sie sich echte Manager leisten können, eine gesetzliche Regelung auch der Finanzierung dieser Organisationen in die Wege zu leiten. Es ist das sicher verbunden mit einer zusätzlichen Abgabe, und gerade ich scheine nicht der zu sein, der so etwas fordern sollte, aber eine Abgabe, die zweifellos völlig zweckgebunden ist, und das kann ja in dem Fall nur so sein, wird sicher eine der produktivsten Abgaben für jene Wirtschaftssparten sein, die sie bezahlen. Das heißt, jeder Schilling, den irgendein Betrieb hier bezahlen muß, muß sich für diesen Betrieb vielfach rentieren, weil es einfach notwendig ist, daß wir in den Verbänden und Vereinen ein verbessertes Management bekommen, daß wir von der Imagewerbung in allen Etagen der Fremdenverkehrswerbung abkommen. Wir haben ja jede Menge gelehrte ausgezeichnete Fremdenverkehrsfachleute schon auf Grund unserer Schulen in unserem Land, nur sind unsere Ver-

bände, insbesondere auch die Bezirksverbände, rein finanziell nicht in der Lage, solche Manager zu bezahlen. Daher brauchen wir diese gesetzliche Grundlage. Wir brauchen mehr aktive Fremdenverkehrswerbung, wir brauchen vor allem das intensive Incominggeschäft, und hier, wie ich von allen Fachleuten höre, ist noch sehr, sehr viel drinnen. Und überall dort, in diesem Lande, wo einzelne Gastwirte, Hoteliers, sich sehr bemühen in diese Richtung, sieht man auch die Erfolge. Sehr oft ist dies eben leider auf Grund des Fehlens der finanziellen Mittel für die Verbände noch nicht möglich. Es ist einfach nicht einzusehen, das praktisch nur die Gast- und Schankbetriebe und die Beherbergungsbetriebe die Kosten für diese gesamte Werbung aufbringen sollen. Dieses Fremdenverkehrsgesetz ist, glaube ich, auch ein Akt der Gerechtigkeit der Aufteilung der Kosten für die Werbung für den Fremdenverkehr. Denn alle müssen in der Wirtschaft an einem funktionierenden Fremdenverkehr, an einer funktionierenden Fremdenverkehrswirtschaft interessiert sein, egal ob das jetzt im örtlichen, regionalen oder überregionalen Bereich geschieht, und daher müssen auch alle einen finanziellen Beitrag dazu leisten. Ganz abgesehen davon, daß ein solches Gesetz die begrenzten finanziellen Möglichkeiten des Landes in der Fremdenverkehrswerbung entscheidend ergänzen würde. Ich möchte nur am Rande heute darauf hinweisen, daß auch ein Privatzimmervermietungsgesetz auch keiner Gruppe schaden soll und allen aber nützen kann, davon bin ich einfach überzeugt, weil es hier Dinge zu regeln gibt, die woanders schon geregelt sind, in Tirol, in Salzburg, auch in Niederösterreich, und nach Feststellung eigentlich es für alle betroffenen Berufsgruppen ausgezeichnet funktioniert. Unbestritten, Hohes Haus, scheint in diesem Rahmen und in diesem Hause auch zu sein, daß es bei der Förderung des Fremdenverkehrs, und das wird ja auch schon von Landeshauptmannstellvertreter Wegart so gehandhabt, in Zukunft weiterhin weniger um Quantitäten, als mehr um den Ausbau eines noch höher qualifizierten Fremdenverkehrs geht, vor allem auch um zusätzliche Freizeiteinrichtungen. Natürlich wird es auch quantitative Kapazitätserhöhungen vor allem dort geben müssen, wo wir etwa wie im Bereich Schladming oder Murau Weltmeisterschaften vor der Tür haben. Hier kann ich mir vorstellen, daß es überhaupt Ausbaukonzepte geben müßte, um die gesamte Förderung darauf einzustellen. Und hier möchte ich nur mit einem Satz darauf hinweisen, daß wir aufpassen müssen, daß die Grenzen der Belastbarkeit gewisser Regionen nicht überschritten werden, denn nie dürfen wir in der Steiermark uns eine Fremdenverkehrsindustrie vorstellen und wünschen. Das, was unseren Fremdenverkehr immer schon attraktiv gemacht hat, war der mittelständische Fremdenverkehrsbetrieb, und praktisch haben wir nur solche Betriebe, weil hier das persönliche Service eben sehr viel besser ist, wie im geradezu industriellen Großhotel. Das Problem des steirischen Fremdenverkehrs schlechthin ist natürlich die steuerliche Überbelastung unserer Betriebe. Die Folge davon ist, daß die Eigenkapitalanteile in den Betrieben sinken. Ich kann dazu nur sagen, ich mache

mir überhaupt keine Illusionen, daß es hier in absehbarer Zeit zu wesentlichen Erleichterungen kommen wird. Denn seit fünf Jahren, Hohes Haus, wird seitens der Bundesregierung jede Verschärfung des Steuerdrucks, wird jede Steuererhöhung mit Budgetsanierung begründet. Fazit aber ist, daß die Steuerlast ständig zunimmt und das Budgetdefizit gleichfalls ständig steigt. Es ist daher höchst an der Zeit, daß diese Bundesregierung erkennt, daß die Budgetsanierung praktisch nur mehr über die Ausgaben-Einschränkung her erfolgreich in Angriff genommen werden kann. Eines, glaube ich, steht fest: So kann es ja nicht weitergehen. Denn obwohl die Steuerquote von 35 Prozent im Jahre 1970 auf 41 Prozent im Jahre 1980 gestiegen ist, hat sich im gleichen Zeitraum die Belastung jedes Österreicherers durch Staatsschulden versechsfacht. Ich kann hier im steirischen Landtag nur den Appell an alle steirischen Bürgermeister und Gemeinden richten, soweit sie es nicht schon taten, Frühstücksgetränke und Mineralwasser von der Getränkesteuer zu befreien. Ich betone, daß einige, und zwar die bedeutendsten steirischen Fremdenverkehrsgemeinden dies schon getan haben, in der ganz richtigen Erkenntnis, daß sie damit einen wesentlichen Beitrag zur Preisstabilität in ihrem Bereiche, aber auch zur leichteren Eigenkapitalbildung in den Betrieben, um wieder investieren zu können, leisten. Mein Appell geht also dahin, daß die steirischen Gemeinden es so machen, wie sämtliche Gemeinden in Bayern seit Beginn dieses Jahres, daß Frühstücksgetränke und Mineralwasser von der Getränkesteuer endgültig befreit werden. Von der Steuerreformkommission, was die steuerliche Problematik betrifft im Fremdenverkehr, erwarte ich mir praktisch überhaupt nichts. Ich würde überrascht sein, wenn hier etwas herauskommt.

Einen Punkt möchte ich auch noch erwähnen, Hohes Haus. Das ist ein Daueranliegen des steirischen Fremdenverkehrs und wurde im Zusammenhang mit der Diskussion in der Gruppe 6 auch verschiedentlich schon erwähnt, das ist ein besserer Verkehrsanschluß unseres Landes an den Nordwesten. Einmal der Ausbau der Pyhrnautobahn, aber auch der Ausbau der Eisenbahnlinien. Kollege Doktor Heidinger hat darauf hingewiesen, welche Bedeutung das durchaus haben würde. Die Tauernautobahn etwa ist für das obere Murtal ganz bedeutend von Vorteil geworden, in den letzten Jahren. Und nicht zuletzt möchte ich im Verkehr einen Zukunftsaspekt erwähnen, das ist der Ausbau des Flugverkehrs. Wir haben vor einigen Wochen in diesem Hohen Haus Mittel für den weiteren Ausbau des Flughafens Graz beschlossen, weil wir alle glauben, daß damit auch eine zusätzliche Grundlage für einen Kongreßtourismus in Graz, vor allem auch für einen Städteflugtourismus, in den Graz endlich voll einbezogen werden sollte, möglich wird.

Abschließend, meine Damen und Herren, möchte ich nur noch feststellen, daß die gesamtwirtschaftliche Bedeutung des Fremdenverkehrs auch für die regionale steirische Wirtschaft ungebrochen ist. Und die Folge muß daher für uns sein, daß wir diese Wirtschaftssparte sorgfältig hegen, weiterentwickeln

und pflegen. Ich glaube, daß die Ansätze für die Fremdenverkehrsförderung im vorliegenden Budgetentwurf ein durchaus brauchbares Minimum sind, um gestaltend in die steirische Fremdenverkehrsentwicklung eingreifen zu können. Aber eines darf hier nicht vergessen werden. Der Fremdenverkehr ist ein Dienstleistungsgewerbe, das heißt entscheidend in dieser Wirtschaftssparte sind die Menschen, die dort tätig sind. Sicher ist viel Kapital notwendig, Kapital allein allerdings nützt hier gar nichts, ist letztlich sekundär. Wir haben deshalb in der Steiermark ausgezeichnete Fremdenverkehrsschulen in Bad Gleichenberg mit über 4000 jungen Menschen, die dort ausgebildet werden, Hotelfachschule, Landesberufsschule und anderes mehr. Und wir müssen feststellen, daß im Fremdenverkehr ein recht beachtliches Mißverhältnis zwischen Arbeitszeit und Kapitaleinsatz einerseits und Gewinn andererseits besteht. Etwa nach genauen Erhebungen arbeiten Gastwirtinnen und Gastwirte 77 Stunden pro Woche im Jahresdurchschnitt. Das ist also ein weit überdurchschnittlicher Arbeitseinsatz. Und deshalb, Hohes Haus, unser aller — und Sie schließen sich sicher alle an — besonderer Dank an alle Wirtinnen und Wirte und ihre Mitarbeiter in der steirischen Fremdenverkehrswirtschaft, denn ohne ihren außerordentlichen Fleiß und ihre außerordentlichen Leistungen wäre all unser Bemühen in dieser Richtung sicher völlig umsonst. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident Feldgrill:** Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, bitte ich die Herrschaften im Zuseherraum die Geräuschkulisse etwas abzdämpfen. Der Redner wird fast nicht mehr gehört oder er wird gestört. Ich bitte darum.

Zum Worte gemeldet hat sich der Abgeordnete Ing. Turek.

**Abg. Ing. Turek:** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Der Herr Präsident Laurich (Abg. Laurich: „Vize, bitte!“) — wir sind ja so mit Präsidenten ausgestattet, wir müssen einmal nachzählen, wieviele hier sitzen — hat am Schluß seiner Ausführungen der Hoffnung Ausdruck verliehen, daß die positive Entwicklung, die der steirische Fremdenverkehr in den letzten Jahren hinter sich gebracht hat, auch weiterhin anhalten möge. Ich kann mich dieser Hoffnung ja nur anschließen, weil ich dazu aus zwei Perspektiven her die Bedeutung des Fremdenverkehrs für unsere Wirtschaft, für die Steiermark, aber allgemein für die österreichische Wirtschaft hervorstreichen möchte. Es ist in den letzten Tagen schon einige Male angeklungen, daß wir uns dem Wachstumsfetischismus nicht mehr hingeben können, daß es einfach auf Grund der Erschöpfung wichtiger Rohstoffe, auf Grund der Erschöpfung wichtiger Energieträger und daß es auch auf Grund der Überlastung unserer Umwelt einfach problematisch ist, das Wirtschaftswachstum — hier schränke ich ein —, das materielle Wirtschaftswachstum, weiter voranzutreiben. Das wird in Zukunft nicht möglich sein. Deswegen ist es richtig, und wir sind uns alle einig, auf Grund der gegebenen Situation brauchen wir

aber ein Wirtschaftswachstum, sollten wir uns in Richtung und müssen wir uns in Richtung immaterielles Wirtschaftswachstum hin orientieren und entwickeln. Als wesentlicher Faktor dieses immateriellen Wirtschaftswachstums ist natürlich der österreichische und im speziellen der steirische Fremdenverkehr anzusehen. Reisen, Erholung, Konsum von Erlebnissen, Fernerlebnis, Bergerlebnisse, Unterhaltungserlebnisse sind jene immateriellen Bedürfnisse, die den einzelnen bewegen. Und hier ist es durchaus noch möglich, einen Beitrag zum notwendigen Wirtschaftswachstum zu leisten. Es gibt allerdings, meine Damen und Herren, hier ein sehr wesentliches Problem. Ich glaube, daß — wenn wir hier vorausschauen — Fremdenverkehrspolitik, allerdings im allgemeinen muß ich auch sagen Wirtschaftspolitik hier betreiben, daß wir diesen Bewegungen und Entwicklungen nicht unser Ohr verschließen. Das ist die große Sorge im Zusammenhang mit der energiepolitischen Entwicklung. Das heißt, inwieweit wir überhaupt in Zukunft mit Energie ausreichend versorgt sein können beziehungsweise das zweite, inwieweit wir es uns überhaupt leisten werden können oder viele leisten werden können, von dieser Energie Gebrauch zu machen, die sie eigentlich für den Alltag, allerdings auch — das, was ich meine — für Erholung, Urlaub hier beanspruchen. Und hier sind natürlich die Fremdenverkehrsbetriebe und die Fremdenverkehrsorte sicher gut beraten, wenn sie diesem Aspekt ein besonderes Augenmerk schenken. Einerseits sind die Betriebe mit den Energiekosten im immer steigenden Ausmaß beteiligt. Das ist etwas, was die Betriebe anlangt, und ich glaube, daß hier schon sehr viel getan wurde. Es haben sich sehr viele Fremdenverkehrsbetriebe Gedanken gemacht, wie sie das Öl in irgendeiner anderen Form austauschen können. Und hier wäre es auch Aufgabe des Landes, fördernd und unterstützend einzuwirken, wenn energiesparende Investitionen vorgenommen werden, beziehungsweise wenn auf eine andere Energieform umgestiegen wird. Ich meine, daß in Österreich oder im steirischen Bereich zur Warmwasserbereitung mit Sonnenkollektoren oder Wärmepumpen energiesparender gearbeitet werden könnte. Das zweite ist die Fremdenverkehrsinfrastruktur im allgemeinen. Es ist eine Tatsache und wird natürlich im erhöhten Maß Tatsache bleiben und Tatsache sein, daß natürlich der Gast einen Komfort haben möchte, daß er viel geboten bekommen möchte, vielleicht und sogar mit Recht mehr als er daheim beansprucht. Wenn die Erholung hier eine volle und komplette sein soll, ist es ein gutes Recht, daß er sagt, im Urlaub leiste ich mir mehr und möchte auch mehr an Bequemlichkeit konsumieren, so daß natürlich in den Orten selbst die infrastrukturellen Einrichtungen, die weitestgehend — ich denke nur an das Hallenbad, das ja nie ein Geschäft ist, aber immerhin zu einer Infrastruktur gehört — auch energieabhängig sind. Und das dritte und bedeutendste, meine Damen und Herren, ist der Verkehr im engeren Sinn. Sie wissen — und ich habe in meiner Generaldebatte hier ausgeführt und möchte es noch einmal hier vorbringen —, daß sich die OPEC-Staaten ja vorstellen, bis zum Jahre 1985 eine Verdoppelung

der Olkosten zu erreichen, nämlich 60 Dollar pro Barrel. Das wird sich sehr einschneidend auf den Pkw- und Autoverkehr auswirken. Es ist klar und ist auch bekannt, daß das Massenverkehrsmittel das energiesparendste, daß ein Autobus pro Person billiger ist als es das Individualauto ist, daß natürlich der Schienenverkehr noch billiger ist. Aber wir können an der Tatsache eben nicht vorbeigehen. Hier gibt es ja seriöse Untersuchungen, daß der Gesamtverkehr so gelagert ist, daß 80 Prozent nach wie vor Individualverkehr sind und 20 Prozent Massenverkehr.

Es wird in Zukunft natürlich eine Verlagerung in Richtung Massenverkehr geben und geben müssen. Da sind wir natürlich beim allgemeinen wirtschaftlichen Problem der Steiermark. Um den Massenverkehr zu bewältigen, braucht es natürlich auch wieder entsprechender infrastruktureller Einrichtungen, sei es auf dem Sektor Schiene, sei es auf dem Sektor Straße. Ich glaube, daß es gut wäre, wenn es hier rechtzeitig zu einer entsprechenden Zusammenarbeit in Erkenntnis der Probleme, die auf uns zukommen, zwischen Verantwortlichen der Fremdenverkehrswirtschaft und Verantwortlichen der Verkehrswirtschaft im allgemeinen käme. Das etwas Grundsätzliche zur Entwicklung, wie ich sie im Fremdenverkehr sehe. Wenn wir diese Probleme nicht bewältigen, das Energieproblem, in diesen drei Stufen, wie ich es ausgeführt habe, vornehmlich das letzte, das Energieproblem, das den Betrieb des Individualautos anlangt, überhaupt die Bewältigung des Verkehrsproblems, wird auch unser Fremdenverkehr leider Gottes in ganz große Schwierigkeiten kommen. Wenn der österreichische Fremdenverkehr in Schwierigkeiten kommt, dann wissen wir, der Kollege Dorfer hat ja das Handelsbilanzdefizit aufgeworfen, dann werden wir, auch was unsere Außenhandelsbilanz anbelangt, nicht einmal einen Teil dessen, wie es uns jetzt gelingt, durch den Fremdenverkehr abdecken können.

Ich möchte auch zu einem speziellen Thema hier noch etwas sagen, und zwar zum Kongreßzentrum in Graz. Meine Damen und Herren, Sie wissen genau, politisch ist das Kongreßzentrum lange Zeit umstritten gewesen. Es ist jetzt, Gott sei Dank, nicht mehr umstritten, weil alle positiven Kräfte im Bereich der Stadt Graz und im Bereich des Landes, die vorher dagegen war, sich gesagt haben, jetzt steht es einmal da, jetzt hat es keinen Sinn, dagegen zu opponieren, sondern jetzt hat es einen Sinn, und es ist richtig konstruktiv, mitzuwirken, daß aus diesem Kongreßzentrum möglichst etwas wird und daß die Erwartungen, die wir in dieses Kongreßzentrum setzen, auch erfüllt werden. Die offizielle Eröffnung wird im Jahre 1981 stattfinden. Fest steht eines, meine Damen und Herren, das möchte ich noch einmal betonen, und es wird von Wirtschaft ja sehr viel gesprochen, und es hat ein Redner gesagt, ich glaube, er hat es sicher nicht böse gemeint, weil es eine Tatsache ist, daß, was das Pro-Kopf-Einkommen der Stadt Graz anlangt, die Landeshauptstadt Graz an letzter Stelle aller österreichischen Landeshauptstädte liegt. Das hängt natürlich mit den allgemeinen wirtschaftlichen Problemen der Steiermark zusam-

men. Das ist in den vergangenen zwei Tagen schon hinlänglich beleuchtet worden, wird aber beim nächsten Budgetkapitel noch einmal Gegenstand von Erläuterungen sein. Das hängt damit zusammen, daß die Steiermark allgemein Schwierigkeiten hat, Sie hat nun einmal eine wirtschaftsgeographische Randlage, sie ist, was die Infrastruktur anbelangt, nicht entsprechend aufbereitet, und das wirkt sich natürlich auch auf die Landeshauptstadt Graz aus. Wir haben aus diesen Gründen, ich darf nur erinnern, in letzter Zeit auch Betriebsabsiedelungen gehabt. Ich denke hier an die Grazer Glasfabrik, die sich in einem günstigeren Raum niedergelassen hat, und das ist nun halt, als Steirer muß ich sagen leider, der Donauraum. Umso wichtiger ist es, wenn es mit der Industrialisierung nicht ganz klappt, daß man versucht, sich hier andere Möglichkeiten zurechtzulegen. So eine Möglichkeit ist die Errichtung und der Ausbau des Grazer Kongreßzentrums, das ja bekanntlich rund 140 Millionen Schilling gekostet hat. Es sind in dieses Kongreßzentrum, was die wirtschaftliche Belebung der Stadt anbelangt, ja große Hoffnungen gesetzt worden, weil der Kongreßtourismus natürlich ein Edeltourismus ist, ein Schlechtwettertourismus. Zu einem Kongreß fährt man auch, wenn Schlechtwetter ist, und es ist auch eine Möglichkeit, die Zwischensaison auszufüllen. Wir beklagen uns ja eigentlich in Graz nicht, daß wir nicht zu Zeiten der Hochsaison durchaus einen ganz guten touristischen Verkehr haben, aber wir haben natürlich in Graz, aber das ist in anderen Bereichen auch so, zwischen November und März ein großes Loch, und dieses Loch kann man natürlich auch bei geschickter Aquisition nützen, und zwar für die Kongreßtätigkeit recht gut nützen. Die wirtschaftliche Bedeutung möchte ich anhand von zwei Zahlen hier herausstreichen. Es gibt Untersuchungen, die in die Richtung Ergebnisse gezeitigt haben, daß der Kongreßgast zirka 1200 Schilling bis 1500 Schilling in dieser Stadt läßt, davon die Hälfte für Quartier und Verpflegung, und die andere Hälfte geht in den Konsum, das heißt da werden Einkäufe getätigt, da wird Bildung konsumiert, da werden Ausstellungen besucht und so weiter. Das zweite ist, daß der Kongreßgast auch länger bleibt. Wir haben in Graz Untersuchungen, daß der Tourist in Graz, der normale Tourist, nicht abwertend gesagt, das ist halt der Tourist, der sich die Stadt anschaut, zirka 1 1/2 Tage in Graz bleibt, auch verständlich. Graz ist nicht so groß, daß man tagelang oder wochenlang hier sich die Sehenswürdigkeiten dieser Stadt ansieht. Der Kongreßgast bleibt zirka drei bis vier Tage, und es gibt auch welche, die noch ein bißchen anhängen, und die sagen, jetzt habe ich drei Tage wirklich ernsthaft den Kongreß hier absolviert, jetzt möchte ich mir von der Stadt und von der Umgebung der Stadt etwas ansehen. Ich meine, meine Damen und Herren, daß dieses Kongreßhaus ja nicht nur für die Stadt von Bedeutung ist. Es gibt im Herbst die wunderbaren Fahrten hinunter in unser südsteirisches Grenzland. Es ist nicht nur eine Belebung der Grazer Wirtschaft, sondern auch eine Belebung der Umgebung, und es ist natürlich auch eine ganz immense werbewirksame Tätigkeit, die hier entfaltet wird. Wir haben hier auch Nach-

richt, daß es Leute gibt, die sagen, jetzt war ich einmal in Graz, jetzt war ich einmal in der Steiermark. Sie sind nicht nur von Graz begeistert, sie sind auch von der Südsteiermark begeistert, vom südsteirischen Wein begeistert und kommen wieder. Ich habe gesagt, es gehört überall eine Infrastruktur dazu. Ich gestehe auch ein, nachdem ich weiß, daß viele Gemeinden mit den Hallenbädern natürlich ihre liebe Not haben und das Hallenbad nie ein aktiver Betrieb sein kann, aber zur Infrastruktur eines Fremdenverkehrsortes gehört es einfach dazu. So sollen wir auch das Grazer Kongreßhaus sehen.

Es gehört zur Infrastruktur einer so bedeutenden Stadt wie Graz dazu, die nämlich Hochschulen beheimatet, die sonstige kulturelle Stätten beheimatet, es gehört zur Infrastruktur dazu. Ich bin überzeugt, daß die Umwegrentabilität sehr bald zu errechnen und greifbar sein wird, daß nämlich der Abgang, der bisher auf 10 Millionen Schilling prognostiziert ist, voll gerechtfertigt sein wird, noch dazu, wo sich im Jahre 1980/81 herausstellt, daß die Kongreßtätigkeit, die Veranstaltungstätigkeit, weil der Vorteil des Kongreßhauses in der Innenstadt der ist, daß man nicht nur Kongresse abführen kann, sondern auch sonstige Veranstaltungen, Modeschauen, Bälle, Shows und so weiter, so daß die gesamte Aktivität (unverständlicher Zwischenruf) — ich habe nichts gehört, muß laut reden, Kollege — daß der Gesamtveranstaltungsrahmen und der Gesamtveranstaltungskalender ja schon um 50 Prozent die Erwartungen für 1981 überschritten hat. Eine sehr erfreuliche Entwicklung. Abschließend, meine Damen und Herren, ich hoffe, daß der steirische Fremdenverkehr, um wieder an den Anfang zurückzukommen, sich weiterhin so positiv entwickelt. Ich glaube, daß wir manche Entwicklungen hier einfach schon vorher im Auge haben müssen und versuchen müssen, hier entsprechende ausgleichende Maßnahmen zu setzen. Ich glaube, daß die Investitionen, die in den steirischen Fremdenverkehr hier von seiten des Landes getätigt werden, bisher sehr gut angelegte Investitionen waren und daß sie sicher zu einem Rückgrad unserer steirischen Wirtschaft werden. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident Feldgrill:** Als letztem Redner zur Gruppe 7, Fremdenverkehr, erteile ich dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter Wegart das Wort.

**Landeshauptmannstellvertreter Wegart:** Herr Präsident, verehrte Damen und Herren!

Es ist jetzt dreizehn Uhr und zwölf Minuten. Ich bin mir der Problematik durchaus bewußt, daß man um eine solche Zeit sich möglichst kurz und bündig fassen soll, aber ich möchte auch gleichzeitig die Chance nützen, um auch ein wenig zu Problemen Stellung zu nehmen, die heute in dieser Diskussion gesagt wurden. Ich habe über vieles nachgedacht in den drei Tagen, denn ich gehöre zu denen, die in diesem Hause schon sehr lange sitzen, das ist das 31. Jahr. Ich habe lebhaft in Erinnerung, wie wir uns 1949, 1950, 1951, ich habe heute mit ein paar jungen Abgeordneten, die erst wenige Monate im Hause sind, mich darüber unterhalten in der Kan-

— über die Ablieferungspflicht herumgestritten. Da haben wir uns herumgestritten über die Bezugscheinbewirtschaftung. Und auf der äußersten Linken hat es sogar einen Abgeordneten gegeben, wie wir damals über die Autobahnmöglichkeiten geredet haben, der gesagt hat, das ist nur eine Autobahn, die die NATO wünscht, damit sie möglichst schnell an die tschechische Grenze kommt. Alles ist vorbei. Ich habe sogar erlebt, daß wir das erste und einzige Mal seit 1945 eine nicht öffentliche Sitzung des Landtages abgehalten haben. Da waren unzählige Verhandlungen in der Frage der Erreichung des Staatsvertrages und da hat auch der Steiermärkische Landtag in einer vertraulichen Sitzung voller Dramatik, man muß sich diese Zeit in Erinnerung rufen — es war 1952 — man kann ruhig sagen, es war eine Zeit, in der wir nicht sehr viel Hoffnung gehabt hatten. Eine Zeit, in der so vieles auch nach dem 2. Weltkrieg wieder neue Formen angenommen hat. Und wenn ich jetzt den Sprung vom Mangel jener Jahre und auch zum Teil der Hoffnungslosigkeit zu dem Sprung von 1980 mache, und wenn ich jetzt sehr kritisch als aufmerksamer Zuhörer bei dieser Debatte höre, was uns heute an Sorgen bewegt, dann würde ich sagen, versuchen wir auch diese Dinge in jenes Maß zu bringen, das sie verdienen. Denn, meine Damen und Herren, Hohes Haus, ich bin tief davon bewegt, wenn wir gegenwertig — man liest es jetzt öfter — pro Kopf und Tag mehr Lebensmittel in den Abfallkübel werfen, als der Lebensmittelaufwurf pro Kopf und Tag 1948 betragen hat. Es hat ein Kollege heute ein bemerkenswertes Wort gesagt. Wir lesen im gleichen Atemzug, daß in der dritten Welt von 50 Millionen Kindern, die geboren werden, 25 Millionen das erste Lebensgefahr nicht erreichen. Da könnten wir jetzt sagen, so ist die Welt aus den Fugen geraten. Ich würde sagen, dieses kleine Land, diese Alpenrepublik gehört auch in unseren Tagen zu den großen Glückspilzen unserer Zeit. Wir sollten das auch sagen, denn die Entwicklung, die da gesetzt wurde, ist eine Entwicklung, die vielleicht zum Eindrucksvollsten gehört, das wir in unserer Geschichte überhaupt aufweisen können. Ich habe es bewußt an die Spitze gestellt, obwohl es mit Recht nicht zusammenhängend wäre. Aber weil ich glaube, daß auch der Fremdenverkehr, meine Damen und Herren, in dieser Zeit Traumergebnisse erreicht hat. Noch vor zehn Jahren war die Steiermark hinsichtlich der Übernachtungskapazität an 7. Stelle. Dann haben wir Vorarlberg überflügelt, dann haben wir Niederösterreich überflügelt, dann Oberösterreich. Nun sind wir seit drei Jahren hinter Tirol, Salzburg und Kärnten an die 4. Stelle in der Übernachtungskapazität und in der Bedeutung des Fremdenverkehrs gerückt. Ich sage Ihnen, dieses Ergebnis ist deshalb so hoch zu bewerten, weil es in einer Randlage erreicht wurde. Wenn wir die verkehrsgeographische Situation etwa unserer westlichen Bundesländer hätten, bei dem Fleiß und bei der Begabung, die im steirischen Fremdenverkehr von allen aufgewendet wird, würden wir wahrscheinlich noch größere Ergebnisse erzielt haben. Ich bewerte dieses Ergebnis deshalb als ein so eindrucksvolles Ergebnis, weil es unter solchen schwierigen Vor-

zeichen errungen werden konnte. Und wenn wir eine Verkehrsgeographie und eine Fremdenverkehrsgeographie der Steiermark hernehmen würden, da haben wir im Nordwesten die Dachstein/Tauernregion, sie ist heute gebührend gefeiert worden. Wer hätte vor zehn Jahren geglaubt, daß wir dort alpine Schiweltmeisterschaften zur Durchführung bringen werden. Vor zehn Jahren hätte man gesagt, die Steirer, die brechen wieder auf. Heute ist es eine Selbstverständlichkeit geworden. Das Steirische Salzkammergut, ein so perfektes Angebot, wie man es sich besser nicht wünschen kann. Meine Damen und Herren, ich ziehe dann herunter und gehe herüber über die Niederen Tauern in das Murtal. Von der Turrach bis zur Kärntner Grenze, bis zum Lachtal herüber, ein perfektes Angebot. Und wenn ich herüberziehe nach Judenburg, nach Knittelfeld, wenn ich über das Gaberl gehe in den Bezirk Voitsberg, wenn ich herunterziehe in den Bezirk Deutschlandsberg, nach Leibnitz, nach Radkersburg, herüber nach Feldbach, nach Fürstenfeld, nach Hartberg und Weiz, hinüber in das Roseggerland, in das Mürztal, um den Hochschwab und Mariazell. Das heißt wir haben zum Glück eine Struktur, und das ist sehr wesentlich, die nicht Ballungsräume im Fremdenverkehr aufweist. Ich glaube, darin liegt unsere enorme Chance auch für die Entwicklung des kommenden Jahrzehnts. Ich habe da und dort beobachtet, ich schaue mir das sehr genau an, dort, wo wir bereits Ballungsräume im Fremdenverkehr haben, treten alle jene Probleme auf, die wir auch in anderen industriellen Ballungsräumen zur Kenntnis nehmen müssen. Und wir wollen keine alpinen Jesolos und keine alpinen Lignanosen. Das wäre der Anfang vom Ende. Ich glaube daher, daß wir also auch hier zweifelsohne in diesem breitgefächerten Angebot einer Traumlandschaft mit Hochgebirge, mit Mittelgebirge, mit Hügelland und mit einem Teil der pannonischen Ebene alle Möglichkeiten haben, die der Gast sich heute wünscht. Und ich glaube, es ist nicht hochgestochen, wenn wir sagen, daß der steirische Fremdenverkehr auch in unseren Tagen eine Wachstumsbranche geblieben ist. Wir haben auch im Fremdenverkehrsjahr 1979/80 wieder eine Zunahme zu verzeichnen. Sie ist nicht überragend. Aber angesichts auch der wirtschaftlichen Verflachung nicht nur unserer Herkunftsländer, auch gewisser Schwierigkeiten, über die wir zweifelsohne verfügen, ist es trotzdem ein Ergebnis, das uns mit Freude und Genugtuung erfüllen darf.

Ich möchte daher gerne — weil ich versprochen habe, kurz zu sein — vielleicht auf eine sehr bemerkenswerte Frage hinweisen, weil wir sie auch in unsere Fremdenverkehrspolitik als eine zentrale Frage eingebaut haben. Es geht um die Frage der Bettenauslastung. Wir haben im Sommerhalbjahr 1980 in der Kategorie A eine Bettenauslastung von 42,5 Prozent erreicht. Wissen Sie, das sind Superwerte. In B noch immer 37,9 Prozent, und in C und D fallen wir bereits ab auf 26,9 Prozent und in den Privatbetten auf 24,8 Prozent. Es ist also der Nachweis eindeutig erbracht, wer Komfort und Qualität anbietet, der hat Erfolg. Und gerade die Auslastung in der Kategorie A mit 42,5 Prozent, die in meinen Augen einen Superwert darstellt, bestätigt schon

sehr deutlich, daß wir uns in der Frage der Schwerpunkte und der Bildung dieser Schwerpunkte auf dem richtigen Wege befinden. Ich möchte den Abgeordneten sehr herzlich danken, die heute zu einer Reihe von Fragen Stellung genommen haben, worüber ich mich sehr freue, auch positiv Stellung genommen haben.

Lieber Abgeordneter Lind, ein herzliches Danke für die umfangreiche Übersicht, die sich aus dem Ergebnis des heurigen Jahres gegeben hat. Herr Abgeordneter Laurich, darf ich zunächst einmal sagen, die Frage des Fremdenverkehrsgesetzes, die ebenso von Leopold Dorfer angeschnitten wurde, und die Frage der Privatzimmervermietung, wir sind in der Frage — ich würde sagen — noch immer jenseits des Baches. Noch ist der Durchbruch — wenn ich mich eines militärischen Ausdruckes bedienen darf — nicht erreicht, aber bitte, wie sie wissen, wir haben einen fertigen Entwurf, wir haben ihn durchgerechnet. Mein Bedenken — dieses Bedenken äußere ich neuerdings öffentlich — ist, daß mit diesem Gesetz natürlich die Einführung einer neuen Steuer verbunden ist. Und, meine Damen und Herren, machen wir uns auch nichts vor, damit mir niemand etwas unterstellt, gut, Steuern müssen und sollen bezahlt werden. Bund, Länder und Gemeinden haben viele öffentliche Aufgaben zu erfüllen, aber Steuerbelastung in zumutbaren Grenzen. Denn wenn dann von Verdrossenheit die Rede ist und ähnliches mehr oder wenn wir etwa erleben, daß etwa in Schweden ein Drittel des Bruttonationalproduktes außerhalb der Steuer abgewickelt wird, dann würde ich sagen, das ist nicht gut. Ich glaube, wir sollten auch hier maßvoll vorgehen. Ich will nicht übertreiben. Das Fremdenverkehrsgesetz, wenn wir zurande kommen, wird niemanden umbringen, aber ich sage nur, es ist ein Mosaikstein, ein sehr wichtiger, den wir nicht übersehen sollten. Jedenfalls bleiben wir in dieser Frage im Gespräch.

Die Frage der Arbeitsplatzbeschaffung. Ich bin für dieses Stichwort dankbar. Meine Damen und Herren, wir reden sehr oft, und wir handeln danach, wir alle miteinander, wie wichtig es ist, daß wir ein hohes Beschäftigungsniveau erhalten können. Das ist uns weitestgehend gelungen. Aber am Horizont sind sichtbare Probleme aufgetaucht, und wir wissen nicht, wie unter Umständen die Diskussion sich binnen Jahresfrist auch in diesem Hause abspielen wird. Aber ich möchte Ihnen so nebenbei mitteilen, daß wir mit den fremdenverkehrspolitischen Maßnahmen der letzten Jahre in der Steiermark 3500 neue Arbeitsplätze, ich wiederhole, 3500 neue Arbeitsplätze geschaffen haben, ohne daß wir sehr viel davon geredet haben. Es ist mir ein Anliegen, daß ich das heute auch einmal hier im Hohen Hause sagen kann. (Allgemeiner Beifall.) Wir setzen diese Arbeitsplatzbeschaffung gerade im Hinblick auf die Verbesserung unseres Angebotes kontinuierlich fort. Auch das, glaube ich, ist ein entscheidender Beitrag für ein hohes Beschäftigungsniveau, und, was leider in all den Diskussionen nie gesagt wird, das möchte ich heute bei dieser Gelegenheit sagen. Meine Damen und Herren, wir reden unentwegt von der Arbeitsplatzsicherung und der Arbeitsplatzbe-

schaffung. Wissen Sie, daß wir mit dieser Politik auch etwas anderes erreicht haben, daß wir eine Reihe von selbständigen Existenzen neu geschaffen und behauptet haben, und das zählt in meinen Augen genau den gleichen Erfolg, als wenn ich jemand einen neuen Arbeitsplatz verschaffen kann. Ich möchte ausdrücklich sagen, unsere Politik muß sich auch danach orientieren, nicht nur neue Arbeitsplätze unselbständiger Art, sondern selbstverständlich auch selbständige Existenzen, mittelständische Existenzen neu zu schaffen und neu zu erhalten. Ich glaube, das gehört zur gleichen Maßnahme dazu. (Allgemeiner Beifall.) Drittens, wenn es uns in vielen Regionen unseres Landes, wenn ich den ganzen Grenzgürtel von Hartberg über Fürstenfeld, Feldbach, Radkersburg, Leibnitz und Deutschlandsberg hernehme, ich komme aus einer solchen Gegend, ich kann es genau beurteilen, ich weiß, um welche Probleme es da geht, aber wenn es uns dort gelingt, mit und durch den Fremdenverkehr Menschen an ihre Scholle zu binden, an ihren Betrieb entweder über einen Fremdenverkehrsbetrieb oder über den Urlaub am Bauernhof oder über die Privatzimmervermietung oder bei einer sonstigen Fremdenverkehrseinrichtung, dann haben wir auch den gleichen Zweck erreicht, als wenn wir sagen würden, wir hätten dort irgendwo einen anderen Betrieb errichtet. Meine Damen und Herren, es ist meine feste Überzeugung, moderne Fremdenverkehrspolitik ist zugleich ein Akt moderner Agrarpolitik! Ich darf Ihnen eines sagen. Ein Drittel der Wertschöpfung im österreichischen Fremdenverkehr geht in die österreichische Landwirtschaft. Es ist heute von mehreren Rednern mit Recht aufgezeigt worden, welche enorme Bedeutung der Fremdenverkehr für unsere Landwirtschaft überhaupt besitzt. Wenn wir bedenken, daß wir im heurigen Jahr, wenn das Jahr zu Ende geht, 16 Millionen gemeldeter Gäste in unserem Lande haben werden. Was sind 16 Millionen gemeldeter Gäste zuerst. Zuerst sind sie halt Konsumenten. Und alles, was wir auf den Tisch des Gastes stellen, wird weitestgehend in der österreichischen Landwirtschaft produziert. Stellen Sie sich vor, wir hätten am Ende des Jahres nicht 16 Millionen, sondern meinerwegen nur 8 Millionen. Welche verheerenden Folgen sich damit in vielfacher Hinsicht ergeben würden, das können wir im Augenblick gar nicht ausmalen. Daher diese Anstrengung, eben mit und durch den Fremdenverkehr Strukturen zu schaffen, die krisenfest sind. Und da kommt dazu auch, ich würde sagen, ein ehernes Gesetz der steirischen Fremdenverkehrspolitik, das ist der Familienbetrieb. Meine Damen und Herren, wir haben von Anfang an gesagt, wir wollen keine Mammutbetriebe. Den Familienbetrieb, weil er krisenfest ist, weil er in der individuellen Betreuung des Gastes durch nichts zu ersetzen ist und weil er überschaubar ist. Es wird sich sehr schnell herausstellen, daß jene Klein- und Mittelbetriebsstruktur in Wahrheit auch in unserem Lande die krisenfesteste ist. Worüber wir uns mit aller Sorge äußern, sind die Großbetriebe. Nicht zu Unrecht, weil sie sich in einer Situation befinden, in einer weltweiten Konkurrenz, weil ihnen die Wettbewerbsfähigkeit zum Teil verlorengegangen ist und weil sie in Strukturfragen

halt leider auch hängengeblieben sind. Wir wissen genau, wie uns das alles unter den Nägeln brennt. Das Problem kennen wir in der mittelständischen und in der Familienstruktur überhaupt nicht, wobei niemand mißverstanden werden soll, daß man sich etwa jetzt gegen Großbetriebe einrichtet. Ich weiß schon, was die Industrie für unser Land bedeutet. Ich weiß schon, wie gut es ist, wenn wir eine erstklassige Industrie haben. Aber ich glaube auch, hier zeigt sich sehr deutlich, daß eine Volkswirtschaft nur dann gesund und lebensfähig ist, wenn sie auf möglichst vielen Beinen stehen kann. Je mehr Beine wir schaffen können, umso besser wird sie stehen können. Ich glaube, das ist auch eine Auffassung, die wir in unserer ganzen Politik gemeinsam zu verfolgen haben. Auch das soll in diesem Zusammenhang gesagt werden.

Lieber Herr Kollege Laurich, Sie haben von Sankt Gallen gesprochen. Sie wissen, daß wir dort einen neuen Schwerpunkt mittlerweile eingeleitet haben. Wir haben die Schilifanlagen und das Gebiet bereits erschlossen, mit entscheidender Förderung des Referates. Wir werden diesen Schwerpunkt des Unteren Ennstales gerade im Hinblick auf die Tragödie mit Weißenbach und gerade im Hinblick darauf, daß auch in Altenmarkt die Alukon mittlerweile vor die Hunde gegangen ist, setzen. Wir werden dort mit und durch den Fremdenverkehr wieder den Nachweis erbringen, daß sich damit die Struktur erhalten und verbessern läßt.

Was die Schischulkurse anlangt, so darf ich folgendes sagen: Den Streit, den es da vor einiger Zeit gegeben hat und der auch mich veranlaßt hat, einmal im Klartext ein Wort zu sagen, war die Behauptung, daß wir in der Steiermark nicht über ein solches Angebot verfügen würden. Wir haben genügend Angebot. Ich lege allergrößten Wert darauf, daß unsere Mittelschulen und alle, die Schischulkurse machen, ihre Schischulkurse in der Steiermark durchführen. (Allgemeiner Beifall.) Ich brauche da gar nicht lange rätseln warum, denn der Bub oder das Mädlein, das einen steirischen Hang und eine steirische Schiregion kennenlernt, ist der potentielle Gast von morgen, wenn er einmal selbst in Arbeit steht und sein Brot verdient und sagt, wo kann ich dann in Urlaub fahren. Am besten dort, wo ich schon einmal gewesen bin, weil ich es genau kenne. Da gibt es gar keinen Zweifel, daß wir auf dem Gebiete ein erstklassiges Angebot haben, wir halten jede Konkurrenz mit den anderen Bundesländern aus. Es soll uns niemand Engstirnigkeit vorwerfen, weil ich mittlerweile daraufgekommen bin, daß man es in Tirol und Salzburg genauso hält und sagt, wie großen Wert man darauf legt, daß die Schulen im eigenen Bundesland ebenfalls ihre Schischulkurse zur Durchführung bringen. Damit hier diese Klarstellung erfolgt. Ich habe der Fremdenverkehrsabteilung den Auftrag gegeben, daß ein eigener Prospekt mit dem Angebot fertiggestellt wird und unseren Schulen zugeht. Ich war damals dabei, als man den Erlaß im Landesschulrat erwirkt hat, daß den steirischen Schulen nahegelegt wird, Schikurse im eigenen Land abzuhalten. Ich weiß, es haben einige keine Freude gehabt, aber bitte, das steirische Hemd ist mir näher als jeder andere Rock.



Und nun, lieber Freund Dorfer, eine Feststellung, glaube ich, die wir nicht hoch genug unterstreichen können und die ich nicht deutlich genug auch heute herausstreichen kann. Der Erfolg, meine Damen und Herren, des österreichischen Fremdenverkehrs und auch des steirischen liegt sicher auch begründet in der politischen Stabilität und in dem, daß wir ein Land sind, das von Streiks, von Demonstrationen, von Wirbeln und ähnlichem verschont geblieben ist. Ich glaube, wir sollten eines sagen. Wir gehören zum Glück zu jenen Ländern, die aus ihrer Geschichte gelernt haben. Wir können nicht sagen, wie die politische Landschaft in diesem Lande in drei, in vier oder in fünf Jahren aussehen wird. Aber eines können wir voraussagen. Wenn die politische Vernunft Pate stehen wird, dann werden wir gut beraten sein. Denn das ist ebenfalls mit ein Wettbewerbsvorteil, der durch nichts zu ersetzen ist. Das muß man sagen. Und ich appelliere daher auch als einer, der nicht nur sehr lange in der steirischen Politik mittut, sondern als einer, der im Rucksack seines Lebens auch schon die Dreißigerjahre eingepackt erhalten hat. Ich habe noch lebhaft in Erinnerung, daß wir zweimal aufeinander geschossen haben. Das darf und soll sich nicht mehr wiederholen. Und damals hat es sich gezeigt, wohin die politischen Leidenschaften, wohin der Haß und wohin die Irrtümer führen, wenn man glaubt, den anderen nur dadurch bekehren zu können, daß man ihn erschlägt. Ich glaube, da zeigt es sich auch, und das können wir sagen, bei aller Gegensätzlichkeit, die bestehen muß, denn wo kämen wir hin, sonst machen wir ohnehin gleich eine Fusion, sondern indem wir einfach dort, wo die Konsensbereitschaft notwendig ist, sie suchen.

Die Demokratie lebt nicht nur von der Diskussion, meine Damen und Herren, sie lebt auch vom Kompromiß. Auch das müssen wir uns sagen. Und wenn wir fähig sind zu diesem Kompromiß, dann bin ich ohne Sorge um die Entwicklung, die vor uns liegt. (Allgemeiner Beifall.)

Meine Damen und Herren! Und noch ein Wort zur Frage der Belastbarkeit der Landschaft. Ich bin für dieses Stichwort dankbar. Lieber Leopold Dorfer, es ist sicher so. Wenn wir unsere Landschaft in der Form, über die wir Gott sei Dank in unserem Lande verfügen, weiter so pflegen, dann besteht überhaupt gar keine Gefahr. Und es ist gut, und ich danke von dieser Stelle vor allem den Medien. Die Medien haben entscheidend zu dieser Bewußtseinsänderung mit beigetragen, daß unser Umweltschutzbewußtsein nun mittlerweile hohe Werte erreicht hat. Meine Damen und Herren, im deutschen Ruhrgebiet leben auf einem Raum von kaum 8000 Quadratkilometer, das ist die Hälfte der Steiermark, neun Millionen Menschen. Und es gibt genaue Unterlagen, die ausagen, daß das deutsche Ruhrgebiet den höchsten Lebensstandard in der Welt hat. Aber nur drei Dinge haben sie nicht mehr, eine gesunde Erde, ein gesundes Wasser und eine gesunde Luft. Und jedes Kind lernt heute schon in der Schule, daß jede Pflanze, jedes Tier und jeder Mensch, um leben zu können, eine gesunde Erde, ein gesundes Wasser und eine gesunde Luft braucht. Wir predigen nicht

von ungefähr überall, wo wir antreten und auftreten, hütet diese steirische Landschaft wie euren eigenen Augapfel. Sie ist die Chance des Lebens von heute, und nach meinem Dafürhalten die Chance des Überlebens für morgen und übermorgen. Und daher kommt die Frage der Belastbarkeit der Landschaft ebenfalls auch in Ihrer Aussage einer zentralen Bedeutung zu. Das wollte ich kurz zur Beantwortung einiger Diskussionsbeiträge sagen und von dieser Stelle aus zuerst dem Hohen Landtag, meinen Kollegen in der Regierung, aber vor allem allen jenen danken, die im Lande so mustergültig die Ergebnisse des steirischen Fremdenverkehrs herbeigeführt haben. Jedenfalls ist es ein Wirtschaftszweig, der vielen Menschen Freude und Erholung bringt, es ist ein Wirtschaftszweig — das glaube ich, ist das wichtigste fürs Leben —, der auch für morgen neue Hoffnungen bietet. Und in dieser Gesinnung sage ich auch von dieser Stelle ein kräftiges Glück auf! (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident Feldgrill:** Zu Beginn der Sitzung wurde dem Gemeinde- und Verfassungs-Ausschuß die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 487/1, Beilage Nr. 83, betreffend die Steiermärkische Bezugsgesetznovelle 1980 zugewiesen. Um dem Gemeinde- und Verfassungs-Ausschuß Gelegenheit zu geben, über dieses Geschäftsstück zu beraten, unterbreche ich nunmehr die Sitzung für eine Stunde, das ist bis 14.35 Uhr, und ersuche die Mitglieder des Gemeinde- und Verfassungs-Ausschusses, sich in den Rittersaal zu begeben. (Unterbrechung der Sitzung von 13.35 Uhr bis 14.35 Uhr.)

**Präsident Univ.-Prof. Dr. Koren:** Bitte, Platz zu nehmen. Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf und teile dem Hohen Haus mit, daß der Gemeinde- und Verfassungs-Ausschuß die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 487/1, Beilage Nr. 83, betreffend die Bezügegesetznovelle 1980, beraten hat und im Hohen Hause antragstellend berichten kann. Ich schlage gemäß § 27 Abs. 5 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages vor, dieses Geschäftsstück auf die heutige Tagesordnung zu setzen und sogleich zu verhandeln. Da hiezu die Zustimmung von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder erforderlich ist, ersuche ich die Damen und Herren, die mit diesem Vorschlag einverstanden sind, um ein Zeichen mit der Hand. Mein Vorschlag ist angenommen.

Berichterstatter für die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 487/1, Beilage Nr. 83, Steiermärkische Bezügegesetznovelle 1980, ist der Herr Abgeordnete Pinegger. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Pinegger:** Herr Präsident! Hohes Haus!

Die Vorlage beinhaltet die Angleichung der Bezugsregelung der Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung und des Steiermärkischen Landtages an das Bundesbezügegesetz 1980. Namens des Gemeinde- und Verfassungs-Ausschusses ersuche ich um Annahme dieser Vorlage.

**Präsident:** Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Sie haben den Antrag gehört, und ich bitte die Damen und Herren, die mit dem Antrag des Herrn Berichterstatters einverstanden sind, ein Zeichen mit der Hand zu geben. Der Antrag ist angenommen.

Wir kommen nun zur Verhandlung über die Gruppe 7, Wirtschaftsförderung. Als erster Redner hat sich gemeldet der Herr Abgeordnete Stoisser. Ich erteile es ihm.

**Abg. Ing. Stoisser:** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Die Generalredner haben am Beginn der Budgetdebatte die Wirtschaft in den Mittelpunkt gestellt. Selbst beim Kapitel „Kultur“ wurde sehr viel über Wirtschaft und Wirtschaftlichkeit gesprochen. Und auch in den anderen Kapiteln wurde überall irgendwo die Wirtschaft angesprochen. Ein Zeichen dafür, daß die Wirtschaft letztendlich immer wieder die Mittel dafür schafft, die wir für andere gute Zwecke ausgeben können. Der Generalredner der sozialistischen Fraktion hat die ÖVP und die Wirtschaftspolitik der ÖVP im Zusammenhang mit der verstaatlichten Industrie stark angegriffen und die zehn Jahre Kreisky oder Androsch (da ist das Jubiläum schon zu Ende), wurden hier auch von einigen Redner der sozialistischen Fraktion gefeiert. Ich möchte hier zu diesen zehn Jahren sozialistischer Regierung Kreisky auch einige Anmerkungen bringen. In diesen Jahren ist die Steuerquote von 35 auf 42 Prozent gestiegen. In dieser Zeit wurden in der Steiermark um 1800 Selbständige weniger. Der öffentliche Sektor ist in sechs Jahren, nämlich von 1971 bis 1977, von 42 auf 52 Prozent gestiegen. Wenn man das weiterrechnet, wird man heute schon wahrscheinlich nahe der 60 Prozent sein. Zwischen 1970 und 1980 wurden 122.000 öffentlich-rechtlich Bedienstete in diesem Staate mehr, 122.000! Das Defizit im Bundeshaushalt ist von 7,2 Milliarden auf 50,5 Milliarden Schilling gestiegen. Das ist bitte das siebenfache. Ich erinnere mich noch, wie Kreisky gesagt hat, „sieben Milliarden Defizit ist ein Wahnsinn!“. Die Schulden sind in dieser Zeit von 41,7 Milliarden auf 230,9 Milliarden Schilling gestiegen, das ist das fünfeinhalbfache. Die Rückzahlungsquoten sind von 7,9 Milliarden auf 33,7 Milliarden Schilling gestiegen. Im Jahre 1981 wird die Rückzahlung 46 Milliarden ausmachen, das heißt 15 Prozent des Budgets sind für Schuldenrückzahlungen notwendig. Jeder 7. Schilling geht an eine Bank oder sogar ins Ausland zurück. Und — das ist schon vorausberechnet, weil die Verpflichtungen dafür schon unterschrieben sind — im Jahre 1984 werden sogar 65 Milliarden Schilling Annuitäten sein. Das sind Begriffe und Zahlen, mit denen wir gar nichts anfangen können. Das heißt aber, daß im Jahre 1981 jeder Arbeitnehmer in Österreich, jeder einzelne Arbeitnehmer, täglich 81 Schilling bezahlt, nur für Annuitäten, und im Jahre 1984 werden das bereits 116 Schilling sein. Das sind in etwa zwei Stunden Arbeit von acht Stunden am Tag. Die Zunahme der Schulden des Staates sind gleichlaufend auch mit dem Rückgang des Eigenkapitals in der Wirtschaft. Experten sprechen davon, daß dieser Eigenkapitals-

anteil an der Bilanzsumme unter 20 Prozent sei. Im Budget 1981 werden wir mit sieben Milliarden neuen Steuern und Abgaben belastet, ohne daß damit für struktur- und konjunkturpolitische Maßnahmen auch nur ein Schilling da wäre, dieses Geld wird nur für die Rückzahlung der Schulden gebraucht. Nun, das sind die nüchternen Zahlen, die die Wirtschaft betreffen — also zehn Jahre sozialistische Regierung. Und nun zum Vorwurf, die ÖVP sei schuld an der Stahlkrise. Der Herr Landeshauptmann hat schon gesagt, wer früher von den Ministern die Verantwortung getragen hat, nämlich Waldbrunner und Pittermann, und jetzt ist es Dr. Kreisky. In den Jahren 1966 bis 1970 hatte die ÖVP in der Alleinregierung die Verantwortung dafür. Bitteschön, zur damaligen Zeit sind die Weichen gestellt worden für eine neue Zusammenarbeit in der verstaatlichten Industrie. Es wurde 1967 die OIG gegründet und im Anschluß daran wurde daraus die OIAG. Es wurden damals bereits die Stahlgutachten von der amerikanischen Firma Booz Allen Hamilton und von den Leobner Professoren erstellt. Bereits damals wurden umfassende Vorschläge für eine Konzentration, für die Zusammenlegung, für die Fusion gemacht. Es wurde damals bereits festgestellt, daß etwa drei bis fünf Milliarden Schilling Investitionsbedarf vorhanden sei und daß sehr viele, man sprach damals von 14.000 Arbeitskräften, in der verstaatlichten Industrie zu viel seien. Seit damals sind nun elf Jahre vergangen, und was hat der Eigentümer in diesen elf Jahren, im März werden es elf Jahre, getan? Kreisky hat nichts dagegen getan. Darum sind wir hier in der obersteirischen verstaatlichten Industrie ein bißchen im Eck. Jetzt zu sagen, die ÖVP sei schuld, das ist, bitte, billige Demagogie. (Beifall bei der ÖVP.) Kreisky vertritt den Eigentümer, und der Eigentümer hat die Verantwortung für diese Betriebe und für die Mitarbeiter in diesen Betrieben. Jetzt kommt er und sagt, na bitte schön, werden wir jeden, der da oben zusätzlich einen Arbeitsplatz schafft 100.000 Schilling geben je geschaffenen Arbeitsplatz. Er gibt damit selbst zu, daß die privaten Unternehmer sehr wohl in der Lage sind, Arbeitsplätze zu schaffen und wie wir es ja noch hören werden, es ja auch in den letzten Jahren tatsächlich getan haben. Weiters wurde gesagt, daß die Steiermark für die verstaatlichten Unternehmungen auch eine Förderung gegeben hat. Bitte, auch das stimmt nicht. Ich habe hier eine Statistik der Wirtschaftsförderung des Landes Steiermark, der zufolge wurden in den Jahren 1967 bis 1980, bis September 1980, 2.687.000.000 Schilling an Wirtschaftsförderung ausgegeben. Davon hat die verstaatlichte Industrie 317.231.000 Schilling bekommen. Wenn man das nun zu den Beschäftigten insgesamt, zu denen in der Verstaatlichten, inklusive der Töchter setzt, denn in diesen Zahlen sind auch die Tochterfirmen gefördert, so kommt auf ein Zehntel-Prozent genau dasselbe Verhältnis heraus. Das heißt 317.000.000 Schilling sind von 2,6 Milliarden Schilling 11,8 Prozent und 47.600 Beschäftigte sind von 398.500 11,9 Prozent. Also es ist hier ein absolutes Gleichgewicht auch bei der Förderung hergestellt. Demgegenüber kann man sagen, daß der Bund bei der VEW erklärt hat, daß er zur Eigenkapitalsauf-

stockung, das war schon vor Jahren, etwa eine Milliarde Schilling beibringen wird. Bisher sind meines Wissens dafür aber erst 400 Millionen Schilling eingebracht worden. Dafür spricht man von einem Kongreßzentrum in Wien um etwa 5 Milliarden Schilling, was neben UNIDO und Hofburg, die als Kongreßzentren in Wien ja schon da sind, meiner Meinung nach nicht notwendig ist. (Abg. Sponer: „Das Grazer war notwendig?“) Graz, da haben wir ja bitteschön auch eines gebraucht. Wenn man in Wien schon zwei internationale hat, noch ein drittes um 5 Milliarden Schilling, und hier hat man für die verstaatlichte Industrie nicht das notwendige Geld, bitteschön. Bei den Niklasdorfern hat der Herr Bundeskanzler sehr großzügig mit dem Geld des Landes Steiermark gearbeitet und gesagt, wir werden ein Drittel der Verluste zahlen. (Abg. Sponer: „Ist schon recht, rede nur weiter!“) Ein Drittel, das wären rund 30 Millionen Schilling jährlich Bund, Land und Eigentümer CA. Und bitte wissen Sie, daß die Niklasdorfer jährlich 30 Millionen Schilling für Zentralregion an die CA bezahlen? Das heißt die CA würde bei diesem Geschäft sehr gut aussteigen. Es würde aber, wenn wir überall diese Verluste abdecken, der Teufelskreis der Begehrlichkeit in Bewegung gesetzt werden und mit demselben Recht kommt dann ein jeder andere und sagt, bitteschön, ich habe Verluste, lieber Staat oder liebes Land gib mir das Geld. (Abg. Brandl: „Der Landeshauptmann ist auch großzügig!“) Was dabei noch herauskommt, die Mitarbeiter dieser Betriebe werden verunsichert. Solche Betriebe mit Verlust fortzuführen, ist weder für die gesamte Volkswirtschaft noch für die Mitarbeiter in diesen Betrieben gut. (Abg. Brandl: „Ihr seid für das Zusperren!“) Wenn man nun von Eumig hört, der Paradebetrieb, der vom Bundeskanzler so gefördert und gelobt wurde, der jetzt auch nicht recht weiterkommt, daß die Mitarbeiter kommen, sie wollen verstaatlicht werden. (Abg. Ileschitz: „Er dreht den Spieß um. Das ist unwahrscheinlich. Ist Euer Betrieb!“) Eumig Fohnsdorf, ich habe mich versprochen. Da kommen die Mitarbeiter, sie möchten gerne, daß der Staat diesen Betrieb übernimmt, weil sie dann anscheinend wieder sichere Arbeitsplätze hätten. (Abg. Sponer: „Weil sie zu Kreisky Vertrauen haben!“) Dieses Vertrauen, siehe VEW und siehe VOEST-Alpine, glaube ich, ist auch nicht gerechtfertigt. (Abg. Sponer: „Die haben alle Vertrauen zum Bundeskanzler, weil sie an der Basis sind!“) Ich bin auch an der Basis. (Abg. Sponer: „Aber nicht oben, sondern unten!“) Ich habe auch die Obersteiermark bereist, lieber Kollege. Ich kenne die Stimmung dort. (Abg. Sponer: „Wir wohnen und leben dort. Das ist ein Unterschied ob man dort hinfährt oder dort lebt!“) Kollege Sponer, ich bin halt in Leibnitz geboren und aufgewachsen, und kommen Sie zu mir hinunter, dann werden Sie unsere Verhältnisse dort unten wahrscheinlich auch anders einschätzen als so. Und nun zu General Motors. Ich muß es Ihnen noch sagen, ich kann es Ihnen nicht ersparen. (Abg. Sponer: „Über Leibnitz werde ich nicht reden, dort kenne ich mich nicht aus!“) Wie die Förderungen hier ausgegeben werden, das ist gelinde gesagt ein Skandal (Abg. Sponer: „Vorsicht!“), wenn man die

Details kennt, und die werde ich Ihnen nun vorlesen. Für das Motorenwerk werden 1,4 Milliarden Schilling Staatszuschuß gewährt. Für das Getriebewerk 1,2 Milliarden Schilling. Das sind in der Summe 2,6 Milliarden Schilling und es werden 2650 Personen beschäftigt sein. Und diese Barzuwendungen sind völlig steuerfrei, geschenksteuerfrei und gebührenfrei. Wenn jemand etwas kauft (Abg. Ing. Turek: „600 Millionen Schilling Grundstück noch dazu!“). Das kommt noch. (Abg. Dr. Eichinger: „Das Geld geht uns im Mürztal ab, das ist die Katastrophe!“) Außerdem, meine Damen und Herren, hören Sie bitte zu, welche Vorteile General Motors Austria noch hat. Neben dieser Steuerfreiheit können diese Wirtschaftsgüter, die mit diesem geschenkten Milliarden investiert werden, noch einmal von der Steuer abgesetzt werden. Das muß man sich auch noch einmal vorstellen. Das ist noch einmal etwa die Hälfte mehr. Es wird dann noch von Wien die Infrastruktur und das völlig aufgeschlossene Grundstück mit einem Wert von rund 700 Millionen Schilling angeboten. Dann wird der Staat Österreich verpflichtet, dafür zu sorgen, daß ausgebildete Leute da sind und muß bis zu 70 Prozent für die Ausbildung im Ausland zahlen, wenn dies notwendig ist. Mit sämtlichen Löhnen und zusätzlichen Zahlungen dazu. Wenn zu wenig inländische Bewerber vorhanden sind, was ja hier wahrscheinlich der Fall sein wird, beim Standort Wien, verpflichtet sich die Republik, die notwendigen Arbeitsbewilligungen für Ausländer zu besorgen. (Abg. Dr. Eichinger: „Das darf nicht wahr sein!“) Man spricht bei Insidern, daß schon jetzt in der Bundesrepublik bei General Motors Listen von den Gastarbeitern erstellt werden, die man nach Österreich transferieren will, weil man für die Gastarbeiter die Heimfahrt bezahlt und von Wien aus ist es doch um einiges näher nach Jugoslawien oder in die Türkei. Schließlich werden auch von der Republik Österreich noch die Ausbildungskosten für Angestellte im Ausland und auch für die Lehrlingsausbildung werden für die ersten zwei Jahre pro Monat 2000 Schilling bezahlt. Und für die Lehrlinge im dritten Lehrjahr weitere 70 Prozent der Ausbildungskosten. (Abg. Ing. Turek: „Sonst gehen die Sozialisten immer auf die Multis los!“) Somit betragen die Barzuwendungen für Eigenkapital 2,6, Grundstück und Infrastruktur in etwa 850 Millionen Schilling, Direktförderung also 3.450.000.000 Schilling. Der Steuervorteil beträgt 1,3 Milliarden Schilling und dazu die Ausbildungsförderung, individuelle Zollbefreiung und so weiter. Sind in der Summe über fünf Milliarden Schilling für 2650 Arbeitsplätze. Bitte stellen sie sich vor, was Sie mit diesen fünf Milliarden Schilling, mit der eigenen verstaatlichten Industrie in der Mürz-Murfurche machen hätten können. VEW hat in dieser Zeit 400 Millionen Schilling bekommen. Und als Vergleich wurden für die Bürgerkreditaktion für Klein- und Mittelbetriebe in 25 Jahren insgesamt vier Milliarden Schilling aufgewendet. Wenn man diese Größenverhältnisse gegenüberstellt, dann fragt man sich nur, was sind das für Wirtschaftspolitiker. Diesen Vertrag bezeichne ich schlicht und einfach als einen Skandal für die österreichische Wirtschaft. (Beifall bei der OVP und FPÖ.)

Nun zur Wirtschaftsstruktur in der Steiermark. Die verstaatlichte Wirtschaft beherrscht die Mürz-Murfurche. Von 62.000 Industriebeschäftigten in der Mürz-Murfurche sind 32.000 in der verstaatlichten Industrie beschäftigt. Dadurch hängt die gesamte Region von der Verstaatlichten voll und ganz ab. Daher sind wir natürlich alle interessiert, daß die verstaatlichte Industrie in unserer Steiermark floriert. Wir haben auch noch weitere Problemgebiete, zum Beispiel die Eisenwurz, dann das Grenzland, worüber dankenswerterweise der Kollege Neuhold heute schon gesprochen hat, wo auch ein Viertel der Bevölkerung ist und wo das Einkommen pro Kopf und Nase nicht einmal die Hälfte dessen beträgt, was in den Ballungszentren erzielt werden kann. In der Oststeiermark, der Bezirk Hartberg hat 6500 Menschen, die nach Wien pendeln. In der Weststeiermark hat man mit dem Problem zu kämpfen, daß etwa 3500 Bergleute anderwertig Arbeitsplätze suchen mußten. Auch der Bezirk Murau ist nicht mit Glücksgütern gesegnet. In den letzten Jahren hat die Industrie in Österreich eine arge Schwächung erfahren, und es sind in der Industrie etwa 80.000 Arbeitsplätze in den Jahren 1974 bis 1976 verloren gegangen. Das ist auch mit ein Grund, daß wir ein Außenhandelsbilanzdefizit haben, das über Gebühren hoch ist. Die Statistik sagt auch, daß Betriebe unter 100 Beschäftigten in dieser Zeit um 2,9 Prozent der Beschäftigten zugenommen haben und Betriebe über 100 Beschäftigten haben ein halbes Prozent abgenommen. In der Steiermark ist die Betriebsstruktur so, daß 99 Prozent der Betriebe weniger als 100 Beschäftigte haben, und 95 Prozent der Betriebe haben sogar weniger als 20 Beschäftigte. Zur Produktivität in der verstaatlichten Industrie ist auch noch zu sagen, daß der Jahresumsatz pro Kopf Beschäftigten unter 500.000 Schilling ist. Ich kenne sehr viele Handwerksbetriebe, die spielend diesen Umsatz und wesentlich mehr erreichen. Wenn man diese Zahlen betrachtet, zeigt es sich, daß die Vollbeschäftigung, auf die die sozialistische Regierung so stolz ist, eigentlich von den Kleinen in Österreich getragen wird. Und wenn man hier so stolz davon spricht, daß die Jugendarbeitslosigkeit in Österreich eine so geringe sei, so möchte ich darauf verweisen, daß in den letzten zehn Jahren, wo die geburtenstarken Jahrgänge ins Berufsleben eingetreten sind, sich die Lehrlingszahl um über 40 Prozent erhöht hat. (Abg. Preamberger: „Weil sie zusätzlich ein Geld bekommen haben!“) Und das ist im wesentlichen eine Leistung der kleinen und kleinsten Betriebe. Ich möchte aber hier betonen, daß die Wirtschaft nicht nur von den Großen und nicht nur von den Kleinen, sondern von der Vielfalt, von der gesunden Mischung lebt. Man sollte aber nicht in den Fehler verfallen, die Struktur, wie wir sie haben, zu konservieren und die großen Betriebe mit aller Gewalt — wenn es sein muß, wie schon gesagt — mit Verlustabdeckungen zu halten. Auf Sicht gesehen, kann das nicht gut sein. Wir brauchen gute Konzepte, wenn diese uns vorgelegt werden sollen, soll erst die öffentliche Hand fördern. Auf alle Fälle soll aber diese Förderung keine Dauerförderung sein, sondern als Initialzündung gelten, denn dauernde Förderungen würden ja den Wett-

bewerb stark verzerren. Unserer Meinung nach ist es auch notwendig, daß eine Eigenkapitalsbildung wiederum notwendig wird und ich würde mich sehr freuen, wenn der neue Finanzminister diesbezüglich Vorschläge hätte. Denn das hätte sich ja gezeigt, daß Betriebe, die eine gesunde Kapitalsbildung haben, über kleine Krisen leicht hinwegkommen und ohne Inanspruchnahme der öffentlichen Hand ihre Arbeitskräfte halten können. Betriebe mit einer gesunden Basis, Kapitalbasis, können auch soziale Leistungen erbringen, die jetzt bei dieser schmalen Eigenkapitalbasis der öffentlichen Hand anfallen und alle Sozialpolitiker wissen, daß das Geld für die sozialen Einrichtungen in diesem Staate immer rarer wird. Ich denke nur an die Pensionsversicherung. Ich würde um eines bitten, daß man die Funktion des Unternehmers in unserem Staat anerkennt. Es ist meine feste Überzeugung, daß der Aufstieg Österreichs nach dem Kriege, der von allen Bevölkerungsschichten dieses Landes getragen wurde, ohne Unternehmer nicht möglich gewesen wäre. Man sollte ein Klima schaffen, daß zu Investitionen anreizt. Man soll das nicht so machen wie der Abgeordnete Mühlbauer, der erklärt hat, die vorzeitige Abschreibung sei eigentlich zu überdenken und vielleicht könnte man sie sogar abschaffen und durch etwas anderes ersetzen. Meiner Meinung nach wäre das wohl der größte Wahnsinn, den man sich vorstellen kann. Ich könnte mir vorstellen, daß wir, um eine gesunde Entwicklung in der Zukunft zu haben, diese kleinen Betriebe, die — wie ich schon gesagt habe — die Vollbeschäftigung halten, daß man diese arbeiten läßt. Denken wir an einen kleinen Fremdenverkehrsbetrieb, wie es der Herr Landeshauptmannstellvertreter heute gesagt hat, die vielleicht einen Wald geschlagen haben, um eine Pension zu bauen. Die von früh bis spät arbeiten, alle Familienmitglieder, um das zu erhalten. Denken wir an einen Kaufmann irgendwo, der sich ein Konzept erarbeitet hat, um irgendwo die Nahversorgung zu halten. Oder denken wir an einen Frächter, der von früh bis abends fährt, um auf seine Kosten zu kommen, oder an einen Handwerker, der auch mit seiner ganzen Familie daran arbeitet, daß der Betrieb erhalten bleibt. In diesen Betrieben ist auch noch die Menschlichkeit zu Hause. Die Partnerschaft, die wir so dringend brauchen. Da ist der Mitarbeiter keine Nummer, sondern da ist er noch der Mensch. In solchen Betrieben wird mit Begeisterung gearbeitet und die Unternehmer in diesen Betrieben haben ihr Herzblut in diesen Betrieben auch mitinvestiert, und das mit ihren Familienmitgliedern. Und man möge auch daran denken, daß diese kleinen Betriebe mit der Bürokratie überhäuft werden. Elfeinhalb Stunden wöchentlich sind notwendig, um die Verwaltungsarbeit, die durch die verschiedensten Gesetze den Betrieben auferlegt werden, durchführen zu können. Das ist eine gewaltige Zahl. Das sind nahezu eineinhalb Arbeitstage. 3000 Gesetzesblätter gibt es, die sich nur mit der Steuer befassen, und das alles soll dann dieser kleine Unternehmer wissen. Und nun kommt noch dazu, daß durch den hohen Fremdkapitalanteil und durch die Hochzinspolitik, die durch andere höhere wirtschaftspolitische Vorstellungen vielleicht notwendig sind, daß diese

hohen Zinsen die Kleinen arg in Bedrängnis führen. Und ich kann Ihnen nur sagen, daß bei vielen, vielen Kleinen ein Pessimismus herrscht, der für eine gute wirtschaftliche Entwicklung nicht gut sein kann. Das ist kein Klima für die Achtzigerjahre.

Das Land Steiermark hat für die Wirtschaft einiges getan. Wir haben in den vergangenen Jahren ein Mittelstandsförderungsgesetz und ein Industrieförderungsgesetz geschaffen und ich konnte Ihnen vorher schon die Zahlen nennen, mit denen das Land Steiermark die Wirtschaft gefördert hat. Es wurde Forschungsförderung gemacht. Da möchte ich Ihnen auch noch einige Beispiele bringen, durch angewandte Forschung. Die Forschungsförderung des Landes hat es zum Beispiel ermöglicht, daß wir eine Tieftemperaturforschung hier in der Steiermark haben und daß es gelungen ist, das erste supraleitfähige Kabel der Welt zu entwickeln. Das Institut für Hydrologie und Geothermie hat eine Forschungstätigkeit, durch die die Nutzung der Geothermie in Waltersdorf realisiert werden konnte. Und das Institut für Welt- raumforschung entwickelte mit der Firma Paar Präzisionsmeßgeräte, welche in Nachrichtensatelliten Verwendung finden. Das Exportvolumen dieser Firma beträgt jährlich 40 Millionen Schilling. Ein Beispiel dafür, wie — wenn man Innovation fördert — auch kleine Betriebe in der Lage sind, auch die Außenhandelsbilanz positiv zu beeinflussen. Auch auf dem Gebiete der Alternativenergien ist einiges geschehen. Und so haben steirische Firmen einen Auftrag für Kühlanlagen auf Malta.

Es wird auch sehr viel Geld ausgegeben und gefördert durch das Land, auch durch den Bund und durch die Kammern für die Schulung. Ich glaube, die Schulung der Unternehmer samt ihren Mitarbeitern ist ein ganz, ganz wichtiger Punkt, um in der Zukunft der achtziger Jahre bestehen zu können. Besonders der Exportförderung für kleine Betriebe müßte man besondere Beachtung zukommen lassen, und die Kooperation kleinerer Betriebe gerade für den Export wäre sehr gut.

Auch für die Grenzlandförderung hat das Land Steiermark sehr viel getan. Es ist eigentlich zu bedauern, daß der Bund nicht bereit ist, die angebotene Aufstockung der Grenzlandförderung, wie sie von Landeshauptmann Dr. Krainer vorgeschlagen und auch durchgeführt wurde, daß der Bund dabei nicht mitzieht. Auch für die Verstaatlichte, habe ich schon gesagt, wurde sehr viel getan. Eine Bitte habe ich zum Schluß. Bitte, bewahren wir uns einen gerechten Wettbewerb. Das ist die beste Wirtschaftspolitik. Und diese Wirtschaftspolitik kommt auch unseren Konsumenten zugute. (Beifall bei der OVP.)

**Präsident Zdarsky:** Bevor ich dem nächsten Redner, dem Herrn Abgeordneten Pfohl, das Wort erteile, möchte ich im Namen aller Apfelempfänger mich beim Spender bedanken. (Allgemeiner Beifall.)

**Abg. Dr. Pfohl:** Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Man kann nicht über die steirische Wirtschaft sprechen, ohne auf die Gesamtwirtschaft Österreichs einzugehen. Die Abhängigkeit von der Wirt-

schaftspolitik des Bundes und den Entscheidungen der Zentralstellen in Wien ist so stark, daß man das wirtschaftliche Geschehen in der Steiermark nicht isoliert betrachten kann. Wir erleben es derzeit leider allzu deutlich in der Region der Mürz-Mur-Furche. Für die Schwierigkeiten der gegenwärtigen Struktur- und Industriepolitik — soferne man von einer solchen überhaupt sprechen kann — gibt es eine Reihe von Indizien. Generell muß gesagt werden, daß in Österreich derzeit jedes Klima der Innovationsbereitschaft und des Investitionsanreizes fehlt. Für die Bewältigung unserer akuten Strukturfragen wäre aber die Schaffung dieses Klimas die Grundvoraussetzung einer Verbesserung. Bemühungen in dieser Richtung zählen aber offenbar nicht zu den echten Anliegen der derzeitigen Bundespolitik.

Daß jegliches strukturpolitische Konzept fehlt, zeigen die Ereignisse in Niklasdorf. Die Frage der dortigen Zellstoff- und Papierfabrik wäre viel leichter zu lösen, wenn ein besseres Investitionsklima zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen anregen würde. Für das Nichtvorhandensein eines entsprechenden Investitionsklimas gibt es mehrere Gründe: während sich die Industriekonjunktur des zu Ende gehenden Jahres deutlich auf eine Verbesserung der industriellen Investitionsquote stützte — diese dürfte 1980 wieder knapp 15 Prozent des gesamtwirtschaftlichen Investitionsvolumens erreichen — droht im kommenden Jahr ein Knick in der Investitionstätigkeit. Dieser hat sowohl psychologische wie auch handfeste ökonomische Gründe. Es zeigt sich einmal mehr, daß auch die beste Wirtschaftspolitik auf Landesebene — und hier hat die Steiermark bisher zweifellos Pionierarbeit geleistet — ein bundesweites Investitionsklima nicht ersetzen kann. Zu den psychologischen Hürden bei der unternehmerischen Investitionsentscheidung zählt vor allem die Tatsache, daß die unternehmerisch Tätigen das Gefühl haben, der Bund als wichtigste öffentliche Hand nehme es mit der Sanierung des Haushaltes noch immer nicht ernst. Die Folge davon ist eine Belastungswelle, die sich in den Kalkulationen des kommenden Jahres, in erhöhten Kosten und damit ertragsmindernd, in vielen Fällen aber auch verlusterhöhend, niederschlagen wird. Schon jetzt kann behauptet werden, daß die Bemühungen, die Zuwachsrate des Budgetdefizits zu stabilisieren, ausschließlich darauf basieren, daß neue Einkommensquellen in Form neuer Steuern, Erhöhungen von Gebühren und Tarifen, erschlossen werden. Das heißt aber, daß diese Budgetsanierung von heute der Inflationsschub des kommenden Jahres ist. Hand in Hand damit geht eine Hochzinspolitik, die ebenfalls nicht dazu beiträgt, potentielle Investoren zu ermuntern. Diese Zinsentwicklung ist das Ergebnis der Tatsache, daß in Österreich Wirtschaftspolitik gegenwärtig ausschließlich von oder über die Nationalbank betrieben wird. Die Nationalbank hat den Stabilitätskurs zur vorrangigen Aufgabe erklärt. Sie steht dabei derzeit allein auf weiter Flur, denn die Schützenhilfe seitens des Bundes, eine ausgaben- seitige Sanierungskonzeption, bleibt aus. Daraus resultiert, daß die Geldmengen- und Kapitalmarkt-

politik derzeit hierzulande das einzige Instrument darstellt, das überhaupt eingesetzt wird.

Die Hauptlast der Sanierung von Strukturschwächen liegt derzeit bei den Ländern, deren Belastbarkeit im Vergleich zu den finanziellen Möglichkeiten des Bundes mehr als bescheiden ist, darauf hat Herr Landeshauptmann Krainer schon wiederholt hingewiesen. Das geht allein schon aus der Tatsache hervor, daß sämtliche Budgets aller neun Bundesländer weniger als die Hälfte des Bundesbudgets ausmachen. Viele der jetzt auftretenden Schwierigkeiten zwischen Kufstein und Niklasdorf sind nicht Ausdruck unternehmerischen Fehlverhaltens, wie dies von der Regierungsmehrheit in Wien gerne dargestellt wird. Sie sind vielmehr das Ergebnis einer Politik, die sich durch nunmehr schon länger als ein Jahrzehnt über die Notwendigkeit des ausreichenden Unternehmergewinnes als Basis für eine gesunde Kapitalausstattung mit geradezu fahrlässiger Unbekümmertheit hinwegsetzt.

Dazu kommt, daß in weiten Bereichen der verstaatlichten Industrie die Erhaltung des politischen Einflußraumes mehr gilt, als die Verteidigung des Investitionsspielraumes der Unternehmensleitungen. Die Länder haben viel früher als die Bundespolitik erkannt, daß die beste Strukturpolitik ein Wirtschaftskonzept ist, das möglichst vielen Betrieben die expansive Entfaltung ermöglicht. Wie sieht demgegenüber die Regional- und Strukturpolitik der Bundesregierung aus? Während Tausende Arbeiter mit ihren Familienangehörigen um ihre Arbeitsplätze in der Obersteiermark bangen und eine Sanierung der verstaatlichten Unternehmungen aus Mangel an finanziellen Mitteln scheitert, wird im Ballungszentrum Wien ein Großprojekt mit 1,4 Millionen Schilling je Arbeitsplatz großzügig gefördert. Für die in der Mürz-Mur-Furche Betroffenen stellt sich die Frage, warum der Bund seine Eigenbetriebe austrocknen läßt und dadurch die Arbeitsplätze schwerstens gefährdet, während im Raum Wien ein Arbeitskräftemangel besteht, der bei General Motors zum Großteil nur durch Fernpendler und Fremdarbeiter behoben werden kann. Mit dem gleichen finanziellen Aufwand, mit dem man das amerikanische Automobilwerk gefördert hat, wäre mit einer Eigenkapitalaufstockung bei den verstaatlichten Unternehmungen in der Mürz-Mur-Furche ein großer Schritt zur Sanierung getan worden, der nicht nur die Arbeitsplätze in den Großbetrieben, sondern auch die gesamte Wirtschaft in diesem Raum stabilisiert hätte. Offensichtlich ist aber der derzeitigen Regierungspartei die Sicherung ihres Wählerpotentials in Wien wichtiger, als sichere Arbeitsplätze in der Steiermark. (Landesrat Gruber: „Was ist beim Kneissl?“) Darüber habe ich schon gesprochen. (Abg. Dr. Eichtinger: „Herr Landesrat, die würden Sie brauchen!“)

Die Konzeption des Vertrages, den die Bundesregierung mit General Motors geschlossen hat, zeigt, daß sie zu Lasten tausender förderungswürdiger Klein- und Mittelbetriebe das strukturpolitische Heil nach wie vor im spektakulären Großprojekt sieht. Ein weiterer Mißstand macht sich breit. Abseits der unternehmerisch verantwortlichen Organe

werden politische Entscheidungen gefällt, die betriebswirtschaftlich meist gar nicht mehr verantwortbar sind. Es genügt derzeit offensichtlich eine „Privataudienz am Ballhausplatz“, um bestimmte Strukturen zu konservieren, ohne daß sich jemand überlegt, welche Konsequenzen das für die gesamtwirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit oder für die Eigenmittelausstattung der jeweiligen Eigentümer bedeutet. Jeder einzelne Fall sollte zweifellos auf seine Sanierungswürdigkeit genauestens geprüft werden, doch muß man als wirtschaftspolitisch Verantwortlicher die gesamtstrukturelle Entwicklung der heimischen Wirtschaft stets im Auge behalten. Würde man nach diesen Grundsätzen in Wien handeln, so wäre für viele Menschen gerade bei uns in der Steiermark das Weihnachtsfest sorgloser und ihre Hoffnung für die Zukunft zuversichtlicher.

Nun aber zur Förderung der steirischen Wirtschaft, im speziellen des Fremdenverkehrs durch das Land. Das Land Steiermark war laut Rechnungsabschluß 1979 zum 31. Dezember 1979 an acht Aktiengesellschaften mit einem Aktienkapital von fast 840 Millionen Schilling sowie an 32 Gesellschaften und Genossenschaften mit Anteilen von über 151 Millionen Schilling beteiligt. Da die meisten dieser Landesbeteiligungen zur Schaffung infrastruktureller Einrichtungen — insbesondere zur Förderung der Verkehrserschließung und des Fremdenverkehrs — eingegangen wurden, besteht hier aus verständlichen Gründen ein wesentlicher Zuschußbedarf. Insgesamt sind unter der Gruppe 9 im diesjährigen Budget 121,561.000 Schilling vorgesehen. Allein für eine weitere Beteiligung an der Pyhrnautobahn-AG sind 22,7 Millionen Schilling präliminiert. Rechnet man aber die veranschlagten nicht rückzahlbaren Zuschüsse von 112,3 Millionen Schilling dazu, ergibt dies einen Gesamtbetrag von 135 Millionen Schilling. Diese 135 Millionen Schilling sind aber nur ein Teilbetrag jener gewaltigen finanziellen Leistung, die das Land Steiermark für den Ausbau der wichtigen Verkehrsrouten seit Jahren erbringt und noch bis einschließlich 1991 zu erbringen haben wird. Wir bekennen uns zu diesem finanziellen Beitrag des Landes für einen forcierten Ausbau von Teilstrecken dieser Autobahn, müssen aber gerade in einer Zeit, in der der Herr Bundeskanzler dem Land vorwirft, für die verstaatlichte Industrie in der Obersteiermark nichts zu tun, eindeutig klarstellen: Die Finanzierung des Autobahnbaues fällt in den Kompetenzbereich des Bundes. Nur um einen raschen Ausbau dieser Verkehrsrouten überhaupt zu ermöglichen, ist das Land Steiermark freiwillig diese finanziellen Verpflichtungen eingegangen. Obwohl das Land Steiermark dem Bund laufend finanzielle Verpflichtungen abnimmt, macht nunmehr der für die verstaatlichte Industrie ausschließlich verantwortliche Eigentümer — nämlich der Bund — durch den ressortzuständigen Herrn Bundeskanzler dem Land Steiermark Vorhalte, es tue zu wenig für die verstaatlichte Industrie, und man versucht, die Verantwortung abzuwälzen. Trotz der eindeutigen Kompetenz des Bundes hat auch hier Herr Landeshauptmann Dr. Krainer wieder ein finanzielles Engage-

ment des Landes zugesagt. Nicht, weil wir hiezu gesetzlich verpflichtet sind, sondern weil wir der Meinung sind, daß die mangelnde Vorsorge durch den Eigentümer nicht zu Lasten der Bevölkerung in der Mürz-Mur-Furche gehen kann. Wir müssen aber mit Entschiedenheit feststellen: Die Aufgabenteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden ist in der Verfassung geregelt. Die Mittel zur Erfüllung dieser Aufgaben werden auf die Gebietskörperschaften nach dem Finanzausgleich aufgeteilt. Wenn nun ständig das Land für Pflichtaufgaben des Bundes Mittel aufbringen muß — eines der vielen Beispiele sind die 135 Millionen, die im diesjährigen Budget für die Pyhrnautobahn aufscheinen — wird jeder Finanzausgleich zur Farce. Wenn das Land Steiermark aber schon — damit für die Steiermark lebenswichtige Projekte rasch durchgezogen werden — freiwillige Leistungen für den Bund übernimmt, soll das politische Spiel, das derzeit von Wien aus betreffend die verstaatlichte Industrie in der Obersteiermark betrieben wird, einer sachlichen Beratung, wie die Probleme tatsächlich und zukunftsorientiert gelöst werden können, Platz machen. Für andere Landesbeteiligungen sind 22 Millionen Schilling für den Erwerb von Anteilen, 45 Millionen Schilling für die Gewährung von Darlehen und 15 Millionen Schilling für die Gewährung von Zuschüssen vorgesehen. Wir erwarten, daß diese Mittel, die insbesondere für die Finanzierung infrastruktureller Maßnahmen für den Fremdenverkehr herangezogen werden sollen, ziel- und verantwortungsbewußt eingesetzt werden. Die Nächtigungszahlen der letzten Jahre stellen unter Beweis, daß der Sommerfremdenverkehr in der Steiermark stagniert. Im Winterfremdenverkehr ist dagegen eine ausgezeichnete Entwicklung gegeben. So sind zum Beispiel die Nächtigungen ausländischer Gäste in der Wintersaison innerhalb von fünf Jahren um 41 Prozent gestiegen. Da die Alpenländer — gegenüber einer weltweiten Konkurrenz im Sommer — im Winter über eine gewisse Monopolstellung verfügen, ist es gerechtfertigt, hier Schwerpunkte zu setzen. Gerade aber deshalb muß der Einsatz dieser Mittel besonders überlegt erfolgen. Wir werden deshalb genau verfolgen, ob in Zukunft

- die Regierung von der zuständigen Rechtsabteilung anläßlich der Beschlußfassung über die Beteiligung an Gesellschaften über die tatsächlichen Kosten exakt und umfassend informiert wird,
- eine exakte Planung und Bauaufsicht erfolgt,
- die präliminierten Baukosten tatsächlich eingehalten werden,
- für ein gutes Management in Gesellschaften gesorgt wird, an denen das Land beteiligt ist, und
- die Konkurrenzverhältnisse zur Privatwirtschaft nicht verzerrt werden.

Wenn sich das Land an Unternehmungen beteiligt, haben privatwirtschaftliche Grundsätze zu gelten. Wenn es auch in Zukunft

- zu hohen Baukostenüberschreitungen kommt,

- Fehleinschätzungen und Fehlinvestitionen erfolgen,
- oft kein entsprechendes Management gegeben ist,

werden daraus die notwendigen Konsequenzen zu ziehen sein.

Eines erscheint mir noch von besonderer Bedeutung zu sein: Bevor Gebietskörperschaften Projekte, wie zum Beispiel die Errichtung von Schiffliften, in Angriff nehmen, wäre eingehend in jedem Einzelfall zu prüfen, ob es nicht zweckmäßiger wäre, anstelle einer Beteiligung private Initiativen im erforderlichen Ausmaß zu unterstützen. Selbst wenn diese Förderungsmittel in der gleichen Höhe wie eine Landesgesellschaft erhalten, ist diese Vorgangsweise zweckmäßiger, weil das Land dann zumindest nicht — wie es vielfach gegeben ist — permanente finanzielle Abgänge bedecken muß. Auch bei Darlehensgewährungen an Landesgesellschaften ist zu beachten, daß die Konkurrenzverhältnisse zur Privatwirtschaft nicht verzerrt werden. Im Falle, daß Annuitäten einmal nicht pünktlich entrichtet werden können, ist so vorzugehen, wie im Kreditgeschäft üblich. Der Darlehensnehmer hat ein ausführlich begründetes Ansuchen um Stundung an den Kreditgeber zu richten. Keinesfalls kann die derzeitige Vorgangsweise akzeptiert werden, daß die zuständige Abteilung in diesen Fällen weder Zinsen noch Kapitalraten vorschreibt. In diesem Zusammenhang möchte ich auf Grundsätzliches hinweisen: Es scheint mir vom System her problematisch, daß aus dem Beamtenstand der Rechtsabteilung 10, die für die Verwaltung der Beteiligungen des Landes zuständig ist, auch Beamte als Geschäftsführer von Unternehmungen tätig sind, an denen das Land beteiligt ist. Innerhalb der selben Abteilung sind also unmittelbar Geschäftsführung und Aufsicht angesiedelt. Bildlich gesprochen sitzen Geschäftsführer und Aufsicht Schreibtisch an Schreibtisch, oft sind sogar beide Funktionen in einer Person vereinigt. Es kann dann vorkommen, daß der Beamte in Graz dem Geschäftsführer einer Landesgesellschaft nach Haus im Ennstal einen Brief schreibt. Dann fährt er selbst hin, nimmt ihn dort zur Kenntnis und veranlaßt eine entsprechende Antwort an die Rechtsabteilung 10. Wieder in Graz nimmt er die Antwort wohlwollend zur Kenntnis und schreibt durchaus im Einklang mit einem Regierungsbeschluß dem Unternehmen weder Zinsen noch Rückzahlungsraten vor, da das Unternehmen im abgelaufenen Jahr keinen positiven Cash flow gehabt hat. Und das wiederholt sich in einigen Fällen von Jahr zu Jahr. Dieselbe Abteilung stellt für derartige Unternehmungen des Landes auch zahlreiche Kontrollorgane, sprich Aufsichtsräte. Diese haben wiederum die Geschäftsführer zu kontrollieren, die oft als Kollegen in der selben Abteilung tätig sind. Nun könnte man einwenden: Auch in der Privatwirtschaft bestellen schließlich die Geldgeber die Kontrollinstanz, den Aufsichtsrat, und dieser den Vorstand. Also nicht viel anders, als es jetzt im Land geschieht. Es besteht nur ein kleiner Unterschied: Im zweiten Fall reagieren die Eigentümer auf Fehler oder Abweichungen vom vorgezeichneten Weg

sehr sensibel und schnell. Es ist nun schon einmal im Leben so, daß man rigoroser ist, wenn es die eigene Tasche trifft. Auch nur eine Erwähnung des Wortes, besser der Buchstaben AKH in diesem Zusammenhang wäre schon eine Beleidigung für die betroffenen Herren, die das Land, in den Beteiligungsgesellschaften vertreten. Ich möchte ausdrücklich betonen, daß meinen Ausführungen kein konkreter Fall zugrundeliegt. Hier geht es um ordnungspolitische, grundsätzliche Erwägungen.

Zum Schluß nur eine kleine Randbemerkung: Dieselbe Problematik gibt es auch in der Rechtsabteilung 12. Sie ist Aufsichtsbehörde für die steirischen Landeskrankenhäuser, die von ihr verwaltet werden. Auch diese Rechtsabteilung beaufsichtigt sozusagen ihre eigene Tätigkeit selbst. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

**Präsident Zdarsky:** Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Kohlhammer. Ich erteile es ihm.

**Abg. Kohlhammer:** Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die sehr geehrte Frau Kollegin Jamnegg hat in ihrer Wortmeldung in der Gruppe 4 zum sozialistischen Antrag betreffend die Gewährung einer Pendlerbeihilfe für die Berufspendler in der Steiermark Stellung genommen. Die Kollegin sieht das offensichtlich als Leistung an sozial Betroffene, während wir schon glauben, daß dieses Problem in die Gruppe 7 gehört. Mit dieser beantragten Pendlerbeihilfe soll ja vor allem die Mobilität der Arbeitnehmer anerkannt und gleichzeitig sollen Verlagerungen von Arbeitsplätzen künftig erleichtert werden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich selbst komme aus einem Bezirk, wo jeder dritte Arbeitnehmer auspendeln muß. Während jüngere Menschen das ganz gerne tun, weil sie anderswo meist besser verdienen können, gibt es für verheiratete Frauen beziehungsweise für Mütter arge Probleme. Sie können meistens überhaupt nicht pendeln. Aus meiner Sprechstundenerfahrung weiß ich, und ich glaube, hier können mir alle Kollegen aus anderen Problembezirken beipflichten, daß Männer, die in der dritten Dekade ihres Berufslebens sind, oft aus gesundheitlichen Gründen in der Nähe ihrer Wohnung einen Arbeitsplatz suchen, ihn aber meist nicht finden, und zwar aus den unterschiedlichsten Gründen nicht finden. Die Menschen sind allgemein sehr anpassungsfähig und arbeitswillig. Sie erwarten aber von uns, daß wir ein Konzept haben, daß durchdachte Absichten vorhanden sind, wie ihr sittliches Anrecht auf einen Arbeitsplatz erfüllt werden kann. Die Menschen wollen nämlich in ihrem privaten Bereich über einen überschaubaren Zeitraum ihren Lebensstandard finanzieren können. Und die Grundbedingung dafür ist nun einmal ein sicherer Arbeitsplatz beziehungsweise ein gesichertes Familieneinkommen. Wir bekennen uns zu Schwerpunktmaßnahmen, damit eine spürbare Wirkung möglich ist. Ich bin Realist genug, um zu sehen, daß altbekannte Problemgebiete in der Steiermark zur Zeit eher hinter aktuellen Arbeitsplatzsicherungsfragen

zurückstehen müssen. Worauf ich jedenfalls mit allem Nachdruck bestehe, ist, daß alle Maßnahmen zur Verbesserung der für die Wirtschaft so erforderlichen Infrastruktur, in gleichwertiger Weise, in allen Teilen der Steiermark weitergetrieben werden. Nachteile, die die Menschen schon bisher bezüglich der Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten in den Problembezirken hatten, dürfen nicht unbegrenzt verlängert werden oder sich gar noch verstärken. Die Einkommenslage zeigt leider eine eher negative Entwicklung. Während nämlich Beamte, ich betone, gerechterweise, in ganz Österreich gleich viel für ihren Einsatz verdienen, ist es bei den Arbeitnehmern, ich möchte sagen, zugegeben, auch bei Arbeitgebern, in Österreich sehr unterschiedlich, vor allem in der Steiermark sehr unterschiedlich. Eine Studie der Arbeiterkammer hat dies sehr deutlich aufgezeigt. Diese ist im Jahre 1978 gelaufen. Bei einem Durchschnittseinkommen von 9096 Schilling in der Steiermark, das war damals brutto, würde heute ungefähr netto entsprechen, waren die Einkommensverhältnisse im Raum Leoben so, daß dort 11.000 Schilling verdient werden könnten, während in den Bezirken Deutschlandsberg, Fürstenfeld, Hartberg, Radkersburg, Feldbach die Einkommenssituation so war, daß sie zwischen 6500 Schilling und 7500 Schilling lag. Nebenbei bemerkt war auch der Unterschied zwischen der Männerentlohnung und der Frauenentlohnung sehr, sehr groß. Während die Männer einen Durchschnitt von 10.000 Schilling erreichten, konnten Frauen nur ungefähr die 60-Prozent-Marke erzielen, nämlich 6285 Schilling. Die größte Anzahl der Pendler, meine Damen und Herren, kommt aus den Problembezirken. Jede sinnvolle Begünstigung für diesen Kreis der schon bisher benachteiligten Menschen ist einfach begründet und berechtigt. Der vom Ersten Landeshauptmannstellvertreter Hans Gross im vollen Bewußtsein um die Problematik, die die Pendler betrifft, initiierte Antrag sieht in seinem Vorschlag für mögliche Richtlinien Entschädigungen in einer Höhe vor, die als finanzierbar betrachtet werden müssen. Ich will das möglichst ohne Spitze sagen, aber ganz kann ich mir es nicht verkneifen. Wir wollen nicht lizitieren, wie die ÖVP auf der Bundesebene das ständig vorexerziert. (Abg. Kollmann: „Einen Zusatzantrag, daß die Bundesregierung ähnliche Gedankengänge führen könnte!“) Die Bundesregierung, ich habe mir das am Rand hergeschrieben, Herr Kollege, hat im Jahre 1971 322 Millionen Schilling für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen ausgegeben. Aus diesem Topf wollen Sie ja eine mögliche Unterstützung haben, wenn ich richtig informiert bin. (Abg. Dr. Strenitz: „Du sollst das in die Mitte schreiben, nicht nur an den Rand!“) Und im Jahre 1981 hat sie immerhin 1.385.000.000 Schilling vorgesehen. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Kollmann: „Täglich 50 Schilling bei 50 km Entfernung!“) Meine Damen und Herren, noch eine Zahl, die ich mir an den Rand geschrieben habe, weil Sie offensichtlich diese nicht kennen. Für die Mobilitätsförderung, jener Blickpunkt, auf den unser Antrag auch abzielt, ist für 1981 immerhin ein Betrag von 530 Millionen Schilling, nur dafür, vorgesehen.



Meine sehr verehrten Damen und Herren, nochmals zurückkommend auf die Beschäftigungsprobleme, möchte ich doch diese Gelegenheit nützen und hier noch deponieren, daß ich persönlich für die Altersgrenze, die für die Aufnahme in den öffentlichen Dienst gilt, überhaupt kein Verständnis habe. Wenn es eine Altersgrenze unbedingt geben muß, dann müßte sie eher nach unten wirken, nicht nach oben. Wer ist denn die öffentliche Hand, meine Damen und Herren? Nach meinem Verständnis eine oft umstrittene, aber dennoch notwendige Einrichtung, jedenfalls aber in erster Linie dazu da und verpflichtet, allgemeine Probleme zu bewältigen. Ein allgemeines Problem liegt nach meinem Empfinden darin, daß in der Arbeitswelt, und zwar vor allem in der manuellen Arbeitswelt, wenn man den 40. Geburtstag überschritten hat, auch zunehmend Probleme auftauchen. Die Probleme liegen im gesundheitlichen Bereich. Zu oft rächt sich ungefähr in diesem Alter bereits der Körper für ungesunde Arbeitsbedingungen. Die Probleme liegen auch im Bereich der Leistungsfähigkeit und letztlich auch in der Vorsicht, die man von Arbeitgeberseite anwendet, um soziale Verpflichtungen zu umgehen. Wir haben zumindest alles zu versuchen, daß auch jenen Menschen, die im zweiten Drittel ihrer Lebensarbeitskraft stehen, beziehungsweise zwei Drittel in die Wirtschaft bereits eingebracht haben, für das dritte Drittel ein zumutbarer Arbeitsplatz geboten werden kann. Es kann nur die letzte Möglichkeit bleiben, neue soziale Wege zu beschreiten. Oft gegen den Willen der Menschen, die in Wirklichkeit ja arbeiten wollen, außerdem muß dieser soziale Weg ja finanziert werden. Meine Damen und Herren, schon zum Schluß kommend möchte ich Sie im Namen meiner Fraktion sehr herzlich bitten, die Türe nicht zuzuschlagen, sondern sich sorgfältig mit dem Inhalt unseres Antrages bezüglich der Pendlerbeihilfe zu beschäftigen. Den Pendlern ist nicht damit geholfen, wenn man hier verbal dazu Stellung nimmt, sehr geehrte Frau Kollegin, sondern wir wollen doch lieber dem oberösterreichischen Beispiel folgen und hier Maßnahmen besprechen und möglichst beschließen, wozu wir imstande sind. Wir können damit Pendlerprobleme spürbar anerkennen. Und weil der Einwurf da war, Gießkannenprinzip, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben heute gehört, welche Förderungen Bergbauern erhalten. Der Herr Abgeordnete Zinkanell hat das vorgetragen, 450 Schilling von Landesseite pro Jahr. Und wenn ich das herunter rechne, sehr verehrte Frau Kollegin, dann kommen noch weniger pro Monat heraus als die 83 Schilling, die der niedrigste Betrag in unserer Variante für die Beihilfe ausmachen würde. (Abg. Jamnegg: „Nur geht das am Grundproblem der Pendler vorbei. Eine Lohnerhöhung nimmt man an Steuern weg, als durch dieses Pauschale gegeben wird!“) Liebe Frau Kollegin! Ich kann doch nicht sagen, daß zusätzliche und neue Belastungen eine Rechtfertigung sein können dafür, daß man nicht auch eine Entlastung bietet. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn die Bergbauern Hilfen in dieser Höhe an das Land nicht zurückzuweisen, beziehungsweise an den Bund, dort

hat man — wie wir hörten — mit 300 Schilling im Jahr begonnen, er ist allerdings auf 6000 Schilling angestiegen, dann glaube ich auch, daß die Pendler diese Beihilfe sicher dankbar annehmen werden. (Abg. Jamnegg: „Wir müssen dieses Problem wirklich lösen!“) Meine sehr verehrte Kollegin! Natürlich. Unser Erster Landeshauptmannstellvertreter Hans Gross hat ja nicht nur eine Beihilfe für Pendler vorgeschlagen, sondern hat auch vorgeschlagen, ein Industrieförderungsinstitut einzurichten. Wir drängen auch danach, daß die Infrastruktur verbessert wird. Die Pendlerbeihilfe ist ein Teil in einem Bündel von möglichen Hilfen für die Menschen in unserer Arbeitswelt. (Abg. Loidl: „Am schönsten wäre es, wenn es keine Pendler gäbe!“ — Abg. Jamnegg: „Treten Sie den Anträgen, die wir für die Pendler gemacht haben, bei, dann gibt es keine Probleme mehr!“) Liebe Frau Kollegin! Ich bin Abgeordneter zum Steiermärkischen Landtag, und ich vertrete hier an dieser Stelle unsere Intentionen beziehungsweise beziehe mich darauf, daß wir versuchen sollten, in gemeinsamen Gesprächen einen Weg zu finden, der eben diese besondere Belastung für die Pendler anerkennt beziehungsweise sie eher mit ermuntert, mobil zu sein und gegebenenfalls auch andere Arbeitsplätze anzunehmen. Unsere Menschen sind nämlich sehr, sehr firmentreu. Und diese Firmentreue, die an und für sich sehr angenehm ist, dieser Umstand wird natürlich dann zum Erschweren, wenn ein Arbeitsplatzwechsel unumgänglich notwendig wird. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bitte Sie noch einmal. Schauen Sie sich unseren Antrag mit der notwendigen Sorgfalt an. Der Inhalt ist sicher ernst genug. Ich bin überzeugt davon, wenn der gute Wille vorhanden ist — der Herr Landeshauptmann Wegart hat heute von Konzessionsbereitschaft, von notwendiger Konzessionsbereitschaft, gesprochen, ich bitte darum im Namen der vielen tausend Pendler. Danke! (Beifall bei der SPO und FPÖ.)

**Präsident Zdarsky:** Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Dorfer. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dr. Dorfer:** Frau Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Erlauben Sie mir einige Bemerkungen zur Entwicklung in der österreichischen Industriepolitik. Ich übertreibe nicht und werde Ihnen das an Hand einiger weniger Ziffern leider beweisen müssen, daß seit zehn Jahren in der österreichischen Volkswirtschaft eine Art Entindustrialisierungsprozeß im Gange ist. Es ist einfach unbestreitbar — und ich werde Ihnen das gerne mit Ziffern beweisen —, daß die wachstumshemmenden und strukturkonservierenden Maßnahmen dieser Bundesregierung zu einem Schrumpfen des industriellen Sektors geführt haben. (Abg. Loidl: „Sie können es trotzdem immer besser. Wieso eigentlich?“) Lieber Loidl! Ich kann es leider nicht ändern. Ich kann nur darauf hinweisen, daß der Anteil der industriellen Investitionen an den gesamten Investitionen im Jahre 1970 16,5 Prozent gewesen ist und im Jahre

1980 nur mehr 12,5 Prozent oder 12,4 Prozent ist, ein eindeutiges Schrumpfen. Ich kann weiters nur darauf hinweisen, daß der Anteil der Beschäftigten in der Industrie ständig sinkt, und zwar in relativen und in absoluten Ziffern. (Abg. Loidl: „Wichtig ist, ob es uns besser oder schlechter geht und nicht, welche Prozente und welche Statistik!“) Was ich hier sage, lieber Loidl, hat unmittelbar mit dem zu tun, was wir jetzt in der Mürz-Mur-Furche an schwerwiegenden Fällen erleben. Die Anzahl der Beschäftigten in der Industrie sinkt, in absoluten und relativen Ziffern. In absoluten Ziffern seit zehn Jahren um mehr als 60.000 Arbeitsplätze, in einer Zeit, wo wir jährlich immerhin gesamtösterreichisch mindestens 30.000 zusätzliche Arbeitsplätze gebraucht haben. (Abg. Loidl: „Die Statistik kann alles beweisen!“ — Abg. Dr. Strenitz: „400.000 sind mehr!“) Der Anteil der Industrie — bitte, hören Sie jetzt genau zu, meine Herren Sozialisten — der Anteil der Industrie am gesamten Sozialprodukt ist 1980 bei 23 Prozent. So weit sind wir herabgekommen. Das ist der gleiche Prozentsatz, wie der Anteil der Industrie am Sozialprodukt im Jahre 1937 gewesen ist. (Abg. Loidl: „Sie bewerten das!“) Ich habe nicht bewertet, ich habe ja nur festgestellt, daß wir einen industriellen Schrumpfungsprozeß im Gange haben. Die Bewertung kommt schon noch, lieber Loidl. (Abg. Hammer: „Die Amerikaner und Schweden erklären eindeutig, bis zum Jahr 2000 geht die Industrie bis auf 15 Prozent der Beschäftigten zurück!“ — Abg. Sponer: „Die Ursache ist auch bekannt!“) Nun, warum kam es zu dieser Entwicklung, meine Damen und Herren? Ich weiß nicht, warum Sie sich so direkt betroffen fühlen. (Abg. Sponer: „Wir fühlen uns nicht betroffen!“) Die Hauptursache ist, nach allen Instituten, die sich damit beschäftigen — und ich gebe hier nur wieder, was uns an Statistik in die Hand gelegt wird — die Verringerung der Eigenkapitalbasis in der Industrie, und zwar von 38 Prozent Eigenkapitalbasis im Jahre 1970 auf 28 Prozent im Jahre 1980. Ich weiß, daß es Theoretiker gibt, die sagen, der Anteil des Eigenkapitals in den Betrieben ist völlig egal. Bei den Investitionen und dem, was sich bei VEW oder Niklasdorf tut, wäre es entscheidend, wenn wir eine bessere Eigenkapitalbasis hätten. In der gleichen Zeit ist die Zwangsabgabenquote — das hat heute Stoisser schon erwähnt — von 35 Prozent auf fast 42 Prozent angestiegen, insgesamt ist das eine Folge der Überverschuldung des Staates, und damit zusätzliche Belastungen für die Betriebe. Eine weitere Ursache für diesen Entindustrialisierungsprozeß ist offensichtlich in der zu geringen Forschungsförderung gegeben. Wir haben im Bundesbudget 1980 nur 0,13 Prozent des Gesamtbudgets für die Forschung vorgesehen. Und hier meine ich sowohl für den gewerblichen Forschungsförderungsfonds, wie auch für den Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung. Umgekehrt ausgedrückt, 95 Prozent der Forschungs- und Entwicklungsausgaben müssen von den Betrieben selbst getragen werden. Und fest steht, es ist unbestritten, daß das Forschungsdefizit von heute letztlich die Strukturkrise von morgen bedeutet. Die dritte Gruppe von Ur-

sachen liegt natürlich in wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen. Es ist ja überhaupt nichts Neues, daß es in einer wirtschaftlichen Entwicklung — das war immer schon so — jede Menge von Strukturveränderungen gibt. Das Schlimme ist nur, wenn man drauf und dran ist, eine Art Strukturkonservierungspolitik zu betreiben. Ein Musterbeispiel — und fast möchte ich sagen, das ärgste, was ich kenne — ist ja das, was man jetzt für Nikalsdorf angeblich oder auch nicht, niemand weiß es, beschlossen hat, auf drei Jahre die Defizite zu bezahlen. (Landeshauptmannstellvertreter Gross: „Niemand weiß es. Ich werde es Ihnen erzählen!“) Niemand weiß es, Herr Landeshauptmannstellvertreter! Ich bin neugierig, was wir heute von Ihnen hören. Nein! Offensichtlich ist da etwas beschlossen worden über das Land Steiermark hinweg. Das Land Steiermark wurde von irgendjemandem verpflichtet, was es zu zahlen hat. (Landeshauptmannstellvertreter Gross: „Das Land Steiermark ist eingeladen. Den Brief hat der Herr Landeshauptmann!“) Es wird noch verhandelt werden. Aber ohne Land Steiermark kann nicht beschlossen werden, was das Land zu bezahlen hat, Herr Landeshauptmannstellvertreter. Das Land ist ja noch nicht befragt worden in der Sache. (Landesrat Gruber: „Das sollten wir uns für den Bund angewöhnen!“) Denn was heißt denn, meine Damen und Herren, Defizite bezahlen? (Abg. Loidl: „Wollen Sie zusperrern?“) Nein, laß mich ausreden lieber Loidl. Ich meine grundsätzlich, Defizite bezahlen heißt, daß das eine demoralisierende Provokation gegen alle anderen Arbeitnehmer in allen anderen Betrieben ist. Denn mit gleichem Recht kann jeder Arbeitnehmer und jeder Unternehmer von jedem Betrieb, wenn er Defizite hat, kommen und sagen, zahlt mir die Defizite, ihr zahlt sie ja auch oben in Niklasdorf. Weiters ist die Folge einer solchen Politik, daß überholte Strukturen teuer mit dem Geld aller konserviert werden sollen und nichts anderes. Und die weitere Folge ist, zum größten Nachteil der Arbeitnehmer, in Niklasdorf, betone ich, daß damit Ersatzinvestitionen praktisch verhindert und abgehalten werden, weil ja letzten Endes kein Interesse bestehen kann, dort Ersatzarbeitsplätze irgendwelcher Form zu bezahlen. Der Herr Landesrat Fuchs wird Ihnen heute sagen, wie weit er schon gewesen ist, um die Ersatzarbeitsplätze zu erreichen. Insgesamt ist eine solche strukturkonservierende Politik der sicherste Weg zu einem subventionsträchtigen, teuren und sicheren Industriefriedhof. Das kann man einfach nicht hinwegleugnen, und das ist hier geschehen. Aber alles das geschieht nur vom Herrn Bundeskanzler aus, um politisch kurzfristig Ruhe zu haben und den Schwarzen Peter in der öffentlichen Optik (Abg. Loidl: „Sag, was man tun soll in der Situation, in die die Arbeiter durch das Management gebracht wurden? Was soll man tun?“) — Auch das werde ich gerne sagen, laß mich weiterreden. Ich werde es Ihnen sagen, meine Herren Sozialisten. — jenen zuzuschreiben, die Bedenken gegen diesen Unsinn äußern. Es ist noch nichts abgelehnt worden, aber es hat schon Wirbel gegeben, weil von steirischer Seite her, von unserem Landeshauptmann, nur gewisse Bedenken in der Art geäußert wurden.

Meine Damen und Herren, diese strukturkonservierende Wirtschaftspolitik der sozialistischen Bundesregierung, und Niklasdorf ist ja nur ein Beispiel unter vielen, hat letztlich dazu geführt, daß wir heute für die achtziger Jahre wesentlich schlechter gerüstet sind, als vor zehn Jahren mit Hilfe der OVP-Wirtschaftswachstumsgesetze für die siebziger Jahre. Das ist einfach nicht hinwegzustreiten. Trotzdem ist die einfache Formel des Kollegen Horvatek in seiner Landtagsrede hier, daß er sagt, alles, was positiv ist, ist Verdienst der Bundesregierung, dort, wo etwas schief gegangen ist, ist das Verschulden des Managements. Ist natürlich ein ganz großartiger politischer Ausweg. (Beifall bei der OVP. — Abg. Dr. Horvatek: „Überall, wo das Management versagt hat, müssen Konsequenzen gezogen werden!“ — Abg. Loidl: „Was sollen wir tun?“) Das ist der sicherste Ausweg. Wer feststellt, wo welches Management versagt hat, das wissen wir ja. Dazu kommt, meine Herren Sozialisten, eine völlig verfehlte Regionalpolitik. Das Musterbeispiel ist heute schon mehrmals genannt worden, und ich kann nicht umhin, es wieder zu nennen. Das ist General Motors. Das ist ein orientalischer Kniefall vor einem kapitalistischen Multi, und sonst überhaupt nichts. (Beifall bei der OVP. — Abg. Hammer: „Ich habe gedacht, er hat jetzt als Kammeramtsdirektor mehr Übersicht!“) Denn das Geschenk dieser fünf Milliarden Schilling zur Errichtung eines Werkes am Rande von Wien kann nicht positive Wirkungen, vor allem regional- und strukturpolitisch, für unser Land haben. Für die Kapitalaufstockung bei VEW fehlt bekanntlich eine Milliarde Schilling. Und wenn gesagt wird, Standortwahl, naja das haben die Herren von General Motors festgelegt, das konnte die österreichische Bundesregierung in keiner Weise auswählen. Meine Herren, ich möchte an dieser Stelle gesagt haben, durch nichts ist bewiesen, durch nichts ist bewiesen, ich habe mich genau erkundigt, daß es nur die Herren von General Motors waren, die nur in der Nähe von Wien sein wollten. Durch nichts ist das bewiesen. Das ist heute eine großartige Ausrede der sozialistischen Bundesregierung und all derer, die sie verteidigen müssen. (Abg. Hammer: „Sie haben sogar den Wörthersee angeboten bekommen!“) In Wahrheit ist das letzten Endes eine sozialistische Konzentrationspolitik, eine Gigantomanie, nicht nur General Motors, auch Uno-City, AKH, U-Bahn, Donauinsel, alles das, was man eben an Giganten braucht. Die sichere Folge davon wird sein, Fremdarbeiter werden wir bei General Motors haben. Die Folge wird sicher sein, ein ungeheurer Arbeitskräftemangel in Wien. (Abg. Loidl: „Zigtausende Steirer arbeiten in Wien!“) Wir werden bei General Motors sicher Fremdarbeiter in jeder Menge haben. Dazu ist ja eine Lex geschaffen worden. (Abg. Dr. Eichinger: „In der Steiermark wollen wir die Betriebe, nicht in Wien!“) Die Folge davon, lieber Sepp Loidl, wird sein, eine Abwanderungswelle aus den Grenzgebieten. Du hast gerade früher dazwischengerufen, am schönsten wäre es, wenn wir keine Pendler hätten. Mit dieser Politik werden wir immer mehr Pendler bekommen. Das läßt sich doch nicht widerlegen. Ganz klar, eine derartige Konzentration. Die Abwanderungswellen aus der Ost- und

Südsteiermark, aus strukturschwachen anderen Regionen wie etwa der Obersteiermark, wird die Folge sein. Letztlich eine Zunahme des familienfeindlichen Pendlerwesens, das von 1970 bis 1980 von 25 Prozent auf 32 Prozent der Beschäftigten gestiegen ist. Auch das sagt alles, welche Art von Strukturpolitik diese sozialistische Bundesregierung betreibt. Ich habe diese Ziffern nicht erfunden, lieber Dr. Strenitz. (Abg. Dr. Strenitz: „Hat sich der Bundesparteiohmann Mock nicht vor der Uno-City fotografieren lassen?“) Was ist das für ein Argument? Sollen wir vielleicht fernbleiben, bei irgendeiner Eröffnung oder sonst etwas? (Abg. Brandl: „Da habt Ihr Euch grauslich blamiert!“ — Abg. Dr. Eichinger: „Die VEW wird ausgehungert!“ — Abg. Ileschitz: „Dazu sind wir da, daß sie nicht ausgehungert wird!“ — Abg. Dr. Horvatek: „Diese Argumentation ist unmöglich!“) Meine Damen und Herren, dazu kommt noch eindeutig eine strukturkonservierende Arbeitsmarktpolitik. Das heißt, die wirtschaftliche belebenden Möglichkeiten zum Arbeitsplatzwechsel sind seit 1970 geringer geworden, meine Herren Sozialisten. Die Zahl der Fälle von Arbeitsplatzwechsel pro 100 Arbeitnehmern im Jahr sank von 14,7 Prozent im Jahre 1970 auf 8,5 Prozent im Jahre 1980. Das heißt, die Mobilitätsrate ist wesentlich geringer geworden. Das bedeutet wieder, daß auch die Arbeitsmarktpolitik strukturkonservierend gewirkt hat. Die seinerzeitige OVP-Arbeitsmarktpolitik der Förderung der Mobilität aller Erwerbstätigen wurde in eine Politik der Strukturkonservierung auf Kosten der Mobilitätsförderung umgewandelt. Unser Ziel war und ist und wird es weiter sein, nicht die Sicherung eines bestimmten, allenfalls überholten Arbeitsplatzes, sondern insgesamt Arbeitsplätze für alle in möglichst allen Regionen und möglichst gleichmäßig verteilt. Die sozialistische Partei verfolgt immer wieder die kurzfristige Erhaltung bestimmter Arbeitsplätze in bestimmten Großbetrieben, koste es was es wolle. Und das, meine Herren Sozialisten, kann nicht unser Ziel sein. (Abg. Dr. Strenitz: „Welche sollen nicht erhalten werden?“ — Abg. Brandl: „Die Mobilität bekämpft er!“) Unser Ziel sollte eindeutig sein, eine aktive Arbeitsmarktförderung im Sinne der Notwendigkeiten der Anpassung an technische und wirtschaftliche Veränderungen. Das gilt für Arbeitnehmer genauso wie für die Arbeitgeber. Das heißt Unterstützung des Strukturwandels durch Umschulung und Weiterbildung. Alle Untersuchungen ergeben, daß eine gediegene Ausbildung die wichtigste Voraussetzung für den Schutz vor Arbeitslosigkeit ist. Sie wissen mindestens so gut wie ich, daß sogar alle Erhebungen ergeben, daß wir für die achtziger Jahre an Facharbeitern und ausgebildeten Leuten für die Wirtschaft zu wenig haben. Das heißt also, Ausbildung und Umschulung müssen das sein, was wir zu fördern haben. Ein ganzes System von Existenzgründungshilfen muß geschaffen werden. Wir waren in der Steiermark die ersten in Österreich, die so etwas wie eine Jungunternehmerförderung eingeführt haben. Es ist dabei einiges gelungen, natürlich nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. Wir haben in diesem Hohen Haus auch schon dreimal beantragt, daß vom Bund her, weil das geht nur über die Bundesgesetzgebung, so etwas wie

ein gefördertes Sparen zur späteren Gründung eines Unternehmens ermöglicht wird. Der Herr Finanzminister hat jedes Mal mit zwei, drei lapidaren Sätzen diese Initiativen abgewiesen und überhaupt nicht begründet oder darauf eingegangen, warum er das nicht für gut und notwendig hält. (Abg. Dr. Strenitz: „Aus Gründen der Budgetkonsolidierung, Kollege Dorfer!“) Dazu kommt, was notwendig wäre, eine verbesserte und mehr personenbezogene Forschungsförderung. Das Forschungs- und Innovationsbewußtsein muß einfach angehoben werden. Wesentlich scheint mir, daß die Gelder der Arbeitsmarktförderung nicht mobilitätshemmend, sondern mobilitätsfördernd eingesetzt werden. Sowohl für die Förderung neuer Betriebsgründungen wie auch für die Erleichterung des Arbeitnehmerloses bei notwendigen Stilllegungen. Hier sind wir ja schon bei dem von Ihnen geforderten Pendlerpauschale. Warum nicht auch mit Mitteln der Arbeitsmarktförderung? Man soll hier handeln, meine Herren Sozialisten, und nicht nur reden. Das muß ich vor allem auch dem Kohlhammer sagen, der gerade gemeint hat, die Tür nicht zuschlagen. Ich würde sagen, in erster Linie soll der die Tür nicht zuschlagen, der dafür zuständig und kompetent ist, das ist der Bund bei den Mitteln der Arbeitsmarktförderung. Gemeinsam werden wir hier sicher eine Lösung finden. Das Ziel ist ja das gleiche, was wir wollen. (Landeshauptmannstellvertreter Gross: „Woher?“) In der Arbeitsmarktförderung sind es Milliarden, die unseres Erachtens hätten besser eingesetzt werden können, Herr Landeshauptmannstellvertreter. (Landeshauptmannstellvertreter Gross: „Die gesamte Post besteht in 1,3 Milliarden Schilling!“) Hohes Haus! Speziell in der Steiermark stehen wir großen Strukturproblemen gegenüber. Die wirtschaftsgeographische Randlage der Steiermark, die alten Industrien mit der geringen Wertschöpfung. (Abg. Dr. Strenitz: „Sollen wir Deine Kollegen von der ÖVP hereinholen?“) Alles das bringt uns in große Schwierigkeiten. (Abgeordneter Brandl: „Wir müssen uns den Blödsinn anhören!“) Hauptsache, daß Sie immer gescheit reden, Herr Kollege Brandl! Ihr Werturteil ist mir besonders wertvoll, weil ich weiß, wieviel Sie davon verstehen!

Andererseits, es muß uns klar sein, daß in der Steiermark zirka 50.000 zusätzliche Arbeitsplätze neu geschaffen werden müssen. Es ist zweifellos der Umstand ein Bremsklotz, daß 32 Prozent aller steirischen Industriearbeitnehmer in verstaatlichter Industrie beschäftigt sind, während es im österreichischen Durchschnitt nur 18 Prozent sind. Und der Ausweg aus dieser Situation, glaube ich, kann letztlich nur in allen Maßnahmen zur Schaffung neuer Ersatzarbeitsplätze gelegen sein. Ich kann hier nur feststellen, daß konkrete Förderungshilfen für die Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen letzten Endes immer wieder gefunden werden müssen. Das bisherige Zahlenspiel, das der Bundeskanzler in Leoben ohne konkrete Durchführungsvorstellungen und -verordnungen angeführt hat, ist sicher zu wenig. Ich kenne auch, und wir alle nicht, keinen Stahlplan, der zweifellos längst fällig wäre. Er wäre eine notwendige Voraussetzung für diesen Strukturwandel. Und weiters wäre notwendig — ist heute auch schon

gesagt worden — eine Grundkapitalaufstockung. Als unser Landeshauptmann Dr. Krainer diesen Vorschlag gemacht hat, mußte das natürlich von den Sozialisten und von Kreisky abgelehnt werden, denn erstens schon deswegen, weil die Idee nicht von ihnen stammt, und zweitens besteht hier bei mir der wahrscheinlich richtige Verdacht, daß es da ideologische Barrieren gibt, der Verdacht eines ersten Schrittes zurück zu irgendeiner Art von Reprivatisierung, obwohl es nur das Land sein soll, das hier in die VEW einsteigen möchte. Insgesamt, glaube ich, brauchen wir als besonders dringlich ein besseres Investitionsklima. (Abg. Dr. Strenitz: „Dorfer, Du malst ja nicht schwarz-weiß, Du malst nur schwarz-schwarz!“) Die Vorstellungen des Herrn Ministers Dallinger, Arbeitszeitverkürzung, paritätische Mitbestimmung und dergleichen, sind also sicher ein negativer Beitrag hinzu. Es wird eine Neuorientierung der Besteuerungspolitik mit dem Ziel notwendig sein, daß Leistung der Arbeitnehmer sich wieder lohnt und die Betriebe wieder Gewinne erwirtschaften können, um zu investieren und Arbeitsplätze zu schaffen. Und schließlich etwas, was Sozialisten auch nicht gerne hören, daß Veranlagung von privatem Sparkapital in den Betrieben wieder als Beteiligungskapital rentabel und steuerrechtlich überhaupt ermöglicht wird. Ich glaube, wir sollten Versuche starten, daß die Kapitalbeteiligung der Mitarbeiter in ihrem Unternehmen ermöglicht wird. Das wäre einerseits sowohl ein Beitrag zur Kapitalkraft der Unternehmen, wie auch zur Arbeitsplatzsicherung für die Arbeitnehmer. Ob dies in Form einer KG. oder stillen Gesellschaft geschieht, ist ja letzten Endes nebensächlich. Und, Herr Doktor Horvatek, Sie haben in Ihrer Generalrede hier davon gesprochen mit dem Unterton, als hätten wir dagegengeredet, damals bei der Fusionierung von VOEST-Alpine und VEW. (Abg. Brandl: „Wer ist da gegessen?“ — Abg. Dr. Horvatek: „Gegen den Zeitpunkt haben Sie geredet!“) Hören Sie ein bißchen zu, meine Herren Sozialisten! Am 26. Juni 1972, es liegen ja die Protokolle hier. Ich bin nicht vergesslich, dazu haben wir das Protokoll, damit wir die Beweise liefern können. Erstens hat niemand gegen die Fusionierung geredet, zweitens haben wir mit Recht — das ist ja längst bewiesen — gewarnt vor dem Sog, der dadurch entsteht, mit dieser Form der Fusionierung in Richtung Donau. Und das ist heute eindeutig bewiesen, und der Sog ist zum Nachteil der obersteirischen Industrie geworden. Es hat sich bewiesen, daß diese Fusionierung kein Allheilmittel ist, als das es von Ihnen seinerzeit hingestellt wurde. Womit ich bitte nicht mißverstanden werden möchte, etwa so, daß ich gegen die Fusionierung bin. Auch heute noch nicht! (Abg. Brandl: „Vorsicht!“) Nicht Vorsicht! Es ist alles protokolliert, was wir damals gesagt haben. Niemand, und auch wir lassen uns nicht unterstellen, daß wir dagegen geredet hätten. Nur, ein Allheilmittel ist es sicher nicht. Das ist heute eindeutig bewiesen. Höchstens die SPO glaubt, daß das, was groß ist, letzten Endes auch modern ist. Leider oder Gott sei Dank ist „Small beautiful“ und letzten Endes besser.

Meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Insgesamt glauben wir, daß das Jahr 1981 — und so

ergeben es alle diesbezüglichen Erhebungen — eine leichte Stagnation bringen wird, ein reales Wirtschaftswachstum von etwa ein Prozent, eine Arbeitslosenrate von etwa drei Prozent. Wir wünschen uns immer — drei Prozent sind bitte laut Benya — die Inflationsrate bei etwa fünf Prozent, Investitionstätigkeit stagnierend, Realeinkommen stagnierend bis real leicht sinkend, also insgesamt kann man sagen, ein leichtes Abschiednehmen vom Wohlfahrtsdenken im Sinne des „Alles läßt sich machen“ unter der Devise, unter der die Sozialisten angetreten sind. (Abg. Loidl: „Das ist eine Katastrophe, diese Aussagen!“) Das ist keineswegs, lieber Sepp Loidl, eine Katastrophe. Nein, es ist nur eine Katastrophe (Abg. Loidl: „Ministerpräsidentin Thatcher!“ — Abg. Brandl: „Musterbeispiel konservativer Politik!“), wenn man an unsere Staatsverschuldung denkt. Und wenn man daran denkt, welche Budgetdefizite wir haben. Ein Hoffnungsschimmer ist, daß 1982/83 prophezeit wird, eine wirtschaftliche Belebung seitens der Bundesrepublik Deutschland, wo wir ja konjunkturell immer sehr viel mitnaschen. Unsere Konjunkturpolitik — und das ist wohl nicht zu widerlegen — ist völlig manövrierunfähig. Wir sollten jetzt ja Defizitspending betreiben. Aber bitte, wie soll man das, bei dieser Staatsverschuldung. Was wir tun, ist eine restriktive Geldpolitik. Ich weiß, daß sie notwendig ist, weil sonst das Zahlungsproblem noch größer wird. (Abg. Loidl: „10 Jahre!“) Nur ist das ja völlig konjunkturellwidrig. Das ist ja prozyklisch, weil wir eben manövrierunfähig in der Konjunkturpolitik geworden sind. Die Lösung des ganzen Dilemmas kann nur eine angebotsorientierte Wirtschaftspolitik sein mit dem Ziel der Schaffung der Voraussetzungen eines beschleunigten Strukturwandels. Und unsere besondere Aufmerksamkeit muß, Hohes Haus, den Klein- und Mittelbetrieben gewidmet sein. Sie haben in den vergangenen Jahren die Vollbeschäftigung gesichert und vor allem die Jugendarbeitslosigkeit verhindert. Bekanntlich sind 84 Prozent der Lehrlinge in Klein- und Mittelbetrieben. Und an der Kapazität gemessen müßte die verstaatlichte Industrie ein Mehrfaches von Lehrlingen haben wie die private, vor allem klein- und mittelständische Wirtschaft. Und würde diese so wenige Lehrlinge aufnehmen wie die Großbetriebe vor allem der Verstaatlichten, hätten wir bereits eine riesige Jugendarbeitslosigkeit, die wir so nicht haben. Die relativ geringen Förderungsmittel nach dem Mittelstandsförderungsgesetz sind zweifellos die produktivsten Ausgaben unseres Budgets.

Meine Damen und Herren, abschließend möchte ich kurz feststellen, daß nicht strukturkonservierende Gefälligkeitsentscheidungen unsere steirischen Wirtschaftsprobleme lösen können (Abg. Loidl: „Das mußst Du den Niklasdorfern sagen!“), sondern mutige Investitionen durch risikobereite Unternehmer aller Art, ob sie in der Verstaatlichten sind, in der privaten Wirtschaft oder in der halbstaatlichen. Und wir müssen nur mithelfen, die Voraussetzungen hierfür zu schaffen. Mit den sicherlich bescheidenen Beiträgen der Wirtschaftsförderung wird uns einiges, zweifellos nicht alles, möglich sein. Dankeschön! (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident Feldgrill:** Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Präsident Ileschitz. Ich erteile es ihm.

**Abg. Ileschitz:** Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Seit 1978 haben wir in der Steiermark ein Mittelstandsförderungsgesetz und ein Industrieförderungsgesetz. Auf der Grundlage dieser Gesetze erfolgt nahezu die gesamte steirische Wirtschaftsförderung: Lassen Sie mich nun einige Feststellungen zu den Wirtschaftsförderungsansätzen des vorliegenden Landesvoranschlags und zu einigen Problemen der steirischen Wirtschaft, wie sie sich uns derzeit stellt, machen.

Der Landesvoranschlag sieht an Mitteln, die der Wirtschaftsförderung zugerechnet werden können, im ordentlichen Haushalt rund 100 Millionen Schilling und im außerordentlichen Haushalt 122 Millionen Schilling vor. Insgesamt ergeben sich für die Wirtschaftsförderung daher zirka 220 Millionen Schilling. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Gesamtsumme lediglich um 8 Millionen Schilling höher. Es muß hier aber erinnert werden, daß die Ansätze 1976 noch insgesamt zirka 420 Millionen Schilling ausmachten. 1979 wurden sie auf 124 Millionen Schilling abgesenkt und stehen jetzt bei 220 Millionen Schilling insgesamt. Zu den Ansätzen, meine Damen und Herren, welche die Wirtschaftsförderung betreffen, muß jedoch gesagt werden, daß sie lediglich nominal zu sehen sind und daß auch ihre Größenordnung nur bedingt als Absichtserklärung zu verstehen ist. Die Wirtschaftsförderung des Landes muß sich weitgehend nach den wirtschaftlichen Gegebenheiten richten, daher kann nur ein Rahmen beschlossen werden, der nunmehr auf Grund der Beratungen in den Beiräten nach den Wirtschaftsförderungsgesetzen ausgenutzt wird. In den Beiräten wurden seit der letzten Budgetdebatte insgesamt 71 Fälle vorgelegt. Auf die Mittelstandsförderung entfielen davon 37, auf die Industrieförderung 34 Fälle. Die Gesamtzahl der Förderungsfälle ging jedoch im Vergleich zum Vorjahr um über 30 zurück. Das Förderungsvolumen erhöhte sich jedoch, das heißt, daß, wenn dieser Trend anhält, nun doch langsam von der Vielzahl der Kleinförderungen abgegangen wird und die Wirksamkeit im Einzelfall beim Ergreifen von Förderungsmaßnahmen stärker beachtet wird. Erstmals kam auch der industrielle Bereich stärker zum Zug. Ich glaube aber nicht, daß man sagen kann, daß dies Ausdruck einer geplanten aktiven Förderungspolitik ist, sondern daß eine gewisse Dringlichkeit und auch Unvermeidbarkeit zu dieser Entwicklung geführt hat. Wie in den vergangenen Jahren betraf ein beachtlicher Teil des Förderungsvolumens Fälle, die schon wiederholt vom Land gefördert worden sind. Der Kreis der ständigen Subventionsnehmer ist nicht kleiner geworden. Leider müssen wir wieder feststellen, daß Förderungsmaßnahmen die Krisenfälle betreffen, bei denen die Mittel zur Erhaltung der Arbeitsplätze eingesetzt werden müssen, wieder im Zunehmen sind, und wie schon hier gesagt wurde, ist es dann auf Grund der Dringlichkeit oft nicht möglich, diese

Aktionen auf ihre Wirksamkeit bis ins Detail zu prüfen. Wir müssen aber diese Maßnahmen bejahen, wenn von ihnen die Erhaltung von Arbeitsplätzen und der Bestand des Unternehmens abhängig erscheint und vor allem andere Beschäftigungsmöglichkeiten nicht gegeben sind. Gerade aber in diesen Fällen zeigt es sich immer wieder, daß die krisenhaften Entwicklungen im Unternehmen durch den Unternehmer, durch schlechte Unternehmensführung, selbst herbeigeführt werden. Entscheidungen zu Förderungsmaßnahmen, um die Arbeitsplätze zu erhalten, werden hier besonders schwierig. Notgedrungen kommt der Wirtschaftsförderung des Landes in der gegenwärtigen Wirtschaftssituation eine Rolle zu, wo sie lediglich reagieren kann. Aber das war auch in den Jahren so, wo noch genügend Spielraum für ein zielgerechtes Agieren vorhanden gewesen wäre.

Meine Damen und Herren, als wir die Wirtschaftsförderungsgesetze forderten, war es auch eine Hauptüberlegung, daß durch diese Gesetze ein Instrumentarium geschaffen wird, mit welchem wirtschaftspolitische Zielsetzungen, vor allem bei der Strukturpolitik, unterstützt werden können. Wir wollen ein qualifiziertes Förderungssystem, das sich nach objektiven wirtschaftspolitischen Kriterien ausrichtet. Bis heute, das muß ich hier leider sagen, ist dies noch immer nicht möglich gewesen. Das Mittelstands- und das Industrieförderungsgesetz sind zwar eine gute Grundlage für ein qualifiziertes Förderungssystem. Seit drei Jahren, meine Damen und Herren, verlangen wir Sozialisten, die in beiden Gesetzen vorgesehenen Geschäftsordnungen, wobei wir deutlich ausgesprochen haben, daß in Form eines Kriterienkataloges Förderungsrichtlinien enthalten sein müssen. Bei der Erstellung dieser Richtlinien wird man sehr vorsichtig vorgehen müssen, denn sie sollen einem strukturpolitischen Leitbild entsprechen. Ich weiß, daß Herr Landesrat Fuchs mit dieser Situation auch nicht viel Freude hat und Widerstände in seinen eigenen Reihen bisher nicht überwinden konnte. Aber so wird die Wirtschaftsförderung nur auf ein bloßes Reagieren beschränkt bleiben. Die ÖVP, die Mehrheit im Lande, lehnte es bisher ab, daß in besonderen Fällen die Prüfung des Förderungsfalles an Ort und Stelle durch die Beiratsmitglieder erfolgen kann. Weiters wird von der ÖVP auch die Kontrolle der Mittelverwendung und Wirksamkeit der erfolgten Förderung durch die Beiratsmitglieder abgelehnt. Wiederholt möchte ich hier sagen, meine Damen und Herren, diese zwei Forderungen sind für uns Sozialisten ganz wesentlich, und ich glaube, wir haben es auch ganz deutlich gemacht, daß sie in den Geschäftsordnungen zu den Wirtschaftsförderungsgesetzen erfüllt werden müssen.

Meine Damen und Herren, wenn wir den Konjunkturverlauf im heurigen Jahr betrachten, dann können wir sagen, daß die Wirtschaft über das erste Halbjahr hinaus einen unerwartet guten Verlauf genommen hat. Von dieser günstigen Konjunkturlage war auch die steirische Wirtschaft voll erfaßt worden. Auch jetzt, wenn wir dies vom Arbeitsmarkt her betrachten, herrscht weiterhin Vollbeschäftigung. Der saisonellen Entwicklung ent-

sprechend haben wir in der Steiermark für November eine Arbeitslosenzahl von 10.362, die um 533 Personen über dem Vorjahreswert liegt. Die Arbeitslosenrate lag in der Steiermark im November bei 2,6 Prozent. Die Anzahl der Berufstätigen in unserem Land betrug im November rund 396.000 und lag mit dieser Zahl um rund 2400 Arbeitnehmer über der Zahl des Vorjahres. (Beifall bei der SPO.)

Wir müssen aber jetzt zur Kenntnis nehmen, daß die in der internationalen Wirtschaft vorhandenen restriktiven Einflüsse und Maßnahmen an Wirkung zunehmen. Dazu wird die verzögerte Wirkung der sogenannten zweiten Erdölpreiskrise immer spürbarer. Über die starke Verflechtung mit dem Ausland merken wir nunmehr auch in unserem Land eine Konjunkturabschwächung deutlich. Diese Abschwächung verlief bisher, wie dies verschiedene Wirtschaftsdaten belegen, noch ziemlich milde. Wie immer bei solchen Gelegenheiten fehlen auch jene diesmal nicht, die unbedingt eine Wirtschaftskrise herbeireden und das Wirtschaftswachstum am Ende sehen wollen. Sie werden auch weiter Unrecht behalten. Alle Entwicklungen der achtziger Jahre beruhen auf der Voraussetzung eines weiteren Wachstums und auf der Fortentwicklung der industriellen Produktion. Die strukturellen Probleme werden im Mittelpunkt stehen. Ihre Überwindung wird von der Durchsetzung von Neuerungen, also von technisch organisatorischen Innovationen, abhängen. Innovation ist aber, und das möchte ich hier unterstreichen, eine typische Unternehmerfunktion. Von der Qualität unseres Unternehmertums wird es somit sehr stark abhängen, ob wir die strukturellen Änderungen bewältigen werden. Von ihnen muß es in erster Linie abhängen, ob die Innovationschancen ergriffen werden und ob die industrielle Nutzung der Technik weiterhin ihre Rolle als Motor des Wirtschaftswachstums spielen kann.

Meine Damen und Herren, gerade in der Steiermark müssen wir nüchtern feststellen, daß die vorgegebenen Strukturen immer weniger den Anforderungen des internationalen Marktes genügen. Gerade für die Wirtschaftsförderung müßte es ein besonderes Anliegen sein, daß Forschung und Innovation forciert werden, so daß wir vor allem im internationalen Wettbewerb besser bestehen können. Wenn auch immer wieder auf einen hohen technischen Leistungsstand von Gewerbe und Industrie hingewiesen wird und die Exporterfolge auch kleinerer und mittlerer Betriebe nicht übersehen werden können, kann dies alles nicht darüber hinwegtäuschen, daß Forschung und Entwicklung in unserem Land eine große Schwachstelle in unserer Wirtschaftsstruktur sind. Die gewerbliche Wirtschaft unseres Landes hat derzeit erst rund 50 Prozent der Forschungsintensität erreicht, die sich nach internationalen Maßstäben entfalten müßte. Wir sehen immer wieder, daß die Eigenforschungslücke durch Hereinnahme von fremdem know how geschlossen wird; und dies bedeutet Auslandsabhängigkeit in lebenswichtigen Belangen, Devisenverluste und nicht zuletzt Mangel an attraktiven Arbeitsplätzen für junge österreichische Forscher, die in vielen Fällen der österreichischen Wirtschaft dann durch Abwanderung ins Ausland für immer verloren gehen.

Meine Damen und Herren! Öffentliche Hand und Wirtschaft haben 1979 für Forschung und Entwicklung insgesamt rund 12 Milliarden Schilling aufgewendet. Das entspricht einem Anteil am Bruttonationalprodukt von 1,3 Prozent. Im Vergleich zu den sechziger Jahren ist dies eine beachtliche Steigerung, denn 1965 zum Beispiel betrug der Forschungsaufwand in Österreich nur 0,3 Prozent des Bruttonationalproduktes und war damals ungefähr auf dem Niveau eines Entwicklungslandes wie Indien. Von den Forschungs- und Entwicklungsausgaben werden 40 Prozent vom Bund, 13 Prozent von den Ländern und der Rest, also 47 Prozent, von der privaten Wirtschaft finanziert. Vom Anteil des Bundes entfallen wiederum knapp 70 Prozent auf die hochschul- und wissenschaftsbezogene Forschung. Unter der jüngeren Generation von Professoren können wir erfreulicherweise heute feststellen, daß hier vor allem Forschung und Entwicklung mit Blickrichtung auf technische und wirtschaftliche Verwertung betrieben wird. Es gibt in diesem Kreis Professoren, die ein richtig brennendes Interesse an einer intensiven Zusammenarbeit mit Industrie und Gewerbe bekunden, und wenn diese Zusammenarbeit zustande kam, hat es auch nachweislich Ergebnisse gegeben, welche umsetzbar waren und von der Wirtschaft angewendet wurden. Ich glaube, meine Damen und Herren, eine Maßnahme der Forschungsförderungspolitik müßte somit darin bestehen, gerade in solchen Fällen eine Anbindung der Forschungsinstitute an zu betreuende Industriezweige und Industriebetriebe besonders zu fördern. (Beifall bei der SPO.) Ich möchte hier aber auch noch folgendes herausheben. Die Erfahrungen haben immer wieder gezeigt, daß Forschungs- und Entwicklungsergebnisse vorhanden waren, aber die Überführung in die Produktion für einzelne Unternehmungen mit zu großem Risiko verbunden gewesen wäre. Ich glaube, man müßte deshalb bei Förderungsmaßnahmen der sogenannten Fertigungsüberleitung eine besondere Priorität einräumen.

Gestatten Sie mir ganz kurz eine kritische Bemerkung zur steuerlichen Investitionsförderung. In der gegenwärtigen Konzeption gibt sie wohl Anreize zur Erweiterung bestehender Kapazitäten, aber zur Schaffung einer technologieintensiven Produktionsstruktur hat sie bisher sehr wenig beigetragen. Man soll hier, so glaube ich, auch in Erinnerung rufen, was die vorzeitige AfA, die Investitionsrücklage, der Investitionsfreibetrag, die Rücklage für nicht entnommenen Gewinn und der ermäßigte Steuersatz für die offene Gewinnausschüttung dem Staat über den Steuerausfall jährlich kosten: Es sind 17 Milliarden Schilling. Mir erscheint es gerade hier vordringlich, ein neues steuerliches Förderungskonzept zu schaffen, und zwar ein Konzept, das vornehmlich innovative Investitionen über direkte Zuwendungen begünstigen soll. Dies würde sich in erster Linie für jene Unternehmen auswirken, die sich in strukturellen Anpassungsprozessen befinden, also für jene des industriell gewerblichen Sektors.

Meine Damen und Herren, wir sehen uns jetzt in der zweiten Jahreshälfte einer Wirtschaftsverflachung gegenüber, die schneller gekommen ist als man erwartet hat und welche in unserem Bundes-

land vor allem die Eisen- und Stahlindustrie sowie die Papier- und Zellstoffindustrie ergriffen hat. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten einiger wichtiger Handelspartner Österreichs haben nun bewirkt, daß die Auftragseingänge in weiten Teilen der Schwerindustrie, insbesondere im VEW-Bereich, sich dramatisch vermindert haben.

Meine Damen und Herren, wir wissen alle, von welcher überragenden Bedeutung die verstaatlichten Unternehmungen in der steirischen Eisen- und Stahlindustrie für die Wirtschaft unseres Landes sind. In den Bezirken der Mur-Mürz-Furche, die heute schon mehrfach zitiert wurde, und im Bezirk Liezen sind insgesamt zirka 62.000 Arbeitnehmer in der Industrie beschäftigt. Das sind fast 40 Prozent aller steirischen Industriebeschäftigten. Das heißt aber auch weiters, daß die in der Obersteiermark in den verstaatlichten Unternehmungen erzielten Einkommen Existenzgrundlage für weit über 200.000 Menschen in unserem Lande sind. Die obersteirischen Industriezentren haben auch immer jenen Menschen Arbeitsmöglichkeiten geboten, die aus weiter entfernten Regionen gekommen sind und die in ihrem ursprünglichen Wirtschaftsbereich, wie zum Beispiel in der Landwirtschaft, nicht mehr befriedigende Einkommen erzielen konnten. Die Industrieregionen haben so die wichtige Aufgabe gehabt, die Abwanderung in andere Bundesländer weitestgehend zu verhindern. Seit 1971 zeigte sich aber, daß die meisten obersteirischen Bezirke diese wichtige Funktion nicht mehr voll erfüllen können. Wir müssen fürchten, sollten die obersteirischen Bezirke in diesem Maße weiterhin an Wirtschaftskraft verlieren, daß die Abwanderung steirischer Arbeitnehmer in andere Bundesländer noch stärker zunehmen wird. (Abg. Schrammel: „Bring ihn zu General Motors!“) Befreie Dich von dem Trauma! Für ihn, nicht für uns! Die Politik des Landes hat die verstaatlichten Unternehmungen in der Steiermark seit eh und je nachrangig behandelt. Diese Einstellung ist aber nicht auf die verstaatlichten Unternehmungen allein beschränkt geblieben, sie hat sich auch auf die Bezirke selbst übertragen und so ist es heute wenig verwunderlich, daß die Zahl der produzierenden Klein- und Mittelbetriebe in der Obersteiermark auffallend gering ist. Auch das Landesentwicklungsprogramm, welches jetzt Schritt für Schritt realisiert werden soll, sieht in der Entwicklung und Sanierung der Industrieräume keine Priorität. Im Vorwort zum Landesentwicklungsprogramm steht ziemlich klar, daß den steirischen Ballungsräumen, also der Obersteiermark und dem Grazer Raum mit Köflach, Voitsberg, entgegenge wirkt werden soll, indem jede weitere Verdichtung verhindert wird. Diese Grundeinstellung, meine Damen und Herren, kommt ja auch in der Wirtschaftsförderung seit Jahren zum Ausdruck.

Wenn man sich die Verteilung der Förderungs mittel nach den einzelnen Bezirken pro Einwohner ansieht, dann liegen die Industriebezirke und auch die Stadt Graz weit, weit hinten. Der Bezirk Mürz zuschlag erhielt im Zeitraum von 1967 bis 1976 rund 52 Millionen Schilling an Wirtschaftsförderungsmitteln des Landes, das sind pro Einwohner 1090 Schilling. Im Vergleich dazu erhielt der Bezirk

Fürstenfeld 95 Millionen Schilling, das sind pro Kopf 4260 Schilling, also viermal so viel. (Abg. Dr. Dorfer: „Aber Herr Präsident Ileschitz, das ist genauso die Sache. Den Schwachen muß geholfen werden, nicht den Starken!“) Beim Bezirk Leoben, hören Sie sich die Ziffern an und regen Sie sich nicht auf! Gegen Tatsachen kann man nicht Sturm laufen. Beim Bezirk Leoben betragen die Förderungsmittel je Einwohner in diesem Zeitraum 1060 Schilling, je Einwohner bei Graz-Umgebung 770 Schilling, bei der Stadt Graz nur mehr 265 Schilling und beim Stiefkind Bruck an der Mur sogar nur ganze 63 Schilling. Man kann also sagen, den sogenannten Ballungszentren, wo der Großteil der steirischen Arbeitnehmer arbeitet, ist erfolgreich, zumindest bei der Wirtschaftsförderung, entgegengewirkt worden. Auch seit Inkrafttreten der Wirtschaftsförderungsgesetze hat sich an dieser Tendenz nichts, aber schon gar nichts geändert. So liegen Bezirke wie Bruck an der Mur, Leoben und auch die Stadt Graz weiterhin am Ende der Tabelle.

Meine Damen und Herren, wenn wir uns alle Maßnahmen vor Augen halten, die in der Obersteiermark getroffen wurden, um jene strukturellen Veränderungen durchzuführen, die zur Sicherung der internationalen Konkurrenzfähigkeit und zur Sicherung der Arbeitsplätze notwendig gewesen sind, dann tritt wohl ganz klar zutage, daß es hauptsächlich der Bund und die verstaatlichte Industrie selbst gewesen sind, die hier diese unumgänglich notwendigen Maßnahmen gesetzt haben. Um nur einige davon zu nennen: Allein in den letzten fünf Jahren wurden in der Obersteiermark durch ERP-Kreditvolumen in der Höhe von 875 Millionen Schilling 1640 neue Arbeitsplätze geschaffen. Für die gesamte Steiermark wurden in den letzten zehn Jahren ERP-Kredite im Umfang von mehr als drei Milliarden Schilling induziert. Durch die Zinsstützungsaktionen wurden seit 1978 70 steirische Unternehmer gefördert. Das geschätzte Kreditvolumen beträgt hier 5,6 Milliarden Schilling. Auf diese Weise wurden fast 1900 Arbeitsplätze in ihrer Existenz gesichert. Von den Mitteln, die den verstaatlichten Unternehmungen selbst zugeflossen sind, möchte ich, meine sehr verehrten Damen und Herren, hier nur einige anführen. Seit der Fusion sind der VOEST-Alpine mehr als zwei Milliarden Schilling zugeflossen. (Beifall bei der SPO.) Im Jahre 1978 wurde das Kapital der VOEST-Alpine um eine Milliarde Schilling durch Zufuhr neuen Aktienkapitals aufgestockt. 375 Millionen Schilling wurden an die Edelmetalltochter weitergegeben. Im Rahmen der Zinsstützungsaktionen wurden allein in den steirischen Betrieben der verstaatlichten Industrie mehr als 4 Milliarden Schilling an Investitionen gefördert. Was die Vereinigten Edelmetallwerke betrifft, möchte ich anführen, daß die Bundesregierung eine besondere Strukturhilfe im Gesamtausmaß von 1 Milliarde Schilling beschlossen hat. Davon wurden bereits zwei Jahresraten von insgesamt 400 Millionen Schilling flüssig gemacht. Die VOEST-Alpine hat seit der Fusion in ihrem Gesamtbereich 19,1 Milliarden Schilling investiert. (Abg. Dr. Eichinger: „Wieso geht es trotzdem nicht?“) Es entfallen auf den steirischen Raum dabei 8,5 Milliarden Schilling. (Abg.

Dr. Eichinger: „Es fehlen Milliarden für die VEW!“) Lieber Herr Dr. Eichinger, wenn eine neue Anlage in Betrieb genommen wird, fehlst Du nicht und weißt ganz genau, was das kostet. Dann bist Du immer dort und derjenige, der sagt, ich habe hier mitgeholfen. (Beifall bei der SPO.) Nicht immer so fragen, freundlich fragen, wenn man es besser weiß. (Abg. Kollmann: „Vor einer Viertelstunde hast Du gesagt, die Manager versagen!“) Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, ich werde fortsetzen. Im VEW-Bereich wurden seit dem Zeitpunkt der Fusionierung Mittel in der Höhe von 3,7 Milliarden Schilling für Investitionen genehmigt. Davon ist ein Teil bereits abgeschlossen und ein weiterer Teil befindet sich in Realisierung. (Abg. Schrammel: „Du bist gegen Fürstenfeld!“) Du kümmer dich um die Eumig unten in Fürstenfeld. Ich glaube, es kann wohl niemand behaupten, daß die verstaatlichte Industrie nicht alles tut, um die Probleme in den steirischen Unternehmungen zu lösen. Herr Landeshauptmann, ich glaube, angesichts dieser Maßnahmen, welche vom Bund und von der verstaatlichten Industrie in der Obersteiermark getroffen worden sind, braucht man den Bund nicht extra zur Hilfe herauszufordern. Diese Herausforderung ist wohl in erster Linie an das Land zu richten, denn sehen Sie sich einmal genau die von Ihnen zitierten 300 Millionen Schilling an, die Sie angeblich für die verstaatlichte Industrie aus der Wirtschaftsförderung gegeben haben. (Abg. Schrammel: „Das sagt der Präsident der Arbeiterkammer. Wir kümmern uns! Da sind die Grenzlandförderung und die Pendlerbeihilfe!“) Wenn Sie mir nachweisen könnten, daß hier auch ein VOEST-Alpine Betrieb darunter ist oder für die VEW, mit Ausnahme der Mittel für das Schulungszentrum, noch andere Förderungsmittel gegeben worden sind, würde mich dies sehr freuen. (Abg. Dr. Heidinger: „Bitte ins Budget hineinschauen!“ — Landesrat Dipl.-Ing. Fuchs: „Was sagen Sie, wenn ich es Ihnen nachweise?“) Ich freue mich dann. Ich freue mich dann über Sie, wenn Sie da etwas anderes sagen können. (Landesrat Dipl.-Ing. Fuchs: „Danke!“) Den verstaatlichten Unternehmungen in der Obersteiermark ist in der Vergangenheit vom Land unmißverständlich klar gemacht worden, daß sie sich mit ihren Wünschen und ihren Sorgen an den Bund wenden sollen. Und wenn nun Sie, Herr Landesrat Fuchs, sagen, daß Sie die Ansuchen um Wirtschaftsförderung seit 1977 nachgeprüft haben und darunter kein einziges Ansuchen eines verstaatlichten Unternehmens gefunden haben, dann ist dies mit der Grundhaltung der Landespolitik zu erklären. Seit langem fordern die steirischen Arbeitnehmer, passen Sie gut auf, daß auch das Land Steiermark zur Lösung der Probleme der Eisen- und Stahlindustrie in den obersteirischen Betrieben beitragen muß. Wenn nun Herr Landeshauptmann Krainer 100 Millionen Schilling Landeshilfe für die VEW anbietet, so sehen wir darin die Tatsache, daß sich die steirische Landesregierung jetzt ihrer Verpflichtung für die steirischen Unternehmungen der verstaatlichten Industrie bewußt wird (Abg. Brandl: „Sehr spät!“ — Abg. Aichholzer: „Wer ist der Eigentümer?“ — Abg. Loidl: „Das österreichische Volk ist Eigentümer und nicht der



Bundeskanzler!") und auch bereit ist, Mittel bereitzustellen. Daß man dafür (Abg. Dr. Dorfer: „Wir sind am Gewinn beteiligt!") natürlich die größte Sicherheit haben will, erscheint mir verständlich. Ich glaube aber nicht, daß man den rechtlich schwierigen Weg eines Aktienkaufes gehen soll. Eine Absicherung über den 10-Milliarden-Schilling-Haftungsrahmen der OIAG erscheint mir hier sinnvoller.

Ich möchte auch ganz kurz etwas zu dem immer wieder geforderten Stahlplan sagen. Soweit die verstaatlichte Industrie betroffen ist, existiert ein derartiger Stahlplan doch schon seit längerer Zeit. Er ist in den Unterlagen der VOEST-Alpine und der VEW und der OIAG klar und deutlich dargestellt und verankert, und er wird selbstverständlich immer wieder aktualisiert. (Abg. Dr. Heidinger: „Den bekommt man nicht!") Dann wenden Sie sich an Ihre Aufsichtsratsmitglieder oder Vorstandsmitglieder, dann werden sie ihn bekommen. (Abg. Dr. Dorfer: „Der liegt im Schreibtisch!")

Die Forderung jedoch, einen derartigen Plan auch auf die privaten Unternehmungen der Eisen- und Stahlindustrie auszudehnen, stößt meiner Meinung nach in der Realität auf Grenzen. Wie sollen Unternehmungen, die verschiedene Eigentümer haben, unter eine gemeinsame Weisungsinstanz gestellt werden? Dazu kommt noch, daß die betroffenen Unternehmungen in den diversesten Bereichen zueinander in Konkurrenz stehen. Eine Abstimmung der Investitionspläne zum Beispiel erscheint mir kaum durchführbar. Was ich aber für durchführbar halte, das wäre die Abhaltung von zukunftsweisenden Koordinierungsgesprächen, wie wir sie jetzt bereits im Kohlebereich haben.

Wenn in den problematischen Regionen die gegebene Wirtschaftsstruktur verbessert werden soll, so glaube ich, ist dies nicht so sehr eine Frage der Mittelaufbringung, sondern vielmehr, ob man Investoren mit interessanten Vorhaben finden kann. Diese Frage, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist gegenwärtig eines der Hauptprobleme. In unserem Bundesland gibt es gegenwärtig so gut wie fast keine Aktivitäten, welche potente Investoren auf die Steiermark aufmerksam machen. Ich habe gesagt bisher! Es war in den Jahren 1967/68, wo vom Amt der Steiermärkischen Landesregierung zaghafte Versuche in dieser Richtung unternommen wurden. Andere Bundesländer, wie zum Beispiel das Land Salzburg, entwickeln bei der Investorenwerbung erfolgreiche Initiativen. In der Steiermark kann man heute kaum einmal von Ansätzen reden. Eine steirische Einrichtung, die unter anderem auch eine aktive Investorenwerbung zu übernehmen hätte, erscheint mir dringend notwendig. Vom Ersten Landeshauptmannstellvertreter Gross ist dazu der Vorschlag gemacht worden, ein steirisches Industrieinstitut zu gründen. Über dieses Industrieinstitut, das vor allem von Bund, Land und den Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretungen getragen werden sollte, könnten die steirischen Interessen im Bereich der gewerblichen und industriellen Produktion am wirkungsvollsten gewahrt und durchgesetzt werden. (Beifall bei der SPO.) Mit diesem Instrument

wäre es auch möglich, die föderalistischen Grenzen, die sich bisher immer zum Nachteil der Steiermark ausgewirkt haben, zu überwinden. Man könnte den Einsatz der Förderungsmittel dahin lenken, wo sie zur Schaffung hochwertiger neuer und zur Aufrechterhaltung und Erweiterung bestehender Arbeitsplätze in der Steiermark vordringlich sind. Dieses Institut hätte unter anderem auch die Koordinierung der Maßnahmen im infrastrukturellen Bereich und den Einsatz der bestehenden Förderungsinstrumente zu koordinieren. Und wie schon gesagt, ein besonderer Schwerpunkt müßte in einem umfassenden Investorenservice bestehen. Dies hätte zu beinhalten die Werbung, Beratung, Betreuung von Investoren und auch die Förderung eines gezielten Technologietransfers. Im Rahmen eines Standortservices sollten Gemeinden und Regionen allgemeine Beratung und besondere Beratung bei der Beschaffung von Gewerbe- und Industrieflächen finden. Ein Finanzierungsservice sollte die Kontaktnahme mit Banken und eine allgemeine Finanzierungsberatung ermöglichen. Dieses Industrieförderungsinstitut sollte auch praxisbezogene Untersuchungen und Studien zur Auffindung konkreter Produktionsmöglichkeiten veranlassen.

Diese Einrichtung, meine sehr verehrten Damen und Herren, in dieser Form, wäre viel zielführender als das vom Landeshauptmann vorgeschlagene Produkt- und Marktforschungszentrum in Leoben, denn man muß dazu feststellen, daß sowohl die VOEST-Alpine als auch die VEW über beachtliche Forschungsabteilungen mit hochqualifiziertem Personal verfügen und auch eigene mit dem Verkauf und der Technik eng zusammenhängende Marktforschungsabteilungen unterhalten. Die Gründung eines Produkt- und Marktforschungszentrums würde daher zu Doppelgleisigkeiten führen und auch hochqualifizierte wissenschaftlich ausgebildete Fachleute, die in den Unternehmen benötigt werden, binden. Dieses Zentrum wäre auch von der betrieblichen Praxis und der Marktbearbeitung wesentlich weiter entfernt als die unternehmenseigenen Abteilungen.

Und nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, möchte ich doch allen Ernstes auf ein Problem hinweisen, das uns Steirer im besonderen betrifft. Das Verhältnis des Landes Steiermark zum Bund selbst wird hier in dieser Steiermärkischen Landstube und von verschiedenen Einrichtungen in einer Art und Weise geformt, wie es in anderen Bundesländern kaum der Fall ist. Wenn ich daran denke, daß man im heiligen Land Tirol oder in Oberösterreich aber auch in Niederösterreich von dem Trauma frei ist, was gut ist, ist bei uns geschehen, was schlecht ist, kommt vom Bund, muß ich doch den Herrn Landeshauptmann ersuchen, die Menschen, die ununterbrochen nur auf Wien, auf den Bund und so weiter loszugehen versuchen, von dem Trauma zu befreien und endlich einmal ein Verhältnis herbeizuführen, das es ermöglicht, so wie andere Bundesländer einen Staatsvertrag mit dem Bund abzuschließen. (Beifall bei der SPO.) Das wäre für die wirtschaftlichen Erfordernisse unseres Landes viel besser, als die dauernde Ausrede aus der eigenen Unzulänglichkeit heraus, der Bund sei schuld. Ich hätte jetzt fast etwas anderes gesagt.

Es hat schon einmal eine Zeit gegeben, Jahrzehnte zurückliegend, da war auch einer für alles schuld oder eine Glaubensgemeinschaft. (Abg. Dr. Maitz: „Hier sind wir schuld!“) Und nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, möchte ich Ihnen in diesem Zusammenhang eines sagen. Unser Erster Landeshauptmannstellvertreter Gross, dem einige einiges unterstellt haben, wurde in Anbetracht des guten Willens des Bundes und im Hinblick auf sein überragendes Fachwissen — Sie werden sich im Laufe der Zeit noch davon überzeugen können — in einen Kreis berufen, in dem bisher die Steiermark nicht vertreten war, ja kaum ein Bundesland, nämlich in den Wirtschaftsrat der österreichischen Bundesregierung. Ich wiederhole, ich kann hier mit Freude feststellen, daß Hans Gross gestern durch Bundeskanzler Kreisky in dieses Forum, in dem auch der ÖGB-Präsident und andere maßgebliche Persönlichkeiten für unsere Wirtschaft tätig sind, berufen wurde. (Beifall bei der SPÖ und FPÖ.)

Ein Angebot, Herr Landeshauptmann, sich kurz zu schließen. Ich glaube, wenn man da den gemeinsamen Weg geht und findet, dann wird es für die Steiermark für die Zukunft zu einem nutzvollen Zusammenarbeiten kommen. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ.)

**Präsident Feldgrill:** Zum Worte gemeldet hat sich der Abgeordnete Ing. Turek. Ich erteile es ihm.

**Abg. Ing. Turek:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Der Herr Präsident Ileschitz hätte mich beinahe dazu verleitet, wieder an der Schraube Hans Gross zu drehen. Ich werde das sicher nicht tun, muß ich sagen, nachdem im Laufe seiner Ausführungen er mehrmals hier titulierte wurde. Ich möchte nicht in Abrede stellen, daß die sehr ehrenvolle Berufung sich vielleicht doch sehr positiv für die Steiermark auswirken wird. Es ist völlig egal, wo jemand tätig ist, Hauptsache, daß er seine Fähigkeiten und seine Möglichkeiten zum Wohle unseres Bundeslandes einsetzt. (Beifall bei der SPÖ und FPÖ.)

Mein Vorredner hat wieder — wie so oft — versucht, den Eindruck zu erwecken — und eigentlich damit auch versucht, von den echten Problemen hier abzulenken, indem er immer wieder darauf hinweist, daß im Bereich der verstaatlichten Industrie wir es mit einer Konjunkturschwäche zu tun haben. Natürlich, meine Damen und Herren, haben wir eine Konjunkturschwäche. Die Stahlkrise ist weltweit, und es hat auch uns die Stahlkrise mit aller Härte in letzter Zeit getroffen.

Hier, meine Damen und Herren, glaube ich, sollten wir ein bißchen historisch zurückblicken. Ich war damals noch nicht im Landtag. Aber es ist heute der ehemalige oder der erste Bericht der Firma Booz Allen Hamilton genannt worden, der, glaube ich, im Jahre 1967 erstellt wurde. Es war mir persönlich leider nicht möglich, ihn irgendwo zu erheischen. (Landesrat Gruber: „Hätten Sie mich gefragt, Herr Kollege Turek!“) Es geht nur um zwei Dinge, die ich mir natürlich gemerkt habe, nachdem ich damals einen Bericht darüber gelesen habe. Es

ging damals schon um zwei Dinge, daß diese Firma darauf hingewiesen hat, daß die verstaatlichte Industrie nicht zu wenig investiert, sondern zu viel investiert, und zwar zu viel Parallelinvestitionen vornimmt, in gleichen Sparten, und es ist darauf hingewiesen worden, da ist eine Aussage, daß man gesagt hat, daß das Arbeitskräftepotential dort einfach überhöht ist. Natürlich war es ein Sakrileg, wenn eine Firma das sagt, aber es hätte ein Alarmsignal sein müssen und man hätte Überlegungen anstellen müssen, wie kann man die Frage der Arbeitsplätze auf Sicht lösen. Wir haben inzwischen dreizehn Jahre hinter uns gebracht. Wenn ich dieses Ziel vor Augen geführt bekommen hätte, daß ich hier versuche, unproduktive Lasten auch auf dem Arbeitsplatzsektor mit der Zeit abzubauen, ich betone nicht von heute auf morgen, aber im Laufe von dreizehn Jahren hätte hier, wenn man diese Tatsache nicht ignoriert hätte, sich etwas zum Besseren wenden können. (Beifall bei der FPÖ.) Eines hat sich zum Besseren gewendet, das gebe ich zu, höchstwahrscheinlich als Ausfluß dieses Gutachtens und in der Erkenntnis nicht abzuleugnender Tatsachen, es ist dann zur Stahlfusion gekommen. Das war ja der Sinn dessen. Und man hat mit dieser Stahlfusion versucht, hier eine Produktbereinigung, eine Produktkonzentration vorzunehmen, damit nicht so und so viel Betriebe das gleiche machen, in kleineren Stückzahlen, dadurch unproduktiver und daß nicht so und so viele Betriebe, die ohnedies dem gleichen Eigentümer Staat gehören, auch im Ausland konkurrieren. Es ist seit der Stahlfusion in dieser Richtung etwas passiert. Das ist nicht zu leugnen. Es haben natürlich sozialpolitische Dinge zwischen den Betrieben abgeglichen werden müssen. Das ist erfolgt. Es ist zum Teil noch nicht ganz erfolgt, daß die Auslandsvertretungen der eigenen Firmen zusammengelegt wurden. Aber eines ist nicht erfolgt, das ist die Produktkonzentration. Hier muß man halt der Belegschaftsvertretung auch einen Vorwurf machen, daß sie diese notwendigen Maßnahmen bisher zum Teil verhindert hat. Es ist einfach jetzt nicht zulässig, sich auf die Vorstände allein auszureden und zu sagen, die bösen Vorstände waren das, sondern da waren beinharte politische Überlegungen dahinter. Weil sich diese Diskussion immer vor Wahlen abgespielt hat, dann ist der Herr Bundeskanzler Kreisky gekommen und hat groß über die Vorstände hinweg erklärt, kommt nicht in Frage, die Arbeitsplatzsituation bleibt wie sie ist, stabil und konservierend. Dann war natürlich der Vorstand gehindert, diese Maßnahmen, die er von sich aus hätte setzen müssen, eben zu vollziehen.

Ich darf eines hier in diesem Zusammenhang erwähnen, als persönlich erlebtes Beispiel. Unser ehemaliger Bundesparteiobermann Peter hat sich erlaubt, etwa im Jahre 1976 folgende Aussage zu machen: Er hat gemeint, in einem Unternehmen, das keinen Erfolg bringt, sollte auch keine Erfolgsprämie ausgezahlt werden. Ist an und für sich logisch. War allerdings nicht logisch bei der Belegschaftsvertretung, beim Herrn Landesrat Gruber. Es gab dann wüste Proteste von seiten der VEW, und es wurde unser Bundesobmann Peter im Jahre 1976 zu einer Aussprache nach Kapfenberg eingeladen.

Ich habe damals auch die Ehre gehabt, dabei zu sein. Wir sind sehr freundlich empfangen worden, wir haben uns den Betrieb angeschaut, war sehr interessant; der Herr Landesrat Gruber kann sich noch erinnern. Dann gab es ein Gespräch zwischen Betriebsrat und den Vorständen. Wie hat das damals ausgeschaut? Damals hat gerade die Belegschaft die Erfolgsprämie eingeklagt gehabt. Schon im Jahre 1976, das ist etwas, was ich selbst erlebt habe, hat der Generaldirektor Bayer erklärt, und zwar hat er das zum Betriebsrat gesagt; ich weiß nicht, was ich Ihnen wünschen soll, daß Sie den Prozeß gewinnen oder daß Sie ihn verlieren. Weil wenn Sie ihn gewinnen, dann müssen Sie der Belegschaft beibringen, daß Sie trotzdem kein Geld bekommt. Das kostet nämlich, hat er damals gemeint, 420 Millionen Schilling, und die 420 Millionen Schilling sind nicht da. Also ein erlebtes Anzeichen, daß damals das Unternehmen natürlich schon geschwommen ist. Es ist deswegen falsch, heute Regionalkonferenzen einzuberufen und so zu tun, als wenn uns das überraschend getroffen hätte. Es hat uns nicht überraschend getroffen, meine Damen und Herren, sondern wir sind sehr lange darauf vorbereitet worden. Wir haben auch Gelegenheit gehabt, über die Grenzen unseres Vaterlandes hinauszusehen. Da haben wir auch gesehen, daß die anderen Stahlbetriebe schon vor Jahren begonnen haben, kräftig zu investieren und vornehmlich auf dem Edelstahlsektor, weil vor zehn Jahren natürlich Krupp ja auch schon ein bißchen im Schleudern war. Thyssen war auch im Schleudern. Da hat man natürlich die weltweite Entwicklung anerkannt, und zumindest haben diese Betriebe bis Mitte 1980 noch Gewinne abgeworfen. Ich gebe zu, jetzt im Achtzigerjahr werden sie natürlich auch von der Konjunkturkrise betroffen. Aber immerhin haben sie bis Mitte Achtzig noch Gewinne abgeworfen, und unsere Betriebe seit etwa fünf oder sechs Jahren nicht mehr, meine Damen und Herren. Ich gebe zu, weil ich vorher die Erfolgsprämie genannt habe, daß sich die Belegschaft jetzt in dieser krisenhaften Situation auch selbst Beschränkung auferlegt hat. Es ist freiwillig auf gewisse Sozialleistungen verzichtet worden. Nach meiner Information im Jahre 1980 oder 1981 etwa 26 Millionen Schilling jährlich. (Landesrat Gruber: „Zusätzlich zu 200 Millionen Schilling!“) Ich sage, ich gebe das zu. Aber Herr Landesrat Gruber, das hättet Ihr Euch vor fünf Jahren überlegen sollen. Vielleicht wäre manches gelaufen und anders gegangen. Das zweite, meine Damen und Herren, was mich ein bißchen gereizt hat, war, daß Herr Präsident Ileschitz gemeint hat, naja Forschung. (Abg. Brandl: „Nicht Professor!“) Er hat sich präsentiert wie ein Professor oder produziert wie ein Professor, und deswegen ist das im Unterbewußtsein vorhanden. (Abg. Dr. Piaty: „Professoren halten Vorlesungen!“) Das habe ich nicht gemeint, daß Professoren Vorlesungen machen, das habe ich nicht gemeint, das hast du wieder gesagt, Kollege Piaty. Der Kollege Ileschitz hat gemeint, Forschung und Innovation sind eine Unternehmerfrage. Von meiner Warte her hätte ich, ich gebe zu, vor zwanzig Jahren das noch bejaht. Aber wenn man halt die weltweite Entwicklung anschaut!

Ich habe vor zehn Jahren etwa das Buch von Servant Schreiber gelesen, „Die Amerikanische Herausforderung“, und er hat damals, damals war die amerikanische Wirtschaft natürlich noch kräftig und stark, heute sind sie ja, leider muß ich sagen, auch am Sand, damals hat Servant Schreiber, an das kann ich mich noch sehr deutlich erinnern, gesagt, das Geheimnis der Leistungsfähigkeit der amerikanischen Wirtschaft liegt darin, daß sie erkannt haben, daß auf dem Sektor Forschung und Innovation einfach die Wirtschaft selbst überfordert ist. Das läßt sich bei uns statistisch genauso nachweisen. Es ist wohl so, daß die Großbetriebe ein Etat für Forschung und Innovation haben, aber der Klein- und Mittelbetrieb kann nicht mehr forschen, der kann die Mittel nicht aufbringen. Hier bekenne ich mich auch als Freiheitlicher dazu, daß es hier zu einer Kooperation zwischen Staat und der privaten Unternehmerschaft kommen muß. Der Staat muß Forschungsmittel im erhöhten Maß auswerfen und die Privatwirtschaft, oder die Wirtschaft, ich gebe zu, damit ich hier nicht als Gegner der verstaatlichten Industrie dastehe, auch die verstaatlichte Industrie muß das, was erforscht wurde, zur Verwertung übergeben bekommen. Dann bekenne ich mich dazu. Es als reine Unternehmerfrage hinzustellen ist nach meinem Dafürhalten falsch. Wenn er meint, bei der privaten Unternehmerschaft gibt es eine Eigenforschungslücke und wir müssen teure Lizenzen zahlen, dann muß ich sagen, wir müssen deshalb teure Lizenzen zahlen, weil einfach die Unternehmungen nicht das Eigenkapital haben, um selbst ein bißchen Forschung zu betreiben und — das werde ich nicht polemisch sagen — weil die Bundesregierung ihnen das Geld einfach nicht läßt. Sie können kein Eigenkapital bilden und können deswegen etwas vorerst Unproduktives, vorerst, weil die Forschungsausgaben könnten ja später hereinkommen, aber sie können die Vorfinanzierung nicht vornehmen.

Und nun, meine Damen und Herren, ich habe bei der Generaldebatte schon gesagt, ich möchte mich nicht wiederholen, die Frage VEW ist eine Eigentümerfrage. Ich bin der Meinung, daß der Eigentümer hier in die Tasche greifen muß. Es sind glaube ich 3,9 Milliarden Schilling, die das Sanierungs- oder das Strukturprogramm ausmacht. Das ist eine Eigentümerfrage. Ich hoffe, daß nach Durchziehen dieses Strukturverbesserungsprogrammes dann sichere Arbeitsplätze übrig bleiben, wobei ich bezweifle, daß alle, die jetzt dort ihr Brot haben, auch ihr Brot dort weiterhin finden werden. Aber auch hier bekenne ich mich dazu, daß man einen Stufenplan einführt. Das ist ganz klar. Niemand in dem Haus will, daß von heute auf morgen irgendwelche Arbeitnehmer auf die Straße gesetzt werden. Weiters, weil ich von der Forschung gesprochen habe, davon ist ja nicht nur die Stahlindustrie betroffen. Zur Papierindustrie werde ich auch kurz etwas sagen, wir werden uns damit zu befassen haben. Wir werden uns damit zu befassen haben, daß wir neue Betriebe mit einer anderen Produktpalette — Stahl wird nicht mehr drinnen sein — dort ansiedeln, damit auch die Jugend, die dort lebt, die in diesen traditionellen Betrieben nur zu einem

kleinen Teil mehr ihre Zukunft haben wird, daß die Jugend, die dort lebt, natürlich woanders ihr Brot findet, nach Möglichkeit in der Nähe ihres Wohnortes.

Nun möchte ich kurz noch etwas zur Papierfrage sagen, weil keiner meiner Vorredner sich damit so beschäftigt hat. Wir haben in der Öffentlichkeit auch erklärt, daß wir es bedenklich finden, daß das Land Steiermark hier zu einer Defizitabdeckung einen Beitrag leisten soll. Und ich möchte auch sagen, warum wir so zurückhaltend sind. Wir meinen, daß wir bei Niklasdorf betriebswirtschaftliche Bedenken haben. Betriebswirtschaftliche Bedenken, daß überhaupt die Firma in Niklasdorf zu halten ist. Das ist heute vielleicht nicht populär, weil natürlich die Arbeiter und Arbeitnehmer dort Hoffnung hören wollen, daß man hingeht und sagt, „wird schon alles gut gehen!“. Nach drei Jahren ist das alles erledigt. Ich kann mich nur darauf berufen, daß ich mit einigen Fachleuten gesprochen habe und versucht habe, hier einen Überblick über die Gesamtsituation im Papierbereich zu bekommen. Ich befürchte, daß auf Sicht die Fabrik nicht zu halten ist. Und wenn ich zu dieser Erkenntnis komme, daß sie nicht zu halten ist, dann gibt es vielleicht auch eine Rechnung, daß man sagt, bitte, dann versuche ich langsam, schrittweise, das auslaufen zu lassen. Aber das bedeutet, natürlich keine großen Investitionen mehr, das ist auch ganz klar. Dann wird es ein Programm geben, das heißt in fünf Jahren ist der Betrieb zu Ende, wobei ich aber heute noch anmerken möchte, daß man das vor vier, fünf Jahren auch gewußt hat. Vor vier, fünf Jahren bestand nicht die Absicht, die Zellulosefabrik auszubauen. Ich meine, wir stehen dort überraschend — im Gegensatz zur VEW — vor dieser Situation. Hier muß ich mir zuerst einmal überlegen, was geschieht mit dem Betrieb überhaupt und dann in einem Stufenprogramm entweder ihn zu halten — vielleicht ist er zu halten, ich glaube aber, er ist nicht zu halten — oder dann ein Auslaufen dieses Unternehmens in irgendeiner Form zu programmieren und zu planen. Defizitabdeckung — glaube ich — ist nicht drinnen. Betriebswirtschaftliche Überlegungen, meine Damen und Herren! Es ist so, daß unsere Papierindustrie einem großen Konkurrenzdruck unterliegt, und zwar auf dem Auslandsmarkt. Einem großen Konkurrenzdruck einerseits, daß sie betriebswirtschaftliche Überlegungen anstellen muß und als zweites muß sie natürlich auch die Auflagen, die aus Gründen des Umweltschutzes in den letzten Jahren auferlegt wurden, erfüllen. Und hier stellt sich heraus, daß unsere Betriebe alle zu klein sind. Da hat Leykam schon den ersten Schritt gesetzt. Leykam hat seinerzeit in ihrer Zellulosefabrik zirka 50.000 Tonnen pro Jahr erzeugt und hat jetzt eine Kapazität von 200.000 Tonnen und erwartet damit natürlich, konkurrenzfähig zu sein.

Das zweite Problem ist bei Pöls. Pöls geht auch nur darauf über, eine größere und modernere Anlage zu errichten, weil man auch sagt, wir müssen die Kapazität — heute ist das offensichtlich die Grenze — auf 200.000 Tonnen ausweiten, dann können wir die Umweltschutzaufgaben unterbringen, und

dann können wir auf den internationalen Märkten bestehen. Und jetzt muß man einfach die räumliche Situation sehen. Ich habe in Leykam ein großes Werk mit 200.000 Tonnen Zellstoff pro Jahr. Es ist zu erwarten, und ich hoffe, daß das große Werk in Pöls errichtet wird mit 200.000 Tonnen pro Jahr. Da ist ein großes Zellstoffwerk von den gleichen Dimensionen her nicht mehr drinnen. Das ist klar. Dann würde vielleicht tatsächlich das eintreten, was die Papierindustrie jetzt in Hinblick Pöls schon sagt. Ein großes Zellstoffwerk ist nicht drinnen. Dann wäre vielleicht eine große Papiermaschine drinnen. Ich darf Ihnen auch hier sagen, was mir Fachleute gesagt haben. Die Größenordnung sieht so aus, daß bei Rotationspapier und Masspapier einfach heute die Papiermaschine mit acht Meter Breite und 800 Meter pro Minute bis 1000 Meter pro Minute gang und gäbe ist. Bei Leykam wird mit etwa drei bis vier Meter Breite gefahren und 300 Meter Länge pro Minute. Das ist einfach von den Dimensionen her zu klein. Es wird also die Leykam eine große Papiermaschine natürlich neben das Zellstoffwerk in Gratkorn hinstellen, so daß doch keine große Papiermaschine mehr in Niklasdorf Platz hat. Es sei denn, daß man ausweicht auf Spezialpapier. Aus diesen Gründen habe ich Bedenken, daß dieser Betrieb noch gehalten werden kann.

Als letztes zu Pöls. Meine Damen und Herren! Ich habe es etwas eigenartig gefunden, das muß ich schon sagen. Es widerspricht meiner inneren Einstellung, und wenn Sie wollen, auch meiner Ideologie, daß genau eine sogenannte freie Unternehmergruppe — das sind durchwegs Leute, die vorgeben, sich zum freien Unternehmertum zu bekennen, daß die sich zusammensetzen, in die Öffentlichkeit gehen und ein Investitionsvorhaben eines Konkurrenten in der Öffentlichkeit herabsetzen und davor warnen, daß so eine Investition getätigt wird. Ich finde das nicht vereinbar mit jenem freien Unternehmertum, zu dem ich mich selbst bekenne. Aber ich geißle so eine Vorgangsweise, wie es die Papierindustrie hier an den Tag gelegt hat. Ich glaube, meine Damen und Herren, daß hier genau überlegt werden muß, wenn so eine Investition vorgenommen wird. Aber ich glaube auch, nachdem dort auch sehr viel privates Engagement vorhanden ist, daß die Leute, die sich privat engagieren, auch wissen, wo sie ihr Geld hineinstecken — wenn ich vielleicht beim Staat etwas mißtrauisch wäre, aber das private Engagement ist dort — und daß man es diesen Herrschaften überlassen muß, hier diese betriebswirtschaftlichen Überlegungen anzustellen. Und wenn Sie meinen, daß diese Investition gerechtfertigt ist, so glaube ich, daß diese Investition auch vorgenommen werden soll. Als besondere Heuchelei, das muß ich hier als Grazer sagen, habe ich es gefunden, daß sich diese Herrschaften jetzt plötzlich Sorgen um den Umweltschutz machen, wo wir ja vor den Türen unserer Stadt in Leykam das Beispiel haben, daß die sich dort, genau die, die das in Pöls anprangern, keine Gedanken gemacht haben. Das finde ich höchst eigenartig, weil inzwischen bekannt wurde, daß Vertreter der Leykam aus der Vorstandsetage in Skandinavien waren, ein gleiches Werk mit dem gleichen Verfahren, nämlich dem

Magnetitverfahren — wie das heißt —, angesehen haben, nach Gratkorn zurückgekommen sind und gesagt haben, „eigentlich stinkt es schon ganz schön da oben im Norden und trotzdem fahren wir hinein in diesen Teilkessel Gratkorn“. Bitte, die Herren sollen sich jetzt um den Umweltschutz — und wie es heute schon geheißt hat —, sie sollen sich auch um den Fremdenverkehr hier keine Sorgen machen. Das kaufe ich ihnen auf keinen Fall ab. Es soll eine mißliche Konkurrenz abgedreht werden. Das ist auf den Nenner zurückgeführt. Bitte, wenn sich die öffentliche Hand hier engagiert, das ganze Projekt noch einmal zu prüfen, aber ich bin überzeugt, daß diese Investition in diesem Bereich, die wir sehr dringend benötigen — es ist ja schließlich ein Krisengebiet —, sich auf Sicht sicher auszahlen wird. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

**Präsident:** Der Herr Abgeordnete Harmtodd hat sich zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

**Abg. Harmtodd:** Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte vorerst in das gleiche Horn stoßen wie mein Kollege Stoisser. (Abg. Loidl: „Noch einer!“) Aber nur vorerst, lieber Freund Loidl! Viele Abgeordnetenkollegen von der SPÖ und besonders der Kollege Horvatek mit seiner spitzen Zunge hat heute in Verbindung mit seiner Budgetrede ausgesagt, daß der Bund alles gut macht, und alles, was hier gemacht wird, falsch wäre. Das konnte ich sehr deutlich entnehmen. Hier in der Steiermark ist vieles gemacht worden. Wir wollen aber nichts abwerten. Es hat ja keine Leistung ein schwarzes oder ein rotes Mascherl, sondern ein weiß-grünes. Und wir können, meine sehr geehrten Damen und Herren, auf unsere gemeinsamen Leistungen stolz sein. Das möchte ich heute hier sehr deutlich aussagen. (Allgemeiner Beifall.)

Diese Leistungen müssen ganz besonders in den Vordergrund gestellt werden, weil es ja nicht allein unser Verdienst ist, sondern ein Verdienst unserer Steierinnen und Steirer. Sie haben sehr, sehr viel dazu beigetragen, und ich möchte heute in Verbindung mit meiner Rede allen meinen herzlichen Dank aussprechen. Ich möchte aber auch gleich hinzufügen, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß auch nicht alles schlecht ist, was der Bund gemacht hat. (Beifall bei der SPÖ.) Hier sind sehr gute Ansätze vorhanden, und wir können auch auf viele Leistungen sehr, sehr stolz sein. Eines möchte ich aber hier sagen, daß alles, was sichtbar falsch ist, sehr deutlich von der SPÖ ausgedrückt wurde, daß das ein Versäumnis der ÖVP-Regierung wäre, die es ja schon über zehn Jahre nicht mehr gibt. Diese Vorgangsweise, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist nicht in Ordnung. Sicherlich gibt es keine Perfektion. Alle Menschen sind mit Fehlern behaftet, auch ich, und wir alle. (Abg. Sponer: „Vielleicht auch ich!“) Eines möchte ich aber sehr deutlich sagen, der Herr Bundeskanzler hat erklärt, und das sehr oft, daß er vom Wirtschaften nichts versteht. Das ist eine Entschuldigung, daß vieles falsch gemacht wurde. Nun

ist sein Wirtschaftsmann, der Finanzminister Androsch zurückgetreten, und er selbst wird sich jetzt um die Wirtschaft kümmern, hat er gestern gesagt. Wenn man halt nichts versteht, (Abg. Loidl: „Nicht alles versteht!“), kann man einen solchen Weg nicht gehen. (Abg. Sponer: „Wer hat denn das festgestellt?“) Einen Weg möchte ich aufzeigen, das wurde heute sehr deutlich hier ausgesagt, wir sollen uns für die Pendler einsetzen, wir sollen Geld ausgeben, wir Steirer, damit unsere Leute in Wien einen Arbeitsplatz finden. Dieser Weg, meine Damen und Herren, ist falsch. Aber das wollte ich heute gar nicht so sehr in den Vordergrund stellen. Ich wollte eigentlich mehr zur Gruppe 7 sagen, aber mein Hauptthema wäre eigentlich für die Gruppe 9 bestimmt. (Abg. Sponer: „Warte noch ein bißchen!“) Das kann ich nicht machen, weil wir eine Vereinbarung haben, daß bei der Gruppe 9 niemand spricht mit Ausnahme von unserem Referenten.

Und zwar möchte ich heute von den Schwierigkeiten der Gemeinden sprechen. Auch die Gemeinde ist ein sehr großer Wirtschaftsträger, und ich glaube, es ist angebracht, daß man auch unter Punkt 7 über die Gemeinden, über Gemeindeprobleme sprechen kann. In meiner Eigenschaft als Bürgermeister konnte ich sehr viele Erfahrungen sammeln, und ich möchte daher ganz objektiv kurz eine Aussage machen. Die Aufgaben der Gemeinde, zum Großteil vom Bund, aber auch zum Teil durch Gesetze, die wir hier im Hohen Hause beschlossen haben, werden von Jahr zu Jahr größer. Die Einnahmen können nicht mehr Schritt halten, so daß die meisten Gemeinden oft hoffnungslos überverschuldet sind und viele den ordentlichen Haushalt nicht mehr ausgleichen können. Zum Teil gibt es auch eine hausgemachte Verschuldung. Wenn ich zum Beispiel Feldbach erwähne, wo mein Vorgänger als Bürgermeister Prestigebauten errichtet hat, wie zum Beispiel ein Hallenbad ohne fertige Planung, ohne Finanzierungsplan und vor allem ohne Geld. Dieser Weg, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist falsch. Das gilt klarerweise für alle Bürgermeister. Ein Bürgermeister müßte dafür auch zur Verantwortung gezogen werden. Eine nicht wesentliche Belastung bringen das Land, vor allem aber der Bund, durch die Übertragung von komplizierten statistischen Aufgaben, die die (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Dein Vorgänger auch!“ — Abg. Loidl: „Deshalb ist er ja Bürgermeister geworden!“) Arbeitskräfte, aber auch von kleineren Gemeinden, die Bürgermeister vollkommen überfordert. Die finanziellen Entschädigungen der Gemeinden sind in manchen Fällen dürftig, die meisten Statistiken müssen überhaupt gratis durchgeführt werden. Für das Personenstandswesen, das ist das Standesamt, und die Staatsbürgerschaftsevidenz werden die Gemeinden zusätzlich sehr belastet. Ich möchte nur einige kleine Beispiele anführen. Für eine Staatsbürgerschaftskarte bekommt die Gemeinde jährlich sage und schreibe 1,50 Schilling pro Jahr. Die Kosten dafür sind ja sehr wesentlich höher. Der Bund kassiert für jede Personenstandsurkunde 35 Schilling. Für die Niederschrift, die die Gemeinde aufnimmt, kassiert der Bund 70 Schilling und die Gemeinde bekommt eine Verwaltungsabgabe von nur

6 Schilling. Alle neuen Gesetze, meine sehr geehrten Damen und Herren, und auch Reformierungen gehen zu Lasten der Gemeinden. Ich möchte einige Beispiele aufzeigen.

Der Gesetzgeber vermindert die Schülerzahl in den Klassen, damit die Lehrer ihre Arbeitsplätze behalten beziehungsweise die zahlreich nachkommenden Lehrer einen solchen bekommen können. Das ist eine sehr schöne Arbeitsbeschaffung, soweit alles in Ordnung. Auf diese Weise kommen die Gemeinden aber mit der Bekämpfung der Schulraumnot nie zu Ende. Die Gemeinden müssen nämlich dafür die Räume beistellen, sie müssen diese Räume reinigen, beheizen, instandhalten und die Unterrichtsmittel, die ja auch von Jahr zu Jahr anspruchsvoller werden, beistellen. Viele Gemeinden müssen aus diesem Grunde bis zu einem Drittel ihrer Ausgaben für das Schulwesen verwenden. Sonderschulen sind eine besondere Belastung, einmal die geringe Schüleranzahl, die ja selbstverständlich notwendig ist, das möchte ich unterstreichen, und für die schwerstbehinderten Schüler ist zumindest je eine Hilfskraft notwendig, die ebenfalls von den Gemeinden bezahlt werden muß. Hier handelt es sich um die Ärmsten unserer Mitbürger, aber auch um benachteiligte Familien. Es wäre daher sinnvoll, hier Mittel aus dem Familienlastenausgleichsfonds, der ja ohnedies zweckentfremdet entleert wird, für diese Hilfskräfte der schwerstbehinderten Schüler zu geben. Auch die Sozialhilfeverbände sind ein teures und oft ein schwerfälliges Instrumentarium und für alle Gemeinden auch eine Belastung, die weit über die Möglichkeiten hinausgeht. Hier würde ich eine Reformierung vorschlagen. Ich habe hier einige Einfälle dazu, und so glaube ich, daß wir auch eine entsprechende Lösung finden können.

In den Gemeinden, besonders im ländlichen Bereich, ist der Ausbau des oft zu großen Straßennetzes wegen der Infrastruktur besonders notwendig. Es wäre aber sinnvoll, einen Teil, das habe ich heute schon irgendwo entnommen, von der Straßensteuer Mittel für die Gemeinden, für diese Aufgaben zur Verfügung zu stellen, weil ja auch diese Gemeindestraßen, in Kilometern die längsten Straßen in Österreich, mit Autos befahren werden.

Ich habe schon einmal gesagt, daß die Gemeinden finanziell überfordert sind, und in Verbindung mit dem Umweltschutz kommen zusätzliche Belastungen hinzu. Der Bau von Kanalsträngen, von Kläranlagen, ist vor allem für die ländlichen Gemeinden mit Streusiedlungen ein sehr großes Problem. Auch der Ausbau der Wasserversorgungsanlagen, mein Kollege Stoisser hat dies schon vorgetragen, ist eine sehr wichtige Aufgabe für alle Gemeinden in der Steiermark und besonders in der oststeirischen Region sehr vordringlich. Durch die Zwischenfinanzierung kommen viele Gemeinden unter die Räder. Auch eine sehr große Belastung. Sehr große Schwierigkeiten entstehen vor allem bei der Müllbeseitigung. Wir bekennen uns zu diesem Gesetz. Wir wissen aber, daß es auch mit Kosten verbunden ist. Und gerade in Verbindung mit der Gründung von Verbänden kommt es zu großen Schwierigkeiten, weil einfach die kleinen Gemeinden die Mittel dafür nicht mehr aufbringen.

Der abgestufte Bevölkerungsschlüssel für den Finanzausgleich ist daher dringend änderungsbedürftig, das möchte ich heute besonders in den Raum stellen. Gemeinden mit geringer Einwohnerzahl, das sind meistens schwache Gemeinden mit einem verhältnismäßig kleinen Steueraufkommen, haben hier Nachteile. Nicht in jeder Gemeinde — das möchte ich heute aussagen — können Betriebe angesiedelt werden. Ich habe daher Verständnis, daß wir in der Mürz-Murfurche uns besonders dieser bestehenden Betriebe annehmen. Ich weiß auch, daß wir Investitionen brauchen, Geldmittel brauchen, und wir werden uns klarerweise auch für dieses Gebiet einsetzen. Aber unser Auge soll auch in die Grenzlandregion gehen. Gerade in dieser Region gibt es sehr große Schwierigkeiten. Die Bezirke Radkersburg, gefolgt von Feldbach, Hartberg, in weiterer Folge Deutschlandsberg und Murau, das sind die Bezirke mit der geringsten Steuerkraftkopfquote. Der Präsident Ileschitz ist nicht da, und hier könnte man sagen, daß klarerweise Förderung sinnvoller wäre, deshalb, weil hier der Unterschied sehr gravierend ist. Der Bezirk Radkersburg hat 2900 Schilling pro Kopf, gefolgt — wie gesagt — von Feldbach und Hartberg mit knapp 3000 Schilling. Dagegen hat der Bezirk Bruck eine Steuerkraftkopfquote von 4.849,33 Schilling. Er hält nach Graz die Spitze in der Steiermark, gefolgt vom Bezirk Leoben mit einer Steuerkraftkopfquote von 4.436,61 Schilling. Daher, meine sehr geehrten Damen und Herren, müssen wir uns wirklich ganz besonders für diese Grenzlandregion einsetzen. Auch mein Kollege Neuhold hat darauf hingewiesen, und ich glaube, daß Mittel für diese Region notwendig sind. Sagen wollte ich auch noch, daß Betriebsansiedlungen für die meisten Gemeinden auf Grund der großen Forderungen gar nicht mehr möglich sind. Die Gemeinden können sich das gar nicht mehr leisten beziehungsweise es wird für sehr viele Gemeinden sehr schwer sein.

Auch noch ein Wort, meine sehr geehrten Damen und Herren, zur Landesumlage. Sie beträgt 10,5 Prozent der ungekürzten Ertragsanteile und wird vom Land Steiermark nach dem Finanzausgleichsgesetz in voller Höhe eingehoben. Derzeit sind Verhandlungen mit dem Bund, den Ländern und Gemeindevertretern im Gange, und ich hoffe, daß auch hier eine entsprechende Lösung für die Gemeinden gefunden wird. Wir alle, meine sehr geehrten Damen und Herren, wissen, daß die Gemeinden wichtige Aufgaben zu erfüllen haben. Die Gemeinde ist neben der Familie die wichtigste Basis für unsere Menschen, sie ist sehr bürgernah und hat unmittelbare Aufgaben für unsere Mitmenschen zu erfüllen. Und das ist auch der Grund, daß wir Abgeordnete uns für die Gemeinden besonders aber auch gerecht einsetzen müssen.

Ich möchte abschließend noch ein Wort zur Aufwandsentschädigung sagen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich weiß, daß das auch irgendwo im Raum steht. (Landeshauptmann Dr. Kraißner: „Warum, bitte?“) Es sind Ungerechtigkeiten und man wird genau erfahren, wie es hier zugeht. Es wird derzeit nur nach der Einwohnerzahl und in viel zu großen Stufen die Entschädigung bezahlt. Die Folge

ist eine völlig ungerechte und oft widersinnige Aufwandsentschädigung. Mir geht es gar nicht so sehr um eine Erhöhung, sondern um eine gerechte Lösung. Ein einziger Einwohner mehr, meine sehr geehrten Damen und Herren, erhöht die Aufwandsentschädigung um 13.871 Schilling. Das kann doch nicht gerecht sein. Ein weiteres Beispiel, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Bürgermeister der Bezirkshauptstadt Radkersburg — eine sehr große Aufgabe — bekommt als Bürgermeister eine Aufwandsentschädigung von 6935 Schilling, dagegen bekommt ein Dorfbürgermeister, der Bürgermeister von Mühldorf ohne kommunale Einrichtungen, ohne Schule, ohne Kindergarten und so weiter das Doppelte. Das kann doch nicht in Ordnung sein. Ein weiteres Beispiel: Der Bürgermeister von Köflach bekommt eine Aufwandsentschädigung von 41.612 Schilling, dagegen der Bürgermeister der Bezirkshauptstadt Feldbach, wo tagsüber gleich viele Menschen leben wie in Köflach, also über 11.000, bekommt dagegen nur ein Drittel. Mir geht es gar nicht um eine Erhöhung für Feldbach, ich will gar keine haben. Die meisten wissen ja, warum ich diese nicht haben will. Aber mir geht es hier wirklich um eine gerechte Lösung. In flächenmäßig großen Landgemeinden mit geringer Einwohnerzahl, wo Bürgermeister fast alle Arbeiten selbst durchführen müssen, bekommen sie einen Stundenlohn von nur 15 Schilling. Das kann doch, meine sehr geehrten Damen und Herren, nicht in Ordnung sein. Es ist auch nicht einzusehen, daß Bürgermeister in den bestorganisierten Gemeinden das Doppelte der Entschädigung eines Abgeordneten bekommen. Es liegen viele Vorschläge vor. Es gibt sogar sehr viele Vorschläge, die feststellen, daß ein Bürgermeister nicht mehr als 150 Prozent eines Abgeordneten bekommen soll. Hier ist klarerweise die Landeshauptstadt Graz ausgeschlossen. Ich habe keinen Neidkomplex. Ich weiß, daß man sich in Graz damit nicht abfinden kann. Ich möchte aber abschließend, meine sehr geehrten Damen und Herren, danken, daß Sie, glaube ich, hierfür Verständnis aufbringen, daß wir dann vielleicht im kommenden Jahr einen gerechten Beschluß fassen können. Ich möchte abschließend nur noch folgendes sagen, daß Bürgermeister eine sehr große Arbeit vollbringen, daß die Leistungen entsprechend sind, und für alle gilt der Grundsatz: „Der Funktionär soll nicht von der Gemeinde leben, sondern für die Gemeinde!“ (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Premberger. Ich erteile es ihm!

**Abg. Premberger:** Herr Präsident! Hohes Haus!

Heute haben verschiedene führende Politiker die Zeit zurückverfolgt, vom Generalredner 15 Jahre und von unserem Landeshauptmannstellvertreter Wegart sogar noch ein bißchen weiter, und die Schwierigkeiten, die es damals gegeben hat und die Forderungen, die zu vertreten waren erwähnt. Ich muß sagen, ich bin leider schon so alt, daß ich auch diese Zeit miterlebt habe, die Probleme unserer Wirtschaft und die Sorgen, die in den Fünfzigerjahren nach dem Aufbau begonnen haben. Ich muß ehrlich

sagen, jährlich gab es in den meisten Betrieben Schwierigkeiten und man mußte darauf reagieren. Dann haben wir die erste große Wirtschaftskrise 1966/67 erlebt. Wenn man von der Wirtschaft und deren Entwicklung spricht und sie durchleuchtet, dann hängt es immer vom Gesichtspunkt ab. Es gibt Menschen, die mit ganzem Herzen auf der Seite der sogenannten Grünen und Umweltschützer stehen, die werden die Wirtschaft ein bißchen anders durchleuchten als wir Praktiker, die also mit den direkten Sorgen konfrontiert sind. Bei Zwischenrufen habe ich gehört, man müßte doch den Leuten sagen, wie ungerecht es sei, daß dieses amerikanische Motorenwerk praktisch vom Bund gefördert wird. Es war zu begrüßen, daß der ehemalige Landeshauptmann Dr. Niederl, als die BMW-Werke zur Diskussion standen, mit Entwicklungsarbeit der Steiermark, die auch von uns gefördert wurde, sofort und schnell reagiert hat. Er hat damals einen beträchtlichen Betrag als sofortige Förderung genannt, 500 Millionen Schilling, und man würde meinen, die Konservativen dieses Hauses hätten gute Beziehungen nach Bayern. Doch im Gegenteil, sie sind nach Oberösterreich gegangen. Ich muß ehrlich sagen, ich war schockiert. (Abg. Hammerl: „Vogel Strauß!“) Sie können niemanden zwingen, irgendwo einen Betrieb zu errichten, denn das entscheidet derjenige selbst. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Das stimmt ja gar nicht!“ — Abg. Dr. Dorfer: „Wenn wir so fördern könnten, wie General Motors gefördert wurde, dann wäre das schön. Nur haben wir das Geld nicht. Das muß man den Leuten immer wieder sagen!“) Herr Dr. Dorfer, ich komme auf ihre Person auch noch zu sprechen. Bei diesen Zwischenbemerkungen habe ich gehört von unserem Kollegen Eichinger, das müßte man den Leuten sagen. Wissen Sie, meine werten Damen und Herren, in meiner langen Tätigkeit habe ich schon so viele Aussprüche und Vergleiche in der Wirtschaft erlebt, daß ich aus dem Staunen gar nicht herausgekommen bin, und vieles habe ich nicht einmal weitergegeben. Ich möchte Ihnen jetzt folgendes sagen und das müßte man den Arbeitnehmern einmal nahebringen. Ich hatte die Ehre, bei einer Versammlung des Industriellenverbandes anwesend zu sein, dort habe ich den Landeshauptmannstellvertreter vertreten, und da habe ich etwas gehört. Der damalige Präsident der Bundeswirtschaftskammer Steiermark Mayer-Rieckh ist nun in Pension, ich wünsche ihm viel Gesundheit, daß er sie auch genießen kann, aber er hat unter anderem dort einen Vergleich gezogen, den ich heute nach diesen Zwischenrufen doch hier in diesem Haus wieder erwähnen möchte. Er hat damals gesagt, der freie Wirtschaftsmarkt, die freie Wirtschaft, bestehe aus sogenannten Fleischfressern, Grasfresser, das sind die Schafe und die Rinder und dann gibt es noch eine Gruppe, ganz gefährlich, das sind die Allesfresser, das sind die sogenannten Schweine. (Abg. Ing. Turek: „Er hat nicht gewußt, daß ein Spion drinnen ist!“) Wir hier in diesem Haus bekennen uns natürlich zu den Fleischfressern. Das sind die Schwalberln und die Forellen. Die sogenannten Grasfresser sind die Arbeitnehmer. Sie können sich jetzt vorstellen, wenn ich das den Arbeitnehmern gesagt hätte. Vom Hilfsarbeiter bis

zum Diplomingenieur. Die hätten eine Freude gehabt, wenn sie in der freien Wirtschaft für ihre Leistungen dort eingereicht werden. Ich war so korrekt, diesen Ausspruch, der damals getan wurde, und diese Vergleiche nicht politisch auszuwerten, weil sonst hätte ich es in einer Versammlung den Arbeitnehmern sagen müssen. (Abg. Dr. Dorfer: „Wem wollen Sie das vorwerfen?“ — Abg. Ing. Stoisser: „Das hat Mayer-Rieckh in einem anderen Zusammenhang gesagt!“) Wenn Sie nun von der Wirtschaft hier sprechen und Vergleiche ziehen (Abg. Dr. Dorfer: „Jeder Vergleich hinkt!“), dann ist es für uns grundsätzlich eine erfreuliche Erscheinung, trotz der Gewitterwolken, die am Horizont aufziehen, daß es derzeit in der Steiermark eine Vollbeschäftigung gibt. Die Schwierigkeiten wurden zeitgerecht erkannt, aber nur die Mittel sind nicht zur Verfügung gestanden. Auch haben die Möglichkeiten gefehlt, früh genug gegenzusteuern, daher sind die Probleme der Mur- und Mürzfurche aufgetaucht. Niklasdorf wurde auch erwähnt und mit Recht vom Kollegen Turek das Management und der Besitzer in erster Linie kritisiert und nicht der Bundeskanzler. Eines kann ich Ihnen sagen, ich wäre in den Fünfzigerjahren glücklich gewesen, hätten wir einen Bundeskanzler gehabt, der gesagt hätte, ich habe es nicht gehört von ihm, daß er von der Wirtschaft nichts verstehe, ich bin überzeugt, daß er sehr viel davon versteht. (Abg. Ing. Turek: „Das hat er mehrmals gesagt!“) Er hat durch seine Beziehungen und durch sein Auftreten im Ausland, durch seine Anerkennung, die er im Ausland findet, mehr an Aufträgen dieser österreichischen Wirtschaft gebracht, als je zuvor ein Bundeskanzler. (Beifall bei der SPO. — Abg. Kollmann: „Dafür müssen Eure Betriebsräte Handtücher verkaufen!“)

Ich werde heute noch auf ein paar ganz ernste Dinge zu sprechen kommen. Sie sagen, die Betriebsräte in den Betrieben haben ihre Beschäftigung und auch in den letzten Jahren keine Sorgen, so muß ich Ihnen einen Betrieb nennen, der immer mit Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt hat und nicht durch die Initiative der Grazer Politiker, nein durch die Initiative dieser Bundesregierung, diese wieder bewältigen konnte. Da ist die Simmering-Graz-Pauker gemeint. Der Betrieb war all die Jahre voll ausgelastet, hat viel investiert und weiter ausgebaut. Diese Betriebsräte wissen, woher die Aufträge gekommen sind. Daß wir die Erdölkrise, diesen neuerlichen Erdölchock so gut überstehen, haben wir auch diesem viel kritisierten Bundeskanzler zu verdanken, da es ihm durch sein Verhandlungsgeschick gelungen ist, aus Saudi-Arabien zusätzliche Erdöllieferungen zu bekommen. (Beifall bei der SPO. — Abg. Dr. Dorfer: „Wenn wir den Kreisky nicht hätten!“ — Abg. Loidl: „Selbstverständlich!“) Wenn Sie die Förderungsmaßnahmen des Bundes kritisieren, dann darf ich an Sie doch die Bitte richten, wenn Sie von der steirischen Wirtschaft und deren Schwierigkeiten und Strukturproblemen sprechen, nicht immer auf die sogenannte Randlage hinzuweisen. Denn da müßte es sich so mancher überlegen, in die Steiermark zu gehen. So eine Randlage haben wir gar nicht. Unsere Politiker haben nur zeitgerecht darauf zu reagieren und nicht

zu warten, bis ein Kanal durch die Berge gebaut wird, sondern die jetzt in Bau befindlichen Autobahnen in Jugoslawien durch schnelle Verhandlungen so zu nützen, daß sie für Schwertransporte ausgelegt werden, dann sind wir und unsere Wirtschaft aus der Steiermark schneller am Meer zum Verladen als alle anderen Bundesländer. (Beifall bei der SPO.) Das ist die Tatsache. Es ist bedauerlich, daß unserer Budgetdebatte von der Öffentlichkeit her nicht so viel Augenmerk geschenkt wird, wie wir es uns wünschen, weil wir leider durch viele Dinge, an denen wir auch selbst schuld sind, als Politiker an Ansehen verloren haben. Die Presse, der Rundfunk und alles was zu den Massenmedien gehört, haben auch ihren Teil beigetragen.

Aber das Gefühl wird man wirklich nicht los. Ich brauche Ihnen ja keine Wirtschaftsvorträge zu halten, da bräuchte ich ja nicht Zentralbetriebsratsobmann zu sein, da wüßte ich mir einen besseren Posten, wo ich mehr Geld verdiene — sondern wenn ich hier das Wort ergreife, dann mache ich das aus Überlegungen, ob ich nicht einem Teil von Arbeitnehmern dienlich sein kann oder einer Belegschaft. Ich habe zeitgerecht — und Sie werden mir nie den Vorwurf hier machen dürfen — gesagt, es wäre wünschenswert, daß die Autobahnen, die geplant und gebaut werden, doch nicht nur für die Gegenwart, sondern für die Zukunft sind, daß wir sie so auslegen, daß sie für Schwertransporte geeignet sind und daß man nicht nur die internationalen Vorschriften einhält, sondern man möge doch wenigstens eine Seite so auslegen, um Erzeugnisse, die hier in Graz-Umgebung und in der übrigen Steiermark erzeugt werden, auch an den Bestimmungsort liefern zu können. Ich habe von Dipl.-Ing. Schaller bei seiner Generalrede etwas registriert. Er hat darauf hingewiesen, es sei äußerst notwendig, Vorsorge zu treffen, daß die sich noch bei uns befindlichen Betriebe nicht auch abwandern, so wie die Glasfabrik, die sich einen besseren Standort gesucht hat. Ich darf Ihnen eines sagen, ich kämpfe seit Jahren hier in der Stadt Graz. Wo ich die Möglichkeit habe, mache ich auf die Probleme aufmerksam, daß man durch die sprunghafte technische Entwicklung in einem Betrieb gezwungen ist, in seinem Erzeugungsprogramm so große Stücke, die an Ort und Stelle geröntgt und nicht an der Auftragstelle oder dort, wo dieser Bau errichtet wird, geschweißt werden dürfen, sie zu transportieren, und man muß doch darauf achten, daß einer der wenigen großen Industriebetriebe der Stadt Graz die Möglichkeit hat, die Produkte, die er erzeugt, auch von diesen Werkstätten wegzubringen. Ich darf Ihnen sagen, nichts geschieht. Im Gegenteil, Sie können appellieren soviel Sie wollen. Wenn Sie sich eine der Überführungen der neugebauten Autobahn kurz außer Graz ansehen, so ist sie 4,20 Meter hoch. Waagner Biro zum Beispiel, als einer der Betriebe, der Schwerprodukte erzeugt, kann seine Produkte nach der Verlegung der Autobahntrasse schon fast nicht mehr wegliefern. Was, kommt dabei heraus? In Wien sind genug Betriebe vorhanden. In Wien wird eine Schwerhalle gebaut, um die Verlagerung des Er-



zeugungsprogramms doch mit dem logischen Argument, von hier kann man es nicht wegtransportieren, nach Wien zu bringen. So wird die Abwanderung von Betrieben, die eine zukunftsaussichtreiche Sparte besitzen, denn wir sind die zweite Kesselbaufirma Österreichs, und ich getraue mir zu sagen, die bessere von den beiden, nicht verhindert, sondern noch vorangetrieben. Wir wollen in Graz bleiben. (Allgemeiner Beifall.) Und schauen Sie, wenn wir jetzt von der Struktur und den Problemen sprechen, wird immer die Ausweichmöglichkeit aufgezeigt. Es ist sehr einfach. Bei den Massenartikeln der Finalindustrie hat Österreich keine Chance, die Japaner sind auf diesem Gebiet Spitze. Wir werden nie mit ihnen in Konkurrenz treten können. Sie machen uns sowieso Sorgen genug. Und jetzt versuchen wir mit intelligenteren Produkten, hochwertigen Erzeugnissen in diese Richtung auszuweichen. Heute zeigte Kollege Dr. Dorfer auf, daß die Industrie in der Steiermark praktisch schrumpft. Nicht bestritten, wissen wir alle. Es passiert auch nicht durch verschiedene Fehler der Bundesregierung, das weise ich zurück. Denn wir zum Beispiel sind auch ein Industriebetrieb, wir haben unser Geld noch immer selbst verdient, wir haben weder vom Land, noch vom Bund Steuergeschenke oder Förderungen bekommen. (Beifall bei der ÖVP.) Aber ich weiß auch, daß Dr. Dorfer ganz genau weiß, warum die Schrumpfungerscheinungen in der Wirtschaft, in der Industrie vorhanden sind, weil wir durch die Entwicklung vom Weltmarkt, durch den Preisverfall am Weltmarkt, dazu gezwungen sind. Das ist auch der Vorteil für das Gewerbe in Österreich. Wenn wir einen Großauftrag nach Österreich bekommen, dann können wir von diesem Auftrag — ich sage es als Personalvertretung — zu unserem Leidwesen, durch unsere hohen Regiesätze im eigenen Produktionsbereich die Arbeit nicht durchführen, sondern wir delegieren an kleinere, mittlere Betriebe der Steiermark weiter, somit ist auch eine Beschäftigung des Gewerbes gegeben. Damit ist auch ein gewisser Schrumpfungseffekt verbunden. Wir werden gezwungen, um unser Produkt überhaupt noch verkaufen zu können, müssen wir uns den Gegebenheiten anpassen und investieren, ob es uns paßt oder nicht. Das sind die Tatsachen. Und ich glaube, man kann auch nicht davon sprechen, daß ein Wirtschaftswachstum — wie viele junge Menschen sagen — oder eine Energiezuwachsrate durch Einsparungen bei der Energie zu erreichen sind. Ja, Einsparung, aber die Lösung ist es nicht. Wir bekennen uns zum Wirtschaftswachstum! Wir müssen uns dazu bekennen, denn bis 1985 brauchen wir 70.000 neue Arbeitsplätze. Wie wollen wir die schaffen. Die Menschheit vermehrt sich, und wir sind verpflichtet, darauf auch wirtschaftlich dementsprechend zu reagieren. (Abg. Ing. Stoisser: „Sehr gut!“) Jetzt gehe ich aber auf einen Punkt ein, der für die Wirtschaft doch sehr wichtig ist, und wo die Meinungen ziemlich weit auseinanderklaffen. Das ist die Energieversorgung. Hier, und das freut mich, habe ich aus der „Tagespost“ vom 12. November 1980 entnehmen können: „Die sogenannten Alter-

nativenenergien werden in den nächsten 20 Jahren für die Weltenergieversorgung keine Rolle spielen.“ Das schreiben Sie selbst, und Sie haben auch in diesen Fragen verschiedene Meinungen, die in der Öffentlichkeit vertreten werden. (Abg. Ing. Stoisser: „Erdöl aber auch!“) Bestreite ich nicht! Ich komme dann auch darauf hin und werde mich dazu bekennen, auch wenn mich die Zeitungen zerreißen! Erdöl, Kohle und Naturgas stellen auch im Jahre 2000 die wichtigsten Primärenergieträger dar. Das wird ganz klar festgestellt. Eines ist besonders herauszustreichen, daß bereits die Kernenergie hier aufholt, weil man zur Kenntnis nehmen muß, daß sich auf dieser Welt 800 Kernkraftwerke im Bau und in Planung befinden. Man müßte ein bißchen vorsichtig sein in der Beurteilung all dieser komplizierten Fragen, und es ist ausgerechnet die Sowjetunion, die die meisten Kernkraftwerke errichtet; man könnte fast sagen, am Fließband. Dieses Land verfügt über die größten heute bekannten Bodenschätze, Kohle Erdöl, Erdgas. Und man hat erst jetzt gelesen — und die Schweden haben es widerrufen oder ein wenig abgerundet —, daß die größten Erdölvorkommen in Sibirien entdeckt wurden. Jetzt hat man nach Protest und Korrektur der Sowjetunion gesagt, es sei halt erdöhlhaltiger Schiefer, so wie in Kanada auch genug vorhanden ist. Österreichs Energieabhängigkeit wird nicht bestritten. Sie ist sehr groß, denn wir müssen 70 Prozent davon importieren. Nicht nur Strom, sondern natürlich all das, was für die Energie notwendig ist, Kohle, Erdgas und Erdöl, müssen wir importieren. (Abg. Dr. Dorfer: „Aber Fohnsdorf haben wir zugesperrt!“) Hierüber müssen Sie mit den sogenannten anerkannten Professoren und Fachexperten diskutieren, die auf dieser Erde ganz falsche Auslegungen gemacht haben. Man müßte heute das Gefühl haben, daß sie von den Olmultis bezahlt wurden, denn man hat in Deutschland die gut rentablen Bergwerke, die Steinkohlenbergwerke, zugesperrt und jetzt öffnet man sie wieder. (Abg. Dr. Dorfer: „Der Herr Kreisky hat uns damals mit den Kommunisten verglichen!“) Weil Sie ja immer vom Außenhandelsdefizit sprechen, was nicht bestritten wird, muß ich diese Zahlen nennen. 1970 hat Österreich für sieben Milliarden Schilling Energieimporte zu tätigen gehabt. Auch für Kohle, Erdöl, Erdgas und Strom. Nun haben wir 1981, und das schockiert uns mit Recht — von der Abhängigkeit in eine gewisse Richtung, die uns auch Sorgen bereiten muß ganz abgesehen —, 50 Milliarden Schilling aufzubringen. 50 Milliarden Schilling, eine große Belastung. Diese Summen können wir auch nicht mehr mit den Steigerungen des Fremdenverkehrs abdecken. Es ist notwendig, daß wir alles daransetzen, die Abhängigkeit vom Ausland zu reduzieren. Daher bekenne ich mich, damit ich nicht darauf vergesse, das zu sagen, auch wenn ich verrissen werde, als Praktiker, der in der Wirtschaft steht und mit diesen furchtbaren Problemen der Beschäftigung immer konfrontiert wird, bekenne ich mich zur Kernenergie, weil sie nach meiner Meinung noch immer die umweltfreundlichste ist. (Abg. Ing. Stoisser: „Das war nicht sehr überzeugend!“ — Beifall

bei der SPO. — Abg. Ileschitz: „Wir haben als Gewerkschaft eine einhellige Haltung eingenommen!“) Ich weiß, daß es hier verschiedene Meinungen gibt. Ich bekenne mich dazu. Wissen Sie warum? Weil ich befürchte, daß viele österreichische Betriebe zeitgerecht große Investitionen und auch Forschung auf dem Gebiet dieser Übergangsenergieversorgung betrieben haben. Ist ja keine Dauerlösung. Wir haben viel investiert. Wir haben auch Aufträge für das Ausland gehabt und jetzt sind diese praktisch versiegt. Das sind 50.000 Arbeitsstunden allein in unserer Firma. Was mir mehr Sorgen bereitet: Die schnelle technische Entwicklung, man kann von einer sprunghaften technischen Entwicklung sprechen. Wir werden den Anschluß verpassen. Ich befürchte, daß auf diesem Gebiet in den nächsten Jahren die Menschheit gezwungen ist, wirkliche Forschung zu betreiben, und daß sie auch Lösungen finden wird müssen. Sollte es der Menschheit einmal gelingen, die Kernfusion unter Kontrolle zu bringen, dann haben wir keine Energieorgen mehr, dann haben wir eine ganz entscheidende Voraussetzung, ein bißchen sorgenfreier in die Zukunft zu sehen.

Nun hat hier am 14. Mai 1979 die Landesregierung einen Beirat für die Koordinierung der Energieversorgung eingerichtet. Der Beirat hat eine Studie ausgearbeitet, in der das noch verfügbare, für das Land Steiermark ausbaufähige Wasserkraftpotential erfaßt wird. Wir sprechen auch von den sogenannten Kleinwasserkraftwerken. Sie bedürfen großer Investitionen. Was dabei herauskommt ist teuer. Wir importieren im Winter, im Sommer haben wir Überschuß. Im Winter sind die Flüsse zugefroren. Bei den sogenannten Staukraftwerken können auch nicht alle Möglichkeiten ins Auge gefaßt werden, weil dann die Naturschützer wieder ihre Stimme erheben und dagegen protestieren werden. Das Erdgas, hier sind wir, wie ich vorher gesagt habe, von der Sowjetunion abhängig, war früher ein billiger Energieträger, eine Ausweichmöglichkeit, heute schon ein teurer Spaß. Denn wir werden zur Kasse gebeten. Einen besonderen Dank möchte ich hier an dieser Stelle — nicht nur kritisieren, wie das meistens der Fall ist — an unsere Landwirte sagen, die in Eigeninitiative versucht und auch Erfolge erzielt haben für ihre Eigenenergieversorgung selbst zu sorgen. Sie erzeugen Strom für ihre Stallgebäude und auch ihren Haushalt aus Abfallprodukten. Das ist begrüßenswert, wenn es uns auch aus dem Dilemma der Energieversorgung nicht herausbringt. Aber hier ein wirklicher positiver Schritt! (Allgemeiner Beifall.) Außerdem, das habe ich hier in diesem Hause schon einmal gesagt, möchte ich darauf hinweisen, daß eine der Alternativen, außer dieser verpönten Kernenergie, das Alkoholprogramm wäre. Ich habe damals ausdrücklich gesagt, und der Kollege Köhlhammer hat heute bei einer Rede darauf hingewiesen, wie viele Menschen des Hungers sterben, wieviel Hunger es auf dieser Erde gibt — über 700 Millionen Menschen sind davon betroffen —, und es wäre daher schwer vertretbar, aus hochwertigen Lebensmitteln, Alkohol, Sprit zu erzeugen, um diese dem Benzin beizumengen. Auf

diesem Gebiet gibt es aber wirkliche Forschungsergebnisse. In Amerika wird sehr viel investiert, daß man sogar schon aus Abfallprodukten Alkohol erzeugen kann. Auch die österreichische beziehungsweise steirische Industrie ist bereits in der Lage, Ergebnisse vorzulegen, die über das Versuchsstadium hinaus sind. Ich bin überzeugt, wir werden Erfolg haben.

Ich habe entnommen, daß dieser Beirat zur Koordinierung der Energieversorgung bisher drei Sitzungen gehabt hat. Ich glaube, durch gewisse Vorkommnisse in der Steiermark wird dieser Beirat recht bald zusammenkommen und äußerst aktiv werden müssen — im Interesse der Energieversorgung. Da möchte ich jetzt nicht die Gelegenheit versäumen, darauf hinzuweisen, daß darüber hinaus, das wird wohl die Aufgabe der führenden Politiker sein, mehr Verantwortung, mehr Entscheidungsfreudigkeit bezüglich der Energiefragen an den Tag zu legen. Mehr Mut zu der Notwendigkeit, im Interesse der Allgemeinheit. (Beifall bei der SPO.) Es ist auch die Aufgabe der Politiker, daß sie den Mut haben, den Störversuchen gewisser Naturschutzvereine Einhalt zu gebieten, wo sie über die gegebenen Grenzen hinauschießen. (Abg. Dr. Dorfer: „Die Bundesregierung ist für Zwentendorf zuständig. Sie hat den Mut nicht gehabt!“) Wir wissen zum Beispiel, Herr Dr. Dorfer, von wem der Verein „Schützt Voitsberg“ geführt wird, welcher Partei er angehört. Ich glaube, es ist auch eine Verpflichtung einer tragenden Partei, jeder Aktion — auch wenn sie zu Recht besteht, auch wenn Umweltschutz notwendig ist, aber die Grenzen müssen doch im Interesse der Allgemeinheit abgesteckt werden. Hier hat eine Partei auch die Verpflichtung, ihren Mitgliedern aufklärend zur Seite zu stehen. (Abg. Jamnegg: „Der Umweltschutz ist keine parteipolitische Frage!“) Die Probleme der Energieversorgung und die steigenden Preise auf diesem Gebiet lösen mit Recht Diskussionen in der Bevölkerung aus. Bei Gegenklärungen wird uns nicht immer die Aufmerksamkeit geschenkt, die vielleicht notwendig wäre. Der Krieg im Irak und im Iran wird die Preisentwicklung weiter in die Höhe treiben. Von Preisenkungen wird in der nächsten Zeit überhaupt keine Rede sein. Gerade heute wurde angekündigt, wie sich die Erdölpreise noch entwickeln werden. Es ist also für die Bevölkerung kein Beruhigungsmittel, wenn wir hier Erklärungen abgeben, sondern sie erwartet sich von uns, daß Vorschläge für gezielte Maßnahmen von uns gesetzt und ausgearbeitet werden. In der Diskussion sagte Diplomkaufmann König — er gehört der ÖVP an —, die Kohle stellt eine der wenigen tatsächlichen verfügbaren Alternativen für den Rückzug aus dem Erdöl dar. (Abg. Dr. Dorfer: „Die Fohnsdorfer Kohle ist abgesoffen worden!“) Eine sehr vernünftige Erklärung, und die Freiheitliche Partei weist auch darauf hin, daß die Kohlevorkommen auf dieser Erde zehnmal höher sind als die Uranvorkommen. Das bringen sie als Gegenargument gegen Kernenergie.

Es ist wohl auch notwendig, sich den Vorkommnissen in der Steiermark, beim Voitsberg III,

besonders zuzuwenden. Schon am 21. Dezember 1973 wurden vom Bundeskanzler Kreisky für den Aufschluß des Kraftwerkes 83,5 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt. Kein besonders großer Betrag, aber die Arbeit konnte beginnen. Damit bestand wieder die Hoffnung für unsere Bergarbeiter auf gesicherte Arbeitsplätze. Sie verlangen diese gesicherten Arbeitsplätze mit Recht von uns und von der Öffentlichkeit, denn sie haben nach dem Krieg im Interesse unserer Bewohner, unserer Bevölkerung, Überstunden geleistet, damit die Kohle zur Verfügung gestanden ist. Ich glaube, Voitsberg III gehört nicht zu den Alternativmaßnahmen nach Ablehnung der Kernenergie, denn Voitsberg III wäre auch, wenn das Kernkraftwerk in Betrieb gegangen wäre, eine Notwendigkeit für die Steiermark gewesen, um die Energieversorgung für die Bevölkerung und unsere Wirtschaft zu sichern. (Beifall bei der SPO.) Der Bau von Voitsberg III sichert auch die Arbeitsplätze für das Baugewerbe, für die Gewerbebetriebe, und für die Finalindustrie Graz und Umgebung, und auch Elin Weiz für die nächste Zeit. Es ist ganz entscheidend für die Beschäftigung bei der Elin Weiz, daß diese Arbeiten weitergeführt werden. Man investiert in Weiz beispielgebend, um die Konkurrenzfähigkeit am Weltmarkt zu erhalten. Durch die Möglichkeit des Anschlusses an der Fernwärme, die hier in diesem Haus verlangt wird, ist ja auch eine Verbesserung der Umweltbedingungen in diesem Gebiet Voitsberg automatisch gegeben. Hausbrand ist einer der größten Luftverpester. Auch auf die Infrastruktur würde sich das positiv auswirken. Schon damals, als die Bergwerke noch in Betrieb waren, wurde die Umwelt schon immer durch Schwefel belastigt. Die sogenannten Haldenbrände haben enorme Schwefelmengen in die Luft abgegeben, und es wäre gar nicht schlecht gewesen, hätte damals schon dieser Verein „Schützt Voitsberg“ seine Aktivitäten gesetzt. Gestern sprach hier unser Kollege Pinegger. Ich habe aufmerksam zugehört und muß ihm die Frage stellen, was haben Sie für eine Einstellung? Ich hoffe, die ÖVP steht mehr zu ihrem Wort, als es unser Freund Pinegger gestern getan hat. Hier lobt er den Anführer. Er hat keine Sorgen um seinen Arbeitsplatz, er ist pragmatisiert, aber er soll sich auch überlegen, daß Tausende von Arbeitnehmern und deren Familienangehörige vor Weihnachten einen Schock erleben durch seine übertriebene Aktion. Kollege Pinegger ist Mitglied des Bezirksausschusses Voitsberg. Und dort hat er, weil er die Probleme näher am Leib gespürt hat als wir in diesem Haus, umgekehrterweise die Resolution dieser Bezirksleitung des OGB unterstützt und gutgeheißen. Hier in diesem Haus wiederum begrüßt er die Aktionen der Umweltschützer in Voitsberg. (Abg. Jamnegg: „Umweltschutz und Schutz der Arbeitsplätze schließen einander nicht aus!“) Ja, das werden wir auch der Belegschaft bekanntgeben müssen. Der Bescheid der Stadtgemeinde Voitsberg wurde für die Baubewilligung und Errichtung des Werkes III der ODK am 17. 4. 1979 erteilt. Dieser Baubescheid der Stadtgemeinde Voitsberg wurde nach genauester Überprüfung und Anhörung von Fachexperten und

strengsten Bauvorschriften nach neuestem Stand und neuesten Erkenntnissen mit ausdrücklicher Vorbereitung für die Errichtung einer Rauchgasentschwefelungsanlage erteilt. Wenn hier in diesem Hause einer aufsteht und sich dann wieder auf den Bürgermeister von Voitsberg ausredet, muß ich das zurückweisen. Hier geht es um ganz andere Probleme. (Abg. Ing. Turek: „Natürlich ist das seine Schuld gewesen!“) Ich komme noch darauf zurück. (Abg. Dr. Dorfer: „Pinegger ist Bürgermeister von Stallhofen und nicht von Voitsberg!“) Es war die Rauchgasentschwefelungsanlage vorgesehen. (Unverständliche Zwischenrufe.) Ich habe eine laute Stimme, ich schreie so laut, Sie können Zwischenrufe machen, wie Sie wollen, ich werde weitersprechen! (Beifall bei der SPO. — Abg. Schrammel: „Das war schon der Schlußapplaus!“) Der Verein „Schützt den Bezirk Voitsberg“ hat am 10. 5. 1979 — Sie bringen mich nur in Fahrt, ich rede eine Stunde, wenn Sie mich ärgern — den Antrag eingebracht, daß die Baubewilligung des Werkes III nur mit der Auflage erteilt werden dürfte, daß eine Rauchgasentschwefelungsanlage gebaut wird. Man darf nicht übersehen, daß in der Bundesgesetzgebung eine sehr strenge Verordnung für Dampfkessel vorgesehen ist, wogegen sich sogar die ÖVP im Parlament ausgesprochen hat. Auf Grund der Ausschreibungen der Stadtgemeinde Voitsberg ist bei einem Kraftwerk III der ODK eine solche Anlage vorgesehen, und ich glaube, sie werden den Vorstand und den Aufsichtsrat der ODK — ich würde bitten, passen Sie etwas auf als freie Wirtschaftler — hier im Interesse des Umweltschutzes und der daraus entstehenden Kosten, den technischen Stand, auf diesem Gebiet genauestens überprüfen. Das heißt ob der derzeitige Wirkungsgrad einer solchen Anlage den heutigen Erwartungen und Vorschriften entspricht. Oder wollen Sie, daß ohne solche Überprüfungen einfach Volksvermögen verschleudert wird? Die Techniker der ODK haben insofern recht, als es derzeit kein Industrieland auf dieser Erde gibt, in dem es eine Rauchgasentschwefelungsanlage für Braunkohle in dieser Größenordnung gibt. (Abg. Dr. Dorfer: „Beweise?“) Das kann man beweisen. Nicht bestritten wird, daß in Amerika im Auftrag des Staates mehrere Versuchsanlagen laufen. Das wird nicht bestritten. Auch in unseren Tageszeitungen wurde darauf hingewiesen, in der „Tagespost“, daß das Trockenhaltverfahren, welches die deutschen Wissenschaftler entwickelt haben, noch ein paar Jahre des Versuches bedarf. Auch steirische Industriebetriebe sind nach dem heutigen Stand der Technik in der Lage, mehrere Verfahren für Rauchgasentschwefelungsanlagen anzubieten und zu errichten. Wenn ich sage, heutigen Stand der Technik, so will ich nicht behaupten, daß die erreichten Werte den heutigen Vorschriften entsprechen. Bei der Errichtung von Rauchgasentschwefelungsanlagen müßte man auch folgendes beachten: Jetzt kommt etwas für die Politiker, und es wäre sehr gut, wenn Sie mir zuhören würden. Auch die Entlagerung der Abfallprodukte bringt Schwierigkeiten mit sich, daß heißt Österreich ist nicht in der Lage, die gips-

erzeugenden Betriebe aufrecht zu erhalten, daher ist das Abfallprodukt Gips nicht gefragt. Hier müßten Politiker lenkend eingreifen. Es gibt ein zweites Verfahren, das man in die engere Auswahl ziehen müßte, nämlich das Magnesiumverfahren. Das Abfallprodukt wäre hochwertiges Magnesium, das Österreich zu 100 Prozent importieren muß. Sollte der Bau Voitsberg III wirklich eingestellt werden, hier mag vielleicht das Interesse der Abgeordneten nicht sehr groß sein, muß ich Ihnen sagen, wehrte Damen und Herren, wäre das eine Katastrophe. Es betrifft arbeitende Menschen, die um ihren Arbeitsplatz bangen. Sollte Ihnen das gleichgültig sein, weil die Zeit schon fortgeschritten ist, dann ist es mir peinlich, denn ich muß ehrlich sagen, ich halte es für meine Pflicht, dies hier aufzuzeigen. Der Aufsichtsrat der ODK ist bereit, wenn die gesetzlichen Bestimmungen nicht geändert werden, die Verantwortung zu übernehmen, daß dieser Bau weitergeführt wird. Vor einer halben Stunde ist folgendes Fernschreiben hier eingelangt: Es war durch Einflußnahme von Professor Möse nach stundenlangen Verhandlungen möglich, vier Stunden hat man verhandelt, daß sich die Umweltschutzgruppe Voitsberg bereiterklärt hat, nun ihren Einspruch praktisch abgegolten zu sehen, da nun eine Entschwefelungsanlage geplant und durchgeführt wird. In diesem Fernschreiben steht unter Punkt 3: Der Aufsichtsrat verlangt die Erwirkung eines Beschlusses des Steiermärkischen Landtages, nachträglich auftretenden Bewerbern keine Parteienstellung mehr zuzuerkennen und eine Novellierung der Steiermärkischen Bauordnung, die den Parteienbegriff exakt bestimmt. Sie wissen, daß hier eine klar exakte Abgrenzung derzeit nicht möglich ist. Folgeerscheinungen sind alarmierend. In Werndorf bereits Einspruch, in anderen Bundesländern bei geplanten Kraftwerken. Ich ersuche den steirischen Landtag im Interesse unserer Wirtschaft, der Weiterarbeit auf dieser Baustelle und der Arbeitsplatzsicherung, nicht nur schöne Reden zu halten, sondern schnellstens eine Änderung der Bauordnung herbeiführen und damit diese Katastrophe, die auf uns zuzukommen scheint, nämlich auf uns Arbeitnehmer, abzuwenden. (Beifall bei der SPO.)

**Präsident Zdarsky:** Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Kollmann. Ich erteile es ihm.

**Abg. Kollmann:** Frau Präsident, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zunächst zwei Sätze zum Herrn Kollegen Preamsberger. Seine zoologischen Ausführungen haben mich weniger bedrückt, obwohl ich mich an und für sich auf Grund der Aussagen meiner Frau zu den Allesverwertern zähle, und meine Frau lobt mich noch dafür. Möglicherweise hat er die Aussagen des Herrn Kammerpräsidenten Mayer-Rieckh etwas falsch gedeutet. Aber auf eines darf ich noch eingehen. Auf den Zwischenruf des Kollegen Dr. Dorfer bezüglich der Schließung von Fohnsdorf, wo Sie sich, Kollege Preamsberger, auf die Experten und auf die Wissenschaftler ausgedredet haben, die offenbar hier falsche Erkenntnisse ge-

bracht haben. Ich darf Ihnen sagen, Herr Kollege Preamsberger, vor wenigen Jahren haben Sie von diesem Pult hier die Schließung von Fohnsdorf als Notwendigkeit und als Zweckmäßigkeit wegen der Abbauunwürdigkeit verteidigt. Ich müßte mich täuschen wenn nicht Sie es waren, aber einer Ihrer Kollegen war es sicher. (Abg. Preamsberger: „Ich nicht!“) Inzwischen bei den heutigen Energiepreisen wissen wir es besser. Wir wissen, daß Fohnsdorf, zumindest das Antonievier, bei den heutigen Energiepreisen absolut noch abbauwürdig wäre.

Herr Präsident Ileschitz, darf ich auch zwei Sätze zu Ihren Ausführungen sagen. Sie haben die Streuung der Wirtschaftsförderung des Landes Steiermark kritisiert und gleichzeitig zugegeben, daß die verstaatlichten Betriebe der Obersteiermark noch nicht einmal um eine Förderung beim Land Steiermark eingekommen sind. Dazu: Gerade diese Streuung, die Sie hier genannt haben, Herr Präsident Ileschitz, war richtig. Das war die richtige steirische Regionalpolitik. Denn mit dieser Art der Wirtschaftsförderung wurden die Arbeitsplätze zu den Arbeitskräften gebracht und wurden keine zusätzlichen Pendler geschaffen. (Abg. Ileschitz: „Es gibt eine Geschäftsordnung. Zwingend vorgeschrieben im Gesetz!“) Herr Präsident Ileschitz, darf ich noch eine Frage anhängen? Sie sind, meines Wissens, im Wirtschaftsförderungsbeirat vertreten. Sie lassen sich dort zwar regelmäßig persönlich vertreten, aber können Sie mir sagen, ob der Wirtschaftsförderungsbeirat im Land Steiermark schon einmal eine Mehrheitsentscheidung gefällt hätte oder ist es nicht doch so richtig, daß der Wirtschaftsförderungsbeirat des Landes Steiermark bisher immer einstimmig votiert hat? Wenn das aber der Fall ist, bitte Herr Präsident Ileschitz, warum regen Sie sich hier auf, daß die Wirtschaftsförderung des Landes Steiermark falsch wäre, vor allem regional falsch gesetzt wird.

Meine Damen und Herren! Kurz zum Fall Niklasdorf. Als Leobner und Niklasdorfer muß ich hier einige Sätze sagen. Es sind nur vier Jahre her, daß die Leykam-Mürztaler die Papierfabrik Niklasdorf gekauft hat. Die überraschte Belegschaft wurde damals mit dem Versprechen beruhigt, man werde auch nach einem beabsichtigten Auslaufen der Zellstoffproduktion die Arbeitsplätze durch das Aufstellen einer neuen Papiermaschine sichern. Trotz wiederholter Beteuerungen wurden diese Versprechen nicht eingehalten. Im Gegenteil! (Abg. Ileschitz: „Wer hat das gemacht?“) Das hat das Management der Leykam-Mürztaler gemacht, Herr Präsident! Im Gegenteil, die verantwortlichen Manager haben plötzlich im Spätsommer dieses Jahres zum Entsetzen der 620 Mitarbeiter und ihrer Familien die ersatzlose Schließung des Werkes angekündigt. Eine Protestwelle ist losgebrochen. Der Bundeskanzler als oberster Eigentümer der verstaatlichten Industrie und natürlich auch der indirekt (Abg. Ileschitz: „Das ist doch nicht verstaatlicht!“) verstaatlichten Industrie hat zahlreiche Resolutionen und Protestschreiben bekommen. Meine Damen und Herren! Ich darf Ihnen vielleicht hier nur eine Antwort des Herrn Bundeskanzler auf so eine Resolution vorlesen. Der Bundeskanzler hat an die Kammer

der gewerblichen Wirtschaft Leoben folgendes Fernschreiben geschickt (Abg. Ileschitz: „Das ist doch eine völlige Verdrehung!“): „Wie Sie wissen, hat das Bundeskanzleramt gemeinsam mit der OIAG am 27. Oktober 1980 bei der Regionalkonferenz in Leoben Maßnahmen zur Erhaltung der Beschäftigung und Verbesserung der Wirtschaftsstruktur in der Region Obersteiermark vorgelegt.“ Und jetzt kommt es: „Für das konkrete Problem der Aufrechterhaltung des Werkes Niklasdorf ist die Bundesregierung nicht zuständig!“ Das heißt also, der Herr Bundeskanzler hat sich sehr deutlich als „nicht zuständig“ erklärt. (Abg. Ileschitz: „Ist auch kein verstaatlichter Betrieb!“) Meine Damen und Herren! Als nun der Schließungsantrag so um den 20. November zum zweiten Mal auf der Tagesordnung des Aufsichtsrates der Leykam-Mürztaaler stand, gab es neuerlich heftige Reaktionen. Es kam sogar zu einer Straßenblockade. Diese Straßenblockade wurde eigentlich von allen verstanden, nur von Gewerkschaftsvertretern nicht. Es hat zum Beispiel der Leobner Bezirkssekretär der Gewerkschaft diese Straßenblockade als „Terroraktion“ bezeichnet. Wie sich die Angelegenheit weiterentwickelt hat, wissen wir alle. Dem Land Steiermark, dem steirischen Steuerzahler, wurde eine Beteiligung an den Verlusten verordnet. Nicht genug damit, daß ohnedies durch ein Drittel des Verlustes, den die Bundesregierung tragen wollte oder will, der Steirer ohnedies schon beteiligt ist, er wird auch extra noch als steirischer Steuerzahler zur Kasse gebeten. Und das, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist nicht richtig. Ich finde es falsch, wenn das Tochterunternehmen einer verstaatlichten Bank, die sich gerade in der Londoner City, einem Weltzentrum des Geld- und Goldgeschäftes, eingemietet und als österreichische Paradebank aufwendig hochgelobt hat, eine Papierfabrik kauft, die Sicherung der Arbeitsplätze durch Großinvestitionen verspricht und dann vier Jahre später dieses Unternehmen für nicht lebensfähig erklärt. Dieses größte österreichische Creditunternehmen überläßt es der öffentlichen Hand, die eingebrockte saure Suppe auszulöffeln. (Abg. Ileschitz: „Und wer ist der Generaldirektor?“) Und anstatt das Verursacherprinzip anzuwenden und die Bank kräftig zur Ader zu lassen, geht der Herr Bundeskanzler her und beteiligt die österreichischen Steuerzahler an der Verlustabdeckung. (Abg. Dr. Heidinger: „Das ist ein Einstandsgeschenk für den Androschl!“) In dieser Art und Weise, meine Damen und Herren, ist das keine Rettungsaktion. Das haben auch die zahlreichen Wirtschaftskolumnen in den Zeitungen bestätigt, Dr. Weiland, Zankl und so weiter, wie Sie sie alle kennen. Es muß daher verlangt werden, daß der Eigentümer die Papierfabrik so saniert, daß sie rationell weitergeführt werden kann oder aber, daß raschest Ersatzarbeitsplätze geschaffen werden, die von Dauer sein müssen. Für beide Varianten stehen Förderungsmittel zur Verfügung. Auch Landeshauptmann Dr. Krainer hat hiefür die große Hilfsbereitschaft des Landes Steiermark ausdrücklich bekundet.

Ich erhebe zum Schluß eine Forderung, meine Damen und Herren! Ich verlange hier von dieser

Stelle, daß der Bau des Wiener Konferenzentrums, für den die Bundesregierung in den nächsten Jahren über fünf Milliarden Schilling ausgeben will, zugunsten einer konstruktiven Förderung zur strukturellen Verbesserung der steirischen Wirtschaft ausgesetzt wird. Und ich bitte Sie, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, es wäre eine für unser Land unschätzbare Leistung, könnten wir uns alle zusammen in den Dienst dieser Sache stellen. Ich bitte Sie darum. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident Zdarsky:** Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Erste Landeshauptmannstellvertreter Gross.

**Erster Landeshauptmannstellvertreter Gross:** Meine Damen und Herren!

Es ist Ihnen ja sicherlich bekannt, daß ich gleichzeitig auch Mitglied dieses Hohen Hauses bin, und daher bevorzuge ich diesen Platz, um zu Ihnen zu sprechen. Wir haben soeben in einer Klubobmännerbesprechung ein wenig den Versuch unternommen, die Diskussion zu straffen, und ich werde mich bemühen, hier im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten auch relativ kurz zu sein, obwohl gerade die Fragen der Wirtschaft äußerst brennend im Vordergrund stehen und sich eigentlich durch die ganze Diskussion der diesjährigen Budgetdebatte ziehen. Aber, meine Damen und Herren, wenn ich ein Resümee am Beginn ziehen kann — und ich werde Sie sicher nicht lange aufhalten —, dann ist das Erfreuliche an dieser Diskussion, die heute in diesem Hause stattgefunden hat, daß sich alle Parteien dieses Hohen Hauses, natürlich auch wir Sozialdemokraten, zur absoluten Priorität unseres Handels, das heißt, zur Sicherung der Arbeitsplätze in unserem Lande bekennen. (Allgemeiner Beifall.) Die neuerliche Wirtschaftskrise, die uns Mitte der achtziger Jahre völlig überraschend getroffen hat, hat wahrscheinlich kein Bundesland so getroffen wie die Steiermark. Und hier vor allem, ohne andere Gebiete abzuwerten, wie heute schon mehrmals erwähnt, den Raum der Mur- und Mürzfurche. Und wir wissen, warum es wahrscheinlich so ist. Das ist mit die geographische Situation, das sind die gewachsenen Strukturen in der Obersteiermark, jene Strukturen, die enorme Investitionen notwendig machen, wenn wir diese Betriebe wettbewerbsfähig halten wollen. Und, meine Damen und Herren, wenn es darum geht, die Arbeitsplätze zu sichern, dann glaube ich, sollten wir uns auch über einige Fakten im klaren sein. Mit allen finanziellen Möglichkeiten, die uns zur Verfügung stehen, dem Bund, dem Land, aber auch den Gemeinden, werden wir notwendige Investitionen in sehr großem und weiterem Ausmaß vorzunehmen haben. Aber ich glaube persönlich nicht, daß wir damit die Probleme der Beschäftigung in dieser Region lösen können, sondern es ist einfach ein Zeichen der technischen Entwicklung und der Technologie, daß man, wenn man investiert und rationalisiert, gleichzeitig auch Arbeitsplätze wegrationalisiert. Das heißt also wir müssen uns bemühen, vor allem in dieser Region zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen. Und darum

immer wieder das Drängen auf eine Verbesserung der Infrastruktur in diesem Raum! Denn Sie alle wissen, meine Damen und Herren — und hier vor allem glaube ich, von der Seite der ÖVP die Wirtschaftsleute —, daß man einem Privatunternehmer nicht vorschreiben kann, wo er sich ansiedelt. Er siedelt sich dort an, wo er glaubt, den günstigsten Standort gefunden zu haben. Wir alle müssen zur Kenntnis nehmen, daß wir in den letzten Wochen, Monaten, eigentlich Jahren, einen eindeutigen Trend in den Raum an die Donau hatten. Warum Raum an der Donau? Der billige Wasserweg, die Autobahnen, die die Standortfrage meistens gegen die Steiermark entschieden haben. Darum glaube ich, meine Damen und Herren, müssen wir alle Anstrengungen unternehmen, die Infrastruktur in diesem Raume raschest und bestmöglich zu verbessern.

Ich darf in diesem Zusammenhang doch etwas sagen, was mir als Richtigstellung vorkommt, aber ich weiß, es gibt verschiedene Auffassungen. Wir leiden sicher vor allem bei der Eisen- und Stahlindustrie darunter, daß wir nicht zeitgerecht in die Finalindustrie gegangen sind. Es gibt nur ein Werk in diesem Bereich, das ausgebrochen ist. Das ist das Werk Zeltweg. Aber es ist auch das einzige Werk, das keine Produktionsschwierigkeiten hat, Arbeitskräfte hält und sogar noch imstande ist, Arbeitskräfte aufzunehmen. Nun glaube ich, wäre es in diesem Zeitpunkt der Diskussion nicht zweckmäßig, hier und dort ein Bummerl zuzuschieben. Aber wenn der Herr Landeshauptmann, und ich darf Sie hier zitieren, gesagt hat, meine Damen und Herren, von 1966 bis 1970 war es nur die ÖVP, sonst haben Sie immer den zuständigen Minister der verstaatlichten Industrie gestellt. Da muß ich sagen, das trifft zu, aber es ist von mir aus gesehen nicht die ganze Wahrheit, denn sie würde darin bestehen, daß von 1945 bis zum Jahre 1970 die ÖVP auch in der Koalitionsregierung immer die Mehrheit gehabt hat. Alle Anträge auf Möglichkeiten, in die Finalindustrie zu gehen, ob das von Waldbrunner oder Pittermann gekommen ist, sind immer wieder abgelehnt worden. Damals hat man erklärt, das ist Angelegenheit der Privatwirtschaft. Ich möchte nicht die Namen und alle, die hier eine Rolle gespielt haben, in den Raum stellen. Aber unter diesen Versäumnissen leiden wir sichtlich. Meine Damen und Herren, wenn jemand glaubt, in dieser schwierigen Situation, in der sich die Stahlindustrie befindet, jetzt ein Patentrezept gefunden zu haben, dann glaube ich, irrt er sich sehr. Es gibt hier eine Aussage eines steirischen Nationalrates aus dem obersteirischen Raum, der gesagt hat, ja, nehmts Euch ein Beispiel, wie westliche Industrieländer diese Stahlkrise lösen und was hier vom Stab alles unternommen wird. Ich habe hier relativ genaue Zahlen, und ich habe sie mir vom Generaldirektor der VEW, Beyer, am vergangenen Freitag in einer Aussprache bestätigen lassen. Vom Jahre 1975 bis zum Jahre 1980 sind im Raum der EWG 150.000 Stahlarbeiter freigestellt worden. Meine Damen und Herren, in aller Deutlichkeit, das wird für uns

Sozialdemokraten sicherlich kein Beispiel einer guten Politik sein können. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich bin hier einige Male auch in der Frage Niklasdorf zitiert worden. Teilweise, ich würde fast sagen, in einer Form, die man kollegial unter Anführungszeichen nennen kann. Es waren der Kollege Turek und andere mehr. Meine Damen und Herren, ich muß dazu folgendes sagen: Es war von mir kein Mutwillensakt, daß ich den gemeinsam geplanten Besuch in Slowenien mit dem Herrn Landeshauptmann abgesagt habe. Ich hatte eine Einladung des Bundeskanzlers, an dieser entscheidenden Aussprache teilzunehmen. Ich weiß nicht, woher die Informanten kommen, die von Kammerl und Vorzimmer sprechen oder sie meinen damit das Zimmer des Bundeskanzlers, wo diese Gespräche zwischen Kanzler Kreisky, Vizekanzler Androsch und mir in mehreren Phasen stattgefunden haben und zum Schluß mit den Belégschaftsvertretern in einem rund zweistündigen Gespräch. Und in der sehr schwierigen Situation, in der wir uns befinden haben, gebe ich Ihnen eines zu, darüber brauchen Sie mit mir nicht diskutieren. Wenn Sie rein volkswirtschaftlich die Dinge sehen und den Rechenstift hernehmen, dann hätte man sagen können, da gibt es keine Chance. Aber wir Sozialdemokraten sehen nicht nur den Rechenstift, wir haben 620 Menschen gesehen und uns daher zu dieser Lösung durchgerungen. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, man stellt sich relativ leicht hierher und sagt, finanzielle Mittel in jeder Weise, Strukturverbesserung, neue Technologien, zukunftssträchtige Produkte, nur sind das zum Teil Schlagworte. Man soll uns sagen, was das in einer sich rasch verändernden Welt eigentlich bedeutet. Wenn wir in Niklasdorf nicht diese Entscheidung getroffen hätten, dann, meine Damen und Herren, in zwei, drei Monaten und auch in einem halben Jahr oder einem Jahr bekommen Sie für 600 Leute keinen Ersatzarbeitsplatz. Wir haben gesagt, die Sicherung der Arbeitsplätze ist für uns vorrangig. Das war mit der Entscheidung in Niklasdorf. Ich sage noch einmal, wir haben dem Land bei dieser Aussprache nicht diktiert. Ich bin nicht der Landeshauptmann, und ich verrete nicht die Mehrheit in diesem Hohen Haus. Ich habe nach Abschluß der Gespräche den Herrn Bundeskanzler gebeten, dem Herrn Landeshauptmann die Dinge darzulegen. Ich habe die Abschrift dieses Briefes, in dem der Herr Bundeskanzler dem Landeshauptmann den Vorschlag unterbreitet, dieser Vereinbarung beizutreten, weil sie uns als einzig mögliche Lösung erschienen ist. Aber bitte, was ich damit sagen möchte ist, daß das kein Diktat der Bundesregierung, sondern die Einladung an das Land Steiermark, in der schwierigen Situation Niklasdorf mithilfe beizutragen, ist. Ausgelöst wurde das sicherlich auch durch ein Telegramm, das wenige Stunden vor Beginn der Beratungen dem Bundeskanzler zugestellt worden ist. Gezeichnet vom Herrn Landeshauptmann, in dem der Landeshauptmann, und ich begrüße das, sehr deutlich seiner Sorge um die Arbeitsplätze in Niklasdorf Ausdruck verleiht und gleichzeitig festhält, wir sind zu jeder möglichen Unterstützung

bereit, nur darf niemand arbeitslos werden in Niklasdorf. Jetzt haben wir die Regelung gefunden. (Allgemeiner Beifall.) Meine Damen und Herren, das war mit ein Gesprächspunkt. Dieses Telegramm hat uns dann in die Meinung versetzt und nicht als Diktat, daß das Land Steiermark an einer Lösung mit beitragen wird. Ich sage noch einmal, ich habe verhandelt, ich habe kontaktiert, und meine Damen und Herren, ich habe noch mehr getan, das sage ich auch in aller Deutlichkeit. Als die Dinge in Niklasdorf dann eskaliert haben, und es zur Straßenblockade gekommen ist, das werden einige wissen, war ich bis Mitternacht oben in meinem Raum in der Burg. Aber ich habe nicht geschlafen oder geschrieben, ich habe ununterbrochen kontaktiert, noch aus meiner Zeit als Gewerkschafter, mit den Gewerkschaftern, mit den Sekretären, mit allen Menschen, die da oben noch die Vernunft gehabt haben, besänftigend einzuwirken, denn wenn dort etwas passiert wäre, wäre es über den Raum Niklasdorf hinausgegangen. Meine Damen und Herren, das war eine sehr ernste Nacht, die wir dort verbracht haben, und wir gemeinsam bemüht waren, die Dinge wiederum in den Griff zu bekommen. Noch einmal, Herr Landeshauptmann, wir haben in Leoben darüber diskutiert. Ein Wort zu dieser Regionalkonferenz, die wir angeblich torpediert haben. Wir haben am 8. Oktober eine Einladung für eine solche Regionalkonferenz erhalten, und bereits am 29. September hatte die Gewerkschaftsfraktion eine Konferenz einberufen, an der ich meine Teilnahme zusagte. Ich würde das ganze nicht wieder aufs Tapet bringen, aber ich möchte ein Resümee ziehen, weil ich glaube, daß wir alle von großer Sorge um die Erhaltung der Arbeitsplätze erfüllt sind. Wenn wir diese Sorgen über die Parteigrenzen hinweg echt ernst meinen, dann glaube ich, dann soll man in diesen Fragen ständigen Kontakt halten, auch was notwendige Terminabsprachen anlangt. Meine Damen und Herren, sonst taucht hier sofort das Gefühl auf, man will politische Dinge machen, und ich sage Ihnen offen, die schwierigen Probleme der Steiermark werden weder allein vom Land, noch vom Bund, noch von den Gemeinden, sondern nur gemeinsam gelöst werden können. Ich glaube, dazu werden wir uns auch bekennen müssen. (Beifall bei der SPO.)

Meine Damen und Herren, noch ein Wort zur VEW, dann versuche ich zum Ende zu kommen. Es wird hier von den Schwierigkeiten der Stahlindustrie und von der Finanzierung gesprochen. Ich erwähne es hier gar nicht, es dürfte ja bekannt sein, in welcher Situation sich die Stahlindustrie in England trotz hoher staatlicher Subventionen befindet. Sie haben die Zwei-Tage-Woche bereits eingeführt unter der Frau Thatcher. Das mag konservatives Denken sein. Die VEW hat nicht früher 400 Millionen Schilling erhalten, sondern erst jetzt. Sie wird weitere 200 Millionen Schilling erhalten. Sie hat bereits vorher 529 Millionen Schilling zur Verbesserung ihrer Situation und 2,1 Milliarden Schilling für Investitionen, die bereits vorgenommen worden sind, bekommen. Weitere 1,6 Milliarden Schilling Investitionen wer-

den in Kapfenberg durchgeführt, um diesen Betrieb auch in Zukunft beständig und konkurrenzfähig zu halten. Das sind die Tatsachen. (Beifall bei der SPO.)

Meine Damen und Herren, im Zusammenhang noch die Frage Arbeitsmarktförderungsgesetz. Der Kollege Dr. Dorfer hat das angeschnitten. Er hat gesagt, man soll diese Pendlerbeihilfe aus dem Arbeitsmarktförderungsgesetz bezahlen. Das Arbeitsmarktförderungsgesetz hat eine Budgetpost für das Jahr 1981 von rund 1,3 Milliarden Schilling. Bisher hat die Steiermark aus dieser Post — es waren vergangenes Jahr 1,1 Milliarden Schilling —, also heuer, im Jahre 1980, über 300 Millionen Schilling erhalten. Jetzt könnten wir sagen, wie haben wir uns als Steirer in Wien durchgesetzt? Man könnte sagen, wir haben uns durchgesetzt. Aber, meine Damen und Herren, daß fast ein Drittel dieser gesamten Mittel der Republik Österreich auf diesem Sektor in die Steiermark geht, zeigt, daß die Bundesregierung die besonders schwierige Situation der Steiermark erkannt hat und bereit ist, Maßnahmen zu setzen. (Beifall bei der SPO.)

Meine Damen und Herren! Ich habe gestern wiederum ein Gespräch mit dem Herrn Bundeskanzler über die Situation in der Steiermark geführt. Ich glaube, er sowie der Bautenminister waren in den letzten Jahren kaum so oft in der Steiermark, als in den letzten Wochen. Ich glaube, sie dokumentieren damit deutlich, daß sie die Probleme echt erkannt haben. Die großen Probleme, vor denen wir in der Steiermark stehen. Durch diese Krisenerscheinungen ausgelöst, stärker ausgeprägt als in allen anderen Bundesländern. Ich glaube, meine Damen und Herren, wir können uns auf die Hilfe der Bundesregierung verlassen. Ich bin überzeugt, daß diese Hilfe auch vom Land Steiermark kommen wird. Wenn wir das tun in jenem Geiste, in dem wir seit dem Jahre 1945 gemeinsam für dieses Land gearbeitet und gewirkt haben und so große Erfolge erzielt haben, um die wir heute in aller Welt beneidet werden, wenn wir das tun in jenem Geiste, dann, meine Damen und Herren, glaube ich, haben wir eine Chance, die schwierigen achtziger Jahre weiterhin so gut zu bewältigen, wie wir bisher schwierige Zeiten bewältigt haben. Ein herzliches Glück auf! (Beifall bei der SPO.)

**Präsident:** Das Wort hat Herr Landesrat Dipl.-Ing. Fuchs.

**Landesrat Dipl.-Ing. Fuchs:** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich habe als Abgeordneter durch 13 Jahre in diesem Haus immer mit einem gewissen Neid fast auf die Regierungsbank geblickt, auf die Herren, die dort ruhig und gelassen gesessen sind und sich die Ausführungen der Abgeordneten mit sichtlichem Interesse angehört haben. Ich kann Ihnen, meinen jetzigen Kollegen und vor allem auch meinen ehemaligen Kollegen sagen, es gibt überhaupt nichts Schwierigeres, als als Landesrat ruhig und gelassen hier zu sitzen, während man bei jedem zweiten Wort, das gesprochen wird, eigent-

lich aufspringen (Abg. Preamberger: „Das ist Temperamentsache!“) und sagen möchte, das ist ja nicht so, das ist ja ganz anders. Ich kann Ihnen sagen, das Geld hier ist sauer verdient, überhaupt, wenn man berücksichtigt, daß es nun viereinviertel Stunden gedauert hat, bis alle Damen und Herren — und bei weitem nicht alle, die sich zu diesem Kapitel melden wollten — ihre Ausführungen beendet haben. Ich wäre jetzt sehr versucht, als erstes auf das zu antworten, was der Herr Landeshauptmannstellvertreter Gross hier als Abgeordneter ausgeführt hat. Und weil er es als Abgeordneter ausgeführt hat, und weil ich höflich genug bin, auf alles eingehen zu wollen, was Abgeordnete hier ausgeführt haben, und was ich glaube, daß aus meiner unmaßgeblichen Sicht wesentlich ist, werde ich ihn auch nicht vorziehen, wie es sich gehören würde, sondern ihn als Abgeordneten, als letzten Redner, berücksichtigen. Wobei ich aber sagen möchte, daß alles nicht immer dann richtig ist, wenn alle zuhören und ein großer Applaus ist und die Argumente mit dem größten — ich bin sehr höflich — staatsmännischen Gehabe vorgetragen werden. (Abg. Hammerl: „Auch ein Landesrat hat nicht immer recht!“ — Abg. Brandl: „Was heißt Gehabe?“) Nicht Gehabe, das war keine Beleidigung! Bitte, das war gar nichts! Ich möchte sagen, da sind andere Sachen gesagt worden. Ich könnte auch sagen, mit der Pose oder mit der Miene oder mit der Statur eines Staatsmannes, aber es war vieles, bitte Herr Landeshauptmannstellvertreter, wirklich sachlich — glaube ich — nicht richtig, und ich werde und muß darauf zurückkommen, weil man es einfach nicht so lassen kann.

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es hat viereinviertel Stunden gedauert, und es gebührt sich, daß der zuständige Referent zwar kurz, aber doch immerhin der Länge dieser Debatte entsprechend auch Stellung nimmt. Ich möchte damit anfangen, daß ich Ihnen sozusagen, das Szenarium umreißt, das sich vor uns darstellt. Es ist heute bereits mehrfach mit Ziffern aufgewartet worden, und ich komme jetzt auch mit einer Ziffer. Allein auf Grund des Bevölkerungswachstums in der Steiermark werden wir in den nächsten fünf Jahren zusätzliche 50.000 Arbeitsplätze brauchen, um alle Schulabgänger mit Arbeitsplätzen in der Steiermark versorgen zu können. Das ist das eine. Dazu kommt aber noch die unweigerlich weiter fortschreitende Abwanderung aus der Landwirtschaft, und dazu kommen noch die wirtschaftlichen Probleme, die sich aus der konjunkturellen Entwicklung, aus der angesprochenen Rationalisierung und so weiter ergeben. Allein in der Mürz-Mur-Furche wird auf Grund des Bevölkerungswachstums ein zusätzlicher Arbeitsplätzebedarf von 12.000 in dieser Zeit auf uns zukommen. Dazu kommen die etwa 1000, die angeblich in der Papierindustrie zu viel sind, und es wird eine Ziffer von 3000 bis 5000 Beschäftigten, die in diesem Zeitraum aus dem Bereich der VOEST, VEW, frei werden, mit-zuberücksichtigen sein.

Im Bezirk Leibnitz, um nur einen der Grenzbezirke zu erwähnen, sieht es so aus, daß 3000 zu-

sätzliche Arbeitsplätze auf Grund der Bevölkerungsentwicklung gebraucht werden, daß aber insgesamt 10.000 zusätzliche Arbeitsplätze in den nächsten fünf Jahren gebraucht werden, um die weitere fortschreitende Abwanderung aus der Landwirtschaft zu berücksichtigen. Wir können daher überhaupt nicht anders als zu einer Schwerpunktbildung kommen. Ich glaube, daß in den Budgets der nächsten Jahre für die Arbeitsplatzförderung, und damit für die Wirtschaftsförderung insgesamt, größere Beträge eingesetzt werden müssen. Ich weiß, daß ich mich mit dieser Forderung zum Beispiel im Gegensatz zum Herrn Landesrat Heidinger befinde, der begreiflicherweise sagt, er möchte einen Spitalsschwerpunkt haben. Es ist wirklich die Frage, und das wird im Schoße der Landesregierung abzuwägen sein, ob wir einen Spitalsschwerpunkt machen, ob wir einen Schulschwerpunkt machen, ob wir einen Kulturschwerpunkt machen oder ob wir in erster Linie die allseits anerkannte Problematik der Arbeitsplatzbeschaffung als das zentrale Thema überhaupt ansehen.

Denn, meine sehr geehrten Damen und Herren, mit den Beträgen, die in den letzten Jahren zur Verfügung standen und die auch in diesem Budget hier zu Verfügung stehen, können wir ungefähr ein Zehntel dessen bewältigen, was wir in den nächsten Jahren bewältigen müssen. Nun, nachdem es so viele angeschnitten haben, komme ich auch zu dem General-Motors-Thema, aber nicht um die Geschichte noch einmal aufzurühren, sondern nur um ein kleines Rechenbeispiel zu machen. Das General-Motors-Projekt wurde von der Bundesregierung mit einer Million Schilling pro Arbeitsplatz gefördert. Die 50.000 Arbeitsplätze, die in der Steiermark zusätzlich gebraucht werden, etwa 10.000 pro Jahr, würden eine Förderung, wenn wir alle gleich fördern würden, von 10 Milliarden Schilling im Jahr benötigen; wenn wir sie nur mit einem Zehntel des Betrages fördern, brauchen wir eine Milliarde Schilling, und so kann man das Spiel fortsetzen. (Landesrat Heidinger: „Das ist ein Widerspruch!“) Es geht gar nicht anders, als daß im wesentlichen Ausmaß Bundesmittel hierher in die Steiermark kommen, wollen wir dieser Problematik erfolgreich zuleibe rücken. Denn mit den rund 250 Millionen Schilling, die in den vergangenen Jahre für Wirtschaftsförderung ausgegeben wurden, und der Herr Präsident Ileschitz hat dankenswerter Weise diese Ziffer auch schon für das nächste Jahr ausgerechnet, reichen lediglich aus, um im selben Ausmaß genau 250 Arbeitsplätze zu fördern und nicht die geforderten 10.000. Ich bitte, meine sehr geehrten Damen und Herren, das sind Ziffern. Es ist mir völlig klar, daß nicht jeder Arbeitsplatz gleich gefördert werden muß, aber das sind Ziffern, die zu denken geben und die bitte in diesem Haus überdacht werden müssen und die man auch als eine Realität zur Kenntnis nehmen muß.

Wir haben, und das ist jetzt vielleicht das erste Positive an dieser Betrachtung, natürlich Überlegungen angestellt, wie wir in Anbetracht der beschränkten Mittel, und ich kann ja die Mittel nicht



vermehren, und die Landesregierung kann sie auch nicht vermehren, wenn wir nicht zu einer grundsätzlichen Änderung der Budgetstruktur kommen, wie wir mit diesen Mitteln möglichst rationell umgehen. Wir haben daher in den letzten Wochen, und ich bin fast stolz auf diesen Erfolg, eine Vereinbarung mit der Österreichischen Investitionskredit-AG getroffen, die uns 300 Millionen Schilling, ein sehr günstiger Kredit für die Steiermark, im nächsten Jahr und in jedem weiteren, in dem wir es wollen, zur Verfügung stellen. Wir werden aus Mitteln der Wirtschaftsförderung diesen Betrag mit drei beziehungsweise vier Prozent stützen und haben daher ab nächstem Jahr zusätzlich zu den bisherigen Förderungsmitteln 300 Millionen Schilling an günstigen Kreditmitteln zur Verfügung. (Allgemeiner Beifall.)

Das Geld allein wird es aber nicht machen, und es kommt daher darauf an, daß wir auch unsere Vorteile und die anderen Dinge, die wir in der Steiermark aufzuweisen haben, und die Unternehmer, seien sie privater oder verstaatlichter Natur, dazu bringen könnten, einen Betrieb in der Steiermark zu gründen, entsprechend publik zu machen und unter die Leute zu bringen. Auch hier haben mehrere Redner, ich glaube der Herr Präsident Ileschitz war einer davon, gesagt, man muß mehr werben, man muß etwas unternehmen. Ich habe vor einigen Wochen allen Mitgliedern der Landesregierung Vorschläge, die diesem Zweck dienen sollen, für drei Gesellschaften übergeben. Ich nehme fast an, daß der Herr Präsident Ileschitz diese Vorlagen kennt, obwohl er heute eigentlich nur auf das Industrieinstitut hingewiesen hat, dessen Vorlage mir unbekannt ist, abgesehen von einer kleinen Aufstellung über eine Punktation dessen, was in so einem Industrieinstitut gemacht werden könnte. Wir haben einen Verein, die „Steirische Gesellschaft für Betriebsansiedlungen und Betriebserweiterung“, vorgeschlagen. Weiters liegt ein Vorschlag im Schoße der Landesregierung für eine Steirische Grundstücksbeschaffungs- und Aufschließungsgesellschaft und ein Konzept für die Errichtung einer Gesellschaft zum Zwecke der Beteiligung an Unternehmen als ein Förderungsmittel, weil, und damit gehe ich auf das letztere ein, es zwar in Österreich eine ganze Menge von Einrichtungen gibt, die Investitionsmittel zur Verfügung stellen, es gibt aber kaum Kredite und es gibt kaum Aktionen, die Risikokapital oder Kapital für Betriebsmittel zur Verfügung stellen. Es gibt aber eine Faustregel, daß pro einer Million Schilling Investitionen etwa 500.000 Schilling Betriebsmittel zusätzlich in der Erweiterungsphase eines Betriebes gebraucht werden. Das ist eine Durchschnittsformel. Manchmal ist das Verhältnis eins zu eins, aber im allgemeinen ist es 0,5 zu eins. Es ist daher notwendig, auch auf diesem Gebiet etwas zu unternehmen.

Nun, eine Gesellschaft für Betriebsansiedlung und Betriebserweiterung hätte einen Großteil der Aufgaben und noch einige darüber hinaus, die auch in dem Papier des Herrn Landeshauptmannstellvertreters für ein Industrieinstitut vorkommen. Ich habe dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter

gesagt, daß ich seinen Beitrag nicht nur begrüße, sondern auch mit Dankbarkeit zur Kenntnis genommen habe. Ich glaube, daß es wesentlich ist, daß wir so etwas gemeinsam machen. Ich glaube aber auch, daß es nicht wirklich ausreichend ist, wenn man das auf das Gebiet der Industrie beschränkt, sondern es sind auch das Gewerbe, der Fremdenverkehr und der Handel mit zu berücksichtigen. Schon aus diesem Grund ist es sehr fragwürdig, so etwas Industrieinstitut zu nennen. Ich habe der Regierung die Papiere mit der Bitte um Begutachtung übergeben. Es waren vorige Woche zwei Herren der OIAG bei mir, der Herr Ministerialrat Zimmermann und der Herr Dr. Strouhal, die beide diese Papiere schon sehr gut gekannt haben. Es sind keine Geheimpapiere, bitte. Ich bin dankbar, daß sie sich sehr erfreut darüber geäußert haben. Ich habe spontan und ohne die Regierung zu fragen, aber es war keine Regierungssitzung, die OIAG eingeladen, als Mitglied einem oder allen drei Vereinen beizutreten. Es ist in den Statuten, die den Herren bekannt sind, vorgesehen, daß neben Land, Kammern und so weiter andere Mitglieder aufgenommen werden können. Ich hielt es für sehr günstig, wenn die OIAG in Anbetracht des hohen Anteils verstaatlichter Industrie in der Steiermark Mitglied so einer Gesellschaft würde. Auch das wurde von den Herren sehr bereitwillig aufgenommen, und sie haben gesagt, sie werden im Vorstand der OIAG das berichten und im Aufsichtsrat besprechen und werden uns dann Mitteilung machen. Die Frage, ob jetzt die OIAG mitgeht oder nicht, behindert aber nicht die Gründung dieser Gesellschaften, weil auch hier wieder in den Statuten vorgesehen ist, daß jederzeit Mitglieder aufgenommen werden können. Wenn ich von einer Betriebsansiedlungs- und Erweiterungsgesellschaft und der Werbung rede: Wir haben in der Steiermark neben den vielen Negativa, die interessanterweise hier gerne ausgewalzt werden und die auch alle stimmen, nämlich daß wir schlechte Straßen haben, aber schlechte Bundesstraßen, und daß die Eisenbahnverbindungen in der Steiermark katastrophal sind, bitte sehr katastrophal. Jeder, der in Bischofshofen in den Zug einsteigt, glaubt nicht, daß er noch irgendwohin kommt, wo es sich lohnt, hinzukommen. Denn bis diese Eisenbahn durch Ennstal, durch Palten- und Liesingtal und am Schluß durchs Murtal bis Graz herunterkommt, hat er so genug von der Eisenbahn und von Graz, daß es ihm schon ganz egal ist, wo er dann hinkommt. (Landesrat Gruber: „Auf der Straße geht es ihm nicht anders!“) Auf der Straße geht es ihm nicht sehr viel besser. Aber noch einmal, sowohl Eisenbahn als auch Autobahnen sind keine primären Aufgaben des Landes, obwohl wir eine Landesbahn haben, zu der ich im nächsten Kapitel auch noch ein Wort sagen werde. Hier geht es um Vernachlässigungen, entschuldigen Sie, es ist ja ganz egal, welche Bundesregierung das war, Vernachlässigungen der Steiermark durch die Bundesregierungen, wenn Sie wollen. Aber auch durch die vorige.

Wir haben aber auch Positiva. Wir haben in der Steiermark einen Strompreis, der günstiger

ist als in fast allen anderen österreichischen Bundesländern. Es sind nur Tirol und Vorarlberg, die dort aus Gründen, die Sie sich selber vorstellen können, beim Strompreis günstiger. Wir haben aber einen günstigeren Strompreis in der Steiermark als Oberösterreich, als in Wien und Niederösterreich. (Abg. Ileschitz: „Wenn wir uns nicht gewehrt hätten, wäre er sehr hoch!“) Das sind Voraussetzungen, die günstig für eine Betriebsansiedlung sind, und die ich Sie bitte und ersuche zu transportieren und anderen Leuten zu sagen. In der Werbung für die Industrieansiedlung in der Steiermark wird so etwas auch gemacht werden. Dieser günstige Strompreis ist nicht von ungefähr zustande gekommen, sondern, weil die STEWEAG in den letzten 25 oder 30 Jahren systematisch und mit sehr weiter Voraussicht ihre Wasserkrafts ausgebaut hat und überhaupt eine Politik verfolgt hat, die uns einen sehr hohen Grad an Eigenversorgung an Strom gebracht hat. Das sind die Früchte davon. Herr Präsident Ileschitz spricht mich an. Ich bin seit einigen Jahren im Aufsichtsrat der STEWEAG, und der Herr Dr. Klausner kann mir bestätigen, daß, wenn einer dort gegen eine Erhöhung des Strompreises redet, dann bin ich es und sonst niemand. Bitte, Herr Präsident Ileschitz! (Abg. Ileschitz: „Ich wollte nur sagen, wir haben uns gewehrt gegen die 20 Prozent. Es sind nun 6,5 Prozent herausgekommen!“) Wir haben in der Steiermark die Möglichkeit nachzuweisen, daß die Produktivität in unseren Betrieben, das heißt die Produktivität der Arbeiter und Angestellten zumindest gleich hoch ist wie in anderen Bundesländern und daß wir Produktivitäten erreichen können, die bei weitem die Werte anderer Staaten überschreiten. Wir haben sicher eine höhere Produktivität als in gewissen Gebieten in Deutschland, wo nur mehr mit Fremdarbeitern gearbeitet wird. Ich kann das aus eigenem sagen. Ich habe mit „X“ Betrieben Vergleiche gemacht. Die Steirer sind arbeitswillig, die Steirer sind fleißig und die Steirer sprechen eine zwar manchmal unverständliche aber doch immerhin soweit deutsche Sprache, daß sie von Deutschen noch verstanden werden. Ein Positivum, das man nicht hoch genug herausstreichen kann. Wir haben einen Vorarlberger Industriellen im Raume Feldbach. Er hat dort einen Betrieb und wollte zehn Frauen aufnehmen. Er war sehr erstaunt, als sich hundert Frauen gemeldet haben. Wenn er in Vorarlberg zehn Frauen sucht, dann melden sich fünf Türkinnen und davon drei ohne Arbeitsbewilligung. Es ist notwendig, auf diese Möglichkeit hinzuweisen. Und wir haben auch in der Steiermark ein Berufsschulwesen, ich habe es schon einmal gesagt, das eine hohe Zahl von Fachkräften — fast ist man versucht zu sagen — produziert. Ein Wert, den man überhaupt nicht unterschätzen soll. Wir könnten sofort in Leoben das Problem der Firma Rittmann lösen, wenn wir 100 Facharbeiter in Leoben zusammenbrächten. Und selbst aus Anlaß von Wirtschaftskrisen, von Kurzarbeit, ist es nicht möglich, in Leoben 100 Facharbeiter zustande zu bringen. Und das, meine Damen und Herren, verhindert die Ansiedlung eines Betriebes aus Vorarlberg,

eines Metallbetriebes, der dort eine wirklich ordentliche Entwicklung machen würde. Ich habe es dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter sagen können. Dem Landesarbeitsamt, mit dem ich in der Sache in Kontakt bin, stehen die Haare zu Berge, es ist nicht möglich, aus der verstaatlichten Industrie diese Facharbeiter herauszubringen. Wenn mir jemand dabei helfen könnte, wäre es ein großer Erfolg. Rittmann sagt, ein Minimum von 100 Arbeitern ist notwendig, dann komme ich. So sehen die Dinge aus. Das heißt Ausbildung, Ausbildung, Ausbildung. (Abg. Brandl: „Und Mobilität!“) Lehrlinge, Facharbeiter, und dann haben wir eine echte Chance in der Steiermark.

Wir haben in der Steiermark — um jetzt schnell weiter zu machen — Hochschulen, Forschungsanstalten, wir haben eine Erdgasversorgung, die allerdings durch die letzten Preisentwicklungen etwas problematisch geworden ist, und wir haben vor allem in gewissen Räumen heute auch schon eine halbwegs brauchbare Versorgung durch die Autobahnen, so daß wirklich Verschiedenes für die Steiermark spricht, was weithin gar nicht bekannt ist. Wenn wir selbst uns immer nur die Negativa erzählen, dann werden wir die Situation damit auch nicht verbessern.

Nun zur Wirtschaftsförderung weiter. Wir haben beschränkte Mittel, das ist bereits gesagt worden. Ich habe mit der Fachabteilung Ib gesprochen. Damit beziehe ich mich jetzt auch auf etwas, was hier gesagt wurde, daß wir in Zusammenarbeit mit den Regionalbeiräten einen Katalog erstellen sollen, der die verschiedenen Gebiete — es müssen jetzt gar nicht Bezirkshauptmannschaften sein, es können auch viel kleinere Einheiten sein — der Steiermark nach der Förderungswürdigkeit kategorisiert. Es hat einer der Diskussionsredner heute hier gesagt, es ist doch unerhört, der eine Bezirk bekommt viel, der andere Bezirk bekommt wenig. Derselbe Redner hat etwas später gesagt, aber der Bund ist großartig, der hat in der Obersteiermark einen Schwerpunkt. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin der Meinung, daß es sinnlos wäre, wenn man pro Kopf der Bevölkerung über die ganze Steiermark gleichmäßig die gleiche Förderung geben würde. Dann brauchen wir keine Wirtschaftsförderung mehr, dann geben wir jeder Gemeinde soviel Geld und die sollen dann machen. Da wird überhaupt nichts herauskommen. Wenn wir in der Steiermark die Probleme beheben wollen, dann müssen wir Schwerpunkte setzen. Und Schwerpunkt heißt, daß einer mehr bekommt und der andere weniger, daß in der Region mehr gefördert wird, in der anderen weniger. Ich glaube, ich befinde mich in guter Gesellschaft, wenn ich sage, daß der Herr Finanzreferent selbst überhaupt nicht dafür ist, daß alles gleichmäßig geht, denn in der Stadt Deutschlandsberg geschieht sehr viel, was sonst nirgends passiert. (Landesrat Gruber: „In Deutschlandsberg geschieht sehr viel. Es ist ein Schwerpunkt!“) Es ist ein Schwerpunkt, ich bin für die Schwerpunkte. Aber der Herr Präsident der Arbeiterkammer ist für die Gleichmäßigkeit. Sie haben gesagt, Fürstenfeld. Sie haben vorgerechnet! (Abg. Ileschitz: „Das

war Kohlhammer!") Wer war das? Der Kohlhammer war es. Sie haben gesagt, Graz hat nur soviel pro Kopf der Bevölkerung bekommen, und Bruck noch weniger und Leoben noch weniger, und dafür ist in Fürstenfeld oder Feldbach sehr viel gegeben worden! (Abg. Ileschitz: „Ist Graz kein Schwerpunkt? Die am meisten verschuldete Stadt!") Ich komme sofort zu Graz. Die Fachabteilung I b wird einen Katalog erstellen, der etwa sechs Kategorien haben wird. Man hat mir versprochen, daß diese Arbeit bis Mitte des nächsten Jahres fertig sein wird. Es werden dabei das Steueraufkommen, die regionale Situation, die Struktur der dort befindlichen Betriebe, die Größenordnung, die Branche, und ich weiß nicht was noch, berücksichtigt. Es wird Ihnen sicher sehr viel einfallen. Die Regionalplanungsbeiräte, die schon laufend arbeiten, erstellen dazu Grundlagen. Und dann wird gefördert. Dann wird aber nicht so gefördert wie bisher, wie man es auch machen könnte. Dann wird so gefördert werden, daß in der Region, die die höchste Förderungswürdigkeit hat, dort werden dann 75 Prozent der Aufschließungskosten gegeben und in einer Region, die weniger Strukturprobleme hat, dort werden 25 Prozent gegeben. Das sind vergleichsweise Zahlen, und so wird man mit den Krediten auch verschieden verfahren, um einen maximalen Effekt zu erzielen. (Allgemeiner Beifall.)

Man hat meinem Vorgänger immer den Vorwurf gemacht, daß er Graz nicht gefördert hat. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist unrichtig. Es wurde in Graz gefördert, und ich selbst habe — und das habe ja nicht ich verhandelt, es war ja schon vorherverhandelt — bedeutende Förderungsvorhaben für Graz unterschrieben und in die Regierung eingebracht. Ich sage nur AVL, es wurde vorher Steyr-Daimler-Puch gefördert, es wurden kleine und mittlere Betriebe in großer Zahl gefördert, und auch seit ich die Amtsführung habe, ist Graz in keiner Weise bei der Wirtschaftsförderung benachteiligt. Natürlich überlegt man sich, ob ein Betrieb in Graz so sehr benötigt als ein Betrieb, der zum Beispiel bereit ist nach Mureck und Radkersburg zu gehen, wo es ja darum geht, gewisse Standortnachteile zu überbrücken.

Dazu auch ein Wort, weil es zur Pendlerfrage paßt. Nach Graz pendeln täglich 35.000 Menschen ein. Die Stadt Graz würde stehen bleiben, wenn diese Pendler nicht nach Graz kämen. Das sind nicht nur Pendler, die von weit herkommen, das sind zum Teil Leute, die auch nur auf der anderen Seite der Stadtgrenze wohnen, aber es sind Pendler, und zum Teil kommen sie bis 50 und 60 Kilometer täglich nach Graz. Wenn wir in Graz unbeschränkt Betriebe ansiedeln würden, würden wir zunächst einmal nur die Pendlerzahl wesentlich erhöhen. Es hat meiner Meinung nach — alles was man sagt, erregt irgendwo Anstoß — wenig Sinn, in einem Umkreis von fünf oder sechs Kilometern um Graz Betriebe anzusiedeln und damit die Arbeitskräfte, die die Stadt braucht, um leben zu können, abzusaugen. Man muß also in Graz und in einem weiteren Umkreis von Graz fördern und dann wieder etwas weiter draußen. Das sind

alles Fragen, die aber nicht so leichtin beurteilt werden können, sondern die genau und nach wissenschaftlichen Erkenntnissen geplant werden müssen, die ich Ihnen dann vorlegen werde und die auch, Herr Präsident Ileschitz, dann in den Förderungsrichtlinien, die die Beiräte begutachten werden, Aufnahme finden werden. Was in die Beiräte nicht Aufnahme finden wird, solange ich es verhindern kann, und ich sage es auch ganz offen, ist die Überprüfung in den Betrieben an Ort und Stelle durch Mitglieder des Beirates. Es geht nicht an, meiner Meinung nach, und ich glaube nicht, daß es sich ein inländischer oder ausländischer Unternehmer gefallen lassen kann, daß Organe der Handelskammer, der Industriellenvereinigung, des Gewerkschaftsbundes und der Arbeiterkammer im Betrieb, in seiner Buchhaltung und wo sonst noch, Erhebungen pflegen. Das geht nicht an. (Beifall bei der OVP.) Wir haben im Lande Steiermark verlässliche und vertrauenswürdige Beamte. Wir haben die Beiräte, in denen die Unterlagen völlig offen aufgelegt werden. Abgesehen davon, daß sie sagen können, daß diese Beamten nicht das Richtige berichten (Abg. Ileschitz: „Als Feuerwehr!"), gibt es überhaupt keinen Grund, warum ein nicht zur Verschwiegenheit verpflichteter Angestellter irgendeiner Interessensvertretung in einem Betrieb Erhebungen pflegen muß, um die Förderungswürdigkeit festzustellen. Wir können ein Frühwarnsystem machen. Wir haben mit der Abteilung für Wirtschaftsförderung gesprochen, daß es zweckmäßig wäre, wenn die von uns geförderten Betriebe in regelmäßigen Abständen einen Fragebogen bekommen, wo man sie fragt, wie es geht, damit uns nicht Überraschungen treffen. Ich habe mit den Vorständen beider Großbanken, die in der Steiermark Betriebe haben, gesprochen und habe gesagt, es ist schlechthin ein Skandal, daß wir aus der Zeitung lesen müssen, daß in Niklasdorf Schwierigkeiten entstanden sind. Es wäre eine Verpflichtung der Vorstände, doch einmal im halben Jahr zur Landesregierung zu kommen und zu sagen, wir beschäftigen in der Steiermark 20.000 Menschen oder 10.000 Menschen, so und so schaut es dort und dort aus. Das könnte man von einem dem Staat gehörenden Unternehmen, einer Bank, ohne weiteres verlangen. Man hat mir das zumindest in der Kreditanstalt auch zugesagt. Wir brauchen es uns ja gar nicht gefallen zu lassen, daß wir nur gerufen werden, wenn es irgendwo schlecht geht. Wenn es gut geht, redet keiner. Wenn einer Verluste hat, und ich zitiere jetzt Wortmeldungen vom Herrn Präsident Ileschitz aus vergangenen Jahren — die Verluste werden sozialisiert von der Leykam, von der VEW, von der VOEST-Alpine — werden sie sozialisiert (Abg. Ileschitz: „Stimmt ja. Jawohl, da hat er recht!"), und wenn es um Gewinne geht, dann sind das große Erfolge, und die behalten sie sich selbst. Das braucht sich das Land nicht gefallen zu lassen, und das war auch der Grund, warum der Herr Landeshauptmann Krainer gesagt hat, natürlich wollen wir Aktien dafür haben. Wenn wir schon eine Förderung geben, für etwas, was uns nichts angeht, warum sollen wir dann nicht an den zukünftigen Gewinn

nen teilhaben, warum sollen wir nur Verluste abdecken? Das ist ja gar nicht notwendig. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Ileschitz: „Nur kassieren ohne Kontrolle, so geht es nicht!“) Herr Präsident Ileschitz, ich bin für jede Kontrolle, ich halte nur überhaupt nichts davon, daß die Handelskammer und die Arbeiterkammer kontrollieren. Das ist Sache der Abteilung für Wirtschaftsförderung, die die Förderungsmittel zu verantworten hat und sie auch zu verwalten hat und die diesem Landtag gegenüber durch den zuständigen Landesrat dafür verantwortlich ist und Rede und Antwort zu stehen hat. Sie und Ihre Herren haben diesem Kreis gegenüber keine Verantwortung. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Das hast du mißverstanden!“ — Abg. Ileschitz: „Das ist ein starkes Stück!“) Verstehen Sie mich nicht falsch, Sie wissen genau, was ich meine. Die Steuermittel, die via Wirtschaftsförderung an Betriebe gegeben werden, verwaltet die Abteilung für Wirtschaftsförderung, dafür bin ich diesem Hohen Haus verantwortlich und niemand anderer. (Abg. Ileschitz: „Herr Landesrat, dann hätte man in das Gesetz nicht hineinnehmen dürfen, daß der Beirat eine Geschäftsordnung zu bekommen hat!“) Der Beirat bekommt eine Geschäftsordnung, nur wird nicht alles das drinnen stehen, was Sie gerne in der Geschäftsordnung haben möchten. Es wird sehr viel in der Geschäftsordnung drinnen stehen. (Abg. Ileschitz: Dann reden wir darüber. Drei Entwürfe liegen da!“ — Landeshauptmannstellvertreter Gross: „Sie können nicht sagen, daß es uns nichts angeht, wenn es um die VEW geht. Das sind auch steirische Arbeiter!“) Die VEW und die Arbeiter in der VEW gehen uns sehr viel an. Was uns aber nichts angeht, bitte, ist der Eigentümer. Und der Eigentümer hat die erste Verantwortung. Wenn er seiner Verantwortung nicht nachkommt, dann kann das Land nicht einfach blindlings einspringen, sondern muß sich schon vorbehalten, sagen zu dürfen, in welcher Weise es helfen will. Solange die Beträge stimmen. (Landesrat Gruber: „Dann hören Sie mit der Wirtschaftsförderung auf!“) Meine sehr geehrten Damen und Herren, so ist es nicht. Ich werde Ihnen gleich erzählen, wie die Wirtschaftsförderung aussieht. Die Wirtschaftsförderung besteht in zinsengestützten Krediten. Und zinsengestützte Kredite sind für die VEW da, sind für Leykam da und sind für alle da. Wenn es darum geht, Risikokapital zur Verfügung zu stellen, wenn es darum geht, nicht rückzahlbare Darlehen in beträchtlicher Höhe zur Verfügung zu stellen, dann muß sich wohl der Darlehensgeber noch herausnehmen können, eine gewisse Kontrolle auszuüben und zu sagen, wenn später Gewinne sind, wollen wir auch etwas davon haben. Wenn der Herr Landesrat Klauser seine Schilifte und was er sonst mit Landesbeteiligung fördert, dann ist das Land auch beteiligt, hat das Land auch seine Leute in den Aufsichtsräten. Warum sollen plötzlich bei der Industrie andere Maßstäbe gelten als bei Loipersdorf und beim Kurzentrum Bad Aussee und bei den Schiliften und so weiter. Warum? (Landesrat Gruber: „Sie haben Ihre Aufsichtsräte drinnen. Der Herr Harnoncourt, von wo ist der?“) Herr Landesrat

Gruber, das ist das große Mißverständnis. Sie betrachten diese Dinge als wir, die SPÖ, und sie, die ÖVP. So schaue ich das nie an. Das Land Steiermark entsendet gar keinen Aufsichtsrat dorthin. Nicht einen. Sie sind drinnen. Sind Sie als Landesvertreter drinnen, oder in welcher Funktion fassen Sie sich selbst dort auf? (Landesrat Gruber: „In der Funktion, in der sie im Gesetz vorgesehen ist!“) Eben genau. Und Sie sind nicht vom Land dorthin entsandt. Und nichts anderes habe ich gesagt. Ich habe mich verloren. Zur Förderungsstatistik. Es wurden in den Jahren 1979 und 1980 etwa 250 Millionen Schilling an Förderungsmitteln ausgegeben. 50 Millionen Schilling im Jahre 1979 und fast 60 Millionen Schilling im Jahre 1980. Kleingewerbeförderung, 9 Millionen Schilling, Jungunternehmerförderung und 181 Millionen Schilling Mittelstandsförderung nach dem Mittelstandsförderungsgesetz und nach dem Industrieförderungsgesetz. Die Struktur der Unternehmen sieht so aus, daß mehr als ein Viertel der steirischen Betriebe Null Arbeitnehmer haben, und zwar ist es fast ein Drittel, bis zur Hälfte der steirischen Betriebe haben einen unselbständigen Arbeitnehmer, 86 Prozent der Unternehmen haben bis zehn Beschäftigte. Insgesamt sind es 99 Prozent. Das heißt, daß nicht einmal ein Prozent mehr als hundert Beschäftigte haben. Es ist heute schon erwähnt worden, daß die Betriebe, die mehr als 100 Beschäftigte haben, in den Jahren 1973 bis 1980 insgesamt 60.000 Arbeitsplätze verloren haben. Wenn man jetzt die Jahre der wirtschaftlichen Rezession 1974 bis 1976 ansieht, so sieht das dort aus, daß die Unternehmen mit Null bis hundert Beschäftigten insgesamt in der schlechten Zeit eine Zunahme von 2,9 Prozent an unselbständig Beschäftigten hatten, während die Betriebe über einhundert einen Rückgang von einem halben Prozent hatten. Das heißt, daß die gesunde Struktur, die auch zu pflegen ist, die Struktur der mittleren und kleinen Unternehmen ist. In der Steiermark sieht das so aus, daß nur 40 Prozent der in der gewerblichen Wirtschaft Beschäftigten in der Industrie beschäftigt sind und fast 60 Prozent in Gewerbe, Handel, Verkehr und Fremdenverkehr. Also 40 Prozent gegen 60 Prozent. Die Industrie mit 40 Prozent Beschäftigten, darauf wurde gestern schon hingewiesen, ist vergleichsweise unser Problem, wogegen das Gewerbe, und die sogenannten Kleinen — und deren hohes Lied muß hier einmal gesungen werden — einen großen Beitrag sowohl zur Vollbeschäftigung als auch zur Vermeidung einer Jugendarbeitslosigkeit leisten. Denn in den Betrieben des Gewerbes, des Handels und des Fremdenverkehrs kommt auf fünf unselbständige Arbeitnehmer ein Lehrling, bei der Industrie nur auf jeden 17. Ich glaube, daß das eine Leistung ist, die die gewerbliche Wirtschaft erbringt, und zwar die sogenannten Kleinen in der gewerblichen Wirtschaft, die ganz besonders herausgestrichen werden müssen, insbesondere im Anbetracht dessen, wozu wir uns gerade früher alle verstanden haben, daß nur dann, wenn wir einem potentiellen Investor geschulte und gelernte Arbeitskräfte in ausreichender Anzahl anbieten können, daß wir nur dann eine wirkliche Chance

haben, Investoren in die Steiermark zu bringen. Diese kleinen und mittleren Betriebe — entschuldigen Sie, wenn ich Sie in dem Zusammenhang kurz aufhalte — sind die, die nicht nur die Versorgung des Nahraumes, die Versorgung des ländlichen Raumes auf sich nehmen. Das sind die Firmen, die den administrativen Schikanen der Behörden, der Krankenkasse, der Steuerbehörde und auch des Landes — wenn Sie wollen — ausgesetzt sind. Es sind dies die sichersten Steuerzahler. Und das wird Sie vielleicht interessieren, es sind auch die sichersten, um das Geld dort anzulegen. Denn eine Insolvenzstatistik zeigt, daß Kleinbetriebe eine Insolvenzrate von nur 0,44 Prozent haben, Großbetriebe in der Größenordnung von 8,2 Prozent. Es ist also das Geld, und die Ausfälle bei der Kleingewerbeförderung zeigen dasselbe, daß in einem Klein- und Mittelbetrieb angelegt ist, das am sichersten angelegte Geld. Wir haben im Jahre 1978 einen Ausfall von 7000 Schilling gehabt, wir haben im Jahre 1980 einen Ausfall von bisher 120,98 Schilling gehabt, ein Betrag, der einfach lächerlich ist in Anbetracht der Höhe der Förderung. Es bedrückt mich nur, in diesem Zusammenhang sagen zu müssen, daß der Fonds für gewerbliche Darlehen so ausgeschöpft ist, daß wir mit 20 Millionen Schilling bereits im Jahre 1981 sind, obwohl sich das Fondsvermögen von 1970 mit 45,8 Millionen auf das heurige Jahr mit fast 180 Millionen Schilling erhöht hat. Es ist trotzdem immer noch zuwenig. Ich glaube, wir müssen auch hier nachdenken, ob wir nicht eine entsprechend höhere Dotierung vornehmen.

In dem Zusammenhang, und weil ich gerade dabei bin, ich habe hier eine Liste, Herr Präsident Ileschitz, der verstaatlichten Unternehmen. Die Firma Binder in Gleisdorf ist ein Zweigbetrieb der VOEST-Alpine, wurde gefördert mit 4,5 Millionen Schilling. (Abg. Ileschitz: „Wann?“) Im Jahre 1970! Nein, das ist der Reihenfolge nach. „B“ ist das erste im Alphabet, und der Kollege Horvatek hat gestern gesagt, „noch nie wurde ein Betrieb der Verstaatlichten gefördert“. (Abg. Dr. Horvatek: „Das habe ich nicht gesagt?“) Was haben Sie gesagt? (Abg. Dr. Horvatek: „Ich habe gesagt, daß fast nichts getan wurde!“) „Fast nichts“, haben Sie nicht gesagt, aber bitte. (Abg. Dr. Horvatek: „Doch, doch!“) Aber nein, Herr Kollege Horvatek, ich komme gleich weiter! Es ist die Firma Binder in Gleisdorf, es ist die Firma Elin in Weiz, die bitte auch unbestritten. (Abg. Ileschitz: „Das war noch Sernetz“) Nein, 1970 nicht mehr. Die Firma Elin-Union AG in Weiz, bitte jenseits jeder Verdächtigung, war nie ein Konzernbetrieb einer Bank, 100 Prozent Staatseigentum, 15 Millionen. (Abg. Ileschitz: „Das habe ich gesagt!“) Das haben Sie nicht gesagt! 15 Millionen Schilling im Jahre 1973, GKB gehört wem, Herr Präsident Ileschitz? Vielleicht soufflieren Sie mir. GKB insgesamt 28, 30, 31 Millionen Schilling, Steyr-Daimler-Puch, VOEST-Alpine Kraubath, VOEST-Alpine Steirischer Erzberg, Wolfram-Bergbau, Vereinigte Edelstahlwerke, die eine Million Schilling, die will ich ihnen nicht mehr vorhalten, Vereinigte Edelstahlwerke eine Million Schilling und Vereinigte Edelstahlwerke

Schulungszentrum mit insgesamt 11 Millionen Schilling. (Abg. Ileschitz: „Soll ich vorlesen. Ich habe gesagt, außer den Schulzentren!“) Eine Million haben Sie gesagt, aber gut, die anderen haben es auch gehört. Man kann nicht sagen, ob es genug, zuviel oder zuwenig ist. Aber die Wette, die habe ich gewonnen. Und Sie haben mir zugesagt, Sie werden sich nachher dafür entschuldigen, daß Sie das behauptet haben. Ich warte darauf! (Abg. Dr. Horvatek: „Im Verhältnis zum Ganzen ist es fast nichts!“) Sie, ich rede hier nicht über die Relation. So können Sie mir nicht kommen. Zuerst sagen Sie überhaupt nichts, dann sagen Sie fast nichts. Herr Präsident Ileschitz hat gesagt, „wenn Sie mir einen verstaatlichten Betrieb sagen können“, und ich lese ihm eine ganze Reihe vor. (Abg. Dr. Horvatek: „Ich habe gesagt, im Verhältnis zum Ganzen fast nichts!“) Ich rede mit Präsident Ileschitz. Daß Sie es nie zugeben werden, wenn Sie Unrecht haben, das weiß ich genau. Das liegt eben nicht jedem. (Abg. Dr. Maitz: „Wie der Herr Bundeskanzler — 100 Millionen Schilling sind nichts!“) Seit meiner Abwesenheit hier als Landtagsabgeordneter ist geradezu eine Verwilderung der Sitten eingetreten. Ich kann mich erinnern, als ich einmal bei einer Diskussion zum Herrn Bürgermeister Pichler gesagt habe, „Sie sind mir zu dumm“. Ein Riesengeschrei, ein fürchterliches Geschrei. Einer hat geschrien, „jawohl Herr Unternehmer, so sind Sie.“ Heute sagt der Präsident der Arbeiterkammer, „schauen Sie nicht so dumm, machen Sie nicht so dumme Witze“, ich habe es mir mitgeschrieben, kein Mensch regt sich mehr auf. Also dieselben Sittenapostel sind scheinbar abgestumpft. (Beifall bei der OVP.) Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich werde mich jetzt wirklich beeilen, ich verspreche es Ihnen. VEW, bitte! Es ist heute soviel über VEW gesprochen worden, daß ich auch darüber sprechen darf. (Landesrat Gruber: „Darüber redet ja jeder!“) Und der Herr Landesrat Gruber wird wie der Beckmesser dastehen und immer sagen „falsch“, wenn ich etwas sage, was nicht richtig ist. Die Landesregierung hat einstimmig — also auch mit den Stimmen der sozialistischen Partei — ihre Wohlmeinung abgegeben hinsichtlich der Vereinigung von Schoeller-Bleckmann und Böhler. Stimmt, nicht! Gut! Das war sicher gut, ob es für Böhler an sich das Beste war, möchte ich dahingestellt sein lassen. Aber nachdem die Landesregierung einer Meinung war, muß man das zur Kenntnis nehmen. Nur Böhler hatte bei der Fusion eine Eigenkapitalquote von 30 Prozent. Heute hat die VEW insgesamt durch Verluste von 2,8 Milliarden Schilling in den letzten Jahren seit der Fusion eine Eigenkapitalquote, die in der Größenordnung irgendwo zwischen drei und zehn Prozent liegt. Man kann sagen, daß, wenn die Betriebe allein geblieben wären, die Verhältnisse vielleicht noch schlimmer wären. Für Böhler wären sie wahrscheinlich schlimmer, denn Böhler hat wahrscheinlich ein Opfer gebracht. (Landesrat Gruber: „Ist die Fusion schlecht?“) Niemand sagt, daß die Fusion schlecht ist, aber nur sagen, wir herrlich sie ist, angesichts dieser Zahlen, das dürfte sogar dem Herrn Landesrat Gruber, stell-

vertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates, schwer fallen. (Landesrat Gruber: „Ich mache keinen Zwischenruf mehr!“) Ich bitte darum. Die VEW hat Verluste von 2,8 Milliarden Schilling gehabt. Der Herr Landeshauptmann von Steiermark hat den Vorschlag gemacht, daß das Land Steiermark 100 Millionen und noch einmal 100 Millionen Schilling dann gibt, wenn der Bund eine Milliarde Schilling und noch eine Milliarde Schilling gibt. Meine bescheidene Milchmädchenrechnung sagt mir, daß, wenn man die Strukturmilliarde, die teilweise ausbezahlt ist, teilweise noch nicht, und die 200 Millionen Schilling vom Land und die zwei Milliarden Schilling vom Bund zusammennimmt, die wir ja provozieren wollen, ich würde ja hoffen, daß Sie bei dieser Provokation mittun, dann würde das bedeuten, daß der VEW 3,2 Milliarden Schilling Eigenkapital zur Verfügung gestellt worden wären, was zur Folge hätte, daß die teuren Kredite durch Eigenkapital ersetzt werden könnten. Nach meiner Rechnung, und vielleicht ist sie falsch, aber gar so weit daneben wird sie nicht liegen, würde sich die Zinsenlast, die dieses Unternehmen zu tragen hat, durch diesen Kapitalzufluß halbieren. International ist es üblich, daß Eisen- und Stahlwerke eine 20prozentige Eigenkapitalquote haben, Böhler hatte 30 Prozent, die VEW hat jetzt weniger als 10 Prozent. Wenn wir das wieder hineingeben, sind wir fast wieder dort, wo wir waren. Wir würden etwa bei den 20 Prozent liegen. Es würde keine Situation wie im heurigen Jahr eintreten, wo im ersten Halbjahr der Verlust des Unternehmens 200 Millionen Schilling betrug, bei einer Zinsenlast von 400 Millionen Schilling. Wenn Sie die 400 sozusagen halbieren, wäre die Rechnung plötzlich auf Null ausgegangen. Das würde sich halt viel hübscher ausnehmen und würde, glaube ich, auch im letzten den dort Beschäftigten zugutekommen. Ich hoffe, daß wir bald mit der Bundesregierung zu Verhandlungen in diesem Punkt kommen werden, und daß wir durch ein gewaltiges Opfer, angesichts von 250 Millionen Schilling im Jahre für die gesamte Wirtschaftsförderung, 100 Millionen Schilling für die VEW, dadurch diesem Unternehmen, das an sich ein hervorragendes Unternehmen ist mit einem Ruf am Weltmarkt, der in technischer Hinsicht einwandfrei ist, wirklich helfen und damit den Arbeitern und Angestellten, aber bitte nicht nur in der Steiermark, sondern auch in Niederösterreich. Die VEW hat mit 11.000 Beschäftigten in der Steiermark, Herr Landesrat Gruber, etwas mehr als 50 Prozent in der Steiermark (Landesrat Gruber: „75 Prozent!“), 75 Prozent, danke sehr. 25 Prozent sind in Niederösterreich. Aber 75 Prozent stimmt im übrigen nicht. Es sind bei 60 Prozent. 11.000 von 20.000. Sie müssen es eigentlich besser wissen als ich.

Das zweite Problem, auf das ich ganz kurz eingehen möchte, ist Leykam. Ich möchte Sie jetzt nicht langweilen, zu sagen Kammerl, kein Kammerl und so weiter. Ich möchte nur eines sagen, Herr Landeshauptmannstellvertreter. In den wenigen Wochen, in denen ich dieses Amt verwalte, haben Sie, glaube ich, gemerkt, daß ich Ihnen noch jedes Mal, wenn Sie etwas wissen wollten, frei-

willig und bereitwillig, und zwar innerhalb von Minuten Auskunft gegeben habe. Ich glaube, das können Sie mir bestätigen. Wenn der Herr Bundeskanzler Ihren Rat für so wertvoll hält, er wird schon wissen, was er tut, und sicher ist er wertvoll, weil Sie sicher über diese Dinge sehr viel wissen, wenn er nicht den Landeshauptmann oder den Wurm von einem Landesrat zu fragen denkt, dann bitte sehr, nützen wenigstens Sie die Gelegenheit, mit mir zu reden, bevor Sie zu einer Verhandlung fahren. Es ist nicht möglich, die ganze Landesregierung, ununterbrochen und täglich am laufenden darüber zu halten, was geschieht. Jetzt werde ich Ihnen nur ein Beispiel sagen, warum ich mich in der Leykamfrage so aufrege, und warum ich wirklich einen unheiligen Zorn entwickle, wenn ich höre, daß in Wien dies und das geredet wird. Vor der Raumordnungskonferenz in Leoben, und deswegen weiß ich das Datum, zwei Tage vorher, war ich beim Vorstand der Creditanstalt-Bankverein in Wien und habe dort einen Investor präsentiert, der bereit ist, in Niklasdorf auf dem Gelände der Leykam, ohne daß eine Halle von Leykam berührt wird, auf einem freien Grundstück, das von der Leykam nicht genutzt wird, eine Investition von 400 Millionen Schilling durchzuführen und ungefähr ein Drittel der Beschäftigten der Leykam zu übernehmen. Hätten Sie mich gefragt, hätte ich Ihnen das sagen können, und Sie hätten das berücksichtigen können. (Landeshauptmannstellvertreter Gross: „Das haben wir gewußt!“ — Abg. Ileschitz: „Wer ist das?“ — Abg. Dr. Schilcher: „Dreimal darfst Du raten!“) Es geht ja doch um etwas anderes. Der Vorstand der Creditanstalt war bereits so weich, daß er gesagt hat, also wegen des Grundstückes werden wir uns nicht streiten. Wenn wir denen die Verluste abdecken, werden die uns das Grundstück nicht mehr schenken für diesen Investor. Das ist das Problem. Ich bin in dieser Sache nicht eitel. Mir ist es völlig egal, wer redet, ob Sie das sind, oder jemand anderer, aber nur bitte reden wir es uns doch vorher aus. Es hat ja ein anderer auch Gedanken dazu, ob Sie diese dann berücksichtigen oder nicht. Wenn wird dort den Grund geschenkt bekommen, in der Größe von 22 ha, dann erspart uns das eine Unmenge Geld des Landes, das wir jetzt ausgeben werden müssen, denn diese Leute sind natürlich bocksteif. Zufällig heißt der Herr, der darüber zu entscheiden hat, Bock. Die sind bocksteif. Dem Vorstand der CA habe ich gesagt, daß Zusperrern ohne Ersatzbetrieb nicht in Frage kommt. Die werden nie erreichen, daß die Steiermärkische Landesregierung so oder so ihre Zustimmung gibt. Sind Sie sich denn sicher, daß Sie das überhaupt durchbringen in dem Aufsichtsrat? Der Aufsichtsrat ist mehrheitlich von Aufsichtsräten besetzt, die entweder der Betriebsrat oder sonst jemand entsendet, die der sozialistischen Partei angehören. Nach Auskunft des Vorstandes der Creditanstalt-Bankverein war es ein sozialistisches Mitglied — deswegen war man sich ganz sicher, daß das alles über die Bühne gehen wird — des Aufsichtsrates, das gleichzeitig Mitglied des Vorstandes der CA ist, der gesagt hat, jetzt muß

Schluß sein mit Niklasdorf, das können wir uns nicht mehr leisten. Ich hätte das nie gesagt, wenn man nicht hier gesagt hätte, wir Sozialisten haben das gerettet. Das kommt mir so vor, als würde jemand, der einen mit dem Auto überfährt, Erste Hilfe leisten und nachher sagen, jetzt habe ich dich gerettet. (Allgemeine Heiterkeit.) Das ist zu wenig. Wenn ich in dem Zusammenhang eine Bitte anbringen darf, dann wäre es folgende, und vielleicht können mich da die Damen und Herren unterstützen. Die Steiermark ist im ERP-Fonds durch kein Mitglied vertreten. Kein Mitglied ist aus der Steiermark. Früher einmal war es der Landesrat Peltzmann. Vielleicht kann der Herr Landeshauptmannstellvertreter Gross aus Anlaß seines Gesprächs mit dem Herrn Bundeskanzler erreichen, daß zum Beispiel der Wirtschaftslandesrat, aber auch von mir aus er, Mitglied der ERP-Kommission wird. Das wäre für die Steiermark wichtig, weil dort werden die Mittel auch gesteuert und gelenkt, und wir sollten in diesem Gremium vertreten sein, vor allem wenn man berücksichtigt, daß sich alles, was es an wirtschaftlichen Schwierigkeiten derzeit in Österreich gibt, ja in Wirklichkeit in der Steiermark abspielt.

Weil ich gerade dabei bin, folgendes: In der Regionalkonferenz in Leoben wurde eine Aktion mit der Bundesregierung besprochen, die entsprechend der Waldviertelaktion die berühmten 100.000 Schilling pro Arbeitsplatz bringen soll. Die Gespräche sind mit dem Bundeskanzleramt auf gutem Wege, und die Förderung wird in etwa so ausschauen, daß Land und Bund je 50.000 Schilling geben werden, womit Arbeitsplätze gefördert werden. Das gilt für die Gerichtsbezirke Bruck an der Mur, Judenburg, Knittelfeld, Eisenerz, Leoben, Irdfing, Liezen, Rottenmann, Kindberg und Mürzzuschlag. Jetzt wird man sagen, warum ist, ich weiß nicht, was noch dabei. Da steht dann ein Satz, daß jedes Projekt außerhalb dieser Gerichtsbezirke, das auf diesen Gerichtsbezirk einen Einfluß hat, auch förderungswürdig ist. Es ist also ein breiter Förderungsrahmen. Der Betrag ist natürlich nicht immens groß, denn ein Arbeitsplatz in der Industrie, und im Gewerbe ist es nicht anders, kostet heute in der Größenordnung zwischen 500.000 Schilling und drei Millionen Schilling. Mit 100.000 Schilling pro Arbeitsplatz kommt man nicht weit. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, das Geld wächst nirgends, auch nicht beim Bund, und man muß wahrscheinlich mit allem zufrieden sein, was man auf diesem Gebiet bekommt. Jetzt bin ich schon fast am Schluß und komme dann schnell zu den Beantwortungen. Es ist heute mehrfach — und vom Kollegen Prensberger ganz besonders — auf die Leistungsfähigkeit und auf die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie hingewiesen worden. Es ist natürlich kein Zufall, daß die Japaner uns am Weltmarkt Konkurrenz machen. Das hängt natürlich auch mit den sehr hohen Arbeitskosten in Österreich zusammen. Ich erlaube mir daher in diesem Zusammenhang und hier zu sagen, daß zumindest auf absehbare Zeit und zumindest so lange die derzeitige Krise währt, es nicht günstig wäre, die Arbeitszeit zu verkürzen. Sei es eine

Verkürzung der täglichen, wöchentlichen, jährlichen oder Lebensarbeitszeit. Alles, was jetzt in dieser Situation Kosten zusätzlicher Natur bringt, gefährdet wieder einige Arbeitsplätze. Der Kollege Prensberger weiß das ganz genau. Stahlkonstruktionen kann man heute in Korea und im Sudan machen lassen, aber nicht mehr in der Steiermark. Und wenn man die Kosten noch weiter hinauftreibt, dann werden Kessel oder die Brücken oder ich weiß nicht was, nicht mehr gemacht werden können. Auch das gehört dazu. Was auch dazugehören würde, wäre, daß man — auch eine kleine Randanmerkung — in den Kollektivverträgen in der Zukunft die Möglichkeit von Teilzeitarbeit und Heimarbeit besser berücksichtigt als in der Vergangenheit. Es gibt interessanterweise eine ganze Menge von Bereichen, sei es Sprechstundenhilfe, sei es Sekretärinnen, wo durch die Teilzeitarbeit echte Engpässe behoben werden könnten. Ich möchte jetzt gar nicht von dem Aspekt reden, der für den Menschen dadurch eintritt, daß zum Beispiel eine Frau, nachdem ihre Kinder soweit sind, daß sie wieder halbtätig arbeiten gehen könnte, eine Arbeit findet und dadurch eine bessere Lebensfüllung und das Gefühl hat, daß sie etwas anderes macht als nur kochen, braten und backen und eine Wohnung aufräumen. (Abg. Kohlhammer: „Das kann sie doch heute auch!“) Es ist so, daß es in den Kollektivverträgen mit einer einzigen Ausnahme, nirgendwo eine Vorkehrung für Teilzeitbeschäftigung gibt. (Abg. Dr. Heidinger: „Doch, wir haben es!“) Es ist zum Beispiel auch im Landesdienst eine Teilzeitbeschäftigung schon wegen der Frage der Pragmatisierung ein wirkliches Problem. Dasselbe gilt aber auch im Gewerbe und in der Industrie wegen der Abfertigungen und dergleichen. Es ist eine schwierige Situation und man müßte diesem Aspekt mehr Bedeutung beimessen. Es gibt verschiedene Formen. Es gibt eine flexible, gleitende oder variable Arbeitszeit. Ich glaube, das sollte man sich überlegen und dasselbe gilt für die Heimarbeit, denn auch hier wäre eine beachtliche Hilfe in verschiedenen Bereichen zu geben. Wenngleich ich zugebe, daß diese beiden Bereiche, Teilzeit und Heimarbeit, in den kleineren überschaubaren Betrieben leichter zu verwirklichen sind als in den großen Betrieben der Industrie. Nachdem aber 60 Prozent aller Arbeitnehmer in solchen Kleinbetrieben arbeiten, ist das schon ein Bereich, wo es dafürsteht, etwas zu unternehmen. Ich würde beide Sozialpartner ersuchen, sich in dieser Hinsicht auch Gedankengänge zu machen. Ganz kurz zu den Beantwortungen der Fragen. Es ist vom Herrn Abgeordneten Stoisser auf die Schwierigkeiten des Grenzlandes hingewiesen worden, der Herr Abgeordnete Kohlhammer hat die Pendlerbeihilfe besprochen — ich bin überzeugt, daß die „Neue Zeit“ morgen wieder schreiben wird, die OVP ist gegen die Pendlerbeihilfe — kein Mensch hat das je gesagt. Es muß jemand entweder schlecht zugehört haben oder absichtlich etwas Falsches verstanden haben. Es ist nur die Frage, was man sich darunter vorstellt. Der Herr Abgeordnete Kohlhammer hat gesagt, „jede sinnvolle Hilfe ist begründet“. Ich

glaube, so waren Ihre Worte, Herr Abgeordneter! Ich darf dazu nur mitteilen, daß der ÖVP-Parlamentsklub am 19. Juni 1979 einen Entschließungsantrag, betreffend eine Pendlerpauschale (Abg. Brandl: „Das haben wir schon gehört!“), eingebracht hat, das 2400 Schilling und so weiter beträgt, für alle, die über 20 Kilometer pendeln. Dieses wurde von der sozialistischen Mehrheit dort niedergestimmt. Ich bin für alles. Aber es geht nicht an, daß man im Bund dagegen ist und im Land dafür und dann sagt, wir sind immer dafür, das geht nicht. (Abg. Brandl: „Das gibt es häufig!“) Und dann steht in der Zeitung, die ÖVP ist dagegen! Die SPÖ hat es in Wien niedergestimmt, die ÖVP hat es beantragt. (Abg. Preamsberger: „Habt Ihr etwas gegen steirische Eigenständigkeit?“) Hleschitz haben wir besprochen, Geschäftsordnung wurde erwähnt. Ich bin sofort fertig, ich weiß, ich habe lange gebraucht, aber es war doch wichtig auf einige Dinge einzugehen. Die Innovation ist Sache des Unternehmens, ist gesagt worden. Das ist sicher richtig. Es ist schwer zu wissen, wer zum Beispiel bei der verstaatlichten Industrie Unternehmer ist. Ist das der Vorstand, ist es der Vorstand und der Aufsichtsrat, denn ich glaube, daß die Innovation, die für die österreichische Industrie und überhaupt für die Wirtschaft wahnsinnig wichtig ist, auch in diesem Bereich nicht gerade sehr aufwendig betrieben wird und daß man hier all denen, die dort Verantwortung tragen, schon auch den Vorwurf machen kann, daß sie auch nicht viel mehr getan haben als die anderen.

Dann Schwerpunktbildung Bund, VOEST-Alpine, Aktivitäten, Industrieinstitut haben wir schon besprochen; Wirtschaftsbeirat. Preamsberger, ja die VOI-Versammlung, Herr Kollege Preamsberger, Sie haben ein gutes Gedächtnis mit den Schwalben und Forellen. (Abg. Preamsberger: „Das hat mich gerissen!“ — Abg. Dr. Strenitz: „Er war höflich. Den letzten Teil hat er nicht dazugesagt!“) Bitte, die VOI ist natürlich ein Verein, und ich kenne zufällig den Präsidenten Mayer-Rieckh, und es kennen ihn auch hier einige Herren, es ist ganz sicher nicht so. Das einzige, was man ihm nie vorwerfen kann, ist, daß er Standesdünkel hat. Der Präsident Mayer-Rieckh ist nie der Mann, der sagt: „Wir fressen das Fleisch und ihr Baraberer freßt das Gras!“. Da haben Sie ihn falsch verstanden. Was er gemeint hat, ist, Herr Kollege Preamsberger, es tut mir leid, daß ich Ihnen das jetzt sagen muß. (Abg. Preamsberger: „Ich habe keinen Gebrauch davon gemacht!“) Aber nein, natürlich nicht, es steht ja nur im Protokoll. Was er wirklich gemeint hat, ist, daß in der Wirtschaft, aber nicht Arbeitgeber-Arbeitnehmer, sondern in der Wirtschaft der Größere den Kleinen manchmal frißt. Und daß natürlich die Wirtschaft so aufgebaut ist, daß jeder ein bißchen vom Raube lebt. Der größere drückt den kleinen Lieferanten und der noch größere drückt den großen. Das ist gemeint mit den Schwalben und mit den Forellen, die im übrigen ja sehr sympathische Viecherln sind und gegen die man ja an sich nichts sagen kann. Kernkraftwerke: Herr Kollege, da bin ich mit Ihnen auf derselben Linie. Was ich überhaupt nicht verstehe, ist, daß eine

Bundesregierung in so einer Frage, wenn sie eine absolute Mehrheit hat, ohne daß es die Opposition verlangt, eine Volksbefragung macht. Die verstehe ich nicht. Das hat mich immer gewundert. Daß der Herr Bundesminister Salcher eben anderer Meinung ist als Sie und ich, dagegen kann man auch nichts machen.

In dem Zusammenhang hat mich der Herr Kollege Schrammel gebeten, weil er aufgefordert wurde, auf seine Eumig in Fürstenfeld zu schauen. Die Eumig in Fürstenfeld ist bestens betreut von ihm. Das zeigen nicht nur die Betriebsratswahlen dort, sondern das zeigt vor allem die Tatsache, daß das Werk blüht und gedeiht und keine Absicht besteht, es zu schließen. Über die Frage Leykam habe ich schon gesprochen und komme damit zum Schluß.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe mich bemüht, Ihnen sowohl einen Überblick über die Problematik des Ressorts ... (Abg. Preamsberger: „Herr Landesrat, ich muß Sie bitten zur Frage Voitsberg, Weiterführung der Arbeit, etwas zu sagen. Die Leute erwarten sich das!“) Die Weiterführung der Arbeit, wie Sie ja selbst gesagt haben, ist an sich ja sichergestellt. Es waren Verfahrensmängel, für die sicher der Bürgermeister von Voitsberg zunächst zuständig ist (Abg. Turek: „Verantwortlich!“), denn ob es ihm paßt oder nicht und ob man Ihren Standpunkt teilt oder nicht, ein Bürgermeister hat die Verpflichtung, die anderen anzuhören, und weil sie noch dazu der anderen Partei angehören, muß man erst recht so objektiv sein und die anhören. Man kann das nämlich nicht als eine Parteisache abtun und sagen, weil zufällig die Umweltschützer dort einen Proponenten haben, der bei der ÖVP ist, deswegen braucht man dort nicht hinhören. Hätte er nämlich im ersten Verfahren die Dinge berücksichtigt, dann hätte es nie diese Schwierigkeiten gegeben. Das wird Verzögerungen bringen. Jetzt sage ich Ihnen aber noch etwas. (Abg. Preamsberger: „Sie sind Wirtschaftsmann. Sie wissen, der Aufsichtsrat hat das Fernschreiben gehabt. Ein klarer Gesetzestext wird verlangt!“) Ein Aufsichtsrat ist eine ganz wichtige Sache, aber der kann nicht etwas verlangen, sondern der muß schon mit der Behörde darüber reden und muß die Vorschreibungen der Behörde akzeptieren. Daß natürlich die Kärntner in Steiermark sich weniger um den Umweltschutz kümmern, als sie es täten, wenn dieses Werk in Kärnten irgendwo stünde, das werden Sie mir auch zugeben. Im übrigen aus Ihrer Sicht und aus der Sorge um die Arbeit für Ihre Leute in Ihrem Betrieb, gebe ich Ihnen völlig recht. Aber auch der Herr Frühbauer, und wie sie alle heißen, hätten ein bißchen geschickter agieren können, dann wäre es nie zu diesen Verzögerungen gekommen, mit denen wir es jetzt zu tun haben. Das Schwarzpeterlspiel, daß das plötzlich eine parteiliche Geschichte wird, ich glaube, das ist in dem Zusammenhang nicht angebracht.

Aber ich wollte ja eigentlich schon zum Schluß kommen und wollte mich bedanken für das große Interesse, nicht an dem Referat, sondern eben an den Fragen der Wirtschaft und der Wirtschaftsförderung. Alles was sich an Problemen in der



Industrie in Österreich heute abspielt, hat irgendwo seine Auswirkungen in der Steiermark, sei es die Papierindustrie, sei es die Eisen- und Stahlindustrie oder sei es auch nur die Eumig. Wir sind wirklich vom Unglück verfolgt. Ich habe seit drei Monaten dieses in der momentanen Zeit wirklich nicht leichte Amt übernommen und beabsichtige, solange Sie mir das Vertrauen schenken, es auch nach besten Kräften auszuführen. Ich gehe dabei von der Maxime aus, die mir einmal ein alter Freund gesagt hat: Er hat gesagt: „Ich lüge nie, außer es ist gut für die Firma“. Ich werde mich auch nur zu Gunsten der Firma lügend betätigen. Meine Firma heißt in dem Zusammenhang, Land Steiermark und in dem Sinne werde ich 1981 versuchen, mein Bestes zu geben. Danke sehr. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht mehr vor. Ich frage den Herrn Berichterstatter, Abgeordneten Kollmann, ob er ein Schlußwort wünscht.

**Abg. Kollmann:** Ich verzichte auf das Schlußwort und wiederhole meinen eingangs gestellten Antrag auf Annahme der Ansätze der Gruppe 7.

**Präsident:** Wenn Sie den Ansätzen und Posten der Gruppe 7 Ihre Zustimmung geben, bitte ich Sie um ein Zeichen mit der Hand. Die Gruppe 7 ist angenommen.

#### **Gruppe 8, Dienstleistungen:**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Friedrich Pfohl. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dr. Pfohl:** Die Gruppe 8 betrifft die Dienstleistungen. Ich glaube, ich kann mir die Aufzählung ersparen und bitte um Annahme der Gruppe 8 nach den Unterlagen, die Ihnen vorliegen.

**Präsident:** Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich bitte die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben.

#### **Gruppe 9, Finanzwirtschaft:**

Berichterstatter ist der Abgeordnete Dr. Dieter Strenitz. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dr. Strenitz:** Meine Damen und Herren, die Gruppe 9 sieht Einnahmen im Gesamtausmaß von 7.924.334.000 Schilling vor. Diesen Einnahmen stehen Ausgaben von 1.881.980.000 Schilling gegenüber. Die Budgetpost wurde im Finanz-Ausschuß vorberaten. Ich bitte um Annahme.

**Präsident:** Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Landesrat Dr. Klauser. Ich erteile ihm das Wort.

**Landesrat Dr. Klauser:** Meine Damen und Herren, ich werde versuchen, möglichst rasch über die Runden zu kommen, aber Sie erlauben mir doch ein paar Bemerkungen zur Budgetdebatte und zu dem, was hier im Zusammenhang mit dem Budget überhaupt und zur Rechtsabteilung 10 gesagt worden ist.

Der Herr Kollege Dr. Heidinger hat vom Budgetvollzug gesprochen, von der Situation der Banken, die für die heutige Zinsensituation verantwortlich gemacht werden. Nur ein Hinweis. Die Debatte zum Kulturkapitel hat ja gezeigt, wie schwer wir uns mit dem Budgetvollzug tun und wie sehr sich Theorie und Praxis hier voneinander unterscheiden. Leider geht es nicht immer so, wie es gehen sollte. Ich bin durchaus Ihrer Meinung, daß wir in dem Bemühen um einen korrekten Vollzug nicht aufhören können. Und was die Zinsensituation anlangt, so haben Sie zwar zum Teil recht, aber wie für fast alles, was heute in diesem Haus gesagt worden ist, halt auch nur zum Teil recht, denn etwa zwei Prozent davon haben wir sicher dem stillen Bündnis von Treichl und Flöttl zu verdanken, die das Habenzinsabkommen scheitern haben lassen. Das wissen Sie genauso gut wie ich. Auch die zwei Prozent würden uns erheblich helfen, wenn wir sie nicht zusätzlich zu tragen hätten.

Der Herr Kollege Landesrat Jungwirth hat bedauert, daß wir keine steuerlichen Grundlagen haben, um Anschaffungen im Bereich der Kunst zu fördern. Das stimmt nicht ganz. Wir haben ja den § 27 im Einkommensteuergesetz. Ich habe auch mit dem Joanneum und dem Herrn Präsidenten Koren eine diesbezügliche Aussprache gehabt. Die Einschränkung besteht allerdings darin, daß die Anschaffung nur für die öffentliche Hand erfolgen kann, also für Museen, für solche Einrichtungen, denen sie zur Verfügung gestellt werden muß. Ich muß allerdings ehrlich sagen, daß ich das gerechtfertigt finde, wenn man an die Preissteigerungen am Kunstmarkt denkt. Es würde ja hier unter Umständen der Staat, ja beinahe möchte ich sagen, die private Spekulation fördern, wenn dem nicht so wäre.

Sie erlauben mir auch eine Bemerkung zur Gruppe 5, weil ich doch aufmerksam machen möchte, daß der Krankenanstalteninvestitionsfonds derzeit sicher die Situation erleichtert. Man kann ja nicht leugnen, daß wir davon einen gewissen Vorteil haben. Ich möchte aber doch darauf hinweisen, daß es bis jetzt nicht ausreichend gelungen ist, die Spielregeln dieses Fonds in den Griff zu bekommen. Da sitzen immer wieder Experten beisammen, gerade war wieder so eine Besprechung, bei der zum Beispiel zum Vorschein gekommen ist, daß einige Bundesländer die sogenannten Generalkosten in die Abrechnung gegenüber dem Fonds einbeziehen, aber bei Gott nicht alle. Generalkosten sind also, um das zu erläutern, etwa die Kosten der Rechtsabteilung 12, das heißt der Verwaltungsaufwand, der damit verbunden ist. Manche machen es, manche machen es nicht. Dasselbe gilt, und das ist noch viel krasser, für die sogenannten Betriebsmittelzinsen. Manche verrechnen nämlich für ihre Betriebsmittel den Zinsenaufwand, den sie für eine Kreditbeschaffung zugunsten dieser Betriebsmittel aufbringen müssen. Zum Teil bin ich nicht einmal sicher, ob man sagen müßte, aufbringen müssen. Auch hier sind die Grundlagen durchaus nicht so, daß wir damit zufrieden sein können. Außerdem gibt es noch einen Dauerbrenner, was die Auseinandersetzungen anlangt. Auch das

muß man sagen. Das sind die Grenzgänger im Spitalsbereich, das heißt, jene Patienten, die in einem Bundesland betreut werden und aus einem anderen Bundesland kommen. Sie können sich alle vorstellen, daß das insbesondere im Bereich der Bundeshauptstadt so ins Gewicht fällt, daß es wirklich nicht als *quantité negligible* weggeschoben werden kann, sondern daß das wirklich immer wieder auftaucht und man eine gewisse Berechtigung der Bundeshauptstadt nicht leugnen kann, sich um einen Ausgleich zu bemühen. Das will ich damit sagen. Der Fonds ist ja zeitlich begrenzt. Er kann alle Jahre gekündigt werden. Ich persönlich fürchte, daß es in absehbarer Zeit zu keiner automatischen, zu keiner stillschweigenden Verlängerung mehr kommen wird, wenn wir nicht andere Spielregeln finden.

Ich möchte auch ein Wort zu diesen Spielregeln sagen. Bei allen Dingen, die sozusagen auf dem groben Muster des Finanzausgleichs verhandelt und verteilt werden, hat es sich noch immer herausgestellt, daß dann Kompromisse gefunden werden, wenn wir im wesentlichen zu einer Oberverteilung nach Ländern kommen und erst innerhalb der Länder nach bestimmten Kriterien weiterverteilen. Wir sind überzeugt davon, daß nur ein solcher Länder-schlüssel, allerdings plus einer Formel, die diese länderüberschreitende Belastung ausgleicht, zu einer einigermaßen längerfristigen Vereinbarung werden können. Eine andere Formel zeichnet sich weit und breit nicht ab, und es wäre dieser Vorschlag auch einer, der manches, was zum Teil sachlich und zum Teil unsachlich über die zu erwartenden Folgekosten des AKH gesagt worden ist, in den Griff bekäme. Auch das ist dabei zweifellos von Bedeutung. Nun, meine Damen und Herren, eine Randbemerkung. Wenn Sie glauben, daß die Folgekosten des neuen Vorarlberger Spitals geringer sind, dann irren Sie sich, sie sind pro Bett noch wesentlich höher, nur in der Bettenzahl sieht das anders aus. Das ist selbstverständlich.

Herr Kollege Schilcher hat in einem Beitrag hier ein Zitat gebracht, das ich doch noch einmal wiederholen muß. Er hat von der Einheit, von Rang und Risiko gesprochen. Leider, Herr Kollege, und deswegen komme ich darauf zurück, sind wir hier, zumindest was für die Regierungsbank und zum Teil sicher auch für manche Damen und Herren im Hohen Haus zutrifft, im wesentlichen nur für eine culpa in eligendo verantwortlich zu machen, weil wir ja fast alle von indirekten Informationen leben und nur mehr in ganz bestimmten Ausnahmefällen die Möglichkeit haben, uns die Information an der Quelle zu holen oder in einer Weise, die uns wirklich von der Weitergabe durch Dritte unabhängig macht. Das ist das Problem, wie ich es sehe, und es wird immer unvermeidlicher und immer größer, je mehr an Umfang der öffentlichen Verwaltung zugemutet wird. Das ist, glaube ich, wirklich nur über überlegtere Spielregeln bei der Auswahl dieser „Informanten“ in den Griff zu bekommen.

Der Herr Landeshauptmann hat in seinem Beitrag zur Gruppe 6 ein Gutachten zitiert. Ich muß doch auf das Problem hinweisen, daß dieses Gutachten in der Form, wie Sie es hier gebracht haben, Herr Landes-

hauptmann, natürlich eine seriöse Stellungnahme von mir nicht möglich macht. Dazu müßte ich die Details kennen. Bekanntlich ist keine Wahrheit so wandelbar, wie die, die sich auf Statistik gründet. Man müßte schauen, woher die Ziffern kommen. Ich möchte nur auf einen Umstand hinweisen. Wir haben einen alten Streit bei allen Gesprächen, die sich zwischen den Ländern um den Finanzausgleich drehen, einen Streit um die Relation von Steueraufkommen und Ertragszuteilung. Und der Streit wird im wesentlichen immer wieder in der Bundeshauptstadt den Vorkämpfer für eine stärkere Gewichtung des Steueraufkommens finden, weil sich natürlich aus der Struktur unserer Republik gar nicht vermeiden läßt, und wir alle dies wahrscheinlich auf ewig nicht mehr ändern können, daß die Konzentration von Wirtschaft und Verwaltung in der Bundeshauptstadt dort zu anderen Größenordnungen und Relationen führt. Das heißt wieder, daß — abgesehen von Vorarlberg, das auch in einer, dank seiner wirtschaftlich sehr günstigen Situation, in einer ähnlichen Lage ist — kein Bundesland soviel in den Ertragsanteiletopf abgibt wie die Bundeshauptstadt. Ich glaube daher ganz grundsätzlich, daß auch solche generellen Vergleiche, wieviel Bundesmittel fließen wohin, einer parallelen Betrachtung des Steueraufkommens bedürfen, um dann die Folgen des Finanzausgleiches mit in diese Beurteilung, Begutachtung, Überlegung, miteinbeziehen zu können. Ich persönlich glaube, daß dies auch ein Grund ist, warum man bei den Finanzausgleichsverhandlungen — so sehr man das Ergebnis immer wieder kritisiert — nicht erwarten sollte, entscheidende Änderungen zu erzielen. Entscheidende oder — entscheidend ist ja schon viel zu gewichtig — Veränderungen in einer Größenordnung, die über ein paar Prozent hinausgehen, meine Damen und Herren, werden mit einem paktierten Finanzausgleich niemals zu erzielen sein. Paktiert waren bisher alle Finanzausgleiche, immer noch ist es zu Kompromissen gekommen, die ein Paktum ermöglicht haben. Aber allein schon der Umstand, daß es zu einem Paktum noch immer gekommen ist, heißt natürlich auch, daß die Veränderungen jeweils im Einzelfall solcher Verhandlungen relativ bescheiden sind, so lange und so sehr auch immer wieder darum gerauft wird. Und ich persönlich bin auch trotz dieser Einschränkung, die das mit sich bringt, überzeugt davon, daß wir sowohl direkt wie indirekt uns unbedingt um das Paktum bemühen müssen und daß nichts schlechter wäre, als wenn wir einmal — von wem immer, sage ich hier ganz ausdrücklich — einen Finanzausgleich serviert bekämen, der ohne eine solche vorausgehende Vereinbarung vom Nationalrat beschlossen würde. Ich hielte das nicht nur für die unmittelbare finanzielle Seite für eine Katastrophe, vor allem in der längerfristigen Wirkung.

Der Herr Kollege Pfohl hat einiges zu den Beteiligungen gesagt. An sich könnte ich jetzt fast sagen, ich könnte mir die Antwort ersparen, der Herr Kollege Fuchs hat im Zusammenhang mit VEW eigentlich die Antwort gegeben, was die Vertretung in den betreffenden Gesellschaften anlangt. Ich glaube nur noch etwas. Ich glaube, daß die Beteiligungen, die im Bereich der Fremdenverkehrswirtschaft vom

Land eingegangen wurden, doch von vornherein anders zu sehen sind. Das sind keine Beteiligungen etwa der Art, wie sie bei VEW im Gespräch waren, sondern das sind Versuche, zu Strukturveränderungen in diesen Regionen zu kommen. Und wenn Sie sich an die Ziffern erinnern, die der Herr Landeshauptmann Wegart immer wieder bei der Budgetdebatte sagt, dann ist die Berechtigung solcher Strukturveränderungen eigentlich gar nicht mehr zu bestreiten. Sie haben völlig recht in einem Punkt, Herr Kollege Dr. Pfohl. Wenn man Private fände, sollte man es ihnen überlassen. Aber die Beteiligungen sind überall erst zustande gekommen, weil private Interessenten über einen meist sehr bescheidenen Prozentsatz der möglichen Beteiligung nicht hinausgelangt sind. Wir haben auch überall in diesen Gesellschaften gesagt, wenn ihr jemanden findet, der uns das abnimmt, aber mit größtem Vergnügen. (Abg. Dr. Schilcher: „Das Thema verfehlt, Herr Landesrat!“) Ich sage das deswegen, Herr Kollege Dr. Schilcher, Sie haben das ja auch angeschnitten, weil diese Konstruktion bedingt, daß wir, siehe Kurmittelzentrum Bad-Aussee, uns leider sehr unmittelbar darum kümmern müssen, was dort geschieht und acht geben müssen, daß gerade der Umstand, daß das Land so stark dahintersteht, dort nicht zu einer Überschätzung der Möglichkeiten führt, die letzten Endes dann wieder das Land bezahlen muß. Und daher stehe ich sehr wohl zu den dort gefundenen Konstruktionen. Aber bitte, meine Damen und Herren, ich behaupte bei Gott nicht, daß das die einzig möglichen sind, wenn wir gemeinsam eine bessere finden, von der wir beide überzeugt sind, daß sie besser wäre, ich bin gerne zu solchen Überlegungen bereit.

Ich sage ganz offen, daß ich mir hier notiert habe, ODK, Parteistellung. Dazu ist aber sowohl vom Kollegen Prensberger als auch vom Herrn Kollegen Fuchs schon einiges gesagt worden. Ich könnte fast nur mehr Wiederholungen bringen. Zu den Problemen der Obersteiermark und überhaupt zu der Strukturkrise muß ich aber schon auf eines hinweisen, und ich bitte gleich von vornherein alle jene um Verzeihung, denen das unter die Haut geht oder nicht paßt, was ich da sage. Ich fürchte, daß wir uns auf die Dauer nicht darum drücken können, daß die Frage der Mobilität auch dort zu einem Kernproblem wird, wo es um Relationen im Lohnniveau, um Relationen in den Betriebsvereinbarungen, in den sozialversicherungsrechtlichen Gestaltungen geht, kurzum, wir werden, glaube ich, auch versuchen müssen, hier zu einer Auflockerung des Arbeitsmarktes, ich drücke mich sehr vorsichtig aus, zu kommen, weil ich sonst wirklich nicht weiß, wie man zu den alten Betrieben hinzu neue Betriebsgründungen bringt. Wir können davor die Augen nicht mehr schließen. Der Grund, daß etwa ein Voralberger Betrieb nirgends 100 Facharbeiter findet, liegt ja nicht zuletzt darin, daß die bestehenden versteinerten Strukturen innerbetrieblicher Natur, des Lohnniveaus, der Betriebsvereinbarung, der Sozialversicherung, was weiß ich, was da noch alles dazugehört, wovon wir gar nichts wissen, sich kaum aufbrechen lassen. Es gehört auch zu unserer gemeinsamen Verantwortung, Versuche in diese Rich-

tung zu überlegen, zu diskutieren. Ich weiß schon, daß wir kein Patentrezept finden, meine Damen und Herren. Aber es ist Zeit, daß wir mit der Diskussion beginnen. Niemand kann sagen, das ist die Lösung. Mich stört nur, daß wir noch gar nicht angefangen haben, über das Problem zu reden. Nicht umsonst heißt es, beim Reden kommen die Leute zusammen. Wir müssen uns halt darum bemühen, daß etwa auch in einem Betrieb in Judenburg, ich sage es ganz deutlich, dann, wenn ein Interessent da ist, der das Lohnniveau nicht anbieten kann, manche Funktionäre auch von der Arbeitnehmerseite des Betriebes geradezu verhindern, daß irgendjemand zu dem neuen Betrieb geht. Die sagen, seid ihr blöd, bleibt doch bei uns. Auch das muß man sagen, meine Damen und Herren. Auch diese Problematik müssen wir angehen, wobei man bitte natürlich nicht den einzelnen schuld werden lassen kann. Wer rauft sich nicht um ein höheres Einkommen, und wer bemüht sich nicht um mehr Verdienst? Von unmittelbar Betroffenen werden wir diese längerfristige Betrachtung kaum verlangen können. Aber von manchen mittelbar Verantwortlichen müßte eine solche Verantwortung endlich verlangt werden. (Abg. Dr. Dorfer: „Damit ist der Herr Landesrat Gruber gemeint!“) Ich glaube, in diese Richtung müßten wir uns alle miteinander bemühen und uns da anstrengen. Ich habe, bevor ich gewußt habe, wie spät es wird und wie lange das dauert, ein paar Protokolle vergangener Budgetsitzungen durchgeschaut. Der Herr Kollege Dr. Horvatek, ich sage es ganz offen, hat mir das Sitzungsprotokoll 1956 hergelegt und gemeint, ich könne hier schön zitieren. Ich verzichte darauf, weil es doch etwas länger ist. Ich sage das deswegen, weil mir einiges in der Wirtschaftsdebatte und auch in der Erwiderung des Herrn Kollegen Fuchs beinahe doch wie ein Schwarzpeterspiel vorgekommen ist, und weil ich beim Studium der Protokolle festgestellt habe, daß es fast niemanden in diesem Haus gibt und fast keine Gruppe und keine Gruppierung und keine Partei, die nicht ihre Standpunkte einmal so und einmal so zum Ausdruck gebracht hätte. Das ist halt einmal so. Die Interessenlagen bleiben offensichtlich nicht immer gleich, und auch die Interessenlagen des Nationalrates decken sich nicht immer mit denen eines Landtages.

Was hier zur Pendlerbeihilfe gesagt worden ist, wird für den konkreten Fall vom Herrn Kollegen Fuchs mit dem Nationalrat zitiert. Ich könnte es für den Landtag in Niederösterreich zitieren, wo Ihre Mehrheit nein gesagt hat. Die Dinge wechseln halt und sind wirklich von der unmittelbaren Ausgangssituation und natürlich auch, geben wir uns doch keiner Täuschung hin, von den jeweiligen Machtverhältnissen her bestimmt. Da brauchen wir uns in der Beziehung, glaube ich, wirklich nichts vorzumachen. Der Herr Kollege Fuchs hat auch auf den Schwerpunkt Deutschlandsberg hingewiesen. Ich möchte nicht verabsäumen, ihm dafür zu danken, daß er mit der Gründung und der Ausweitung der Eldra einiges zu diesem Schwerpunkt beigetragen hat. Ich bedanke mich. (Allgemeine Heiterkeit.) Zum Abschluß, weil das auch eine gute Tradition ist, erlauben Sie mir, meine Damen und Herren, zwei Beamten zu danken,

die mit Jahresende aus dem Dienst scheidet. Es ist das Herr Landesrechnungsdirektor Hofrat Wladar und Herr Hofrat Dr. Jehsenko. Beide langjährige Mitarbeiter des Referates, das ich hier zu vertreten habe. Beide Beamte, wie man sie sich wünscht. Ich hoffe, daß sie den Übertritt in den Ruhestand gut überstehen und daß Sie unsere Arbeit hier noch lange mit Interesse verfolgen. Es ist ja nicht immer ganz einfach, auf einmal nichts mehr zu tun zu haben. Herzlichen Dank. (Allgemeiner Beifall.) Sie alle bitte ich, die Rechtsabteilung 10 zu unterstützen, daß es uns im Jahre 1981 besser gelingt, das Landesbudget zu vollziehen, als das 1980 der Fall war. Ich danke Ihnen. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Wünscht der Herr Abgeordnete Doktor Strenitz das Schlußwort?

**Abg. Dr. Strenitz:** Ich wiederhole meinen Antrag.

**Präsident:** Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, Wenn Sie der Gruppe 9 zustimmen. Danke, die Gruppe 9 ist angenommen.

Wir kommen nun zum Außerordentlichen Haushalt.

#### **Außerordentlicher Haushalt:**

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Hans Brandl. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Brandl:** Hoher Landtag! Sehr geehrte Damen und Herren!

Im Außerordentlichen Landesvoranschlag sind in den Gruppen 0 bis 9 Ausgaben von 425.991.000 Schilling vorgesehen. Die Bedeckung erfolgt durch Darlehensaufnahmen. Ich ersuche um Annahme.

**Präsident:** Sie haben den Antrag gehört. Ich bitte Sie um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen. Der Antrag ist angenommen.

#### **Beschlußanträge des Landesvoranschlages 1981**

Es handelt sich um insgesamt 19 Beschlußanträge. Von diesen wurden 18 von allen drei im Hohen Haus vertretenen Parteien unterstützt.

Ein Beschlußantrag wurde von der OVP und SPO unterstützt, dem jedoch die FPÖ zustimmt.

Ich ersuche die Damen und Herren, welche den 19 im Mündlichen Bericht Nr. 29 enthaltenen Beschlußanträgen ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Die Beschlußanträge sind somit angenommen.

#### **Dienstpostenplan**

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Georg Pränckh. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Pränckh:** Der Dienstpostenplan für das Jahr 1981 umfaßt insgesamt 16.934 Dienstposten. Er sieht erstmals eine Verminderung um 32 Dienstposten vor.

Ich bitte um Annahme.

**Präsident:** Sie haben den Antrag gehört, wenn Sie ihm zustimmen, bitte ich Sie um ein Händenzeichen. Der Antrag ist angenommen.

#### **Kraftfahrzeugsystemisierungsplan**

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Hans Brandl. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Brandl:** Hoher Landtag! Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Verzeichnisse der systemisierten Kraftfahrzeuge des Landes und seiner Wirtschaftsbetriebe liegen vor. Ich ersuche um Annahme.

**Präsident:** Wir haben den Antrag gehört. Wenn Sie ihm zustimmen, bitte ich um ein Händenzeichen. Der Antrag ist angenommen. Der Systemisierungsplan für die Kraftfahrzeuge genehmigt.

Wir haben noch über den Antrag des Herrn Hauptberichterstatters, über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 467/1, abzustimmen, und ich erteile wieder dem Herrn Abgeordneten Hans Brandl das Wort.

**Abg. Brandl:** Ich wiederhole meinen eingangs gestellten Antrag auf Annahme.

**Präsident:** Wer mit den Anträgen und Ansätzen der Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 467/1, einverstanden ist, möge ein Zeichen mit der Hand geben. Damit ist der Landesvoranschlag 1981 einschließlich Dienstpostenplan und Kraftfahrzeugsystemisierungsplan angenommen.

Das Wort hat der Herr Landeshauptmann.

**Landeshauptmann Dr. Krainer:** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir haben nach einer ausführlichen Debatte das Ende dieser großen Sitzung zum Abschluß des Jahres erreicht. Ich habe zwar auch ein Manuskript vorbereitet, das acht Seiten umfaßt, ich werde mich nicht daran halten. Es ist immerhin bemerkenswert — und das ist wohl auch ein Resümee, das wir ziehen dürfen —, daß in der Endphase jeder Budgetdebatte, die ich selbst miterlebt habe, ein versöhnlicher Ton zu hören gewesen ist. Miterlebt habe hier am äußeren Rand dieser Regierungsbank, und jetzt in der Mitte, aber auch schon in den Jahren vorher, als wir auf den Zuschauerbänken saßen. Und das auch schon sehr früh. Ich werde nie vergessen, als Mittelschüler die Garnitur der großen alten Männer erlebt zu haben. Ich habe sie alle namentlich genannt bei meiner Erklärung zum Antritt als Landeshauptmann. Und sie alle, die sie das selbst mitgemacht haben — und einige sind ja noch da — es ist der Herr Landeshauptmannstellvertreter Wegart am längsten in diesem Hause —, kennen die Zeiten, in denen das Geviert hier aufgestellt war. Eine offenkundig steirische Formation, als die runde. Und es gibt eine ganze Reihe von Abgeordneten auf ihren Bänken, die knapp danach eingezogen sind. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Immer ist am Ende dieser Budgetdebatte ein durchaus ehrlich, besinn-

licher Ton und auch ein ehrlich, versöhnlicher Ton zu hören gewesen. So war es schließlich auch heute. Und wenn vieles aus einem manchenmal auch doppelbödigen Konfrontationsritual heraus von den Bürgern unseres Landes gar nicht sehr ernst genommen wird — Gott sei Dank, kann man nur sagen, weil sie im Regelfalle ein sehr gutes Gespür für Schein und Wirklichkeit haben —, so kann ich nicht umhin, Herr Kollege Klauser, zu meinen, daß Ihre geradezu abgeklärten Betrachtungen auch zu diesen Fragen weithin in diesem Hause Zustimmung finden werden. Es ist heute ein sehr ernstes Wort von Landesrat Koiner am Vormittag gesprochen worden. Und ich möchte es nicht überstrapazieren. Aber als der Landeshauptmannstellvertreter Gross an diesem Pult gesprochen hat, und man klatscht ja nicht immer beim politischen Gegner, dann habe ich am Schluß doch applaudiert, weil ich glaube, daß sich einiges eingerenkt hat in den letzten Tagen, was ein wenig aus den Fugen geraten war. Und ich danke Ihnen auch sehr herzlich dafür, weil ich glaube, daß wir uns auch nicht auseinanderdividieren lassen sollen, bei allem Verständnis dafür, daß jeder auch seine eigenen politischen Notwendigkeiten sieht und seine Handlungen darnach ausrichtet. Es ist ja immerhin die erste Budgetdebatte, in der auf dieser Regierungsbank eine Mehrheit von neuen Amtsträgern sitzt. Und Sie verstehen mich sicherlich auch nicht falsch, und es ist ja wohl auch wenig meine Art, solches „anschmeißerisch“ zu sagen. Ich bin eigentlich immer wieder sehr beeindruckt nach einer solchen Sitzung, was da alles Gescheites, Gutes, Wichtiges, Sachkundiges zu hören ist, und zwar wirklich von allen Seiten. Und das ist im Grunde genommen — und wir werden es sicherlich nicht sentimentalisieren — das, was die einen so, die anderen anders, etwa der Kollege Horvatek in der Schlußpassage seiner Einleitungsrede, sehr erfrischend und auch neu formuliert hat. Da muß man nicht an Worten hängen. Es ist einfach eine Frage der Gesinnung. Wenn das andere, das auch da ist und von dem wir auch immer wieder glauben, es so halten zu müssen, nicht überschwappt, dann glaube ich, kann man doch im Hinblick auf unsere Gemeinsamkeit und unsere Aufgaben zuversichtlich sein.

Und gestatten Sie mir auch noch ein Wort zu einer Frage, die heute nicht diskutiert, sondern nur beschlossen wurde. Es ist ehrlich überlegt und darüber geredet worden. Es waren alle Klubs in diesen Gesprächen sich einig, nämlich in der Frage der Bezügeregelung, daß wir uns dazu bekennen, daß die politischen Verantwortungsträger im Rahmen dieses österreichischen Systems unter Gegebenheiten von Einkommen, welcher Art auch immer, eine gute und vertretbare Dotierung beanspruchen können und sollen. Aber wir haben auch gesagt, und das möchte ich ausdrücklich unterstreichen, daß wir als Träger des Regierungsamtes hier in diesem Haus gut daran tun, zugunsten einer verbesserten Relation im Verhältnis Regierung : Abgeordnete weniger zu bekommen und den Abgeordneten dieses Hauses in einer gerechten Weise da und dort etwas mehr zuzugestehen. Eine Entscheidung, zu der wir alle stehen, und ich stehe nicht an, das gerade des-

halb zu sagen, weil wir noch schwierigeren Zeiten entgegengehen. Diese Bewährung der ersten Monate war nicht einfach. Das wissen wir alle. Es besteht die Notwendigkeit, ein Zeichen zu setzen, daß die Männer an der Spitze wissen, was sie ihrem Gewissen und diesem Volk auch schuldig sind. Und ohne falsche exhibitionistische Bescheidenheit ist es einfach auch ein Gebot der Stunde, daß wir unsere Nettobezüge reduziert haben, daß wir in der Frage der Dienstkraftwagen in der Zukunft mit einfacheren Modellen auskommen, und daß wir auf diese Weise auch klarmachen, daß wir eine Verantwortung sehen und sie nicht einfach nur bei den anderen fordern. Ich glaube, daß eine solche Feststellung angemessen erscheint. Auch, nicht damit es falsch verstanden wird, der jetzige Landeshauptmann wird kein Aufsichtsratsmandat annehmen, er wird auch kein zusätzlich dotiertes Mandat annehmen, solange er dieses Amt ausübt. Auch das, bitte, nicht falsch zu verstehen, weil ich davon überzeugt bin, daß es gerade auch in der Regierung Männer geben muß, die im Interesse des Landes solche Funktionen wahrnehmen. Ich glaube, daß uns diese Haltung nicht nur gut ansteht, sondern, daß sie auch notwendig ist.

Das Landesbudget 1981 war vom Bemühen um eine Konsolidierung geprägt, und es war immerhin erstmals möglich, den Budgetabgang zurückzuschreiben und den Handlungsspielraum für die Zukunft etwas zu erweitern. Bei unseren Sparbemühungen haben wir keinen falsch verstandenen Austeritätskurs eingeschlagen, oder den Versuch einer linearen und damit ungerechten Ausgabenkürzung vorgenommen, sondern wir haben getrachtet, bei aller Sparsamkeit, klare Prioritäten zu setzen und die Konzentration auf die wesentlichen Aufgaben hin zu orientieren. Es ist das ein mühevoller, aber für die Zukunft sicherlich der einzig zielführende Weg. Alle in diesem Haus haben sich mit Überzeugung zur Notwendigkeit bekannt, alle Anstrengungen zu unternehmen, um das Hauptproblem, das vorrangige Problem der Landespolitik, die Sicherung der Arbeitsplätze, so gut als möglich zu vollziehen. Ich möchte Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, sagen, daß ich in einer der nächsten Sitzungen der Landesregierung auch den Vorschlag erstatten werde, einen wirtschaftspolitischen Berater der Regierung zu ernennen und ebenso einen Energiebeauftragten unserer Regierung. In diesem Sinne darf ich auch, Herr Präsident Ileschitz, Herr Präsident Buchberger, Herr Vizepräsident der Handelskammer Stoisser, ein Wort an die Sozialpartner richten. Es sind eigentlich alle diese Institutionen hier vertreten, daß wir gleich zu Beginn des Jahres gemeinsam mit den Herren der Regierung ein Wirtschaftsgespräch führen werden, von dem ich mir vorstellen könnte, daß wir es institutionalisieren, und von dem ich meine, daß Sie alle mit uns das Interesse teilen, diese schwierige Phase möglichst gut zu bestehen.

Ich danke, Herr Landesrat Klauser, Ihnen und Ihren Mitarbeitern für diese schwierige Aufgabe, gerade auch das heurige Budget erstellt zu haben, dem Herrn Hofrat Kriegseisen ebenso wie dem

Herrn Regierungsrat Ramschak und den Herren Ihrer Abteilung. Meine Damen und Herren, der Herr Landesrat Klauser hat es in seiner Budgeteinbegleitungsrede in einer sehr diskreten Art getan. Gestatten Sie, daß ich mich als Landeshauptmann und auch als Obmann des OVP-Klubs in die Solidarität Ihrer Trauer um Ihren langjährigen Klubsekretärstelle. Ein Verlust für das ganze Land. Ein ritterlicher Gegner, ein Mann, der wußte, wovon er redete, und der diesem Land viele, viele gute Dienste erwiesen hat.

Es ist schon vielen gedankt worden, die nunmehr in den dauernden Ruhestand treten. Ich darf Hofrat Pritzer, ich darf Hofrat Gromes, ich darf den Herrn Hofrat Grom als den Bezirkshauptmann von Hartberg, und ich darf jene Herren einschließen, die von den anderen Kollegen der Regierung verabschiedet wurden in diesem Rahmen, ebenso Hofrat Strametz, Hofrat Gangl, Hofrat Boscharnig, Hofrat Ekkehard Wladar. Lassen Sie mich schließen mit einem Dank auch an die Damen, die wahrscheinlich in den nächsten Tagen auch in ihren Träumen verfolgt sein werden, von Kürzeln und dem, was sie in den letzten Tagen hier niederschreiben mußten. Lassen Sie mich schließen mit einem Wort eines der größten Denker dieses Jahrhunderts, der in seinem Werk „Philosophie und Erkenntnisse der modernen Naturwissenschaft und der Religion“ in so einzigartiger Weise verbunden hat. Ich glaube, daß das auch für unsere Arbeit im nächsten Jahr gelten kann. Ich zitiere ihn: „Die Zukunft hängt vom Mut und von der Einsicht ab, die die Menschen aufbringen werden, um die Kräfte der Absonderung oder gar des Widerwillens zu besiegen.“ In dieser Gesinnung wollen wir uns alle gemeinsam anstrengen, damit auch 1981, trotz der

Probleme und der großen Schwierigkeiten, ein gutes steirisches Jahr wird. Ich danke Ihnen sehr herzlich. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Herr Landeshauptmann! Meine Herren der Regierung! Verehrte Damen und Herren des Hohen Hauses!

Die Geschäftsordnung schreibt es mir vor, die Sitzung zu beschließen. Und ein alter Brauch verhält mich dazu, ein Wort zu sagen. Drei Tage lang wurde der Jahresvoranschlag des Landes Steiermark für 1981 beraten und beschlossen. Nach einer Dauer von fast 33 Stunden haben sich 58 Abgeordnete und 9 Regierungsmitglieder zu insgesamt 126 Wechselreden gemeldet. Ich will Sie mit weiterer Statistik nicht beschweren. Aber es ist dazu zu sagen, daß in dieser Debatte — wie es der Herr Landeshauptmann ausgeführt hat, so vieles sichtbar geworden ist. Die Aufgaben, die der Verwaltung aufgetragen sind, und die Sorgen, die über dem Land liegen, wurden eindringlich in das Bewußtsein gerufen. Dabei wollte und sollte und konnte niemand vergessen, wie ungleich größer und bedrückender die Sorgen sind, die in vielen Ländern die Menschen in dieser Stunde ängstigen, und wie gefährdet immer wieder der Friede in der Welt ist. Wir haben ein kleines Land und als kleines Land keine Macht, dem allgemeinen Schicksal entgegenzutreten. Was uns bleibt, ist der unerschütterliche Vorsatz, den Frieden im eigenen Land zu bewahren und zu festigen. Dieser Vorsatz ist der innige Weihnachtswunsch, den wir uns gegenseitig an der Schwelle zum neuen Jahr zusprechen wollen.

Die Sitzung ist geschlossen. (Allgemeiner Beifall.)

Ende der Sitzung: 20.40 Uhr.